

## REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau  
Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50  
regierungsrat@ag.ch  
www.ag.ch/regierungsrat

**A-Post Plus**  
Bundesamt für Gesundheit  
Postfach  
3003 Bern

14. März 2018

### **Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten (TabPG); Vernehmlassung**

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Regierungsrat des Kantons Aargau bedankt sich für die Möglichkeit, zum Entwurf des Bundesgesetzes über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten (TabPG) Stellung nehmen zu können. Gerne nimmt der Regierungsrat diese mit den nachfolgenden Ausführungen wahr. Detaillierte Informationen wie auch konkrete Anträge zu den einzelnen Bestimmungen und zum erläuternden Bericht entnehmen Sie bitte dem ausgefüllten Antwortformular in der Beilage.

#### **1. Allgemeine Bemerkungen**

Der Regierungsrat des Kantons Aargau begrüsst den vorliegenden Entwurf zum neuen Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten. Tabakprodukte sind besondere Konsumgüter, die auch bei bestimmungsgemäsem Gebrauch Gesundheitsrisiken nach sich ziehen. Sie bleiben gesundheitsschädigend, ungeachtet der Massnahmen, die zu ihrer Reglementierung getroffen werden. Es ist daher sachlich richtig, für sie andere Regeln vorzusehen als für Lebensmittel und für die Gebrauchsgegenstände nach Lebensmittelrecht. Überdies deckte die Regelung nach dem alten Bundesgesetz über Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände (Lebensmittelgesetz, LMG) vom 9. Oktober 1992 (SR 817.0, nachfolgend: aLMG) die neuen Entwicklungen beim Konsum von "Genussmitteln", wie zum Beispiel elektronische Zigaretten, Snus/Lutschtabak oder Tabakprodukte zum Erhitzen, nicht mehr ab, was zu erheblichen Rechtsunsicherheiten beim Vollzug führte. Mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf werden diese Unsicherheiten weitgehend beseitigt.

#### **2. Bemerkungen zu den verschiedenen Bereichen**

##### **2.1 Jugendschutz**

Explizit begrüsst es der Regierungsrat des Kantons Aargau, dass mit dem vorliegenden Entwurf der Kinder- und Jugendschutz massgeblich gestärkt wird, und zwar durch das Verbot der Abgabe von Tabakprodukten und elektronischen Zigaretten an Minderjährige wie auch durch die Regelung der Testkäufe und deren Verwertung in Straf- und Verwaltungsverfahren für Tabakprodukte und Alkohol.

Gleichzeitig plädiert der Regierungsrat des Kantons Aargau jedoch auch dafür, diese Gelegenheit wahrzunehmen und die beiden Regelungsbereiche Tabak und Alkohol wie auch die verschiedenen betroffenen Erlasse und Bestimmungen besser aufeinander abzustimmen. Es gilt zu verhindern, dass die gleiche Thematik bei den alkoholischen Getränken und den Tabakprodukten je ganz unter-

schiedlich gehandhabt wird. Überdies ist sicherzustellen, dass die Vollzugsbehörden ein wirksames Instrumentarium bekommen, um den Jugendschutz vollziehen zu können – dazu gehören auch verwaltungsrechtliche Massnahmen. Weitere Informationen und konkrete Anträge zu den einzelnen Bestimmungen entnehmen Sie dem Antwortformular in der Beilage.

## **2.2 Schutz vor Passivrauchen**

Die geplante Erweiterung des Bundesgesetzes zum Schutz vor Passivrauchen vom 3. Oktober 2008 (SR 818.31) auf alle Produkte, die inhaliert werden, ist richtig und wird explizit begrüsst. Es ist in der Praxis bei Kontrollen schlicht nicht möglich, zwischen nikotinfreien und nikotinhaltigen elektronischen Zigaretten, zwischen Tabakprodukten zum Erhitzen und elektronischen Zigaretten oder zwischen Tabakprodukten und pflanzlichen Rauchprodukten zu unterscheiden. Die geplante Regelung ist damit für den Vollzug des Bundesgesetzes zum Schutz vor Passivrauchen unbedingt erforderlich.

## **2.3 Keine Genussmittel mehr im Lebensmittelrecht**

Bereits mit der abgeschlossenen Totalrevision des Lebensmittelrechts und mit entsprechendem Erlass des Bundesgesetzes über Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände (Lebensmittelgesetz, LMG) vom 20. Juni 2014 (SR 817.0) wurden im Hinblick auf den Erlass eines Tabakproduktegesetzes die Bestimmungen zu den sogenannten Genussmitteln respektive zum "Tabak und den anderen Raucherwaren" (vgl. Art. 3 Abs. 3 aLMG) aus dem Lebensmittelrecht gestrichen. Wie eingangs bereits gesagt, ist dieser Schritt sachlich richtig und zu begrüessen. Mit dem nun vorliegenden Gesetzesentwurf sollen jedoch die sogenannten elektronischen Zigaretten, sofern ihnen kein Nikotin beigemischt wird, weiterhin durch das Lebensmittelrecht geregelt werden und zwar als Gebrauchsgegenstände, die nach ihrer Bestimmung äusserlich mit dem Körper, mit den Zähnen oder den Schleimhäuten in Berührung kommen (vgl. Art. 5 Bst. b LMG).

Zwar ist das "Dampfen" von nikotinfreien elektronischen Zigaretten damit auch nach neuem Recht kein Lebensmittel gemäss Lebensmittelgesetz. Die nun vorgesehene Klassifizierung (des inhalierten Dampfes) als Gebrauchsgegenstand wirkt jedoch künstlich. Gleichzeitig ist zu beachten, dass die heutigen Selbstkontroll-Dokumentationen der Importeure von nikotinfreien (oder nikotinhaltigen) elektronischen Zigaretten nach aktuellem Stand der Wissenschaft den Anforderungen des Lebensmittelrechts nicht zu genügen vermögen. Gemäss Art. 15 LMG dürfen nur sichere Gebrauchsgegenstände in Verkehr gebracht werden. Und als sicher gilt ein Gebrauchsgegenstand nach Art. 15 Abs. 2 LMG dann, wenn er bei normaler oder vernünftigerweise vorhersehbarer Verwendung keine oder nur minimale Gefahren birgt oder nur solche, die sich mit seinem normalen Gebrauch vereinbaren lassen und die unter Wahrung eines hohen Schutzniveaus für die Gesundheit von Konsumentinnen und Konsumenten und Dritter vertretbar sind. Tatsächlich ist jedoch die gesundheitliche Unbedenklichkeit bei einer Langzeit-Exposition durch Inhalation von nikotinfreien E-Zigaretten nicht nachgewiesen. Dass die nikotinfreien E-Zigaretten dennoch weiterhin als Gebrauchsgegenstände durch das Lebensmittelrecht geregelt werden sollen, grenzt unter diesem Aspekt betrachtet an eine Täuschung der Konsumentinnen und Konsumenten – denn wissenschaftlich betrachtet ist die damit getätigte Aussage, der bestimmungsgemässe Konsum von E-Zigaretten sei sicher, nicht haltbar.

Mit dem Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten entsteht nun eine Gesetzgebung, die den Besonderheiten und dem Regelungsbedarf der nikotinfreien elektronischen Zigaretten viel besser gerecht werden kann, als das Lebensmittelrecht. Diese Chance gilt es wahrzunehmen. Dem unterschiedlichen Regelungsbedarf zwischen nikotinhaltigen und nikotinfreien elektronischen Zigaretten kann innerhalb des Bundesgesetzes über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten Rechnung getragen werden. Weitere Informationen und konkrete Anträge zu den einzelnen Bestimmungen entnehmen Sie bitte dem Antwortformular in der Beilage.



## **2.4 Einschränkungen der Werbung/Rahmenübereinkommen der World Health Organization (WHO)**

Der Regierungsrat des Kantons Aargau stimmt diesbezüglich der geplanten Regelung zu.

## **2.5 Snus**

Kritisch steht der Regierungsrat des Kantons Aargau der Legalisierung von Snus gegenüber. Mit dieser Legalisierung ist mit neuen Tabakkonsumentinnen und Tabakkonsumenten zu rechnen, ohne dass die Zahl der Rauchenden deswegen zurückgehen würde. Mit neuen Konsumierenden gerechnet wird vor allem unter Sportlerinnen und Sportlern sowie unter Jugendlichen. Mundtabak macht stark abhängig, schädigt die Mundschleimhaut und die enthaltenen krebserzeugenden Stoffe können zu Bauchspeicheldrüsen-, Mundhöhlen- und Speiseröhrenkrebs führen. Ausser in Schweden ist der Handel mit Snus in der gesamten Europäischen Union (EU) verboten. Eine Aufhebung dieser Einschränkungen steht dort nicht zur Diskussion. Vor diesem Hintergrund und den aktuellen weltweiten Bestrebungen, den Tabakkonsum einzudämmen, ist die Legalisierung von Snus abzulehnen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats

Alex Hürzeler  
Landammann

Vincenza Trivigno  
Staatsschreiberin

Beilage

- Antwortformular

Kopie

- [dm@bag.admin.ch](mailto:dm@bag.admin.ch)
- [tabakprodukte@bag.admin.ch](mailto:tabakprodukte@bag.admin.ch)

## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : Regierungsrat des Kantons Aargau

Abkürzung der Firma / Organisation :

Adresse : Regierungsgebäude, 5001 Aarau

Kontaktperson : Patrizia Vökt, Rechtsdienst des Departements Gesundheit und Soziales

Telefon : 062 835 37 52

E-Mail : patrizia.voekt@ag.ch

Datum : 14. März 2018

#### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.
2. Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen oder neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter können Sie unter "Überprüfen/Dokument schützen/Schutz aufheben" den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.
3. Bitte pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile verwenden.
4. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word-Dokument** bis am **23. März 2018** an folgende E-Mail Adresse: [dm@bag.admin.ch](mailto:dm@bag.admin.ch) und [tabakprodukte@bag.admin.ch](mailto:tabakprodukte@bag.admin.ch).
5. Spalte "Name/Firma" muss nicht ausgefüllt werden.

**Herzlichen Dank für Ihre Mitwirkung!**

# Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

## Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Bemerkungen	3
Erläuternder Bericht (ohne Kapitel 2 "Erläuterungen zu den einzelnen Artikeln")	6
Erläuternder Bericht Kapitel 2 "Erläuterungen zu den einzelnen Artikeln"	8
Entwurf Tabakproduktegesetz	9
Unser Fazit	23

## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

<b>Allgemeine Bemerkungen</b>	
Name/Firma	Bemerkung/Anregung
Regierungsrat des Kantons Aargau	<p>Der Regierungsrat des Kantons Aargau begrüsst den vorliegenden Entwurf zum neuen Bundesgesetz über Tabakprodukte (TabPG). Tabakprodukte sind besondere Konsumgüter, die auch bei bestimmungsgemäsem Gebrauch Gesundheitsrisiken nach sich ziehen. Sie bleiben gesundheitsschädigend, ungeachtet der Massnahmen, die zu ihrer Reglementierung getroffen werden. Es ist daher sachlich richtig, für sie andere Regeln vorzusehen als für Lebensmittel und für die Gebrauchsgegenstände nach Lebensmittelrecht. Überdies deckte die Regelung nach dem alten Bundesgesetz über Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände (Lebensmittelgesetz, LMG) vom 9. Oktober 1992 (SR 817.0, nachfolgend: aLMG) die neuen Entwicklungen beim Konsum von "Genussmitteln", wie zum Beispiel elektronische Zigaretten, Snus/Lutschtabak oder Tabakprodukte zum Erhitzen, nicht mehr ab, was zu erheblichen Rechtsunsicherheiten beim Vollzug führte. Mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf werden diese Unsicherheiten weitgehend beseitigt.</p>
Regierungsrat des Kantons Aargau	<p><b>Jugendschutz:</b></p> <p>Explizit begrüsst es der Regierungsrat des Kantons Aargau, dass mit dem vorliegenden Entwurf sowohl durch das Verbot der Abgabe von Tabakprodukten und elektronischen Zigaretten an Minderjährige wie auch durch die Regelung der Testkäufe und deren Verwertung in Straf- und Verwaltungsverfahren sowohl für Tabakprodukte wie auch für Alkohol der Kinder- und Jugendschutz massgeblich gestärkt wird.</p> <p>Gleichzeitig plädiert der Regierungsrat des Kantons Aargau jedoch auch dafür, diese Gelegenheit wahrzunehmen und die beiden Regelungsbereiche Tabak und Alkohol wie auch die verschiedenen betroffenen Erlasse und Bestimmungen besser aufeinander abzustimmen. Es gilt unbedingt zu verhindern, dass die gleiche Thematik bei den alkoholischen Getränken und den Tabakprodukten je ganz unterschiedlich gehandhabt wird. Überdies ist sicherzustellen, dass die Vollzugsbehörden ein wirksames Instrumentarium bekommen, um den Jugendschutz vollziehen zu können – dazu gehören auch verwaltungsrechtliche Massnahmen. Weitere Informationen und konkrete Anträge zu den einzelnen Bestimmungen siehe unten (Entwurf TabPG Anhang 3).</p>
Regierungsrat des Kantons Aargau	<p><b>Passivrauchschutz:</b></p> <p>Die geplante Erweiterung des Bundesgesetzes zum Schutz vor Passivrauchen vom 3. Oktober 2008 (SR 818.31) auf alle Produkte, die inhaliert werden, ist richtig und wird explizit begrüsst. Es ist in der Praxis bei Kontrollen schlicht nicht möglich, zwischen nikotinfreien und nikotinhaltenen elektronischen Zigaretten, zwischen Tabakprodukten zum Erhitzen und elektronischen Zigaretten oder zwischen Tabakprodukten und pflanzlichen Rauchprodukten zu unterscheiden. Die geplante Regelung ist damit für den Vollzug des Bundesgesetzes zum Schutz vor Passivrauchen unbedingt erforderlich.</p>
Regierungsrat	Keine Genussmittel mehr im Lebensmittelrecht (nikotinfreie elektronische Zigaretten):



## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

<p>des Kantons Aargau</p>	<p>Bereits mit der abgeschlossenen Totalrevision des Lebensmittelrechts und mit entsprechendem Erlass des Bundesgesetzes über Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände (Lebensmittelgesetz, LMG) vom 20. Juni 2014 (SR 817.0) wurden im Hinblick auf den Erlass eines Tabakproduktegesetzes die Bestimmungen zu den sogenannten Genussmitteln respektive zum "Tabak und den anderen Raucherwaren" (vgl. Art. 3 Abs. 3 aLMG) aus dem Lebensmittelrecht gestrichen. Wie eingangs bereits gesagt ist dieser Schritt sachlich richtig und zu begrüssen. Mit dem nun vorliegenden Gesetzesentwurf sollen jedoch die sogenannten elektronischen Zigaretten, sofern ihnen kein Nikotin beigemischt wird, weiterhin durch das Lebensmittelrecht geregelt werden und zwar als Gebrauchsgegenstände, die nach ihrer Bestimmung äusserlich mit dem Körper, mit den Zähnen oder den Schleimhäuten in Berührung kommen (vgl. Art. 5 Bst. b LMG).</p> <p>Zwar ist das "Dampfen" von nikotinfreien elektronischen Zigaretten damit auch nach neuem Recht kein Lebensmittel gemäss Lebensmittelgesetz. Die nun vorgesehene Klassifizierung (des inhalierten Dampfs) als Gebrauchsgegenstand wirkt jedoch künstlich. Gleichzeitig ist zu beachten, dass die heutigen Selbstkontroll-Dokumentationen der Importeure von nikotinfreien (oder nikotinhaltigen) elektronischen Zigaretten nach aktuellem Stand der Wissenschaft den Anforderungen des Lebensmittelrechts nicht zu genügen vermögen. Gemäss Art. 15 LMG dürfen nur sichere Gebrauchsgegenstände in Verkehr gebracht werden. Und als sicher gilt ein Gebrauchsgegenstand nach Art. 15 Abs. 2 LMG dann, wenn er bei normaler oder vernünftigerweise vorhersehbarer Verwendung keine oder nur minimale Gefahren birgt oder nur solche, die sich mit seinem normalen Gebrauch vereinbaren lassen und die unter Wahrung eines hohen Schutzniveaus für die Gesundheit von Konsumentinnen und Konsumenten und Dritter vertretbar sind. Tatsächlich ist jedoch die gesundheitliche Unbedenklichkeit bei einer Langzeit-Exposition durch Inhalation von nikotinfreien E-Zigaretten nicht nachgewiesen. Dass die nikotinfreien E-Zigaretten dennoch weiterhin als Gebrauchsgegenstände durch das Lebensmittelrecht geregelt werden sollen, grenzt unter diesem Aspekt betrachtet an eine Täuschung der Konsumentinnen und Konsumenten – denn wissenschaftlich betrachtet ist die damit getätigte Aussage, der bestimmungsgemässe Konsum von E-Zigaretten sei sicher, nicht haltbar.</p> <p>Mit dem Bundesgesetz über Tabakprodukte entsteht nun eine Gesetzgebung, die den Besonderheiten und dem Regelungsbedarf der nikotinfreien elektronischen Zigaretten viel besser gerecht werden kann, als das Lebensmittelrecht. Diese Chance gilt es wahrzunehmen. Dem unterschiedlichen Regelungsbedarf zwischen nikotinhaltigen und nikotinfreien elektronischen Zigaretten kann innerhalb des Bundesgesetzes über Tabakprodukte (TabPG) Rechnung getragen werden. Weitere Informationen und konkrete Anträge zu den einzelnen Bestimmungen siehe unten erläuternder Bericht 1.7 und Entwurf TabPG Art. 2 Abs. 1.</p>
<p>Regierungsrat des Kantons Aargau</p>	<p>Einschränkungen der Werbung/Rahmenübereinkommen der World Health Organization (WHO):</p> <p>Der Regierungsrat des Kantons Aargau stimmt diesbezüglich der geplanten Regelung zu.</p>
<p>Regierungsrat des Kantons Aargau</p>	<p>Snus:</p> <p>Kritisch steht der Regierungsrat des Kantons Aargau der Legalisierung von Snus gegenüber. Mit dieser Legalisierung ist mit neuen Tabakkonsumentinnen und Tabakkonsumenten zu rechnen, ohne dass die Zahl der Rauchenden deswegen zurückgehen würde. Mit neuen Konsumierenden gerechnet wird vor allem unter Sportlerinnen und Sportlern sowie unter Jugendlichen. Mundtabak macht stark abhängig, schädigt</p>

## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

	die Mundschleimhaut und die enthaltenen krebserzeugenden Stoffe können zu Bauchspeicheldrüsen-, Mundhöhlen- und Speiseröhrenkrebs führen. Ausser in Schweden ist der Handel mit Snus in der gesamten EU verboten. Eine Aufhebung dieser Einschränkungen steht dort nicht zur Diskussion. Vor diesem Hintergrund und den aktuellen weltweiten Bestrebungen, den Tabakkonsum einzudämmen, ist die Legalisierung von Snus abzulehnen.
--	--

Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen oder neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter "Überprüfen/Dokument schützen/ Schutz aufheben" den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.



## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

Erläuternder Bericht (ohne Kapitel 2 "Erläuterungen zu den einzelnen Artikeln")		
Name/Firma	Kapitel-Nr.	Bemerkung/Anregung
Regierungsrat des Kantons Aargau	1.3.1	Im mittleren Abschnitt des Kapitels 1.3.1 des Berichts wird erwähnt, dass zukünftig die anderen Schritte nebst dem Bereitstellen auf dem Markt, wie die Herstellung oder die Durchfuhr, nicht mehr geregelt würden, ohne dass dies näher erläutert oder begründet würde. Zwar liest man später bei den Erläuterungen zu den einzelnen Artikeln zu Art. 2 TabPG, dass eine Anwendung des Gesetzes auf die Durchfuhr keinen Sinn ergebe, da es keine Vorschriften für den Transport vorsehe (vgl. Seite 38). Und auf Seite 51 findet sich zu Art. 22 TabPG der Hinweis, dass man bei den heutigen Produktionsmethoden davon ausgehe, dass die Gesetzeskonformität des Endprodukts in der Regel voraussetze, dass auch der Herstellungsprozess einwandfrei abgelaufen sei. Die Frage, weshalb neu auf die Regelung von Durchfuhr, Ausfuhr und Herstellung verzichtet wird, stellt sich jedoch bereits beim Lesen der allgemeinen Erläuterungen im Kapitel 1.3.1. Entsprechend wäre es zu begrüssen, wenn auch an dieser Stelle die konkreten Gründe für diesen Entscheid aufgeführt würden.
Regierungsrat des Kantons Aargau	1.3.2	Auf Seite 20 des Berichts wird ausgeführt, dass die Eidgenössische Kommission für Tabakprävention (EKTP) gefordert habe, dass eine Regelung für E-Zigaretten gewisse Bedingungen erfüllen solle, und zwar das Verbot des Verkaufs an Minderjährige, die Festlegung von Qualitätsstandards, die Beschränkung der Werbung, das Verbot des Konsums im öffentlichen Raum und die Erhebung einer spezifischen Abgabe, die zur Finanzierung der Forschung zu bestimmen sei. Ein Teil dieser Forderungen wurde mit dem vorliegenden Gesetz erfüllt. Auf die Festlegung von Qualitätsstandards wie auch die Einführung einer Abgabe hat man jedoch offenbar verzichtet. Es ist nicht ohne weiteres nachvollziehbar, weshalb diese Forderungen der EKTP nicht umgesetzt worden sind. Eine Auseinandersetzung mit den Beweggründen an dieser Stelle im Bericht wäre daher wünschenswert. Ohne diese zu kennen bleibt anzumerken, dass der Konsum von E-Zigaretten (auch ohne Nikotin) in keiner Weise unbedenklich ist. Die Forschung zu den Risiken und Folgen des Konsums wie auch das laufende Einbringen des aktuellen Stands des Wissens in Form von Inhaltsvorschriften, Grenzwerten und Qualitätsstandards sind daher im Interesse des Schutzes der öffentlichen Gesundheit geboten.
Regierungsrat des Kantons Aargau	1.3.6	Vermutlich handelt es sich hier im zweiten Satz um einen Schreibfehler und es sollte statt "pflanzliche Tabakprodukte" richtigerweise "pflanzliche Rauchprodukte" nach Art. 3 Bst. e heissen.
Regierungsrat des Kantons Aargau	1.7	Im letzten Absatz auf Seite 35 ist zu lesen, dass die als Gebrauchsgegenstände nach Art. 5 des (totalrevidierten) Lebensmittelgesetz geltenden nikotinfreien E-Zigaretten schon heute auf ihre Konformität mit den lebensmittelrechtlichen Anforderungen geprüft würden. Diese Aussage stimmt zwar überein mit der geltenden Rechtslage. Bezogen auf die Praxis ist sie jedoch klar zu relativieren: Keine einzige Selbstkontroll-Dokumentation der Importeure von nikotinfreien (oder nikotinhaltigen)

## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

		<p>elektronischen Zigaretten vermag nach wissenschaftlichem Stand den Anforderungen des Lebensmittelrechts zu genügen. Gemäss Art. 15 LMG dürfen nur sichere Gebrauchsgegenstände in Verkehr gebracht werden. Und als sicher gilt ein Gebrauchsgegenstand nach Art. 15 Abs. 2 LMG dann, wenn er bei normaler oder vernünftigerweise vorhersehbarer Verwendung keine oder nur minimale Gefahren birgt oder nur solche, die sich mit seinem normalen Gebrauch vereinbaren lassen und die unter Wahrung eines hohen Schutzniveaus für die Gesundheit von Konsumentinnen und Konsumenten und Dritter vertretbar sind. Tatsächlich ist jedoch die gesundheitliche Unbedenklichkeit bei einer Langzeit-Exposition durch Inhalation von nikotinfreien E-Zigaretten nicht nachgewiesen. Dass die nikotinfreien E-Zigaretten dennoch weiterhin als Gebrauchsgegenstände durch das Lebensmittelrecht geregelt werden sollen, grenzt unter diesem Aspekt betrachtet an eine Täuschung der Konsumentinnen und Konsumenten – denn wissenschaftlich betrachtet ist die damit getätigte Aussage, der bestimmungsgemässe Konsum von E-Zigaretten sei sicher, nicht haltbar.</p>
--	--	---

Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen oder neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter "Überprüfen/Dokument schützen/ Schutz aufheben" den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.



## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

Erläuternder Bericht Kapitel 2 "Erläuterungen zu den einzelnen Artikeln"		
Name/Firma	Art.	Bemerkung/Anregung
Regierungsrat des Kantons Aargau	5	Bei den Erläuterungen im Bericht zu der Möglichkeit der Vollzugsbehörden, den Verkauf eines gefährdenden Produkts bis zur nächsten Gesetzesrevision durch das Parlament gestützt auf Art. 5 TabPG zu verbieten (Seite 41), wäre ein Verweis auf Art. 35 Abs. 3 TabPG hilfreich für die Verständlichkeit des Textes. Alleine gestützt auf Art. 5 TabPG wäre ein solches Verbot nämlich nicht möglich. Entspricht jedoch ein Produkt nicht den gesetzlichen Vorgaben (wie zum Beispiel denjenigen des Art. 5 TabPG), dann kann dessen Bereitstellung auf dem Markt gestützt auf Art. 35 Abs. 3 Bst. a TabPG verboten werden.
Regierungsrat des Kantons Aargau	12	<p>Es ist ohne entsprechende Erläuterungen im Bericht nicht einzusehen, weshalb gewisse Tabakprodukte zum Rauchen von der Pflicht zum Tragen eines Warnhinweises nach Art. 12 Abs. 1 Bst. b TabPG ausgenommen werden sollten. Es wird darum ersucht, auf diese Ausnahmeregelung zu verzichten, oder zumindest im Bericht zu erläutern, was für die Gewährung einer solchen Ausnahme sprechen könnte.</p> <p>Der Hinweis im Bericht (Seite 44), dass diese Ausnahme insbesondere Zigarren und Zigarillos betreffe und der Warnhinweis bei Zigaretten, geschnittenem Tabak und Wasserpfeifentabak beibehalten werde, ist wenig hilfreich. Zum einen erklärt er nicht, weshalb bei Zigarren und Zigarillos der entsprechende Warnhinweis entbehrlich sein sollte. Zum anderen stellt sich beim Lesen die Frage, weshalb dem Bundesrat die allgemeine Kompetenz für eine Ausnahmeregelung erteilt wird, wenn gleichzeitig klar sein soll, dass diese bei Zigaretten, geschnittenem Tabak und Wasserpfeifentabak keine Anwendung finden werde.</p>
Regierungsrat des Kantons Aargau	14 Abs. 2	<p>Art. 14 Abs. 2 TabPG erteilt dem Bundesrat die Kompetenz, für bestimmte Verpackungsarten Ausnahmen vorzusehen. Im erläuternden Bericht (Seite 45) ist jedoch sodann zu lesen, dass der Grundsatz des Art. 14 Abs. 2 TabPG für Zigaretten, geschnittenen Tabak und Wasserpfeifentabak gelte. Damit stellt sich die Frage, weshalb hier gewisse Tabakprodukte zum Rauchen hervorgehoben werden. Der Grundsatz müsste eigentlich für alle gelten. Weiter ist zu lesen, dass der Bundesrat Ausnahmen für runde Verpackungen und für rechteckige Verpackungen von geschnittenem Tabak vorsehen werde. Weshalb jedoch auf einer rechteckigen Verpackung nicht auf einer seitlichen Oberfläche ein Warnhinweis angebracht werden kann</p> <p>(vgl. Art. 14 Abs. 2 TabPG), vermag nicht einzuleuchten. Oder weshalb dies nur bei rechteckigen Verpackungen von geschnittenem Tabak nicht möglich sein soll hingegen aber – e contrario – bei rechteckigen Verpackungen von Zigaretten schon?</p>
Regierungsrat des Kantons Aargau	22	Der Bericht führt zu Art. 22 TabPG auf Seite 51 aus, dass die Verpflichtung zur Selbstkontrolle aus Art. 23 aLMG übernommen werde und dass bei den heutigen Produktionsmethoden davon ausgegangen werde, dass die Gesetzeskonformität des Endprodukts in der Regel voraussetze, dass auch der Herstellungsprozess einwandfrei abgelaufen sei. Umso wichtiger sind daher klare Vorgaben zu kritischen Parametern und Grenzwerten, auf deren Einhaltung die Produkte im Labor geprüft werden können



## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

		oder die in den Selbstkontrollunterlagen dokumentiert sein müssen. Den Ausführungsbestimmungen des Bundesrats kommt unter diesem Aspekt betrachtet eine hohe Bedeutung zu, soll die Pflicht zur Selbstkontrolle für die Sicherheit der Konsumentinnen und Konsumenten auch tatsächlich eine effektive Wirkung entfalten können.
Regierungsrat des Kantons Aargau	34	Die Informationspflicht wird mit Art. 34 ausdrücklich auf die kantonalen Behörden ausgedehnt (siehe erläuternder Bericht Seite 56). Die Zuständigkeiten von Bund und Kanton sind aber weder im erläuternden Bericht noch im TabPG genauer dargelegt. Um diesbezüglich Klarheit zu schaffen, bittet der Regierungsrat des Kantons Aargau um entsprechende Ausführungen.

Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen oder neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter "Überprüfen/Dokument schützen/ Schutz aufheben" den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

### Entwurf Tabakproduktegesetz

Name/Firma	Art.	Abs.	Bst.	Bemerkung/Anregung
Regierungsrat des Kantons Aargau	2	1		<p>Nikotinhaltige elektronische Zigaretten sollen dem TabPG unterstehen, während nikotinfreie elektronische Zigaretten nicht in den Geltungsbereich des TabPG fallen und im Wesentlichen dem Lebensmittelrecht unterstellt bleiben. Wir erachten diese Regelung aus folgenden Gründen als nicht sinnvoll:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Nikotinhaltige und nikotinfreie elektronische Zigaretten stellten bisher in der Verwendung ein Genussmittel gemäss Art. 3 Abs. 3 aLMG dar. Die beiden Produktarten unterscheiden sich allein durch die An- beziehungsweise Abwesenheit von Nikotin. Das "Dampfen" von nikotinfreien elektronischen Zigaretten ist zwar auch nach neuem Recht kein Lebensmittel gemäss LMG; die nun vorgesehene Klassifizierung (des inhalierten Dampfes) als Gebrauchsggegenstand wirkt jedoch künstlich. Mit dem TabPG entsteht eine Gesetzgebung, die den Besonderheiten und dem Regelungsbedarf der nikotinfreien elektronischen Zigaretten viel besser gerecht werden kann als das Lebensmittelrecht.</li> <li>• Die nikotinfreien elektronischen Zigaretten vermögen die Anforderungen des Lebensmittelrechts bezüglich Sicherheit der Konsumentinnen und Konsumenten nicht zu erfüllen. Eine gesundheitliche Unbedenklichkeit des Konsums von nikotinfreien elektronischen Zigaretten ist nicht nachgewiesen. Die grundsätzlichen Anforderungen an nikotinfreie Zigaretten sollten daher realistischer formuliert werden und denjenigen nach Art. 5 Abs. 1 entsprechen.</li> <li>• Im Entwurf des TabPG sind bereits einige Regelungen für nikotinfreie elektronische Zigaretten enthalten, obwohl die Produkte nicht dem Geltungsbereich des TabPG unterstellt sind. Unterschiedliche Anforderungen zwischen nikotinhaltigen und nikotinfreien elektronischen Zigaretten können bei Bedarf innerhalb des TabPG geregelt</li> </ul>

## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

				<p>werden, zum Beispiel bezüglich Warnhinweise.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Aus diesen Gründen ersucht der Regierungsrat des Kantons Aargau darum, auch die nikotinfreien elektronischen Zigaretten in den Geltungsbereich des TabPG aufzunehmen. Entsprechend wären auch die Begriffsdefinitionen in Art. 3 zu überarbeiten sowie im gesamten Erlassentwurf zu prüfen, ob und an welchen Stellen der Begriff "nikotinhaltige elektronische Zigaretten" durch "elektronische Zigaretten" ersetzt werden müsste.</li> </ul>
Regierungsrat des Kantons Aargau	2	neu		<p>Der Bericht führt auf Seite 37 zum Artikel 2 des Entwurfs aus, dass das TabPG nicht alle Aspekte in Bezug auf die Bestandteile von nikotinhaltigen E-Zigaretten und Tabakprodukten zum Erhitzen reglementiere, sondern dass diese parallel dazu auch anderen Rechtsnormen unterstellt bleiben würden. Name, Aufbau und Inhalt des Tabakproduktegesetzes vermitteln jedoch den Eindruck, die Anforderungen an diese Produkte abschliessend zu regeln. Gerade auch mit Blick auf die nach TabPG geltende Pflicht zur Selbstkontrolle stellt sich jedoch die Frage, ob nicht sinnvollerweise in Art. 2 TabPG ein weiterer Absatz mit entsprechenden Gesetzesvorbehalten aufgenommen werden sollte, damit bei Gesetzeskonsultation sogleich klar wird, dass in Bezug auf die Anforderungen an die Produkte auch noch weitere Erlasse zu berücksichtigen sind.</p>
Regierungsrat des Kantons Aargau	3			<p>Die Definitionen sind grösstenteils sinnvoll gewählt und erfassen die meisten aktuellen Produkte. Folgende Aspekte sollten jedoch zusätzlich berücksichtigt oder korrigiert werden:</p>
Regierungsrat des Kantons Aargau	3		a	<p>Formal fehlt in den nachfolgenden Buchstaben eine Definition der hier in Art. 3 Bst. a TabPG genannten Tabakprodukte zum Schnupfen. Art. 3 wäre deshalb um einen weiteren Buchstaben mit einer entsprechenden Definition zu erweitern.</p>
Regierungsrat des Kantons Aargau	3		c	<p>Art. 3 Bst. c definiert Tabakprodukte zum Erhitzen als "Gerät, mit dem Dampf inhaliert werden kann, (...)". Das BAG kennt die derzeitige Debatte um den Begriff des inhalierten Gemischs. Die Tabakindustrie, welche die Tabakprodukte zum Erhitzen ("Heat-Not-Burn") entwickelt hat, möchte den Begriff des "Rauchs" im Zusammenhang mit diesen neuen Produkten mit allen Mitteln vermeiden und grenzt den Ausstoss aus den neuen Produkten als "Aerosol" ab. Eine wissenschaftliche Arbeit der Universitäten Bern und Lausanne ("Heat-Not-Burn Tobacco Cigarettes: Smoke by Any Other Name", Auer et al., JAMA Internal Medicine, July 2017, Vol. 177, No. 7, 1-3) kommt jedoch zum Schluss, dass das inhalierte Gemisch des IQOS-Produkts von Philip Morris international eine qualitativ ähnliche Zusammensetzung wie der Rauch einer gewöhnlicher Zigarette aufweist. Eine Abgrenzung zum Rauch gewöhnlicher Zigaretten, zum Beispiel um das Verbot des Rauchens in Innenräumen aufzuweichen, sei deshalb unethisch. Die Verwendung des Begriffs "Dampf" in Art. 3 Bst. c TabPG für die Emissionen von Tabakprodukten zum Erhitzen nimmt einseitig Partei für die Tabakindustrie und ist wissenschaftlich der am wenigsten passende Begriff für das inhalierte Gemisch.</p>



## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

				<p>Physikalisch betrachtet ist</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• "Rauch" ein heterogenes Gemisch aus festen Schwebeteilchen in einem Gas,</li> <li>• "Dampf" entweder ein chemisch reiner, gasförmiger Stoff, wenn man ihn in Bezug zu seinem flüssigen oder festen Aggregatzustand betrachtet, oder ein heterogenes Gemisch aus flüssigen Schwebeteilchen (Tröpfchen) in einem Gas, und</li> <li>• ein "Aerosol" ein heterogenes Gemisch aus festen oder flüssigen Schwebeteilchen in einem Gas (der Oberbegriff für Rauch und Dampf).</li> </ul> <p>Eine Gesetzgebung sollte unbedingt einen wissenschaftlich korrekten und neutralen Begriff verwenden, zum Beispiel den Begriff "inhaliertes Gemisch" oder allenfalls "Aerosol" im Sinne eines wissenschaftlichen Oberbegriffs für "Rauch", wobei der Begriff zumindest in der Botschaft auch als neutraler Oberbegriff bezeichnet werden sollte.</p>
Regierungsrat des Kantons Aargau	3		e	<p>Die drei grossen Tabakkonzerne haben Tabakprodukte zum Erhitzen entwickelt, die von Art. 3 Bst. c erfasst werden. Es scheint nur eine Frage der Zeit, bis auch pflanzliche Rauchprodukte nach Art. 3 Bst. e, wie zum Beispiel Kräuter oder hanfhaltige Produkte, nicht nur verbrannt sondern auch mittels Erhitzung konsumiert werden können. Solche pflanzlichen Produkte zum Erhitzen würden von keinem der Begriffe erfasst – auch nicht von Buchstabe f, da im Gegensatz zu elektronischen Zigaretten bei diesen Produkten keine Flüssigkeiten erhitzt würden. Diese Lücke könnte vorsorglich geschlossen werden, in dem die Definition von Art. 3 Bst. c oder e erweitert oder eine zusätzliche Definition für pflanzliche Produkte zum Erhitzen aufgenommen wird.</p>
Regierungsrat des Kantons Aargau	3		f	<p>Mit dem gewählten Begriff "elektronische Zigarette" entsteht eine Unklarheit in der Zuordnung des Dampfens von Aromasteinen (nikotinhalzig oder nikotinfrei) in Wasserpfeifen mit Kohle (nicht elektronisch). Zwar wird dieses Dampfen von der Definition nach Art. 3 Bst. f TabPG erfasst, der Begriff "elektronische Zigarette" suggeriert jedoch ausschliesslich einen elektronischen Erhitzungsprozess. Eine Präzisierung der Begriffsdefinition wäre entsprechend zu begrüssen. Andernfalls wären zumindest entsprechende Erläuterungen in der Botschaft wünschenswert.</p> <p>Im Bericht auf Seite 39 ist zu lesen, dass bei den elektronischen Zigaretten nur Geräte erfasst würden, die wie Tabakprodukte verwendet würden, unter Ausschluss von Produkten, die zu einem anderen Zweck inhaliert würden (zum Beispiel Inhalationsgeräte gegen Erkältungen). Diese Definition darf sich jedoch nicht erst durch das Lesen des erläuternden Berichts oder später der Botschaft erschliessen, sondern muss unmissverständlich bereits aus der gewählten Legaldefinition im Gesetz hervorgehen. Entsprechend ist die Legaldefinition der elektronischen Zigarette so zu formulieren, dass andere Inhalationsgeräte als diejenigen, die man wie Tabakprodukte verwendet, von der Definition gar nicht erfasst werden. Art. 3 Bst. f ist entsprechend zu präzisieren. Ein möglicher Formulierungsvorschlag</p>

## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

			findet sich nachstehend.
Regierungsrat des Kantons Aargau	3		<p>Als möglicher Umsetzungsvorschlag der vorstehend erläuterten, verschiedenen Anliegen könnte der folgende Formulierungsvorschlag dienen:</p> <p>(siehe nächste Seite)</p> <p>Art. 3 Begriffe</p> <p>In diesem Gesetz bedeuten:</p> <p>a. Tabakprodukt: Produkt, das aus Blattstücken der Pflanzen der Gattung Nicotiana (Tabak) besteht oder solche enthält und zum Rauchen, Erhitzen, Schnupfen oder oralen Gebrauch bestimmt ist sowie pflanzliche Rauchprodukte nach Buchstabe f und pflanzliche Produkte zum Erhitzen nach Buchstabe g;</p> <p>b. Tabakprodukt zum Rauchen: Produkt mit Tabak, das mittels eines Verbrennungsprozesses konsumiert wird, insbesondere Zigaretten, Zigarren oder Tabak zum Selbstdrehen;</p> <p>c. Tabakprodukt zum Erhitzen: Gerät, mit dem ein Gemisch inhaliert werden kann, das durch das Erhitzen eines Produkts mit Tabak gewonnen wird, sowie Nachfüllmaterial für dieses Gerät;</p> <p>d. Tabakprodukt zum Schnupfen: Produkt mit Tabak, das mit der Nasenschleimhaut in Kontakt kommt und das weder zum Rauchen noch zum Erhitzen noch zum oralen Gebrauch bestimmt ist;</p> <p>e. Tabakprodukt zum oralen Gebrauch: Produkt mit Tabak, das mit der Mundschleimhaut in Kontakt kommt und das weder zum Rauchen noch zum Erhitzen noch zum Schnupfen bestimmt ist;</p> <p>f. pflanzliches Rauchprodukt: Produkt ohne Tabak auf der Grundlage von Pflanzen, das mittels eines Verbrennungsprozesses konsumiert wird;</p> <p>g. pflanzliches Produkt zum Erhitzen: Gerät, mit dem ein Gemisch inhaliert werden kann, das durch das Erhitzen eines pflanzlichen Produkts ohne Tabak gewonnen wird, sowie das Nachfüllmaterial für dieses Gerät;</p> <p>h. elektronische Zigarette: Gerät, das ähnlich wie ein herkömmliches Rauchprodukt jedoch ohne Tabak verwendet wird und mit dem Dampf inhaliert werden kann, der durch das Erhitzen einer Flüssigkeit mit oder ohne Nikotin gewonnen wird, sowie Nachfüllflüssigkeiten und Kartuschen für dieses Gerät;</p> <p>i. Bereitstellen auf dem Markt: das Bereithalten und das Anbieten eines Produkts oder eines Geräts im Hinblick auf die entgeltliche oder unentgeltliche Abgabe an die Konsumentinnen und Konsumenten und die Abgabe dieses Produkts oder dieses Geräts; die Einfuhr im Hinblick auf die Abgabe an die Konsumentinnen und Konsumenten ist dem</p>

## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

				Bereitstellen auf dem Markt gleichgestellt.
--	--	--	--	---



## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

Regierungsrat des Kantons Aargau	5	1	a	<p>Im Wissen darum, dass der Begriff der unmittelbaren Gesundheitsgefährdung bereits im aLMG verwendet worden ist, soll dieser hiermit dennoch kritisch hinterfragt werden. Die Frage ist, wann gilt eine Gesundheitsgefährdung als mittelbar und wann als unmittelbar. Ist die Gefährdung nur dann unmittelbar, wenn sie sich zeitlich rasch (nach dem Konsum) in einer effektiven Schädigung manifestiert? Oder bereits dann, wenn die Gefährdung zeitlich rasch eine gewisse Erheblichkeit annimmt, also beispielsweise lebensbedrohlich wird? Oder ist sie nicht vielmehr auch bereits dann unmittelbar, wenn sie direkt – oder eben unmittelbar – vom Konsum des Tabakprodukts und/oder der nikotinhaltigen elektronischen Zigarette ausgeht? Oder geht es bei der Abgrenzung zwischen mittelbar und unmittelbar vielleicht einzig um eine zeitliche Komponente, also um die Frage, wie rasch etwas passiert? Und wann spricht man noch von einer Gefährdung der Gesundheit und wann von einer Schädigung oder zumindest Beeinträchtigung? Die akute Vergiftung beispielsweise, die der Bericht auf Seite 41 erwähnt, ist sie tatsächlich nur eine Gefährdung der Gesundheit? Oder ist eine Gefährdung nicht vielmehr die Schaffung eines Risikos, während eine Erkrankung, eine Vergiftung oder ein Kreislaufkollaps bereits die Verwirklichung dieses Risikos darstellen? Spricht man erst von einer Schädigung der Gesundheit, wenn diese irreversibel ist? Oder ist die Gesundheit nicht vielmehr immer dann und so lange beeinträchtigt – und nicht nur gefährdet – wie man nicht gesund ist?</p> <p>Klar ist, dass der übliche Gebrauch von Tabakprodukten die Gesundheit gefährdet. Entsprechend könnte vielleicht unterschieden werden zwischen der Gefährdung durch Tabakproduktekonsum und dem effektiven Eintreten einer Schädigung. Oder zwischen dem unmittelbaren Eintreten einer Schädigung und der Gefährdung durch längerfristigen Gebrauch. Oder zwischen der Gefährdung, die allein vom Tabak oder vom Nikotin ausgeht, und der Gefährdung die allein von der Zutat ausgeht. Eine Abgrenzung zwischen einer mittelbaren und unmittelbaren Gefährdung erscheint jedoch sinnvollerweise nicht möglich. Es ist davon auszugehen, dass der übliche Gebrauch von Tabakprodukten und nikotinhaltigen elektronischen Zigaretten die Gesundheit der Konsumierenden immer in einem gewissen Masse unmittelbar gefährdet. Unterschiedlich ist allenfalls das Ausmass der Gefährdung.</p> <p>Überdies bestehen aufgrund der Formulierung von Art. 5 Abs. 1 noch weitere Unklarheiten:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Wie ist der Begriff "Zutaten" zu verstehen? Geht es darum gewisse Zusatzstoffe, die den Produkten in der Produktion gemäss Rezeptur absichtlich beigesetzt werden, zu verbieten, oder darum Produktionsfehler zu verhindern, oder beides?</li> <li>• Soll diese Bestimmung verhindern, dass das Tabakprodukt und die elektronische Zigarette nicht noch schädlicher werden, als sie es ohnehin schon sind? Oder darf die Zutat allein für sich genommen nicht schädlicher sein, als es ein Tabakprodukt und eine elektronische Zigarette ohnehin schon sind?</li> </ul>
--	---	---	---	---

## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

				<ul style="list-style-type: none"> <li>Soll sich der "übliche Gebrauch" auf das Tabakprodukt und die elektronische Zigarette oder auf die Zutat beziehen? Grammatikalisch liegt der Bezug im Moment zwischen dem üblichen Gebrauch und der Zutat, was jedoch nicht sinnvoll erscheint. Enthält beispielsweise eine Zigarette aufgrund eines schweren Fabrikationsfehlers eine toxische Substanz, so besteht deren "üblicher Gebrauch" wohl nicht im Verbrennen und Inhalieren.</li> </ul> <p>Art. 5 Abs. 1 Bst. a TabPG sollte vor dem Hintergrund vorstehender Überlegungen noch einmal überarbeitet werden.</p>
Regierungsrat des Kantons Aargau	5	2	b	<p>Die langfristigen Risiken des Konsums von elektronischen Zigaretten (nikotinhaltig und nikotinfrei) sind derzeit nicht bekannt (siehe erläuternder Bericht, Seite 19). In der Praxis vermag keine einzige Selbstkontroll-Dokumentation der Importeure von nikotinfreien elektronischen Zigaretten nach aktuellem Stand der Wissenschaft den Anforderungen des Lebensmittelrechts zu genügen, nach denen Gebrauchsgegenstände für Konsumentinnen und Konsumenten sicher sein müssen. Genauso wenig können diese Selbstkontroll-Dokumente für nikotinhaltige E-Zigaretten belegen, dass sie weder in erhitzter noch in nicht erhitzter Form kein Risiko für die Gesundheit darstellen, wie es Art 5 Abs. 2 Bst. b TabPG gemäss dem vorliegenden Entwurf vorschreiben soll. Diese gesetzlichen Vorgaben sind gemäss dem heutigen Stand der Forschung gar nicht umsetzbar respektive ein konsequenter Vollzug der gesetzlichen Bestimmungen hätte zur Folge, dass elektronische Zigaretten gar nicht konsumiert werden dürften.</p> <p>Um solche Widersprüche zwischen den gesetzlichen Vorgaben und der Praxis zu vermeiden, sollten die Anforderungen an die Nachfüllflüssigkeiten in Art. 5 Abs. 2 Bst. b TabPG ehrlicherweise gleich formuliert werden wie die Anforderungen an die Tabakprodukte in Art. 5 Abs. 1 Bst. a TabPG.</p>
Regierungsrat des Kantons Aargau	6	2		<p>Die gesundheitlichen Auswirkungen des Konsums von elektronischen Zigaretten sind derzeit noch nicht bekannt. Bekannt ist hingegen, dass der Dampf von elektronischen Zigaretten giftige Stoffe enthält (siehe erläuternder Bericht, Seite 19). Demzufolge wäre es im Sinne des Konsumentenschutzes, wenn gemäss Art. 6 Abs. 2 TabPG und entsprechend in Anhang 2 TabPG nicht nur für Tabakprodukte Höchstmengen festgelegt, sondern überdies bezüglich gewisser giftiger Stoffe, zum Beispiel Formaldehyd und Acrolein, Höchstmengen im Dampf von elektronischen Zigaretten definiert würden. Diese hätten sowohl für nikotinhaltige als auch nikotinfreie elektronische Zigaretten zu gelten.</p>
Regierungsrat des Kantons Aargau	9	1	c	<p>In Art. 9 Bst. c wird auf die Angabe nach Buchstabe c verwiesen. Es handelt sich wahrscheinlich um einen Fehler und Buchstabe b ist gemeint.</p>
Regierungsrat des Kantons	14	6		<p>Der erläuternde Bericht führt auf Seite 46 zu Art. 14 Abs. 6 TabPG aus, dass diese Anforderung die an die Einzelhändler adressierten Lieferkartons nicht betreffen würde, sondern nur die Verpackungen, die an die</p>



## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

Aargau			<p>Konsumentinnen und Konsumenten abgegeben würden. Dies trifft jedoch aufgrund des Wortlauts des Gesetzes so nicht zu. Art. 14 Abs. 6 TabPG spricht von jeder Aussenverpackung, mit Ausnahme einer durchsichtigen Hülle. Der Normtext wäre deshalb zu präzisieren, beispielsweise wie folgt:</p> <p><sup>6</sup> Sie müssen zudem auf jeder Aussenverpackung, <u>in der die Produkte an die Konsumentinnen und Konsumenten abgegeben werden</u>, mit Ausnahme einer durchsichtigen Hülle, enthalten sein.</p>
Regierungsrat des Kantons Aargau	16		<p>Gemäss erläuterndem Bericht zu Art. 16 TabPG (Seite 46) müssen nur die Heizgeräte eine Produkteinformation enthalten, nicht jedoch die Nachfüllungen für diese Produkte. Dies entspricht jedoch nicht den Begriffsdefinitionen nach Tabakproduktegesetz, gemäss denen der Begriff "elektronische Zigarette" sowohl das Gerät selber wie auch die Nachfüllflüssigkeiten und Kartuschen für dieses Gerät erfasst (vgl. Art. 3 Bst. f TabPG). Überdies stellt sich auch die Frage, wie bei den Geräten allein zwischen nikotinhaltigen und nikotinfreien unterschieden werden sollte. Es lassen sich auch Geräte, die beim Kauf ein nikotinfreies Liquid im Lieferumfang enthielten, später mit nikotinhaltigen Liquids bestücken.</p> <p>Aus der Optik der Sicherheit der Konsumentinnen und Konsumenten betrachtet wäre es durchaus zu begrüssen, wenn die Nachfüllungen ebenfalls eine Produkteinformation enthalten würden, denn die Wenigsten bewahren eine solche nach dem Kauf eines Geräts für längere Zeit auf. Die Informationen wären damit bei jedem späteren Kauf von Nachfüllungen immer wieder neu zugänglich. Allerdings kann dies nicht für diejenigen Produktinformationen gelten, die tatsächlich nur die Geräte selber betreffen, denn ein Gerät kann zumindest bei den elektronischen Zigaretten mit Nachfüllungen unterschiedlichster Hersteller bestückt werden.</p> <p>Die Angaben, die Art. 16 TabPG vorschreibt, unterscheiden sich inhaltlich stark voneinander. Während bei Art. 16 Abs. 1 Bst. a davon auszugehen ist, dass es hier mehrheitlich um technische Angaben geht (Inbetriebnahme, Laden des Akku, Reinigung, Entsorgung etc), entsprechen die Angaben nach den Buchstaben b–f inhaltlich eher Warnhinweisen als einer spezifischen Produkteinformation. Dies steht in einem gewissen Widerspruch zu dem Entscheid, die Vorgaben für die Warnhinweise für die weiteren Produktkategorien im Vergleich zu den Vorgaben für die Tabakprodukte zum Rauchen deutlich herabzusetzen (vgl. Art. 13 TabPG). Aus gesundheitspolitischer Sicht ist die Vorschrift der Angaben nach Art. 16 Abs. 1 Bst. b–f jedoch zu begrüssen.</p> <p>Entsprechend den vorstehenden Überlegungen wird darum ersucht, in Art. 16 TabPG festzuhalten, dass die Nachfüllungen für diese Produkte nur Produktinformationen mit den Angaben gemäss Buchstaben b–g enthalten müssen.</p> <p>Bei Art. 16 Abs. 1 Bst. b würde es begrüsst, wenn eine andere, eine stärkere Formulierung gefunden würde, anstelle der "Nicht-Empfehlung" (zum Beispiel "dieses Produkt soll nicht von Minderjährigen verwendet werden,</p>

## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

			<p>Nichtrauchenden ist dringend vom Gebrauch abzuraten").</p> <p>Bei den Buchstaben c–f stellt sich die Frage, wer darüber entscheidet, welches allfällige Kontraindikationen (Buchstabe c) sind, welche Risikogruppen wovon gewarnt werden sollen (Buchstabe d), welches die möglichen schädlichen Auswirkungen des Konsums und wie hoch das Suchtpotenzial und die Toxizität sind. Diese Einschätzungen sollten nicht den Herstellenden allein überlassen werden. Mit Art. 16 Abs. 2 TabPG erhält der Bundesrat nur die Kompetenz, Form und Sprache dieser Produkteinformation zu regeln. Stattdessen sollte er – oder auch das Bundesamt für Gesundheit – zusätzlich auch die Kompetenz erhalten, die erforderlichen Inhalte detaillierter vorzuschreiben.</p>
Regierungsrat des Kantons Aargau	17		Der Regierungsrat des Kantons Aargau stimmt der geplanten Regelung zu.
Regierungsrat des Kantons Aargau	20		<p>Der Regierungsrat des Kantons Aargau erachtet es als richtig, dass mit dem vorliegenden Tabakproduktegesetz der Jugendschutz gestärkt werden und die Abgabe von Tabakprodukten wie auch von elektronischen Zigaretten – egal ob mit oder ohne Nikotin – an Minderjährige verboten werden soll.</p> <p>Das Tabakproduktegesetz definiert den Begriff "Abgabe" nicht weiter. Damit steht bei der Auslegung des Begriffs zunächst der allgemeine Sprachgebrauch im Vordergrund. Der Duden führt bei den sinn- und sachverwandten Wörtern zu "abgeben" unter anderem die Begriffe "aushändigen", "geben" und "überreichen" auf. Dies deckt sich mit der Ausführung im Bericht, wonach das Verbot gemäss Art. 20 Abs. 1 TabPG auch die Weitergabe von Tabakprodukten mit der Absicht, die Altersbeschränkung zu umgehen, erfasst. Jede Weitergabe ist gleichzeitig auch eine Abgabe und somit verboten.</p> <p>Will man jedoch den Begriff der Abgabe tatsächlich so allgemein verstanden haben und nicht beispielsweise nur im Kontext einer gewerblichen Abgabe, wie dies beim mittlerweile gescheiterten Entwurf eines Bundesgesetzes über den Handel mit alkoholischen Getränken (Alkoholhandelsgesetz, AlkHG) der Fall gewesen ist (siehe Bundesblatt [BBl] 2012 1493, insbesondere Art. 7 und Art. 2 Abs. 1 AlkHG), dann gilt dieses Verbot allgemein und damit auch innerhalb der Familie sowie unter minderjährigen Freunden. Der Geltungsbereich des TabPG macht keine Einschränkungen beispielsweise durch Ausnahme des privaten Kreises oder ähnliches. Will man also für dieses Verbot gewisse Ausnahmen vorsehen, so müsste dies in der konkreten Norm selber erfolgen. Ein Hinweis im erläuternden Bericht oder in der Botschaft reicht hierfür nicht aus.</p>



## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

Regierungsrat des Kantons Aargau	21		<p>Wie schon eingangs festgehalten, begrüsst es der Regierungsrat des Kantons Aargau ausdrücklich, dass mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf die Durchführung von Testkäufen und insbesondere auch die Verwertung der Testkaufergebnisse in Straf- und Verwaltungsverfahren nun bundesrechtlich geregelt werden.</p> <p>Eine Unklarheit besteht einzig in Bezug auf die Regelung gemäss Art. 21 Abs. 3 Bst. a TabPG, nach der nebst den Behörden auch "anerkannte Fachorganisationen" solche Testkäufe organisieren dürfen, sowie zu Art. 21 Abs. 4 Bst. a TabPG, gemäss dem der Bundesrat die Anerkennung und die Beaufsichtigung dieser "beigezogenen Fachorganisationen" regelt. Zu den folgenden Fragen ersucht der Regierungsrat des Kantons Aargau um eine Klärung:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Können diese Fachorganisationen ohne Beteiligung der Behörde irgendwelcher Art, selbständig solche Testkäufe durchführen?</li> <li>• Und wenn die Behörde ihrerseits die Testkäufe organisiert und hierfür einen Dritten beiziehen möchte, darf sie dann nur mit einer dieser anerkannten Fachorganisationen zusammenarbeiten oder ist sie in der Wahl des Dritten frei, solange sie die Aufsicht über Organisation und Durchführung der Testkäufe inne hat? Der Regierungsrat des Kantons Aargau ist der Ansicht, dass es den kantonalen Behörden überlassen werden sollte, mit welchen Organisationen sie für die Durchführung von Testkäufen zusammenarbeiten wollen.</li> <li>• Während Art. 21 Abs. 3 Bst. a TabPG von der Organisation der Testkäufe durch diese Fachorganisationen spricht, ist in Art. 21 Abs. 4 Bst. a TabPG von den "beigezogenen" Fachorganisationen die Rede. Wird diese Unterscheidung bewusst gemacht? Ist daraus zu schliessen, dass diese Organisationen nach Art. 21 Abs. 3 Bst. a TabPG stets nur "beigezogen" sind? Oder regelt der Bundesrat einzig die Anerkennung und Beaufsichtigung der beigezogenen Organisationen, während diese Ausführungsbestimmungen für die selbständig Tätigen keine Geltung haben sollen?</li> <li>• Ist im Hinblick auf die bundesrätliche Regelung der Anerkennung und Beaufsichtigung der beigezogenen Fachorganisationen mit neuen, zusätzlichen Aufgaben für die Kantone zu rechnen? Der erläuternde Bericht äussert sich inhaltlich einzig zu den Buchstaben b–d von Art. 21 Abs. 4 TabPG. Sollte diese Aufgabe tatsächlich den Kantonen übertragen werden, dann stellt sich die Frage nach Umfang und Kosten einerseits und andererseits nach der gesetzlichen Grundlage für eine solche neue kantonale Aufgabe. Die Frage, wer die Aufgabe nach Art. 21 Abs. 4 Bst. a TabPG übernimmt, müsste bereits im Gesetz selber geregelt werden.</li> </ul>
Regierungsrat des Kantons Aargau	24, 25		<p>Die Pflicht zur Meldung der Zusammensetzung von nikotinhaltigen elektronischen Zigaretten ist doppelt genannt, sowohl in Art. 24 Abs. 1 Bst. a in Verbindung mit Art. 23 Abs. 1 als auch in Art. 25 Abs. 1.</p>

## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

Regierungsrat des Kantons Aargau	35		<p>Gemäss Art. 35 Abs. 3 TabPG können die zuständigen Behörden "alle erforderlichen Massnahmen" treffen, um widerrechtliche Zustände zu beseitigen. Die nachfolgende Aufzählung möglicher Massnahmen ist nicht abschliessend. Der Bericht führt dazu aus, dass Absatz 3 die Massnahmen regle, die im Zusammenhang mit nicht konformen Produkten oder nicht konformer Werbung angeordnet werden könnten. Weder Bericht noch Normtext äussern sich explizit zu Massnahmen infolge von Widerhandlungen gegen die altersabhängige Abgabebeschränkung. Es stellt sich damit die Frage, ob solche auch unter den allgemeinen Tatbestand von Art. 35 Abs. 3 TabPG subsumiert werden könnten.</p> <p>Die neuen Regelungen des vorliegenden Gesetzesentwurfs betreffend die Durchführung von Testkäufen, der Verwertung der Testkaufergebnisse in Verwaltungs- und Strafverfahren und die Strafbestimmung des Art. 43 Abs. 4 TabPG, nach der die Unternehmen bestraft werden, deren Angestellten die Vorschriften über die altersabhängige Abgabe verletzen, sind wichtige Voraussetzungen, um einen wirksamen Jugendschutz umsetzen zu können. Manchmal ist jedoch ein Strafverfahren nicht unbedingt das effektivste Mittel, um in der Praxis ein gesetzeskonformes Verhalten herbeizuführen. So ist es beispielsweise denkbar, dass einem (befristeten) Verkaufsverbot ein ungleich stärkere Wirkung zukommen würde, als dem Verhängen einer Busse.</p> <p>Im Interesse der Rechtssicherheit und eines effektiven Jugendschutzes ersucht der Regierungsrat des Kantons Aargau darum, die Möglichkeit, bei Verstössen gegen die altersabhängige Abgabebeschränkung Massnahmen zu treffen, explizit in das Gesetz aufzunehmen. Denkbar wäre eine Formulierung analog dem Art. 19 Entwurf Alkoholhandelsgesetz (BBI 2012 1493, Seite 1499):</p> <p style="padding-left: 40px;">Art. 35 Kontrolle und Massnahmen</p> <p style="padding-left: 40px;"><sup>1</sup> unverändert</p> <p style="padding-left: 40px;"><sup>2</sup> unverändert</p> <p style="padding-left: 40px;"><sup>3</sup> unverändert</p> <p style="padding-left: 40px;"><sup>4</sup> unverändert</p> <p style="padding-left: 40px;"><sup>5</sup> <u>Bei wiederholten oder schweren Verstössen gegen die Art. 17 Abs. 2 Bst. c und Art. 20 kann die zuständige kantonale Behörde einem Betrieb den Verkauf von allen oder bestimmten Tabakprodukten gemäss Art. 3 Bst. a vorübergehend oder dauerhaft verbieten.</u></p>
Regierungsrat des Kantons Aargau	38		<p>Art. 38 Abs. 1 TabPG regelt, dass die zuständigen Behörden von Bund und Kanton gegenseitig Daten austauschen "können". Im Bericht wird dazu auf Seite 59 ausgeführt, dass diese "Pflicht" zur Datenlieferung nur gelte, soweit die angeforderten Daten tatsächlich für den Vollzug einer gesetzlichen Aufgabe notwendig seien und die Stelle, die darum</p>



## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

			<p>ersuche, effektiv mit der betreffenden Vollzugsaufgabe betraut sei.</p> <p>Mit dem Terminus "können" in Art. 38 TabPG wird keine "Pflicht" zur Datenlieferung begründet. Art. 38 TabPG regelt vielmehr, dass es den Behörden erlaubt ist, Daten auszutauschen, nicht jedoch, dass sie nach Anfrage einer Behörde zur Lieferung verpflichtet sind. Normtext und Erläuterungen sind diesbezüglich abzugleichen. Sollen die Behörden tatsächlich verpflichtet werden, so wäre beispielsweise folgende Formulierung denkbar:</p> <p style="padding-left: 40px;"><sup>1</sup> Die zuständigen Behörden von Bund und Kantonen <u>liefern einander gegenseitig die</u> Daten, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach diesem Gesetz benötigen.</p>
Regierungsrat des Kantons Aargau	Anh. 3: PRS		<p>Die geplante Erweiterung des Bundesgesetzes zum Schutz vor Passivrauchen für alle Produkte, welche inhaliert werden können, ist richtig und für den Vollzug unbedingt notwendig. Denn es ist in der Praxis bei Kontrollen nicht möglich, zwischen nikotinfreien und nikotinhaltigen elektronischen Zigaretten, zwischen Tabakprodukten zum Erhitzen und elektronischen Zigaretten oder zwischen Tabakprodukten und pflanzlichen Rauchprodukten zu unterscheiden.</p>
Regierungsrat des Kantons Aargau	Anh. 3: LMG		<p>Der Regierungsrat des Kantons Aargau begrüsst es ausdrücklich, dass mit Erlass des Tabakproduktegesetzes mittels Fremdänderung auch eine Regelung für Alkoholestkäufe in das Lebensmittelgesetz aufgenommen werden soll. Die Anliegen an einen wirksamen Jugendschutz gelten nicht nur im Bereich der Tabakprodukte sondern gleichermassen auch im Bereich der alkoholischen Getränke.</p> <p>Im Interesse eines effektiven Jugendschutzes ersucht der Regierungsrat des Kantons Aargau darum, bei der vorgeschlagenen Änderung des Lebensmittelgesetzes zusätzlich die folgenden Überlegungen zu berücksichtigen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Art. 14 LMG verbietet die Abgabe alkoholischer Getränke an Jugendliche unter 16 Jahren. Die höhere Altersschranke von 18 Jahren ergibt sich aus Art. 41 Abs. 1 Bst. i des Bundesgesetzes über die gebrannten Wasser (Alkoholgesetz, AlkG) vom 21. Juni 1932 (SR 680). Es ist daher nicht ohne weiteres klar, ob die Bestimmung des Art. 14a LMG auch auf die Verkaufsverbote nach AlkG anwendbar ist. Dies ist unbedingt sicherzustellen, am einfachsten wäre dies möglich durch Regelung eines Abgabeverbots für alle alkoholischen Getränke im Lebensmittelrecht.</li> <li>• Das Lebensmittelrecht enthält mit Art. 14 LMG für alkoholische Getränke ein Abgabeverbot an Kinder unter 16 Jahren. Gemäss Art. 41 Abs. 1 Bst. i AlkG ist der Kleinhandel mit gebrannten Wassern durch Abgabe an Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren verboten. Dies entspricht einem Verkaufsverbot. Anders als im vorliegenden Entwurf TabPG wird also die Weitergabe von Spirituosen mit der Absicht, die Altersbeschränkung zu umgehen, vom Alkoholgesetz nicht erfasst. Dies wäre für einen wirksamen Jugendschutz jedoch wichtig.</li> <li>• Wie bereits vorstehend zu Art. 35 TabPG ausgeführt, wäre es auch bei den alkoholischen Getränken wichtig, effektive Verwaltungsmassnahmen zur Durchsetzung der Jugendschutzbestimmungen zur Verfügung zu haben. Die</li> </ul>

## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

			<p>Massnahmen nach LMG bei nicht auf Produkte bezogenen Beanstandungen (Art. 35 LMG) können wohl nicht als gesetzliche Grundlage herangezogen werden für ein (vorübergehendes) Verkaufsverbot von alkoholischen Getränken aufgrund wiederholter oder schwerwiegender Verstösse gegen die altersabhängige Abgabebeschränkung. Und erst recht können keine Massnahmen nach LMG ergriffen werden, um einen Verstoss gegen das Verkaufsverbot nach AlkG zu sanktionieren.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Die Regelung gemäss Art. 43 Abs. 4 TabPG, nach der bei Verstoss gegen die Vorschriften über die altersabhängige Abgabe das Unternehmen und nicht die angestellte Person bestraft wird, ist eine sehr sinnvolle und effektive Massnahme, um die Verkaufsbetriebe in die Verantwortung nehmen zu können und vermehrt gesetzeskonformes Verhalten zu fördern. Es wäre sehr zu begrüssen, wenn diese Möglichkeit auch bei Verstössen gegen die Altersbeschränkung bei alkoholischen Getränken zur Verfügung stehen würde.</li><li>• Mit den nun vorliegenden Entwürfen des Tabakproduktegesetzes und der Fremdänderungen Lebensmittelgesetz bestehen im Bereich altersabhängige Abgabebeschränkungen und Sanktionierung der Verstösse grosse Unterschiede zwischen den Tabakprodukten und den alkoholischen Getränken, die sich sachlich nicht begründen lassen. Es wäre daher auch im Interesse der Rechtsgleichheit angezeigt, die beiden Bereiche möglichst analog zu regeln.</li></ul> <p>Den vorstehenden Überlegungen würde mit den folgenden zusätzlichen Änderungen des Lebensmittelgesetzes umfassend Rechnung getragen:</p> <p>Art. 14 Abgabe- und Werbebeschränkungen für alkoholische Getränke</p> <p><sup>1</sup> Die Abgabe <u>von Spirituosen, Premixes (Mischgetränke auf Spirituosenbasis) und Alcopops an Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren und von übrigen alkoholischen Getränken an Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren</u> ist verboten.</p> <p><sup>2</sup> <i>unverändert</i></p> <p><sup>3</sup> <i>[Buchstabe b kann gestrichen werden]</i></p> <p><u>Art. 35a Verstoss gegen die Vorschriften über die altersabhängige Abgabe</u></p> <p><u>Bei wiederholten oder schweren Widerhandlungen gegen die Vorschriften über die altersabhängige Abgabe (Art. 14 Abs. 1) kann die zuständige kantonale Behörde einem Betrieb den Ausschank von oder den Detailhandel mit alkoholischen Getränken vorübergehend oder dauerhaft verbieten.</u></p>
--	--	--	---

## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

				<p>Art. 64 Übertretungen</p> <p><i>[Absätze 1–5 unverändert]</i></p> <p><sup>1bis</sup> <u>Mit Busse bis zu 40 000 Franken wird ein Unternehmen bestraft, dessen Angestellte die Vorschriften über die altersabhängige Abgabe (Art. 14 Abs. 1) verletzen. Als Unternehmen im Sinne dieses Absatzes gelten</u></p> <p><u>a. juristische Personen des Privatrechts;</u></p> <p><u>b. juristische Personen des öffentlichen Rechts;</u></p> <p><u>c. Personengesellschaften;</u></p> <p><u>d. Einzelfirmen.</u></p>
--	--	--	--	--

Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen oder neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter "Überprüfen/Dokument schützen/ Schutz aufheben" den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.



## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

Unser Fazit	
<input type="checkbox"/>	Zustimmung
<input checked="" type="checkbox"/>	Änderungswünsche / Vorbehalte
<input type="checkbox"/>	Grundsätzliche Überarbeitung
<input type="checkbox"/>	Ablehnung



## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : Standeskommission Appenzell I.Rh.

Abkürzung der Firma / Organisation : Kanton Appenzell I.Rh.

Adresse : Marktgasse 2

Kontaktperson : Ratschreiber Markus Dörig / Mathias Cajochen

Telefon : 071 788 93 11

E-Mail : [info@rk.ai.ch](mailto:info@rk.ai.ch)

Datum : 20. März 2018

#### **Wichtige Hinweise:**

1. Wir bitten Sie keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.
2. Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen oder neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter können Sie unter "Überprüfen/Dokument schützen/Schutz aufheben" den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.
3. Bitte pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile verwenden.
4. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word-Dokument** bis am **23. März 2018** an folgende E-Mail Adresse: [dm@bag.admin.ch](mailto:dm@bag.admin.ch) und [tabakprodukte@bag.admin.ch](mailto:tabakprodukte@bag.admin.ch).
5. Spalte "Name/Firma" muss nicht ausgefüllt werden.

**Herzlichen Dank für Ihre Mitwirkung!**

# Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

## Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Bemerkungen	3
Erläuternder Bericht (ohne Kapitel 2 "Erläuterungen zu den einzelnen Artikeln")	4
Erläuternder Bericht Kapitel 2 "Erläuterungen zu den einzelnen Artikeln"	5
Entwurf Tabakproduktegesetz	5
Unser Fazit	10
Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen:	Fehler! Textmarke nicht definiert.

## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

### Allgemeine Bemerkungen

Name/Firma	Bemerkung/Anregung
	Die Ständekommission begrüsst die Absicht, dass Tabakprodukte und elektronische Zigaretten neu in einem eigenständigen Gesetz behandelt werden. Der bundesrätliche Vorschlag enthält hinsichtlich der Tabakprävention jedoch erhebliche Mängel und vermag den Zweck nicht zu erfüllen. Sollen der gesundheitliche und volkswirtschaftliche Schaden, der Verlust an Lebensqualität und das durch den Tabakkonsum verursachte Leid eingedämmt werden, ist die Revision anders vorzunehmen. Das Gesetz soll einen Standard gewährleisten, der eine Ratifizierung der internationalen Rahmenkonvention der Weltgesundheitsorganisation über die Tabakkontrolle ermöglicht.

Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen oder neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter "Überprüfen/Dokument schützen/ Schutz aufheben" den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

### Erläuternder Bericht (ohne Kapitel 2 "Erläuterungen zu den einzelnen Artikeln")

Name/Firma	Kapitel-Nr.	Bemerkung/Anregung
	1.1	<p>Ausgangslage</p> <p>Die Probleme im Zusammenhang mit den Tabakprodukten werden in der Einleitung gut aufgezeigt. Tabakprodukte sind die einzigen Konsumgüter, welche nicht ohne Gesundheitsrisiko konsumiert werden und rasch zu einer erheblichen Abhängigkeit führen können. Weiter erwähnt der Bundesrat, dass der Anteil der Konsumierenden in der Bevölkerung seit 2011 nicht weiter zurückgegangen ist. Der Tabakkonsum, verantwortlich für fast 15% der Todesfälle in der Schweiz, ist die häufigste vermeidbare Todesursache. Den volkswirtschaftlichen Schaden beziffert der Bund mit Fr. 5.6 Mia. (Behandlungskosten, Produktivitätseinbusse durch Krankheitsfälle und vorübergehende Arbeitsunfähigkeit).</p> <p>Die geschilderten Fakten werden in den nachfolgenden Kapiteln und im Gesetz leider zu wenig beachtet.</p>

Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen oder neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter "Überprüfen/Dokument schützen/ Schutz aufheben" den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

### Erläuternder Bericht Kapitel 2 "Erläuterungen zu den einzelnen Artikeln"

Name/Firma	Art.	Bemerkung/Anregung

Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen oder neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter "Überprüfen/Dokument schützen/ Schutz aufheben" den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

### Entwurf Tabakproduktegesetz

Name/Firma	Art.	Abs.	Bst.	Bemerkung/Anregung
	1			<p>Antrag: Ergänzung</p> <p>Mit diesem Gesetz soll:</p> <p>a. der Mensch vor den schädlichen Auswirkungen des Konsums von Tabakprodukten und elektronischen Zigaretten geschützt werden.</p> <p style="background-color: yellow;">b. der Konsum von Tabakprodukten und elektronischen Zigaretten verringert werden.</p> <p>Begründung:</p> <p>Das Gesetz sollte zusätzlich auch den Zweck erfüllen, den Tabakkonsum zu verringern.</p>
	2	1		<p>Antrag: Ergänzung</p> <p>Dieses Gesetz gilt für Tabakprodukte und nikotinhaltige <span style="background-color: yellow;">oder nikotinfreie</span> elektronische Zigaretten, die auf dem Markt bereitgestellt werden; die Bestimmungen in Art. 17 bis Art. 19 gelten auch für Gegenstände, die eine funktionale Einheit mit einem Tabakprodukt bilden <span style="background-color: yellow;">und für Gegenstände und Dienstleistungen, die dieselbe oder eine ähnliche Marke wie das Tabakprodukt oder die elektronische Zigarette tragen.</span></p> <p>Begründung:</p> <p>E-Zigaretten ohne Nikotin sollen gleich behandelt werden wie solche mit Nikotin. Für eine wirksame Verhinderung des Einstiegs von Kindern und Jugendlichen in den Tabak- und Nikotinkonsum reicht es nicht, wenn lediglich einige wenige Bestimmungen auch auf E-Zigaretten ohne Nikotin angewendet werden. Selbst für den Fall, dass E-Zigaretten für</p>

## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

				<p>Nichtraucher und Nichtraucherinnen kaum gesundheitlich bedenkliche Stoffe freisetzen, besteht die Gefahr, dass deren Gebrauch die Schwelle zum Einstieg in den Tabak- und Nikotinkonsum von Kindern und Jugendlichen fördert (Nachahmung rauchähnliche Handlung).</p> <p>Ohne den beantragten Zusatz sind Gegenstände und Dienstleistungen, die keine funktionale Einheit mit Tabakprodukten bilden, aber dieselbe oder eine leicht geänderte Marke wie die Tabakprodukte tragen, von den Werbeeinschränkungen nicht betroffen. Damit wird der Tabakindustrie die Gelegenheit gegeben, ihre Tabakprodukte mit Nicht-Tabakprodukten zu fördern (z.B. Kleider).</p>
	2	2	C	<p>Antrag: Ergänzung</p> <p>c. Tabakprodukte und nikotinhaltige <b>oder nikotinfreie</b> Zigaretten [...]</p> <p>Begründung: vgl. Abs. 1</p>
	4	1		<p>Antrag: Ergänzen mit „<b>oder nikotinfreie</b>“</p> <p>Begründung vgl. Art. 2 Abs. 1</p>
	5	1		<p>Antrag: Ergänzen mit „<b>oder nikotinfreie</b>“</p> <p>Begründung vgl. Art. 2 Abs. 1</p>
	5	2		<p>Antrag: Ergänzen mit „<b>oder nikotinfreie</b>“</p> <p>Begründung vgl. Art. 2 Abs. 1</p>
	6	1		<p>Antrag: Änderung</p> <p><b>Zutaten, welche die Toxizität oder das Abhängigkeitspotenzial von Tabakprodukten und nikotinhaltigen oder nikotinfreien elektronischen Zigaretten massgeblich erhöhen oder die Inhalation erleichtern, sind verboten.</b></p> <p>Begründung</p> <p>Eine abschliessende Liste von gesundheitsgefährdenden Zutaten wird nicht die vom Gesetzgeber beabsichtigte Wirkung entfalten, da die Liste lückenhaft ist und durch neue chemische Verbindungen leicht umgangen werden kann. In der Liste fehlt ausserdem der Zusatzstoff Menthol.</p> <p>E-Zigaretten ohne Nikotin sollen gleich behandelt werden wie solche mit Nikotin (Vgl. Bemerkung zu Art. 2 Abs. 1).</p>

## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

	6	3	<p>Antrag: Ergänzung</p> <p><sup>3</sup> (neu) Tabakprodukte, die für den Export bestimmt sind, unterliegen ebenfalls den Absätzen 1 und 2.</p> <p>Begründung:</p> <p>Tabakwaren, die für die Ausfuhr in Nicht-EU-Länder bestimmt sind, weisen zum Teil höhere Konzentrationen an Schadstoffen auf, als dies die Tabakverordnung zulässt. Mit der vorgeschlagenen Bestimmung soll die Verantwortung der Schweiz hinsichtlich der Gesundheitsvorsorge in Drittländern wahrgenommen werden.</p>
	8	1	<p>Antrag: Ergänzung</p> <p>Die Behälter mit nikotinhaltigen oder nikotinfreien Nachfüllflüssigkeiten dürfen ein Volumen von höchstens 10ml haben.</p> <p>Begründung:</p> <p>Dieses Höchstvolumen entspricht den Vorgaben der EU an die Produzenten.</p> <p>E-Zigaretten ohne Nikotin sollen gleich behandelt werden wie solche mit Nikotin (Vgl. Bemerkung zu Art. 2 Abs. 1).</p>
	8	2	<p>Antrag: Ergänzung</p> <p>Die Kartuschen von nikotinhaltigen oder nikotinfreien elektronischen Einwegzigaretten und Einwegkartuschen mit Nikotin dürfen ein Volumen von höchstens 2ml haben.</p> <p>Begründung vgl. Art. 8. Abs. 1</p>
	9	1	<p>Antrag: Ergänzen mit „oder nikotinfreie“</p> <p>Begründung vgl. Art. 2 Abs. 1</p>
	10	1	<p>Antrag: Ergänzen mit „oder nikotinfreie“</p> <p>Begründung vgl. Art. 2 Abs. 1</p>
	11	1	<p>Antrag: Ergänzen mit „oder nikotinfreie“</p> <p>Begründung vgl. Art. 2 Abs. 1</p>

## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

	11	2		<p>Antrag: Ergänzen mit „oder nikotinfreie“</p> <p>Begründung vgl. Art. 2 Abs. 1</p>
				<p>Antrag: Ergänzung</p> <p>d. (neu) für die nikotinfreien elektronischen Zigaretten: «Dieses Produkt schädigt Ihre Gesundheit»; zusätzlich ist ein kombinierter Warnhinweis nach Art. 12 Abs. 1 lit. c notwendig;</p>
Kanton Appenzell I.Rh.	15			<p>Antrag: Ergänzen mit „oder nikotinfreie“</p> <p>Begründung vgl. Art. 2 Abs. 1</p>
	16	1		<p>Antrag: Ergänzen mit „oder nikotinfreie“</p> <p>Begründung vgl. Art. 2 Abs. 1</p>
	17			<p>Antrag: Ergänzung</p> <p><sup>1</sup>Werbung für Tabakprodukte und für nikotinhaltige oder nikotinfreie elektronische Zigaretten sowie für Gegenstände, die eine funktionale Einheit mit einem Tabakprodukt bilden und für Gegenstände und Dienstleistungen, die dieselbe oder eine ähnliche Marke wie das Tabakprodukt tragen, ist verboten.</p> <p>d. an Orten und Veranstaltungen, die hauptsächlich zu einem grossen Teil von Minderjährigen besucht werden.</p> <p>Begründung:</p> <p>Art. 17 Abs. 1 ist zu so ergänzen, dass auch das Brand stretching, das heisst der Markentransfer, verhindert wird.</p>
	17a			<p>Antrag: neue Bestimmung</p> <p><b>Verkaufsförderung</b></p> <p>Die Förderung des Verkaufs von Tabakprodukten und nikotinhaltigen oder nikotinfreien elektrischen Zigaretten sowie von Gegenständen, die eine funktionelle Einheit mit einem genannten Produkt bilden, ist verboten, wenn sie geschieht:</p> <p>a. durch unentgeltliche Abgabe;</p> <p>b. durch Preisnachlässe, oder;</p>



## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

			<p>c. durch die Abgabe von Geschenken oder Preisen.</p> <p>Begründung:</p> <p>Aktionen unterlaufen die Preispolitik, die darauf abzielt, die Attraktivität des Anschaffens von Tabakwaren zu reduzieren. Die Hürden zum Kauf werden so vor allem für jüngere, oft noch in der Experimentierphase stehende Gelegenheitsraucher herabgesetzt, was wiederum den Einstieg in einen regelmässigen Konsum begünstigt.</p> <p>Mit der vorgeschlagenen Änderung sollen weitere Marktbearbeitungsmassnahmen der Tabakindustrie, die sich insbesondere an ein jugendliches Publikum richten, verhindert werden.</p>
	22	1	<p>Antrag: Ergänzen mit „oder nikotinfreie“</p> <p>Begründung vgl. Art. 2 Abs. 1</p>
	23	1	<p>Antrag: Ergänzen mit „oder nikotinfreie“</p> <p>Begründung vgl. Art. 2 Abs. 1</p>
	26	1	<p>Antrag: Ergänzen mit „oder nikotinfreie“</p> <p>Begründung vgl. Art. 2 Abs. 1</p>
	27		<p>Antrag: Ergänzen mit „oder nikotinfreie“</p> <p>Begründung vgl. Art. 2 Abs. 1</p>
	34	1	<p>Antrag: Ergänzen mit „oder nikotinfreie“</p> <p>Begründung vgl. Art. 2 Abs. 1</p>
	34	3	<p>Antrag: Ergänzen mit „oder nikotinfreie“</p> <p>Begründung vgl. Art. 2 Abs. 1</p>
	42	1	<p>Antrag: Ergänzen mit „oder nikotinfreie“</p> <p>Begründung vgl. Art. 2 Abs. 1</p>

## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen oder neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter "Überprüfen/Dokument schützen/ Schutz aufheben" den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

<b>Unser Fazit</b>	
<input type="checkbox"/>	Zustimmung
<input checked="" type="checkbox"/>	Änderungswünsche / Vorbehalte
<input type="checkbox"/>	Grundsätzliche Überarbeitung
<input type="checkbox"/>	Ablehnung



KANTON  
APPENZELL INNERRHODEN

## Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei  
Marktgasse 2  
9050 Appenzell  
Telefon +41 71 788 93 24  
Telefax +41 71 788 93 39  
michaela.inauen@rk.ai.ch  
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Eidg. Departement des Innern  
3003 Bern

Appenzell, 23. März 2018

### **Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten (TabPG) Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 8. Dezember 2018 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zum Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten (TabPG) zukommen lassen.

Die Standeskommission hat die Unterlagen geprüft und lässt sich dazu wie folgt vernehmen:

Die Standeskommission begrüsst, dass Tabakprodukte und elektronische Zigaretten neu in einem eigenständigen Gesetz behandelt werden. Der bundesrätliche Vorschlag enthält aus Sicht der Tabakprävention jedoch erhebliche Mängel und vermag den Zweck nicht wie gewünscht zu erfüllen.

Sollen der gesundheitliche und volkswirtschaftliche Schaden, der Verlust an Lebensqualität und das Leid, verursacht durch den Tabakkonsum, eingedämmt werden, sind im Vorentwurf Änderungen notwendig. Das Gesetz soll einen Standard erreichen, der eine Ratifizierung der internationalen Rahmenkonvention der Weltgesundheitsorganisation über die Tabakkontrolle ermöglicht.

Die detaillierten Anträge sind dem beiliegendem Antwortformular zu entnehmen.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

### **Im Auftrage von Landammann und Standeskommission**

Der Ratschreiber:



Markus Dörig

### *Zur Kenntnis an:*

- dm@bag.admin.ch
- tabakprodukte@bag.admin.ch
- Gesundheits- und Sozialdepartement Appenzell I.Rh., Hoferbad 2, 9050 Appenzell
- Ständerat Ivo Bischofberger, Ackerweg 4, 9413 Oberegg
- Nationalrat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell



Regierungsrat, 9102 Herisau

Bundesamt für Gesundheit  
3003 Bern

**Dr. iur. Roger Nobs**  
Ratschreiber  
Tel. +41 71 353 63 51  
roger.nobs@ar.ch

Herisau, 23. März 2018

**Eidg. Vernehmlassung; Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten (TabPG); Stellungnahme des Regierungsrates von Appenzell Ausserrhoden**

Sehr geehrte Damen und Herren

Am 8. Dezember 2017 eröffnete das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) das Vernehmlassungsverfahren zum Vorentwurf eines Bundesgesetzes über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten (TabPG).

Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden nimmt dazu wie folgt Stellung:

Der Regierungsrat ist grundsätzlich mit dem zur Vernehmlassung unterbreiteten Vorentwurf des TabPG einverstanden und unterstützt die Stellungnahme der GDK vom 1. März 2018.

In der Beilage überlassen wir Ihnen zudem das Antwortformular.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Auftrag des Regierungsrates

Roger Nobs, Ratschreiber

Postgasse 68  
Postfach  
3000 Bern 8  
www.rr.be.ch  
info.regierungsrat@sta.be.ch

Herr Bundesrat  
Alain Berset  
Eidgenössisches Departement  
des Innern  
Schwanengasse 2  
3003 Bern

14. März 2018

RRB-Nr.: 261/2018  
Direktion Volkswirtschaftsdirektion  
Unser Zeichen --  
Ihr Zeichen --  
Klassifizierung Nicht klassifiziert



## **Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten (TabPG); Stellungnahme des Kantons Bern**

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Regierungsrat des Kantons Bern dankt für die Gelegenheit zur Stellungnahme. Wir unterstützen die Bestrebungen zur umfassenden Regelung aller Tabakprodukte.

Wir begrüssen insbesondere, dass das Gesetz auch für nikotinhaltige elektronische Zigaretten gilt und sind mit den spezifischen Anforderungen an nikotinhaltige elektronische Zigaretten und Tabakprodukte zum Erhitzen gemäss Art. 15 und Art. 16 einverstanden.

Allerdings beantragen wir, den Geltungsbereich des TabPG auch auf nikotinfreie elektronische Zigaretten auszudehnen. Damit wird der Jugendschutz auch in Bezug auf diese Produkte gewährleistet und angesichts der noch nicht bekannten Langzeitwirkungen kann der Gesundheitsschutz für die gesamte Bevölkerung sichergestellt werden.

Die bisherige Praxis, nikotinfreie elektronische Zigaretten und deren Bestandteile nach Lebensmittelrecht als Gebrauchsgegenstände mit Schleimhautkontakt zu regeln, rührt daher, dass zum Zeitpunkt des Aufkommens elektronischer Zigaretten (mit und ohne Nikotin) keine alternative Regelungsmöglichkeit bestand. Nikotinfreie elektronische Zigaretten vermögen die Anforderungen des Lebensmittelrechts an die Sicherheit von Gebrauchsgegenständen jedoch nicht zu erfüllen. Gemäss Art. 15 LMG dürfen nur sichere Gebrauchsgegenstände in Verkehr gebracht werden. Als sicher gilt ein Gebrauchsgegenstand nach Art. 15 Abs. 2 LMG dann, wenn er bei normaler oder vernünftigerweise vorhersehbarer Verwendung keine oder nur mi-



nimale Gefahren birgt oder nur solche, die sich mit seinem normalen Gebrauch vereinbaren lassen und die unter Wahrung eines hohen Schutzniveaus für die Gesundheit von Konsumentinnen und Konsumenten und Dritter vertretbar sind. Tatsächlich ist jedoch die gesundheitliche Unbedenklichkeit bei einer Langzeit-Exposition durch Inhalation von nikotinfreien E-Zigaretten nicht nachgewiesen. Mit dem Tabakproduktegesetz entsteht nun eine Gesetzgebung, die den Besonderheiten und dem Regelungsbedarf der nikotinfreien elektronischen Zigaretten besser gerecht werden kann als das Lebensmittelrecht. So können in Zukunft Abgrenzungsfragen und Graubereiche zwischen TabPG und LMG vermieden werden. Unterschiedliche Anforderungen an nikotinfreie und nikotinhaltige elektronische Zigaretten können innerhalb des TabPG geregelt werden.

Wir sind mit der Kompetenzzuteilung an die Kantone gemäss Art. 33 grundsätzlich einverstanden. Diese entspricht grösstenteils der heutigen bewährten Aufgabenverteilung zwischen Bund und Kantonen.

In Bezug auf die Laboranalysen, welche der Bund gemäss Art. 28. Abs. 3 im Einzelfall dem betreffenden Kanton übertragen kann, ist zu berücksichtigen, dass solche Laboranalysen teilweise sehr aufwändig sein können. Wir beantragen daher zu prüfen, ob diese Laboranalysen nicht vom Bund an ein für diese Untersuchungen akkreditiertes privates Labor übertragen werden können. Nicht alle Kantone verfügen über dieselben Möglichkeiten und können diese Analysen mit vertretbarem Aufwand durchführen.

Der Regierungsrat dankt Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

**Im Namen des Regierungsrates**

Der Präsident

Bernhard Pulver

Der Staatsschreiber

Christoph Auer

Verteiler

- Volkswirtschaftsdirektion
- Gesundheits- und Fürsorgedirektion
- Erziehungsdirektion

Regierungsrat, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Bundesamt für Gesundheit  
Direktionsbereich Verbraucherschutz  
Schwarzenburgstrasse 157  
CH-3003 Bern

Liestal, 06. März 2018

## **Bundesgesetz über Tabakprodukte (TabPG); Vernehmlassung**

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 8. Dezember 2017 laden Sie uns zur Mitwirkung im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zu eingangs erwähntem zweiten Vorentwurf für ein neues Bundesgesetz ein. Gerne nimmt der Regierungsrat nachstehend die Gelegenheit wahr, seine Meinung zum geplanten Gesetzesvorhaben zu äussern.

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft befürwortet die Schaffung eines Bundesgesetzes über Tabakprodukte (TabPG) und damit die von den Lebensmitteln gesonderte Handhabung von Tabakprodukten ausdrücklich wie bereits in der Stellungnahme zum ersten Vorentwurf erwähnt. Inhaltlich schliesst er sich dem Beschluss des GDK-Vorstandes vom 1. März 2018 an (Beilage) mit Ausnahme der beabsichtigten Regelung der Kosten des Vollzugs (Art. 40).

Das neue Gesetz geht aus der Sicht des Regierungsrates des Kantons Basel-Landschaft einen grossen Schritt in die richtige Richtung, auch wenn es leider im Vergleich zum ersten Vorentwurf stark abgeschwächt wurde. So wären in gewissen Bereichen noch weitergehende Regelungen möglich gewesen (wie ein allgemeines Werbeverbot, Sponsoring). Der Regierungsrat betrachtet die im vorliegenden Gesetzesentwurf vorgeschlagenen Einschränkungen zwar als sehr knapp, aber im jetzigen Moment jedoch als ausgewogen und allen Interessen Rechnung tragend. Der Kanton Basel-Landschaft kennt mit seinem Kantonalen Alkohol- und Tabakgesetz bereits heute Einschränkungen der Plakat- und Kinowerbung für Tabakprodukte und legt das Abgabearter für Tabakwaren für den Kanton fest (18 Jahre). Dieses Gesetz wurde im Jahr 2006 von einer grossen Mehrheit der Baselbieter Bevölkerung (71%) gutgeheissen, es ist seit 1.1.2007 in Kraft und hat sich seither mit Ausnahme der ungenügenden Regelung in Bezug auf die Testkäufe sehr bewährt. Die Einschränkungen der Werbung haben in dieser Zeit zu keinerlei Problemen geführt.

Wir begrüssen ausdrücklich, dass das Abgabearter schweizweit einheitlich auf 18 Jahre festgelegt werden soll. Unsere Nachbarkantone SO und AG haben das Abgabearter auf 16 Jahre festgelegt. Diese Unterschiede erschweren die Durchsetzung des Jugendschutzes beim Verkaufspersonal und stossen bei den Jugendlichen wie auch den Eltern auf Unverständnis. Das Abgabearter 18 ist auch im Einklang mit demjenigen unserer nördlichen Nachbarländer Deutschland und Frankreich.

Ferner befürworten wir die Einschränkungen der Tabakwerbung, welche sich speziell an Minderjährige richtet. Ein Kanton kann nur Werbung auf seinem Gebiet regeln wie die Plakatwerbung oder die Kinowerbung, er hat jedoch keinen Einfluss auf nationale Werbeträger wie Zeitungen oder Zeitschriften. Der Regierungsrat ist deshalb froh, dass der Bund mit dem neuen Tabakproduktegesetz auch diese Werbeträger mit einschliesst. Gerade die Gratiszeitungen wie „20Minuten“, „Blick am Abend“ oder das Gratismagazin „Friday“ werden von Jugendlichen sehr gerne gelesen, es ist deshalb richtig, dass in diesen Medien keine Tabakwerbung mehr erscheinen soll.

Auch wenn der Regierungsrat die in vorliegendem Gesetzesentwurf vorgesehenen gesamtschweizerischen Regelungen der Werbung befürwortet, so begrüsst er jedoch auch, dass die Kantone, gemäss Art. 19 weiterhin die Möglichkeit haben sollen, je nach Bedarf strengere Bestimmungen zu erlassen. Die bisherigen Erfahrungen mit kantonalen Gesetzen in diesem Bereich haben ferner gezeigt, dass kantonale Lösungen – zumindest zu einem gewissen Teil – auch Wegbereiter für anschliessende nationale Regelungen sein können. Dieser Spielraum sollte den Kantonen auch in Zukunft zur Verfügung stehen.

Das neue Tabakproduktegesetz regelt auch den Einsatz von Testkäufen zur Sicherstellung des Jugendschutzes. Der Kanton Basel-Landschaft führt seit dem Jahr 2009 jährlich Tabaktestkäufe durch. Die heute fehlende Möglichkeit, die Resultate von Testkäufen in Verwaltungs- oder Strafverfahren zur verwenden, reduziert die Wirksamkeit gemäss unseren Erfahrungen erheblich. Die Resultate unserer Testkäufe zeigen zudem, dass noch viel Potenzial besteht, den Jugendschutz zu verbessern: Es erhalten noch zu viele Jugendliche unter 18 Jahren Tabakprodukte (2017: 28% der getesteten Verkaufsstellen haben Tabak an Minderjährige verkauft). Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft erhofft sich durch die vorgeschlagene gesamtschweizerische Handhabung von Testkäufen auch eine entsprechende Signalwirkung bei den Verkaufsstellen. Die in Art. 21, Abs. 3 genannten Voraussetzungen, Testkäufe auch in Straf- und Verwaltungsverfahren gegenüber Unternehmen zu verwenden, werden vom Kanton Basel-Landschaft gemäss eigener Einschätzung bereits heute erfüllt. Wir beantragen in diesem Zusammenhang bei der Ausgestaltung von Art. 21, Abs. 4 die bisherigen Erfahrungen der Kantone mit Tabaktestkäufen in der Regelung des Bundesrates zu berücksichtigen, ins besonders Ziffer d. Zudem wäre es wünschens- und prüfenswert die Regelungen gemäss Art. 21 auf alle dem Jugendschutz unterstehenden Produkten (wie zum Beispiel: alkoholische Getränke, Games, Filme) anzuwenden.

Die Übertragung von Laboranalysen an die Kantone gemäss Art. 28, Abs. 3 bzw. Art. 33, Abs. 2 ist aus Sicht des Regierungsrates problematisch. Eine zentrale Koordination der Überwachung und Kontrolle der Tabakprodukte und der (nikotinhaltigen) E-Zigaretten ist dringend notwendig.

Der Regierungsrat begrüsst auch ausdrücklich, dass im neuen Gesetz E-Zigaretten und orale Tabakprodukte geregelt werden sollen und den Tabakprodukten gleichgestellt werden. Er begrüsst die gleich strenge Regelung wie für Tabakprodukte, da die Langzeiteffekte (positive wie negative) von E-Zigaretten heute noch nicht bekannt sind.

Wir begrüssen es sehr, dass der Bund die Datenbearbeitung in den Grundzügen in einem Gesetz im formellen Sinn regelt. Wichtig erscheint uns, dass in den Ausführungsbestimmungen auf Stufe Verordnung durch den Bundesrat die in den Artikeln 37 bis 39 erwähnten Punkte abschliessend und möglichst genau geregelt werden und dabei insbesondere auch dem Verhältnismässigkeitsprinzip Rechnung getragen wird.



Gemäss Artikel 40 des Gesetzesentwurfs tragen die Kantone und der Bund die Kosten der Vollzugsmassnahmen. Mit der Ausdehnung des Regulierungsbereichs durch vorliegenden Gesetzesentwurf werden auf die Kantone mehr Vollzugsaufgaben zukommen. Wir beantragen, dass der Bund für die Kosten dieser neuen Aufgaben aufkommt oder für eine Kompensation sorgt.

Der Regierungsrat bedankt sich für die Möglichkeit der Stellungnahme zu diesem Vorentwurf und für die wohlwollende Prüfung unserer Anregungen.

Hochachtungsvoll



Dr. Sabine Pegoraro  
Regierungspräsidentin



Nic Kaufmann  
2. Landschreiber

## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : Kanton Basel-Stadt

Abkürzung der Firma / Organisation : BS

Adresse : Rathaus, Marktplatz 9, 4001 Basel

Kontaktperson : Dorothee Frei Hasler, Generalsekretärin  
Gesundheitsdepartement Basel-Stadt  
St. Alban-Vorstadt 25  
4001 Basel

Telefon : 061 267 95 49

E-Mail : dorothee.frei@bs.ch

Datum :

#### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.
2. Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen oder neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter können Sie unter "Überprüfen/Dokument schützen/Schutz aufheben" den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.
3. Bitte pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile verwenden.
4. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word-Dokument** bis am **23. März 2018** an folgende E-Mail Adresse: [dm@bag.admin.ch](mailto:dm@bag.admin.ch) und [tabakprodukte@bag.admin.ch](mailto:tabakprodukte@bag.admin.ch).
5. Spalte "Name/Firma" muss nicht ausgefüllt werden.

## **Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren**

**Herzlichen Dank für Ihre Mitwirkung!**

# Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

## Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Bemerkungen _____	4
Erläuternder Bericht (ohne Kapitel 2 "Erläuterungen zu den einzelnen Artikeln") _____	9
Erläuternder Bericht Kapitel 2 "Erläuterungen zu den einzelnen Artikeln" _____	12
Entwurf Tabakproduktegesetz _____	15
Unser Fazit _____	22
Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen: _____	23

## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

Allgemeine Bemerkungen	
Name/Firma	Bemerkung/Anregung
BS	<p>Allgemeine Würdigung</p> <p>Unter dem Aspekt der Bevölkerungsgesundheit wird sehr begrüsst, dass Tabakprodukte neu in einem spezifischen Bundesgesetz, welches auf nationaler Ebene verschiedene Verbesserungen gegenüber der geltenden Regelungen enthält, einheitlich geregelt werden. Dazu zählt etwa die Verstärkung des Kinder- und Jugendschutzes, insbesondere durch Festsetzung des Mindestalters für den Erwerb von Tabakprodukten auf 18 Jahre sowie das Verbot von gezielt an Minderjährige gerichteten Werbung. Die Ausweitung des Geltungsbereichs des TabPG auf nikotinhaltige elektronische Zigaretten wird insbesondere aus Gründen des Kinder- und Jugendschutzes begrüsst. Auch wird die Gleichstellung von Tabakprodukten für den oralen Gebrauch (Snus) mit Tabakprodukten zum Rauchen (wie z.B. Zigaretten und Zigarren) begrüsst. Das in der Tabakverordnung festgehaltene Snus-Verbot war in der Praxis nicht vollziehbar.</p> <p>Nachfolgend möchte der Kanton Basel-Stadt einige Anmerkungen und Änderungsvorschläge zum vorliegenden Vorentwurf des Tabakproduktegesetzes (VE-TabPG) anbringen:</p>
BS	<p>Verbot der Verwendung von E-Zigaretten und Tabakprodukten zum Erhitzen in geschlossenen öffentlichen Räumen:</p> <p>Mit der Ergänzung von Art. 2 Abs. 1 des Bundesgesetzes zum Schutz vor Passivrauchen wird in Räumen, in denen gegenwärtig ein Rauchverbot besteht, das Rauchen von Tabakprodukten nach Art. 3 Bst. a VE-TabPG und die Verwendung von Tabakprodukten zum Erhitzen sowie nikotinhaltige oder nikotinfreie E-Zigaretten nach Art. 3 Bst. c und f VE-TabPG untersagt. Die geschlossenen Räume, in denen ein Rauchverbot besteht, sind in Art. 1 Abs. 1 und 2 des Bundesgesetzes zum Schutz vor Passivrauchen definiert. Die Gleichstellung der Verwendung von E-Zigaretten mit oder ohne Nikotin sowie von verwandten Produkten mit dem Rauchen im Sinne des Gesetzes zum Schutz vor Passivrauchen begrüsst der Kanton Basel-Stadt sehr. E-Zigaretten können nebst Nikotin auch krebserregende Stoffe (Aldehyde) an die Umgebung abgeben, welche von Dritten aufgenommen werden können. Dabei können Gesundheitsrisiken beim passiven Einatmen dieses Dampfes nicht ausgeschlossen werden. Die Gebrauchsform der E-Zigarette könnte zudem Kinder und Jugendliche zum Rauchen animieren.</p> <p>Auch wird begrüsst, dass Tabakprodukte zum Erhitzen hinsichtlich Werbeeinschränkungen, Abgabeverbote und Schutz vor Passivrauchen gleich wie herkömmliche Tabakprodukte behandelt werden.</p>
BS	<p>Einschränkung der Werbung:</p> <p>Es wird begrüsst, dass das Werbeverbot für Tabakprodukte und E-Zigaretten in Gratiszeitungen, im Internet und an einigen strategischen Orten in den Verkaufsstellen (z. B. direkt neben Bonbons) vorgesehen ist und sich damit an die in den letzten Jahren aufgekommenen Werbeträger anpasst und somit den technologischen Entwicklungen Rechnung trägt.</p>

## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

	<p>Der vorliegende Vorentwurf enthält jedoch, im Gegensatz zum ersten Vorentwurf, kein generelles Verbot von Plakatwerbung für Tabak, die von öffentlichem Grund aus einsehbar sind, was der Kanton Basel-Stadt bedauert. Diese Bereiche sind weiterhin Sache der Kantone, die – wie der Kanton Basel-Stadt – meist heute schon Vorschriften zur Plakatwerbung erlassen haben. Der Kanton Basel-Stadt unterstützt grundsätzlich die neuen Werbebotschaften gemäss VE-TabPG. Unter dem Aspekt des Gesundheits- und Jugendschutzes ist Art. 17 VE-TabPG jedoch zusätzlich mit einem Verbot für Plakatwerbung zu ergänzen.</p>
BS	
BS	<p><b>Aufgaben und Kompetenzen der Kantone</b></p> <p>Der Bund beaufsichtigt den Vollzug des Gesetzes durch die Kantone und kann mit Blick auf einen einheitlichen Vollzug bestimmte Massnahmen vorschreiben. Die Kantone können darüber hinaus verpflichtet werden, über ihre Vollzugsmassnahmen zu informieren (Art. 29 VE-TabPG) und den Vollzug untereinander zu koordinieren (Art. 33 Abs. 5 VE-TabPG). Diesbezüglich fordert der Kanton Basel-Stadt, dass die Definition und Formulierung von vorgeschriebenen Massnahmen, die Festlegung der Information über die Vollzugsmassnahmen und die Koordination des Vollzugs unter Einbezug der Kantone und mit Unterstützung durch den Bund erfolgt.</p> <p>Mit Blick auf Laboranalysen und den diesbezüglichen abschliessenden Entscheiden, welche der Bund gemäss Art. 28 Abs. 3 VE-TabPG im Einzelfall dem betreffenden Kanton übertragen kann, ist es dem Kanton Basel-Stadt wichtig, dass vorgängig mit den entsprechenden Kantonschemikern geprüft wird, ob diese Analysen überhaupt im betroffenen Kanton mit vertretbarem Aufwand durchgeführt werden können. Nicht alle Kantone verfügen diesbezüglich über dieselben Möglichkeiten.</p>
BS	<p><b>Elektronische Zigaretten</b></p> <p>Der Kanton Basel-Stadt begrüsst, dass das Gesetz auch für nikotinhaltige elektronische Zigaretten gilt und ist mit den spezifischen Anforderungen an nikotinhaltige elektronische Zigaretten und Tabakprodukte zum Erhitzen gemäss Art. 15 VE-TabPG und Art. 16 VE-TabPG einverstanden. Allerdings regt der Kanton Basel-Stadt an, dass die nicht-nikotinhaltigen E-Zigaretten miteingeschlossen werden. Der Kanton Basel-Stadt ist der Ansicht, dass damit der Jugendschutz auch in Bezug auf diese Produkte gewährleistet und angesichts der noch nicht bekannten Langzeitwirkungen der Gesundheitsschutz für die gesamte Bevölkerung (u.a. über das Verbot, elektronische Zigaretten und Tabakprodukte zum Erhitzen in geschlossenen öffentlichen Räumen zu verwenden), sichergestellt werden kann.</p>
BS	
BS	
BS	

## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

BS	
BS	
BS	
BS	
BS	
BS	
BS	
BS	
BS	
BS	
BS	
BS	
BS	
BS	
BS	
BS	
BS	
BS	

## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

BS	
BS	
BS	
BS	
BS	
BS	
BS	
BS	
BS	
BS	
BS	
BS	
BS	
BS	
BS	
BS	
BS	
BS	
BS	



## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

BS	
BS	

Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen oder neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter "Überprüfen/Dokument schützen/ Schutz aufheben" den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

**Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren**

<b>Erläuternder Bericht (ohne Kapitel 2 "Erläuterungen zu den einzelnen Artikeln")</b>		
<b>Name/Firma</b>	<b>Kapitel-Nr.</b>	<b>Bemerkung/Anregung</b>
BS		
BS		
BS		
BS		
BS		
BS		
BS		
BS		
BS		
BS		
BS		
BS		
BS		
BS		
BS		
BS		

## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

BS		
BS		
BS		
BS		
BS		
BS		
BS		
BS		
BS		
BS		
BS		
BS		
BS		
BS		
BS		
BS		
BS		
BS		

## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

BS		
BS		
BS		
BS		
BS		
BS		
BS		
BS		
BS		
BS		
BS		
BS		
BS		
BS		
BS		
BS		
BS		
BS		
BS		
BS		

Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen oder neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter "Überprüfen/Dokument schützen/ Schutz aufheben" den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

**Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren**

<b>Erläuternder Bericht Kapitel 2 "Erläuterungen zu den einzelnen Artikeln"</b>		
<b>Name/Firma</b>	<b>Art.</b>	<b>Bemerkung/Anregung</b>
BS	Art. 1	
BS		
BS		
BS		
BS		
BS		
BS		
BS		
BS		
BS		
BS		
BS		
BS		
BS		
BS		
BS		
BS		

## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

BS		
BS		
BS		
BS		
BS		
BS		
BS		
BS		
BS		
BS		
BS		
BS		
BS		
BS		
BS		
BS		
BS		
BS		

## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

BS		
BS		
BS		
BS		
BS		
BS		
BS		
BS		
BS		
BS		
BS		
BS		
BS		
BS		
BS		
BS		
BS		

Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen oder neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter "Überprüfen/Dokument schützen/ Schutz aufheben" den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.



## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

Entwurf Tabakproduktegesetz				
Name/Firma	Art.	Abs.	Bst.	Bemerkung/Anregung
BS	1			<p>Bemerkung:</p> <p>Das Ziel, den Tabakkonsum zu verringern, soll wieder aufgenommen werden.</p> <p>Antrag:</p> <p>Mit diesem Gesetz sollen:</p> <p>a. der Mensch vor den schädlichen Auswirkungen des Konsums von Tabakprodukten und elektronischen Zigaretten geschützt werden;</p> <p>b. der Konsum von Tabakprodukten verringert werden.</p>
BS	2	1		<p>Bemerkungen:</p> <p>Die in Art. 17-21 auch für nikotinfreie elektronische Zigaretten vorgesehene Erweiterung des Geltungsbereichs des Gesetzes wird begrüsst. Ohne diese Neuerung könnte einerseits das Werbeverbot für nikotinhaltige elektronische Zigaretten umgangen werden und andererseits die Abgabe an Minderjährige zu einem Einstieg in den späteren Konsum von nikotinhaltigen Zigaretten und Abhängigkeit führen.</p>
BS	2	2		<p>Bemerkungen:</p> <p>Für die Vollzugspraxis wäre es sinnvoll, den Eigengebrauch näher zu umschreiben. In der Praxis hat sich der Bedarf für 60 Tage als sinnvolle Menge erwiesen. Die in Art. 27 VE-TabPG festgelegte Delegationsnorm sollte vom Bundesrat entsprechend genutzt werden, um insbesondere den Vollzug an der Grenze zu erleichtern.</p>
BS	15 und 16			<p>Bemerkungen:</p> <p>Der Kanton Basel-Stadt begrüsst, dass das Gesetz auch für nikotinhaltige elektronische Zigaretten gilt und ist mit den spezifischen Anforderungen an nikotinhaltige elektronische Zigaretten und Tabakprodukte zum Erhitzen gemäss Art. 15 VE-TabPG und Art. 16 VE-TabPG einverstanden.</p> <p>Antrag:</p>

## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

				<p>Allerdings regt der Kanton Basel-Stadt an, dass die nicht-nikotinhaltigen E-Zigaretten miteingeschlossen werden. Der Kanton Basel-Stadt ist der Ansicht, dass damit der Jugendschutz auch in Bezug auf diese Produkte gewährleistet und angesichts der noch nicht bekannten Langzeitwirkungen der Gesundheitsschutz für die gesamte Bevölkerung (u.a. über das Verbot, elektronische Zigaretten und Tabakprodukte zum Erhitzen in geschlossenen öffentlichen Räumen zu verwenden), sichergestellt werden kann.</p>
BS	17	1	f (neu)	<p>Bemerkungen:</p> <p>Unter dem Aspekt des Gesundheits- und Jugendschutzes ist Art. 17 VE-TabPG zu ergänzen.</p> <p>Antrag:</p> <p>Werbung für Tabakprodukte und für nikotinhaltige oder nikotinfreie elektronische Zigaretten sowie für Gegenstände, die eine funktionale Einheit mit einem Tabakprodukt bilden, ist untersagt, wenn sie sich speziell an Minderjährige richtet. Verboten ist insbesondere die Werbung:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a. auf Schulmaterial;</li> <li>b. auf Spielzeug;</li> <li>c. mit Werbegegenständen, die an Minderjährige abgegeben werden;</li> <li>d. in Zeitungen, Zeitschriften oder anderen Publikationen, die hauptsächlich für Minderjährige bestimmt sind;</li> <li>e. an Orten und Veranstaltungen, die hauptsächlich von Minderjährigen besucht werden;</li> <li>f. auf Plakaten und allen anderen Formen der Aussenwerbung, die von öffentlichem Grund aus einsehbar sind.</li> </ul>
BS	22	2		<p>Bemerkungen:</p> <p>Die Festschreibung der Pflicht zur Selbstkontrolle für die Inverkehrbringer von Tabakprodukten und elektronischen Zigaretten wird begrüsst. Die in der Delegationsnorm in Art. 22 Abs. 2 VE-TabPG in Aussicht gestellten Regelungen des Bundesrats sind wichtig für den Vollzug.</p>
BS				

## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

BS	28	3		<p>Bemerkungen:</p> <p>Mit Blick auf Laboranalysen und den diesbezüglichen abschliessenden Entscheiden, welche der Bund gemäss Art. 28 Abs. 3 im Einzelfall dem betreffenden Kanton übertragen kann, ist es dem Kanton Basel-Stadt wichtig, dass vorgängig mit den entsprechenden Kantonschemikern geprüft wird, ob diese Analysen überhaupt im betroffenen Kanton mit vertretbarem Aufwand durchgeführt werden können. Nicht alle Kantone verfügen diesbezüglich über dieselben Möglichkeiten</p>
BS				
BS				
BS				
BS				
BS				
BS				
BS				
BS				
BS				
BS				
BS				
BS				
BS				

## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

BS				
BS				
BS				
BS				
BS				
BS				
BS				
BS				
BS				
BS				
BS				
BS				
BS				
BS				
BS				
BS				
BS				

## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

BS				
BS				
BS				
BS				
BS				
BS				
BS				
BS				
BS				
BS				
BS				
BS				
BS				
BS				
BS				
BS				
BS				

## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

BS				
BS				
BS				
BS				
BS				
BS				
BS				
BS				
BS				
BS				
BS				
BS				
BS				
BS				
BS				
BS				
BS				

## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

BS				
BS				
BS				
BS				
BS				
BS				
BS				
BS				
BS				
BS				
BS				
BS				
BS				

Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen oder neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter "Überprüfen/Dokument schützen/ Schutz aufheben" den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.



## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

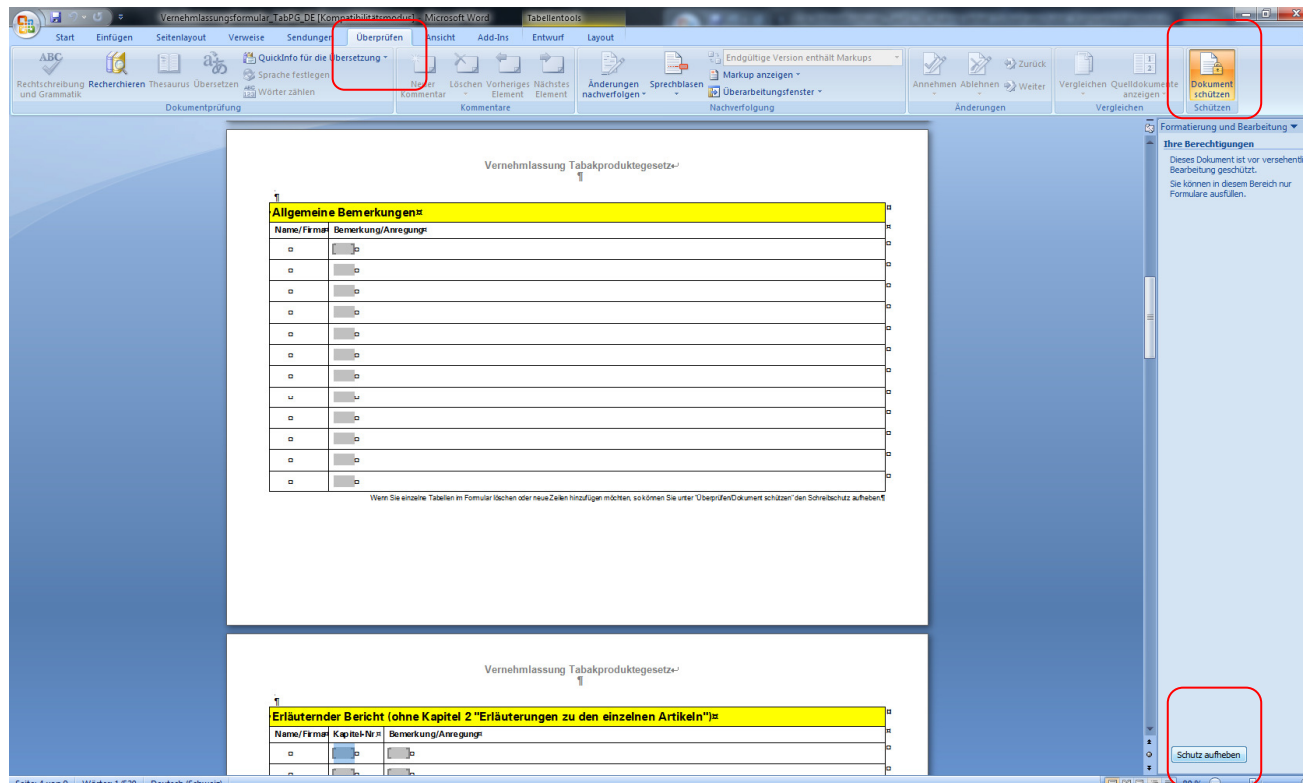
Unser Fazit	
<input type="checkbox"/>	Zustimmung
<input checked="" type="checkbox"/>	Änderungswünsche / Vorbehalte
<input type="checkbox"/>	Grundsätzliche Überarbeitung
<input type="checkbox"/>	Ablehnung

# Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

## Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen:

1. Dokumentschutz aufheben
2. Zeilen einfügen mit Copy-Paste
3. Dokumentschutz wieder aktivieren

### 1 Dokumentschutz aufheben



The screenshot shows the Microsoft Word interface with the 'Überprüfen' ribbon selected. The 'Dokumentschutz' button in the ribbon is highlighted with a red box. The document content includes a table for 'Allgemeine Bemerkungen' and another for 'Erläuternder Bericht'. A 'Schutz aufheben' button is also highlighted with a red box in the bottom right corner.

Allgemeine Bemerkungen	
Name/Firma	Bemerkung/Anregung
<input type="text"/>	<input type="text"/>
<input type="text"/>	<input type="text"/>
<input type="text"/>	<input type="text"/>
<input type="text"/>	<input type="text"/>
<input type="text"/>	<input type="text"/>
<input type="text"/>	<input type="text"/>
<input type="text"/>	<input type="text"/>
<input type="text"/>	<input type="text"/>
<input type="text"/>	<input type="text"/>
<input type="text"/>	<input type="text"/>
<input type="text"/>	<input type="text"/>

Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen oder neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter 'Überprüfen/Dokument schützen' den Schreibschutz aufheben.

Erläuternder Bericht (ohne Kapitel 2 "Erläuterungen zu den einzelnen Artikeln")		
Name/Firma	Kapitel-Nr.	Bemerkung/Anregung
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>

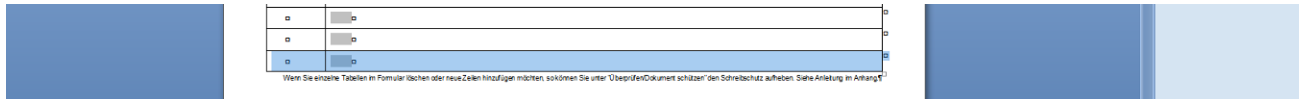
# Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

## 2 Zeilen einfügen

Ganze Zeile mit leeren grauen Feldern markieren (die Zeile wird blau hinterlegt)

Control-C für Kopieren

Control-V für Einfügen



## 3 Dokumentschutz wieder aktivieren

Vernehmlassungsformular\_TabPG\_DE [Kompatibilitätsmodus] - Microsoft Word

Start Einfügen Seitenlayout Verweise Sendungen Überprüfen Ansicht Add-Ins

Rechtschreibung Recherchieren Thesaurus Übersetzen Sprache festlegen Wörter zählen

Dokumentprüfung

Neuer Kommentar

Änderungen nachverfolgen

Sprechblasen

Markup anzeigen

Überarbeitungsfenster

Annehmen Ablehnen Weiter

Vergleichen Quelldokumente anzeigen

Dokument schützen

Formatierung und Bearbeitung

1. Formatierungseinschränkungen

2. Bearbeitungseinschränkungen

3. Schutz anwenden

Ja, Schutz jetzt anwenden

Vernehmlassung Tabakproduktegesetz

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : [ ]

Abkürzung der Firma / Organisation : [ ]

Adresse : [ ]

Kontaktperson : [ ]

Telefon : [ ]

E-Mail : [ ]

Datum : [ ]

**Wichtige Hinweise:**

- Wir bitten Sie keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen
- Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen oder neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter "Extras/Dokumentenschutz aufheben" den Schreibschutz aufheben
- Bitte pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile verwenden
- Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word-Dokument** bis am 12. September 2014 an folgende E-Mail Adresse: [dm@baq.admin.ch](mailto:dm@baq.admin.ch) und [tabak@baq.admin.ch](mailto:tabak@baq.admin.ch)



ETAT DE FRIBOURG  
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat  
Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

Conseil d'Etat CE  
Staatsrat SR

Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

T +41 26 305 10 40, F +41 26 305 10 48  
www.fr.ch/ce

Office fédéral de la santé publique  
Schwarzenburgstrasse 157  
3003 Berne

*Document PDF et Word à :*  
[dm@bag.admin.ch](mailto:dm@bag.admin.ch)  
[tabakprodukte@bag.admin.ch](mailto:tabakprodukte@bag.admin.ch)

*Fribourg, le 13 mars 2018*

## **Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation**

Madame, Monsieur,

Dans l'affaire susmentionnée, nous nous référons au courrier du 8 décembre 2017 de Monsieur le Conseiller fédéral Alain Berset.

Nous avons pris bonne note du projet et vous remercions pour son élaboration. Si le Conseil d'Etat soutient l'objectif de la loi sur les produits du tabac et salue le principe des mesures renforçant la protection de la jeunesse, il regrette les orientations peu contraignantes données en matière de publicité et de parrainage. Le questionnaire de réponse détaillé est joint en annexe.

Nous vous prions de croire, Madame, Monsieur, à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.

**Au nom du Conseil d'Etat :**

  
Georges Godel  
Président



  
Danielle Gagnaux-Morel  
Chancelière d'Etat

Annexe

—  
Questionnaire

## Avis donné par

Nom / société / organisation : Service de la santé publique / Direction de la santé et des affaires sociales / Etat de Fribourg

Abréviation de la société / de l'organisation : FR

Adresse : Route des Cliniques 17, 1700 Fribourg

Personne de référence : Fabienne Plancherel, Déléguée à la promotion de la santé et à la prévention

Téléphone : + 41 26 305 29 13

Courriel : [fabienne.plancherel@fr.ch](mailto:fabienne.plancherel@fr.ch)

Date : 26.02.2018

### Remarques importantes :

1. Nous vous prions de ne pas modifier le formatage de ce formulaire !
2. Pour effacer des tableaux ou insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision/Protéger un document/Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.
3. Utilisez une ligne par article, alinéa et lettre ou par chapitre du rapport explicatif.
4. Veuillez faire parvenir votre avis au **format Word** d'ici au **23 mars 2018** aux adresses suivantes : [dm@bag.admin.ch](mailto:dm@bag.admin.ch) et [tabakprodukte@bag.admin.ch](mailto:tabakprodukte@bag.admin.ch)
5. Le champ « nom/société » n'est pas obligatoire.

**Nous vous remercions de votre collaboration!**

**Table des matières**

Remarques générales	3
Rapport explicatif (excepté chap. 2 « Commentaire des dispositions »)	8
Rapport explicatif : chap. 2 « Commentaire des dispositions »	12
Avant-projet de loi sur les produits du tabac	15
Notre conclusion	36



## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

Remarques générales	
nom/société	remarque / suggestion :
FR	<p>L'Etat de Fribourg soutient l'objectif de la loi sur les produits du tabac, tel que défini dans son premier article : « La présente loi a pour but de protéger l'être humain contre les effets nocifs liés à la consommation des produits du tabac et des cigarettes électroniques ». Cependant, malgré certains éléments positifs, les dispositions prévues dans ce second projet de loi sont insuffisantes pour atteindre cet objectif.</p> <p>Le canton de Fribourg déplore les orientations données par le Parlement pour cette seconde mouture du projet de loi. Cependant, nous saluons la volonté du Parlement de protéger la jeunesse en renforçant les mesures visant l'interdiction de vente de tabac aux mineurs. Ainsi, nous adhérons à l'harmonisation nationale d'un âge légal pour la remise des produits du tabac. Or, nous estimons que les restrictions en matière de publicité visant exclusivement les mineur-e-s sont insuffisantes et peu efficaces pour la protection des jeunes face au tabagisme. De plus, nous déplorons la suppression des restrictions en matière de parrainage et de promotion pour la même raison.</p> <p>Les modifications proposées, notamment l'absence d'interdiction étendue de la publicité, la promotion et le parrainage ne répondent pas efficacement aux enjeux de santé publique et ne respectent pas les exigences minimales de la CCLAT (Convention-cadre de l'Organisation mondiale de la santé (OMS) pour la lutte antitabac) en vue de sa ratification.</p> <p>Les produits du tabac sont les seules marchandises en vente libre dont l'usage régulier entraîne la mort prématurée chez la moitié de ses consommateurs et consommatrices. Ainsi, la consommation de tabac provoque aujourd'hui près de 9'000 décès annuels en Suisse et les affections qui y sont liées représentent la cause de décès le plus souvent évitable. À cela s'ajoutent encore les décès causés par une exposition à la fumée passive, plus difficiles à estimer. La prévention du tabagisme est l'un des objectifs prioritaires de la politique de promotion de la santé et de prévention du canton de Fribourg. Cette priorité de santé publique est inscrite dans la Stratégie cantonale de promotion de la santé et de prévention (Perspective 2030) du Conseil d'Etat, et se concrétise dans le Programme cantonal de prévention du tabagisme 2014-2017 (2018-2021 en cours de finalisation).</p> <p>Dans le domaine de la prévention du tabagisme, une part importante du travail consiste à exécuter des lois cantonales et nationales. Une législation efficace pour les produits du tabac au niveau fédéral est primordiale, afin de garantir une unité et égalité de traitement sur l'ensemble du territoire national. Une loi fédérale permet également d'offrir aux cantons un cadre de référence commun pour leur travail de prévention et soutient ainsi les efforts fournis jusqu'ici.</p>

## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

	<p>→ Des modifications importantes de la loi sont nécessaires si l'on veut limiter les dommages pour la santé, les coûts économiques ainsi que la diminution de la qualité de vie causée par la consommation de tabac. La loi doit atteindre des standards permettant la ratification de la convention-cadre internationale de l'OMS pour la lutte antitabac.</p>
FR	<p><b>Publicité, promotion et parrainage</b></p> <p>Selon l'OMS, la publicité pour les produits du tabac peut « apporter une justification sociale au tabagisme, entraver les efforts de sensibilisation aux dangers du tabac et renforcer l'influence de l'industrie du tabac sur les médias et le monde du sport et du divertissement »<sup>1</sup>. Pour ces raisons, l'OMS recommande une interdiction totale de la publicité pour le tabac. Selon une estimation, cette mesure permettrait à elle seule de diminuer la consommation de tabac d'environ 7%. Les recherches dans le domaine ont en effet à maintes reprises mis en évidence la corrélation entre le degré d'exposition à la publicité et la consommation de tabac, en particulier chez les jeunes. Une étude longitudinale menée en Allemagne<sup>2</sup> montre par exemple que la proportion de jeunes (10-17 ans) qui ont essayé de fumer est significativement plus élevée dans le groupe de celles et ceux qui ont été exposé-e-s à des publicités pour du tabac (19%) que parmi celles et ceux qui n'y ont pas été exposé-e-s (10%). Cette étude va même plus loin en affirmant que ce résultat est spécifique à la publicité pour le tabac et ne peut par conséquent pas être expliqué par une réceptivité accrue des adolescent-e-s à la publicité en général. Il s'agirait selon les conclusions des auteur-e-s des conséquences des stratégies de l'industrie du tabac, qui, les sachant vulnérables, cible les jeunes dans ses campagnes.</p> <p>Comme indiqué précédemment, nous saluons la volonté du Parlement de protéger la jeunesse. Or, nous estimons que les restrictions en matière de publicité visant exclusivement les mineurs sont insuffisantes et peu efficaces pour la protection des jeunes face au tabagisme. De plus, nous déplorons la suppression des restrictions en matière de parrainage et de promotion pour la même raison.</p> <p>Malgré les restrictions de la publicité dans certains lieux et sous certaines formes, ces mesures sont insuffisantes car les effets attendus ne se réaliseront pas dans la réalité actuelle: les mineurs ont accès à la presse en général, en particulier aux magazines People, se déplacent seul-e-s, en groupe ou en compagnie d'adulte dans des lieux où des publicités sont visibles (parkings, centres commerciaux, etc.), participent à des festivals, vont au cinéma après 20h et vont s'approvisionner dans des kiosques. De ce fait, les jeunes continueront d'être massivement exposés à la publicité de l'industrie du tabac si la publicité, la promotion et le parrainage des produits du tabac sous toutes les formes continuent à y être autorisés. Ainsi, il est indispensable d'intégrer des mesures de santé publique comme l'interdiction totale de publicité pour permettre une protection efficace des mineurs.</p>

<sup>1</sup> OMS, *Rapport de l'OMS sur l'épidémie mondiale de tabagisme*, 2009. *Mise en place d'espaces non-fumeurs*. Genève, 2011, p. 48

<sup>2</sup> Hanewinkel R., et al. (2011). *Cigarette Advertising and Teen Smoking Initiation*. In « *Pediatrics* », 2011 : 127, pp.e271-e278.

## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

	<p><b>En matière de commercialisation des produits du tabac les mesures proposées par le Conseil fédéral ne vont donc clairement pas assez loin.</b> La loi doit permettre d'empêcher l'industrie du tabac de continuer à inciter les enfants et les jeunes à fumer par le biais de tactiques manipulatoires. La nouvelle loi doit empêcher l'industrie du tabac d'employer cette stratégie publicitaire en introduisant une interdiction globale de publicité, de promotion et de parrainage pour les produits du tabac. Tous les espaces de vie doivent être exempts de publicité pour le tabac. Toute exception affaiblit le réel objectif des restrictions de la publicité.</p> <p>Cela suppose, entre autres et outre les mesures proposées dans la loi, d'interdire la publicité étendue dans les espaces publics, dans les médias et sur le lieu de vente ainsi que la promotion au moyen de rabais. A l'heure actuelle, environ la moitié des mesures de commercialisation prises par l'industrie du tabac consiste à faire de la publicité sur le lieu de vente. Il est essentiel que cette interdiction s'applique également aux cigarettes électroniques avec et sans nicotine, les produits du tabac à chauffer, et à usage oral, car dans le cas contraire, ces produits pourraient être utilisés afin de continuer indirectement à faire de la publicité pour le tabagisme respectivement à promouvoir la dépendance à la nicotine. La promotion au moyen de rabais s'adresse en particulier aux jeunes, dont le comportement est très souvent influencé par le prix et pour qui les actions de type « 3 produits pour le prix de 2 » sont attractives.</p> <p>En outre, l'interdiction du parrainage doit s'appliquer à toutes les manifestations.</p>
FR	<p><b>Vente</b></p> <p>Afin que la protection de la jeunesse soit efficace, l'interdiction de vente aux mineurs proposée par le Conseil fédéral ainsi que le contrôle du respect de cette interdiction par des achats-tests doivent être complétés par une obligation de licence des points de vente. De même, il faut interdire la vente de produits du tabac dans des automates. Ces deux mesures sont importantes pour limiter l'accès des mineurs aux produits du tabac et optimiser les moyens de contrôle. L'octroi d'une licence doit être payante et impliquer que son titulaire s'engage à respecter les dispositions relatives à la protection de la jeunesse. Dans le cas contraire, le titulaire de la licence risque de se la voir retirer.</p>
FR	<p><b>Emballage</b></p> <p>L'emballage d'une marchandise sert également à faire de la publicité pour cette même marchandise. L'industrie du tabac se sert de l'emballage pour rendre ses produits plus attrayants auprès de certains groupes cibles déterminés. Ainsi, il y a lieu de formuler la loi sur les produits du tabac de telle façon qu'il soit en principe possible d'introduire une prescription relative aux emballages neutres dans la future ordonnance sur le tabac. Il faut en tout cas que les prescriptions actuelles s'alignent sur celles de la nouvelle directive européenne.</p> <p>Les mises en garde combinées, contenant à la fois du texte, des images et une référence à la ligne stop-tabac, doivent recouvrir 80 % de la surface des deux faces de l'emballage en variant les textes et les images. En outre, il convient de placer les mises en garde sur la moitié supérieure de l'emballage.</p>

## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

### Commerce illicite des produits du tabac

L'avant-projet du Conseil fédéral omet des mesures permettant de répondre aux exigences internationales en matière de lutte contre le commerce illicite de produits du tabac. Le protocole pour éliminer le commerce illicite des produits du tabac de 2012 prescrit comme norme un système permettant de surveiller et de suivre sans discontinuité les produits du tabac. Ce protocole est le premier accord complémentaire relatif à la Convention-cadre internationale de l'Organisation mondiale de la santé pour la lutte antitabac. Dans sa directive sur les produits du tabac, l'UE a repris les exigences principales du protocole.

Des marques de sécurité non falsifiables permettent aux autorités comme la douane ou la police de distinguer les produits véritables des produits de contrebande ou contrefaits tout au long de la chaîne de commercialisation de même que de contrôler que l'impôt sur le tabac a bel et bien été payé. Afin de garantir une procédure indépendante et transparente, le contrôle des modes de production et de distribution doit être réalisé par des organisations tierces indépendantes et non pas par l'industrie du tabac elle-même.

Un système de traçabilité de ce type est également indispensable en Suisse. Certes, la contrebande de cigarettes et le commerce de produits du tabac contrefaits n'ont qu'une importance secondaire dans notre pays actuellement. Néanmoins, le système de traçabilité permettrait de contrôler efficacement et de réagir suffisamment tôt à tout éventuel développement de commerce illicite. Une non-participation de la Suisse entraînerait des failles dans la collaboration internationale douanière et policière. La loi sur les produits du tabac offre une chance de combler les éventuelles failles dès le départ.

### Cigarettes électroniques avec ou sans nicotine, produits contenant du tabac chauffé

Du point de vue de la prévention du tabagisme, on ne peut que saluer le fait que les produits du tabac et les nouveaux produits du tabac à chauffer, à fumer à base de plantes et la cigarette électronique soient désormais traités dans une loi distincte et nous saluons explicitement l'introduction et l'adaptation de la réglementation dans cette présente loi. Cependant, nous estimons que le principe de précaution doit être retenu pour ces nouveaux produits car les recherches scientifiques indépendantes manquent concernant la sécurité de ces produits et leurs impacts sur la santé. Dans ce sens, nous estimons que la cigarette électronique sans nicotine et avec nicotine doivent être regroupées dans la même loi.

Le projet autorise désormais la vente de cigarettes électroniques contenant de la nicotine. Il importe que cet assouplissement de la situation actuelle ne simplifie pas l'accès des enfants et des adolescents à la cigarette électronique, en tant que première étape vers la dépendance à la nicotine. Plusieurs études récentes ont démontré que la commercialisation des cigarettes électroniques sans régulation stricte des produits du tabac et des cigarettes électroniques, il y a un risque 2 à 4 fois plus élevé que les jeunes non-fumeurs qui utilisent les cigarettes électroniques avec de la nicotine passent à la consommation des cigarettes brûlées. De surcroît, l'utilisation des cigarettes électroniques contribue à une nouvelle normalisation de la consommation des cigarettes traditionnelles.

FR

FR

## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

	<p>C'est pourquoi les cigarettes électroniques – avec et sans nicotine– doivent être soumises exactement aux mêmes dispositions que les autres produits du tabac, et notamment à l'interdiction globale de publicité et de promotion, à la protection contre le tabagisme passif et à l'âge minimal de vente.</p>
FR	<p><b>Snus</b></p> <p>L'autorisation commerciale du snus, un produit du tabac, conduira certainement à une expansion du marché du tabac en Suisse. Cela affectera principalement les adolescents. Le tabac oral est très addictif, endommage la muqueuse buccale et les substances carcinogènes qu'il contient peuvent provoquer des cancers du pancréas, de la bouche et de l'œsophage. Compte tenu des propositions insuffisantes pour restreindre la publicité, la promotion et le parrainage dans le présent projet, il est risqué pour les jeunes de lever l'interdiction d'importer et de vendre du snus à des fins commerciales.</p> <p>Une interdiction existe également dans l'Union européenne, sauf en Suède. Une levée de ces restrictions n'est pas à l'ordre du jour dans ces pays.</p>
FR	<p><b>Protection contre le tabagisme passif</b></p> <p>Nous saluons la proposition d'adaptation de la loi fédérale sur la protection contre le tabagisme passif, qui fait entrer dans le champ d'application de ladite loi, entre autres, les cigarettes électroniques avec et sans nicotine et les produits à base de tabac chauffé. En effet, l'état des connaissances ne permet pas d'exclure que les ingrédients contenus dans la cigarette électronique avec et sans nicotine et les produits à base de tabac chauffé représentent un danger pour les tiers.</p> <p>De plus, les cigarettes électroniques avec et sans nicotine et les produits à base de tabac chauffé ressemblent à s'y méprendre aux cigarettes à base de tabac brûlé. Elles donnent l'impression aux enfants ainsi qu'aux jeunes que la dépendance à la nicotine va de soi dans notre société, ce qui est susceptible d'encourager la consommation de ces produits.</p>

Pour effacer des tableaux ou insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Protéger un document / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.



## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

### Rapport explicatif (excepté chap. 2 « Commentaire des dispositions »)

nom/société	chap. n°	remarque / suggestion :
FR	1.1.1	<p><b>Importance de l'avant-projet</b></p> <p>Le rapport explique dans ce paragraphe avec clarté les atteintes graves sur la santé et les coûts engendrés et supportés par toute la collectivité suite à la consommation de tabac. Cependant, malgré ce constat, le canton de Fribourg regrette que ce second projet de loi n'ait pas conservé ou intégré des mesures de prévention pourtant validées scientifiquement et reconnues par la communauté internationale comme le paquet neutre, l'interdiction totale de publicité y compris le parrainage et les promotions.</p>
FR	1.3.2	<p><b>Catégories de produits</b></p> <p>Compte tenu de la commercialisation récente des nouveaux produits à fumer, il convient de retenir le principe de précaution.</p> <p><i>Cigarette électronique avec et sans nicotine et tabac à chauffer</i></p> <p>A ce jour, il n'y a pas encore suffisamment d'études scientifiques indépendantes pour connaître les risques pour la santé, surtout à long terme, des cigarettes électroniques et des produits du tabac à chauffer. Cela étant, il y a des indications que ces produits ne sont pas aussi innocents que certains voudraient le croire, notamment en ce qui concerne les maladies cardio-vasculaires qui ont une évolution très différente de celle des cancers du poumon. C'est la raison pour quoi il manque un consensus au sein de la communauté scientifique quant à leur éventuelle utilité dans la réduction des risques. Les réflexions sur la réduction des risques ne doit pas se limiter à l'individu dépendant de la nicotine, mais elles doivent aussi prendre en considération les risques pour l'ensemble de la population, notamment pour les jeunes, ainsi que les intérêts économiques puissants qui vont souvent à l'encontre des intérêts de la santé publique.</p> <p>Quant au tabac à chauffer, les données actuelles provenant presque exclusivement de l'industrie du tabac ne peuvent être considérées comme suffisamment neutres. Comme expliqué ci-dessus, les cigarettes électroniques avec et sans nicotine et le tabac à chauffer sont présentés par certains comme des produits à risque réduit et médiatisés comme tels par l'industrie du tabac. Or, en vertu du principe de précaution, les indications, marques et signes figuratifs laissant croire qu'un produit est moins nocif (cf. article 11) devraient être interdites tant qu'il n'existera pas assez de données scientifiques, basées sur des études indépendantes, qui indiqueront précisément les effets de ces produits sur la santé.</p> <p><i>Snus</i></p> <p>L'Etat de Fribourg désapprouve sa légalisation car la nocivité de ce produit a été prouvée, en particulier sur la santé bucco-dentaire (Bornstein, Jeyakumar, Ramseier, Sieber 2016). Il a été prouvé que la consommation de snus provoque des effets pathologiques dans la cavité buccale (lésions orales, etc.) et contient des nitrosamines, substances classées probablement cancérogènes par</p>



## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

		<p>l'OMS. D'un point de vue législatif, il convient de rappeler que le snus est considéré comme un produit toxique dans toute l'Union européenne et y est interdit excepté en Suède. Rappelons encore que le fait que dans ces pays la prévalence des fumeurs est relativement bas n'est pas le « mérite » de la légalisation du Snus, mais plutôt dû à une politique de prévention du tabagisme (fumer) plus exemplaire et de longue date que la Suisse.</p>
FR	1.3.3	<p><b>Exigences vis-à-vis des produits et de leur emballage</b></p> <p>Selon la proposition du Conseil fédéral il est prévu de renoncer à une liste positive des additifs autorisés et le système d'approbation qui l'accompagne. Il est prévu à la place une liste des ingrédients interdits pour tous les produits et appareils, ainsi qu'une liste des émissions maximales autorisées pour les cigarettes.</p> <p>L'abandon du système comportant une liste des additifs autorisés est justifié dans le rapport explicatif par le fait que l'importance des additifs est faible par rapport à la toxicité globale des produits du tabac. Nous maintenons que les additifs jouent un rôle important dans la consommation et l'augmentation de la dépendance chez les êtres humains. Les additifs sont utilisés, par exemple, pour :</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• donner à la cigarette un arôme au caractère unique,</li> <li>• contrôler la combustion de la cigarette,</li> <li>• garder le tabac humide et éviter son dessèchement,</li> <li>• couvrir l'odeur amère et piquante de la fumée inhalée,</li> <li>• adoucir la fumée inhalée et réduire ainsi son effet irritant dans les voies respiratoires (en éliminant au bout du compte l'avertissement donné par le corps que la fumée est nocive),</li> <li>• colorer en blanc les cendres et la fumée et améliorer l'apparence de la cigarette.</li> </ul> <p>L'Etat de Fribourg souhaite ainsi le maintien de la liste positive des additifs autorisés et ainsi que le maintien du système d'approbation qui l'accompagne.</p>
FR	1.3.4	<p><b>Publicité</b></p> <p>L'Etat de Fribourg désapprouve la suppression de la plupart des restrictions en matière de publicité, de promotion et de parrainage qui étaient proposées dans le premier avant-projet.</p> <p>L'influence de la publicité pour promouvoir les ventes et inciter les gens à consommer n'est plus à démontrer. Plusieurs études transversales ont d'ailleurs montré une relation entre l'exposition à la publicité pour le tabac et le début de la consommation tabagique ou le développement d'un tabagisme régulier (cf. chapitre « Remarques générales »).</p> <p>Quant au parrainage, l'Observatoire des stratégies marketing de l'industrie du tabac a mis en évidence que le parrainage est surtout</p>

## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

		<p>utilisé lors de festivals de musique ou les jeunes sont majoritairement présents (Canevascini 2014). Les données de l'Office fédéral de la statistique de 2008 montrent une participation importante des jeunes et des mineurs lors de ces événements: 57% des jeunes entre 15-21 ans disent avoir fréquenté au moins un festival durant les 12 derniers mois. Lors de ces événements, l'Observatoire a révélé que l'industrie du tabac cible principalement les jeunes en organisant des concours et en proposant des animations et des activités ludiques (ex: jouer au baby-foot, créer son propre t-shirt, etc.).</p> <p>Une interdiction partielle de la publicité proposée dans ce second projet pour protéger les mineurs est louable mais peu efficace. En effet, une interdiction de la publicité destinée exclusivement aux mineurs est inefficace contrairement à la mise en place d'un ensemble de mesures d'interdictions étendues en matière de publicité, de promotion et de parrainage (OFSP). En fait, la publicité « ciblée aux adultes célèbres, prospères, performants, couronnés de succès » est souvent parfaitement attrayante pour la grande majorité des adolescent-e-s en quête de leur identité. Ainsi, l'Etat de Fribourg soutient une interdiction totale de la publicité y compris la promotion et le parrainage car ces mesures permettent de protéger efficacement les jeunes.</p> <p>De plus, nous nous rallions à l'appréciation du Tribunal fédéral qui soutient que les interdictions publicitaires pour les produits du tabac respectent les principes constitutionnels, en particulier la liberté économique, d'information et de presse (Tribunal fédéral, 2002). Le Tribunal fédéral a aussi retenu que la santé de la population représente un « objectif d'intérêt public qui justifie la limitation de droits fondamentaux tels que la liberté économique » (ATE 128 I 295 cons. 5b, bb). Les conséquences extrêmement dommageables du tabac sur la santé justifient la décision d'interdire globalement la publicité y compris le parrainage et les promotion. Cette opinion est partagée par plus de la moitié de la population suisse (58.1% de la population suisse âgée de 15 ans) qui est favorable à une interdiction générale de la publicité pour le tabac (Monitoring des addictions 2016). Au niveau international, cette mesure est également préconisée par l'OMS dans sa Convention cadre pour la lutte anti-tabac (CCLAT) validée par des données probantes.</p> <p>Quant aux répercussions des restrictions publicitaires sur l'emploi, une étude a montré un effet positif sur le nombre de places de travail à un niveau global. En effet, la diminution du tabagisme induirait une augmentation de l'offre d'emploi car un effet serait observé dans les habitudes de consommation. L'argent n'étant plus dépensé pour les cigarettes serait dépensé dans d'autres secteurs économiques (comme la restauration, les loisirs, etc.) qui sont des pourvoyeurs d'emplois importants (Buck et al. 1995). Il convient de rappeler que l'industrie du tabac pourvoit peu de places de travail. La diminution progressive des emplois observée depuis plusieurs années dans ce secteur n'est pas causée par des mesures de prévention mais par la délocalisation des usines de production et la mécanisation croissante de la fabrication (Warner 2000).</p>
FR	1.6.1	<p><b>Le droit dans les pays voisins</b></p> <p>Ces deux dernières décennies, la législation sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques a connu un développement positif dans les pays européens. La Suisse creuse son retard en matière de prévention du tabagisme en Europe et dans le reste du monde: elle n'a toujours pas ratifié la Convention-cadre de l'OMS (CCLAT) alors que 181 pays l'ont déjà entérinée et elle se distingue clairement des réglementations bien plus sévères adoptées par l'Union européenne (UE). L'Association des ligues européennes contre le cancer considère même la Suisse comme la lanterne rouge dans ces domaines (Tobacco Control Scale 2016 en Europe).</p>

## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

FR	1.6.2	<p><b>Le droit européen</b></p> <p>Les Etats membres de Communauté européenne ont également adopté des lignes directrices plus sévères ces dernières années: la directive 2014/40/UE pour les produits du tabac, entrée en vigueur le 19 mai 2014, fait que le retard de la Suisse sur ces Etats s'est encore aggravé. Il convient de noter en particulier les points suivants :</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• les avertissements en Suisse restent plus petits que dans l'UE,</li> <li>• les cigarettes électroniques sont toujours moins réglementées en Suisse que dans l'UE,</li> <li>• la vente de snus doit désormais être autorisée en Suisse alors qu'elle est interdite dans l'UE (sauf en Suède),</li> <li>• le parrainage d'événements internationaux est interdit dans toute l'UE</li> </ul>
FR	1.6.3	<p><b>Droit international: Convention-cadre de l'OMS</b></p> <p>Les modifications demandées par le Parlement ne remplissent pas les exigences minimales de la CCLAT (Convention-cadre de l'OMS pour la lutte antitabac) et entravent la possibilité de la Suisse de ratifier cette convention alors que 181 pays l'ont déjà entérinée. La volonté du Conseil fédéral d'atteindre cet objectif avait pourtant été clairement exprimée par la signature de la convention en 2004. En vue de la ratification de la CCLAT, la Suisse devra respecter les trois mesures minimales suivantes:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1) une interdiction globale ou des restrictions à la publicité, à la promotion et au parrainage dans la presse écrite et, le cas échéant, dans d'autres médias tel que l'Internet</li> <li>2) obligation de l'industrie du tabac de communiquer les dépenses consacrées à la publicité, à la promotion et au parrainage</li> <li>3) restrictions du parrainage de manifestations à caractère international.</li> </ol> <p>Le canton de Fribourg adhère à ces principes validés par des données probantes et soutient une (ré)introduction de ces dispositions dans la loi.</p>

Pour effacer des tableaux ou insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Protéger un document / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.

## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

### Rapport explicatif : chap. 2 « Commentaire des dispositions »

nom/société	art.	remarque / suggestion :
FR	1	Comme nous l'avons exprimé dans les remarques générales, l'objectif de la loi étant de protéger l'être humain contre les effets nocifs liés à la consommation de tabac, les mesures proposées dans ce second projet n'y répondent pas efficacement.
FR	2	Comme nous l'avons mentionné dans les remarques générales et au point 1.3.2, il nous paraît essentiel que les cigarettes électroniques sans nicotine soient traitées dans la même loi que les cigarettes électroniques avec nicotine. Du point de vue de l'exécution, l'abandon de l'obligation d'étiqueter la marchandise comme étant destinée à l'exportation n'est pas justifiable; en effet, cela rend impossible de prouver que la marchandise contrôlée est soumise au droit suisse (consommation indigène), l'entreprise pouvant toujours arguer (sans besoin de le documenter) que cette marchandise est destinée à l'exportation.
FR	5	Comme nous l'avons mentionné dans les remarques générales et au point 1.3.2, il nous paraît essentiel que les cigarettes électroniques sans nicotine soient regroupées dans la même loi que les cigarettes électroniques avec nicotine et qu'elles ne doivent pas avoir un effet psychotrope.
FR	8	Comme nous l'avons mentionné dans les remarques générales et au point 1.3.2, il nous paraît essentiel que les cigarettes électroniques sans nicotine soient regroupées dans la même loi que les cigarettes électroniques avec nicotine.
FR	10	Comme nous l'avons mentionné dans les remarques générales et au point 1.3.2, il nous paraît essentiel que les cigarettes électroniques sans nicotine soient traitées dans la même loi que les cigarettes électroniques avec nicotine.
FR	11	Comme nous l'avons déjà mentionné dans les remarques 1.3.2 de la section <i>Rapport explicatif (excepté chap. 2 « Commentaire des dispositions »)</i> et dans les commentaires de l'article 11 de la section <i>avant-projet de loi sur les produits du tabac</i> , nous soutenons qu'il est indispensable que les indications sur l'étiquette et l'emballage ne trompent pas le consommateur pour tous les produits du tabac et les cigarettes électronique avec et sans nicotine.
FR	12	Comme nous l'avons déjà mentionné dans les commentaires de l'article 12 de la section <i>avant-projet de loi sur les produits du tabac</i> , nous ne comprenons pas le sens d'exempter certains produits du tabac de l'obligation de mise en garde puisque le tabac, en particulier lorsqu'il est fumé, est très dangereux pour la santé.
FR	14	Comme nous l'avons déjà mentionné dans les remarques 1.6.2 de la section <i>Rapport explicatif (excepté chap. 2 « Commentaire des</i>

## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

		<p><i>dispositions») et dans les commentaires de l'article 14 de la section avant-projet de loi sur les produits du tabac, nous souhaitons que la Suisse s'aligne sur les dispositions européennes (directive 2014/40/EU) concernant le format des avertissements sanitaires sur les emballages. De plus, nous jugeons nécessaire que les mises en garde puissent être modifiées en fonction des avancées scientifiques sur l'effet des produits du tabac sur la santé.</i></p>
FR	15	<p>Comme nous l'avons mentionné dans les remarques générales et au point 1.3.2, il nous paraît essentiel que les cigarettes électroniques sans nicotine soient traitées dans la même loi que les cigarettes électroniques avec nicotine.</p>
FR	16	<p>Comme nous l'avons mentionné dans les remarques générales et au point 1.3.2, il nous paraît essentiel que les cigarettes électroniques sans nicotine soient traitées dans la même loi que les cigarettes électroniques avec nicotine.</p>
FR	17	<p>Comme nous l'avons déjà mentionné dans les remarques 1.3.4 de la section <i>Rapport explicatif (excepté chap. 2 « Commentaire des dispositions»)</i>, nous soutenons une interdiction totale de la publicité y compris la promotion et le parrainage car ces mesures permettent de protéger efficacement les jeunes.</p>
FR	20	<p>Comme nous l'avons déjà mentionné dans les remarques générales, dans le point 1.3.5 de la section <i>Rapport explicatif (excepté chap. 2 « Commentaire des dispositions»)</i> et dans les commentaires de l'article 20 de la section <i>avant-projet de loi sur les produits du tabac</i>, nous approuvons l'interdiction de vente des produits du tabac aux mineurs.</p>
FR	21	<p>Comme nous l'avons déjà mentionné dans les remarques 1.3.5 de la section <i>Rapport explicatif (excepté chap. 2 « Commentaire des dispositions»)</i> et dans les commentaires de l'article 21 de la section <i>avant-projet de loi sur les produits du tabac</i>, nous saluons l'introduction d'achats tests afin de s'assurer de la bonne application de l'interdiction de vente aux mineurs.</p>
FR	23	<p>Comme nous l'avons mentionné dans les remarques générales et au point 1.3.2, il nous paraît essentiel que les cigarettes électroniques sans nicotine soient traitées dans la même loi que les cigarettes électroniques avec nicotine.</p>
FR	25	<p>Comme nous l'avons mentionné dans les remarques générales et au point 1.3.2, il nous paraît essentiel que les cigarettes électroniques sans nicotine soient regroupées dans la même loi que les cigarettes électroniques avec nicotine.</p>
FR	26	<p>Comme nous l'avons mentionné dans les remarques générales et au point 1.3.2, il nous paraît essentiel que les cigarettes électroniques sans nicotine soient traitées dans la même loi que les cigarettes électroniques avec nicotine.</p>
FR	28	<p>Comme nous l'avons mentionné dans les remarques générales et au point 1.3.2, il nous paraît essentiel que les cigarettes électroniques sans nicotine soient traitées dans la même loi que les cigarettes électroniques avec nicotine.</p>

## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

FR	34	Comme nous l'avons mentionné dans les remarques générales et au point 1.3.2, il nous paraît essentiel que les cigarettes électroniques sans nicotine soient traitées dans la même loi que les cigarettes électroniques avec nicotine.
FR	43	Nous émettons une réserve sur le montant de l'amende en cas d'infraction qui nous paraît faible (40'000.-) et nous estimons qu'il serait important d'intégrer la notion de récidive en l'assortissant de sanctions plus élevées.

Pour effacer des tableaux ou insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Protéger un document / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.



## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

### Avant-projet de loi sur les produits du tabac

nom/société	art.	al.	let.	remarque / suggestion :
FR	1			<p><u>Remarques</u></p> <p>La suppression de l'objectif de réduction de la consommation de produits du tabac est révélatrice de l'insuffisance de ce projet de loi (par rapport au premier message).</p> <p><u>Proposition de modification</u></p> <p>La présente loi a pour but:</p> <p>a. de protéger l'être humain contre les effets nocifs liés à la consommation des produits du tabac et des cigarettes électroniques.</p> <p>b. de réduire la consommation de produits du tabac.</p>
FR	2	1		<p><u>Remarques</u></p> <p>Les cigarettes électroniques sans nicotine doivent être traitées de la même manière que celles contenant de la nicotine.</p> <p>Sans l'ajout dans l'alinéa 1, les articles et services qui ne forment pas une unité fonctionnelle avec des produits du tabac mais portent la même marque ou une marque légèrement modifiée que les produits du tabac ne sont pas concernés par les restrictions de la publicité. Cela donne à l'industrie du tabac la possibilité de promouvoir ses produits au moyen d'autres produits que le tabac (par exemple, des vêtements).</p> <p><u>Proposition de modification</u></p> <p>La présente loi s'applique aux produits du tabac et aux cigarettes électroniques avec ou sans nicotine; les dispositions relatives à la publicité s'appliquent en outre également aux objets qui forment une unité fonctionnelle avec les produits du tabac lors de leur consommation ainsi qu'aux objets et aux services qui portent la même marque que le produit du tabac ou une marque similaire.</p>
FR	2	2		<p><u>Remarques</u></p> <p>La lettre b de l'alinéa 2 est une invitation à contourner la loi en vendant séparément des substances qui seraient interdites si elles étaient mélangées.</p>



## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

FR	3			<p><u>Proposition de modification</u></p> <p>La présente loi ne s'applique pas:</p> <p>a. aux produits du tabac dont le tabac est cultivé par un consommateur pour sa propre consommation ni à ceux que le consommateur élabore ou prépare pour sa propre consommation;</p> <p>b. <b>(supprimer);</b></p> <p>c. aux produits du tabac et aux cigarettes électroniques <b>avec et sans nicotine</b> que le consommateur importe pour sa propre consommation; l'art. 27 est réservé.</p>
FR	4	1		<p><u>Remarques</u></p> <p>Le risque de faiblesses réglementaires et de vides juridiques est inhérent à l'existence de «réglementations différenciées». Il existe un risque que l'industrie développe délibérément de nouveaux produits ne pouvant pas être directement considérés comme un des produits définis.</p> <p>Les nouveaux alinéas 2 et 3 proposés visent à empêcher l'utilisation de vides terminologiques dans la loi. L'alinéa 3 donne au Conseil fédéral la possibilité de réagir rapidement aux évolutions du marché.</p> <p><u>Proposition d'ajout</u></p> <p><sup>2</sup> (nouveau) Sauf indication contraire, les produits du tabac à chauffer, les produits du tabac oral, les produits à fumer à base de plantes et les cigarettes électroniques contenant ou non de la nicotine sont assimilés aux produits du tabac à fumer.</p> <p><sup>3</sup> (nouveau) Le Conseil fédéral peut ranger de nouveaux produits dans la catégorie de l'un des produits visés à l'alinéa 1, lettres a à f.</p>
FR	4	1		<p><u>Remarques</u></p> <p>La protection contre la tromperie a une signification particulière pour les produits du tabac pour lesquels aucun seuil de non-affectation de la santé ne peut être fixé.</p> <p>Pour que la protection contre la tromperie ne puisse pas être contournée, une interdiction complète du marketing est absolument nécessaire. Les paquets neutres sont particulièrement efficaces à ce sujet.</p> <p>Les cigarettes électroniques sans nicotine doivent être traitées de la même manière que celles contenant de la</p>

## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

				<p>nicotine. Cette égalité de traitement est importante pour ce qui concerne l'attractivité des cigarettes électroniques aux yeux des enfants et des adolescents. C'est pourquoi nous proposons la précision correspondante.</p> <p><u>Proposition de modification</u></p> <p>1 La présentation, l'étiquetage et l'emballage des produits du tabac et des cigarettes électroniques avec ou sans nicotine, ainsi que la publicité pour ces produits, ne doivent pas tromper le consommateur.</p>
FR	5	1	<p><u>Remarques</u></p> <p>Les cigarettes électroniques sans nicotine doivent être traitées de la même manière que celles contenant de la nicotine. Pour empêcher les enfants et les adolescents de commencer à consommer des produits du tabac et de nicotine, il ne suffit pas d'appliquer quelques dispositions aux cigarettes électroniques sans nicotine (voir également l'article 2).</p> <p><u>Proposition de modification</u></p> <p>1 Les produits du tabac et les cigarettes électroniques avec et sans nicotine ne doivent pas contenir d'ingrédient qui:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>lors de leur emploi usuel, présente un risque immédiat ou inattendu pour la santé;</li> <li>augmente de manière significative leur toxicité inhérente ou facilite leur inhalation.</li> </ol>	
FR	5	2	<p><u>Remarques</u></p> <p>Les cigarettes électroniques sans nicotine doivent être traitées de la même manière que celles contenant de la nicotine. Pour empêcher les enfants et les adolescents de commencer à consommer des produits du tabac et de nicotine, il ne suffit pas d'appliquer quelques dispositions aux cigarettes électroniques sans nicotine (voir également l'article 2).</p> <p>Pour la lettre b, nous partons de l'idée qu'il s'agit d'une erreur car le seul substantif masculin pluriel auquel ce "ils" peut se rapporter est le mot "risques".</p> <p><u>Proposition de modification</u></p> <p><sup>2</sup> Le liquide des cigarettes électroniques avec et sans nicotine et des produits du tabac à chauffer doit satisfaire aux exigences suivantes:</p>	



## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

FR	5	a	<p>a. il doit être de haute pureté;</p> <p>b. à l'exception de la nicotine, il ne doit pas présenter de risques pour la santé, qu'il soit chauffé ou non.</p>
FR	6	1	<p><u>Remarques</u></p> <p>L'acceptation de nos modifications dans les chapitres 3 (Avertissements) et 4 (Publicité) est un préalable indispensable à un réexamen de notre demande d'« interdiction du snus ».</p> <p><u>Proposition d'ajout</u></p> <p><b>(Nouveau) Interdiction de certains produits du tabac destinés à un usage oral</b></p> <p>La mise sur le marché de produits du tabac présentés sous forme de poudre, de granulats fins ou d'une combinaison de ces formes, notamment de produits présentés en sachets portions, en sachets poreux ou sous toute autre forme, et destinés à un usage oral est interdite, sauf pour les produits destinés à être fumés, inhalés ou mâchés.</p>
FR	6	3	<p><u>Remarques</u></p> <p>Une liste exhaustive des ingrédients dangereux pour la santé ne déploiera pas les effets prévus par le législateur, car elle comporte des lacunes et peut être facilement contournée par de nouveaux composés chimiques. L'additif menthol fait en outre défaut dans la liste.</p> <p>Les cigarettes électroniques sans nicotine doivent être traitées de la même manière que celles contenant de la nicotine. Cette égalité de traitement est importante pour ce qui concerne l'attractivité des cigarettes électroniques aux yeux des enfants et des adolescents. C'est pourquoi nous proposons la précision correspondante (voir aussi l'article 2).</p> <p><u>Proposition de modification</u></p> <p>Les ingrédients qui augmentent considérablement la toxicité ou le potentiel de dépendance des produits du tabac et des cigarettes électroniques contenant ou non de la nicotine ou qui facilitent l'inhalation sont interdits.</p>
FR	6	3	<p><u>Remarques</u></p> <p>Certains produits du tabac destinés à l'exportation dans des pays ne faisant pas partie de l'UE contiennent des concentrations de substances nocives plus fortes que celles autorisées par l'ordonnance sur le tabac actuellement en vigueur. Par la disposition proposée, la Suisse cherche à prendre ses responsabilités en matière de santé dans les</p>

## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

FR	7	2		<p>pays tiers.</p> <p><u>Proposition de modification</u></p> <p><sup>3</sup> (nouveau) Les produits du tabac destinés à l'exportation sont également soumis aux alinéas 1 et 2.</p> <p><u>Remarques</u></p> <p>La mesure interdisant de vendre des cigarettes à l'unité permet vise à réduire le risque de voir chez les jeunes, une consommation expérimentale devenir régulière.</p> <p>L'emballage est un support publicitaire qui prend de l'importance pour les fabricants de tabac manufacturé à mesure que les autres formes de publicité, de vente promotionnelle et de parrainage sont interdites. Par exemple, les emballages extra plats suggèrent de façon subliminale que les cigarettes font maigrir.</p> <p>Par ailleurs, nous nous posons la question pourquoi l'exigence de remise en paquet de 20 au minimum (pour éviter une trop grande attractivité pour les jeunes, selon le rapport explicatif) ne s'applique pas à d'autres produits à fumer similaires également nocifs tels que les produits à fumer à base de plantes (cigarettes aux herbes, chanvre à faible teneur en THC).</p> <p><u>Proposition d'ajout</u></p> <p><sup>2</sup> (nouveau) Les dimensions des paquets de cigarettes sont les suivantes:</p> <p>a. hauteur: au moins 44 mm;</p> <p>b. largeur: au moins 52 mm.</p>
FR	8	1		<p><u>Remarques</u></p> <p>Les volumes maximum de, respectivement, 10 et 2 ml correspondent aux directives données par l'UE aux producteurs.</p> <p>Les cigarettes électroniques sans nicotine doivent être traitées de la même manière que celles contenant de la nicotine. Cette égalité de traitement est importante pour ce qui concerne l'attractivité des cigarettes électroniques aux yeux des enfants et des adolescents. C'est pourquoi nous proposons la précision correspondante (voir aussi l'article 2).</p> <p><u>Proposition de modification</u></p> <p>Le volume des flacons de recharge avec et sans nicotine ne doit pas dépasser 10 millilitres.</p>



## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

FR	8	2	<p><u>Remarques</u></p> <p>Voir article 8 alinéa 1.</p> <p><u>Proposition de modification</u></p> <p>Les réservoirs des cigarettes électroniques jetables avec et sans nicotine et les cartouches à usage unique avec nicotine ne doivent pas dépasser 2 millilitres.</p>
FR	9	1	<p><u>Remarques</u></p> <p>Les cigarettes électroniques sans nicotine doivent être traitées de la même manière que celles contenant de la nicotine. Pour empêcher les enfants et les adolescents de commencer à consommer des produits du tabac et de nicotine, il ne suffit pas d'appliquer quelques dispositions aux cigarettes électroniques sans nicotine (voir également l'article 2).</p> <p><u>Proposition de modification</u></p> <p>Lors de la remise au consommateur, tout emballage de produits du tabac ou de cigarettes électroniques avec et sans nicotine doit porter les indications suivantes:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>a. la dénomination spécifique au sens de l'art. 10;</li> <li>b. la raison sociale du fabricant en Suisse ou de l'importateur ou le numéro de revers attribué par la Direction générale des douanes, au sens de l'art. 16, al. 1, let. b, de la loi fédérale du 21 mars 1969 sur l'imposition du tabac3;</li> <li>c. le pays producteur, pour autant qu'il ne ressorte pas de l'indication selon la let. c;</li> <li>d. les mises en garde au sens des art. 12 et 13.</li> </ol>
FR	10	1	<p><u>Remarques</u></p> <p>Les cigarettes électroniques sans nicotine doivent être traitées de la même manière que celles contenant de la nicotine. Pour empêcher les enfants et les adolescents de commencer à consommer des produits du tabac et de nicotine, il ne suffit pas d'appliquer quelques dispositions aux cigarettes électroniques sans nicotine (voir également l'article 2).</p> <p><u>Proposition de modification</u></p> <p>La dénomination spécifique des produits du tabac et des cigarettes électroniques avec et sans nicotine doit</p>



## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

FR	11	1		<p>correspondre à la nature, au genre, à la sorte ou aux propriétés du produit.</p> <p><u>Remarques</u></p> <p>Les cigarettes électroniques sans nicotine doivent être traitées de la même manière que celles contenant de la nicotine. Pour empêcher les enfants et les adolescents de commencer à consommer des produits du tabac et de nicotine, il ne suffit pas d'appliquer quelques dispositions aux cigarettes électroniques sans nicotine (voir également l'article 2).</p> <p><u>Proposition de modification</u></p> <p>Sont interdites sur l'emballage de produits du tabac et des cigarettes électroniques avec et sans nicotine ou sur le produit lui-même les mentions suivantes:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>a. les indications, marques et signes figuratifs laissant croire qu'un produit particulier est moins nocif que les autres, tels que «légers», «mild», «bio», «naturel» ou «sans additifs»;</li> <li>b. la teneur en nicotine, en goudron ou en monoxyde de carbone des émissions du produit.</li> </ol>
FR	11	2		<p><u>Remarques</u></p> <p>Les cigarettes électroniques sans nicotine doivent être traitées de la même manière que celles contenant de la nicotine. Pour empêcher les enfants et les adolescents de commencer à consommer des produits du tabac et de nicotine, il ne suffit pas d'appliquer quelques dispositions aux cigarettes électroniques sans nicotine (voir également l'article 2).</p> <p><u>Proposition de modification</u></p> <p>Est interdite sur l'emballage ou sur le produit toute mention attribuant aux produits du tabac ou aux cigarettes électroniques avec et sans nicotine des propriétés curatives, lénitives ou préventives.</p>
FR	11	a		<p><u>Remarques</u></p> <p>Chaque année, des milliards de cigarettes sont passées en contrebande dans le monde entier. Dès 1999, selon la Banque mondiale, environ 30% des cigarettes exportées à l'étranger sont arrivés sur les marchés en tant qu'articles de contrebande. En 2012, l'UE a estimé que la contrebande de cigarettes faisait perdre à l'UE et aux Etats membres plus de 10 milliards d'euros par an en recettes douanières. A cela s'ajoutent les pertes d'impôts et de TVA sur le tabac. Etant donné que les produits du tabac sont vendus sans taxes sur le marché noir, ils sont bon marché. C'est une incitation pour les jeunes à acheter des cigarettes. Le commerce illégal de cigarettes renforce ainsi l'épidémie de</p>

## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

				<p>tabagisme. C'est en même temps une affaire extrêmement rentable, dont les profits financent souvent des activités criminelles transfrontalières.</p> <p>La proposition de loi omet les mesures de lutte contre le commerce illicite des produits du tabac grâce à l'introduction d'un système de traçabilité sans faille, comme la nouvelle directive européenne le prévoit. Le contrôle des modes de production et de distribution doit être effectué par des organisations tierces indépendantes et non pas par l'industrie du tabac elle-même afin de garantir une procédure indépendante et transparente.</p> <p>Il est important que la Suisse prenne également à ce niveau les mesures juridiques qui s'imposent pour lutter contre le commerce illégal.</p> <p>(Voir aussi la motion 17.4232 « Emoluments de licence pour la vente de tabac »)</p> <p><u>Proposition d'ajout</u></p> <p><b>(nouveau) Traçabilité, licence</b></p> <p><sup>1</sup> Les producteurs veillent à ce que tous les paquets de produits du tabac ainsi que de cigarettes électroniques contenant ou non de la nicotine commercialisés en Suisse soient dotés d'un signe distinctif individuel;</p> <p><sup>2</sup> Les détails concernant ce signe distinctif individuel et la participation à la procédure d'octroi d'une licence pour la traçabilité sont réglés par le Conseil fédéral.</p>
FR	12	2	<p><u>Commentaires concernant les articles 12 - 14</u></p> <p>L'introduction d'un conditionnement neutre des produits du tabac tel que l'autorise également la nouvelle directive européenne sur les produits du tabac aux pays membres de l'UE est une solution idéale en matière de politique de prévention. Les produits du tabac constituent également les supports publicitaires les plus fréquents.</p> <p>Des modifications des avertissements s'imposent en tout cas. Nous rejetons la distinction proposée par le Conseil fédéral entre les produits du tabac à fumer et d'autres produits pour ce qui concerne la taille des avertissements pour les raisons suivantes:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Les produits visés à l'art. 3, let. b à f, ne sont pas plus sains que les produits du tabac à fumer, mais tout au plus moins nocifs (ce qui n'a pas encore été définitivement confirmé pour la plupart d'entre eux);</li> <li>2. Tous ces produits exercent une certaine attractivité sur les enfants et les adolescents, si bien que leur consommation peut finalement conduire les enfants aux produits du tabac.</li> </ol> <p>En cas d'abandon de l'emballage neutre, il faudrait au moins que les avertissements illustrés soient imprimés dans la</p>	



## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

FR	13		<p>moitié supérieure des deux côtés larges des paquets et occupent plus d'espace, au moins 80%. Cela correspond à la recommandation de l'OMS (la directive de l'UE fixe 65%).</p> <p><i>Par ailleurs, la couleur de base Pantone 448 C est celle choisie pour les emballages neutres. Outre les avertissements et les informations sur le contenu, seuls le nom de la marque et celui du produit sont autorisés à figurer sur le paquet dans une police standard.</i></p> <p><u>Proposition de modification</u></p> <p><b>Le Conseil fédéral décide</b> des textes, photographies et informations que doivent porter les emballages selon l'alinéa 1, let. c.</p>
FR	14		<p><u>Remarques:</u> Cf. 12.2</p> <p><u>Proposition de modification</u></p> <p>Chaque paquet doit porter les avertissements suivants lorsqu'il est remis aux consommateurs:</p> <p>a. pour les produits du tabac à chauffer, à sniffer et oral: « Ces produits du tabac nuisent à votre santé et vous rendent très dépendant »; un avertissement combiné est en outre requis en vertu de l'article 12, alinéa 1, lettre c);</p> <p>b. pour les produits à fumer à base de plantes: « Fumer ce produit nuit à votre santé»; de plus, une mise en garde combinée au sens de l'art. 12, al. 1, let. c doit figurer sur l'emballage;</p> <p>c. pour les cigarettes électroniques contenant de la nicotine: « Ce produit nuit à votre santé et vous rend très dépendant »; un avertissement combiné est en outre requis en vertu de l'article 12, alinéa 1, lettre c);</p> <p>d. (nouveau) pour les cigarettes électroniques sans nicotine: « Ce produit est nocif pour la santé »; un avertissement combiné est en outre requis en vertu de l'article 12, alinéa 1, lettre c);</p> <p><u>Remarques:</u> Cf. 12.2</p> <p><u>Proposition de modification</u></p> <p><sup>1</sup> L'avertissement visé à l'article 12, alinéa 1, lettre a, doit être apposé sur la partie inférieure de l'une des faces latérales de l'emballage.</p> <p><sup>2</sup> L'avertissement visé à l'article 12, alinéa 1, lettre b doit être apposé sur la partie inférieure de l'une des faces latérales de l'emballage.</p> <p><sup>3</sup> (nouveau) Les avertissements visés à l'article 13 doivent être apposés sur la partie inférieure des deux faces</p>

## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

FR	15			<p>latérales de l'emballage.</p> <p><sup>4</sup> L'avertissement combiné visé à l'article 12, alinéa 1, lettre c doit couvrir, cadre exclu, 80% de la face avant et du dos du paquet; l'alinéa 5 demeure réservé</p> <p><sup>5</sup> Pour les emballages destinés aux produits autres que les cigarettes dont la surface la plus visible dépasse 75 cm<sup>2</sup>, la superficie des mises en garde doit être d'au moins 60 cm<sup>2</sup> pour chaque face.</p> <p><sup>6</sup> Les mises en garde ne doivent être ni dissimulées ni détruites par l'ouverture du paquet.</p> <p><sup>7</sup> Elles doivent également figurer sur tout emballage extérieur, à l'exception des emballages transparents.</p>
FR	16	1		<p><u>Remarques</u></p> <p>Les cigarettes électroniques sans nicotine doivent être traitées de la même manière que celles contenant de la nicotine. Pour empêcher les enfants et les adolescents de commencer à consommer des produits du tabac et de nicotine, il ne suffit pas d'appliquer quelques dispositions aux cigarettes électroniques sans nicotine (voir également l'article 2).</p> <p><u>Proposition de modification</u></p> <p>Les flacons de recharge et les cartouches contenant un liquide avec et sans nicotine doivent être:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>munis d'un dispositif de sécurité pour enfants;</li> <li>protégés contre le bris;</li> <li>munis d'un dispositif garantissant l'absence de fuite au remplissage.</li> </ol>
FR	16	1		<p><u>Remarques</u></p> <p>Les cigarettes électroniques sans nicotine doivent être traitées de la même manière que celles contenant de la nicotine. Pour empêcher les enfants et les adolescents de commencer à consommer des produits du tabac et de nicotine, il ne suffit pas d'appliquer quelques dispositions aux cigarettes électroniques sans nicotine (voir également l'article 2).</p> <p><u>Proposition de modification</u></p> <p>Tout emballage de cigarette électronique avec et sans nicotine et de produit du tabac à chauffer doit contenir une notice d'information portant les indications suivantes:</p>



## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

FR	17		<p>a. les consignes d'utilisation et de stockage du produit;</p> <p>b. la mention que l'utilisation du produit n'est pas recommandée aux mineurs ni aux non-fumeurs;</p> <p>c. les contre-indications;</p> <p>d. les avertissements pour les groupes à risque;</p> <p>e. les effets indésirables possibles;</p> <p>f. l'effet de dépendance et la toxicité;</p> <p>g. les coordonnées du fabricant ou de l'importateur.</p>
<p><u>Remarques</u></p> <p>L'article 17, alinéa 1 doit être complété de telle sorte que l'extension de la marque (brand stretching) soit efficacement empêchée.</p> <p>Nous insistons sur l'exigence d'une interdiction complète des mesures de publicité et de promotion. Les restrictions partielles de la publicité n'entraînent pas une diminution de la publicité et de la promotion pour les produits du tabac et à fumer, mais un déplacement des mesures de marketing concernées. Toute exception affaiblit et sape donc le réel objectif des restrictions de la publicité.</p> <p>A notre avis, toute forme de publicité pour les produits du tabac devrait être interdite. Cela rendrait en principe superflu toute liste des supports publicitaires et des emplacements.</p> <p>(Voir aussi les motions 17.4187 « Prévention du tabagisme. Mieux protéger les enfants et les adolescents », 17.4150 « Consommation de tabac. Protection des enfants et des jeunes », 17.4180 « Interdiction de la publicité pour le tabac dans les points de vente » et 17.4268 « Protéger les enfants et les adolescents de la publicité pour le tabac dans les médias classiques et numériques »).</p> <p><u>Proposition de modification</u></p> <p><sup>1</sup> Interdiction de la publicité pour les produits du tabac, pour les cigarettes électroniques contenant ou non de la nicotine, pour les articles qui forment une unité fonctionnelle avec un produit du tabac ainsi que pour les articles et services portant la même marque ou une marque similaire à celle du produit du tabac.</p> <p><sup>2</sup> (nouveau) Les produits du tabac et les cigarettes électroniques avec et sans nicotine ne doivent pas</p> <p>a. être visibles en dehors du point de vente,</p> <p>b. être exposés ouvertement ni faire l'objet d'une publicité sur le point de vente.</p>			



## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

FR	17		<p><sup>3</sup> La publicité à la radio et à la télévision pour les produits du tabac et les cigarettes électroniques avec et sans nicotine ainsi que pour les objets qui forment une unité fonctionnelle avec un produit du tabac est interdite, conformément aux dispositions de la loi fédérale du 24 mars 2006 sur la radio et la télévision</p>
FR	17		<p><u>Remarques</u></p> <p>En Suisse, les services de marketing des multinationales du tabac investissent beaucoup d'argent dans les opérations de discount du style 3 pour 2, associées à des activités sur les points de vente ainsi que dans les bars et les discothèques. Aux Etats-Unis, ces opérations représentent désormais l'essentiel des activités de marketing pour le tabac. (Source Federal Trade Commission, Cigarette Report pour 2011, publié en 2013)</p> <p>Ces actions sapent la politique des prix, qui vise à réduire l'attrait de l'achat de produits du tabac. Les obstacles à l'achat sont ainsi réduits, surtout pour les jeunes qui se trouvent souvent encore en phase expérimentale et fument seulement de temps en temps, ce qui favorise la dépendance qui survient plus rapidement que ces jeunes n'y croient, et par conséquent, le passage à une consommation régulière.</p> <p>La modification proposée permet d'empêcher d'autres mesures de marketing de l'industrie du tabac s'adressant en particulier à un public jeune.</p> <p><u>Proposition de modification</u></p> <p><b>(nouveau) Promotion des ventes</b></p> <p>La promotion des ventes pour les produits du tabac et les cigarettes électroniques contenant ou non de la nicotine, ainsi que pour les articles qui forment une unité fonctionnelle avec un des produits cités est interdite lorsque celle-ci repose sur:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a. la remise gratuite ;</li> <li>b. des réductions de prix ou</li> <li>c. la remise de cadeaux ou de prix.</li> </ul>
FR	17		<p><u>Remarques</u></p> <p>La présence de l'industrie du tabac à des événements s'adressant aux jeunes (par ex. les festivals en plein air) reste encore très forte. Cela vaut aussi pour des événements de prestige comme que le Montreux Jazz Festival, qui s'adresse à un public plus âgé. Il s'agit certainement aussi d'influencer l'ambiance en vue des futurs débats sur le</p>

## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

				<p>marketing pour le tabac.</p> <p>Le sponsor espère obtenir ainsi un transfert d'image. L'industrie du tabac cherche à s'approprier les valeurs véhiculées par les événements culturels. Elle y parvient à la fois en tant que sponsor d'événements qui attirent un jeune public et d'événements destinés à un public plus âgé. C'est aussi l'occasion pour elle de nouer un contact personnel avec ces groupes cibles</p> <p>L'interdiction du parrainage est une mesure importante pour réduire les incitations à entrer dans la dépendance au tabac. Mais le parrainage du tabac façonne également l'image sociale des produits du tabac. Grâce à ce type de mesure, l'industrie du tabac se positionne comme un acteur irremplaçable, par ex. dans le domaine culturel. Cela crée des dépendances qui entravent la réduction de la consommation de produits du tabac pourtant nécessaire du point de vue sanitaire et économique. Son activité de donatrice confère à l'industrie du tabac une influence sur les institutions et les organisations de la vie publique et influe donc indirectement sur la politique. Les multinationales du tabac essaient par ce biais de minimiser les questions liées à la maladie et à la mort et de redorer leur image</p> <p>Le parrainage doit donc être complètement interdit.</p> <p><u>Proposition d'ajout</u>  <b>(nouveau) Parrainage</b>  <b>Le parrainage, y compris les dons et les aides, destinés à des événements et activités de tiers est interdit.</b></p>
FR	17	1	a et b	<p>Nous saluons l'interdiction de la publicité sur le matériel scolaire et sur les jouets dans un objectif de protection de l'enfance et de la jeunesse. En effet, ces produits sont clairement destinés à l'usage des enfants et mineurs.</p>
FR	17	1	d	<p>Cette disposition est trop restrictive. Dans la réalité, les jeunes sont amenés à lire des magazines qui ne leur sont pas principalement destinés comme des magazines <i>people</i> ou des revues spécialisées en matière de jeux vidéo.</p> <p><u>Proposition de modification</u>  <b>Supprimer « destinés principalement aux mineurs » et maintenir :</b>  d. dans les journaux, revues ou autres publications ;</p>
FR	17	1	e	<p>Il conviendrait de supprimer le terme <i>principalement</i> car de nombreux mineurs sont touchés par la publicité même s'ils ne sont pas majoritaires dans une manifestation. Lors d'un festival de musique, de nombreux mineurs sont exposés à la publicité du tabac bien qu'ils ne représentent pas la majorité du public.</p>



## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

				<p><u>Proposition de modification</u></p> <p><b>Supprimer le terme <i>principalement</i> :</b></p> <p>e. dans les lieux fréquentés par des mineur-e-s et lors de manifestations auxquelles participent des mineur-e-s.</p>
FR	17	2	c	<p>Le canton de Fribourg approuve l'interdiction de disposer de la publicité à proximité des bonbons, chewing-gums ou friandises car il a été prouvé que la proximité de la publicité avec les confiseries attire le regard des enfants et adolescents et peut induire l'idée que le tabac est un bien de consommation inoffensif qui procure du plaisir (Canvascini, 2014). Cependant, cette disposition est insuffisante pour la protection des mineur-e-s car les jeunes auront toujours un accès aux présentations visuelles des produits du tabac malgré un déplacement des affiches publicitaires.</p> <p><u>Proposition de modification</u></p> <p><b>Supprimer les points 1 et 2 et maintenir la restriction de l'interdiction générale dans les lieux de vente</b></p> <p>c. dans les lieux de vente.</p>
FR	19			<p>L'Article 19 est primordial, pour laisser aux cantons la compétence de réglementer davantage.</p>
FR	20			<p>Nous approuvons l'interdiction de vente aux mineur-e-s.</p>
FR	20		a	<p><u>Remarques</u></p> <p>La sophistication des automates, n'empêche pas les mineurs d'avoir accès à la vente des produits du tabac. C'est pourquoi leur suppression est nécessaire.</p> <p><u>Proposition de modification</u></p> <p><b>Les produits du tabac ne peuvent être vendus au moyen d'automates.</b></p>
FR	20			<p><u>Remarques</u></p> <p>L'alinéa 3 devient obsolète si un nouvel article 20 a est introduit à la loi.</p> <p><u>Proposition de modification</u></p> <p><b><sup>3</sup> (supprimer)</b></p>

## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

FR	21			<p>Nous approuvons l'introduction d'achats tests afin de s'assurer de la bonne application de l'interdiction de vente aux mineur-e-s. Les achats tests viennent judicieusement compléter l'obligation d'autorisation pour la remise de produits du tabac (article 26a) et l'interdiction des automates (article 20a).</p>
FR	22			<p>Contrairement à la législation alimentaire, cette loi ne définit pas de personne responsable pour ces produits et leur autocontrôle. Il faut prévoir un article sur la même base que l'article 73 ODAIOUs (RS 817.02).</p>
FR	22	1		<p><u>Remarques</u></p> <p>Les cigarettes électroniques sans nicotine doivent être traitées de la même manière que celles contenant de la nicotine. Pour empêcher les enfants et les adolescents de commencer à consommer des produits du tabac et de nicotine, il ne suffit pas d'appliquer quelques dispositions aux cigarettes électroniques sans nicotine (voir également l'article 2).</p> <p><u>Proposition de modification</u></p> <p>Quiconque met à disposition sur le marché des produits du tabac ou des cigarettes électroniques <b>avec et sans nicotine</b> est tenu au devoir d'autocontrôle en ce qui concerne le respect des exigences de la présente loi.</p>
FR	23	1		<p><u>Remarques</u></p> <p>Les cigarettes électroniques sans nicotine doivent être traitées de la même manière que celles contenant de la nicotine. Pour empêcher les enfants et les adolescents de commencer à consommer des produits du tabac et de nicotine, il ne suffit pas d'appliquer quelques dispositions aux cigarettes électroniques sans nicotine (voir également l'article 2).</p> <p><u>Proposition de modification</u></p> <p>Quiconque fabrique ou importe des produits du tabac à chauffer, des produits à fumer à base de plantes ou des cigarettes électroniques <b>avec et sans nicotine</b> doit les notifier à l'Office fédéral de la santé publique (OFSP) dans un but de surveillance du marché, au plus tard lorsque le produit est prêt à être mis sur le marché.</p>
FR	24			<p>Nous préconisons que la notification indique aussi l'absence d'effet psychotrope.</p>
FR	25	1		<p><u>Remarques</u></p> <p>Les cigarettes électroniques sans nicotine doivent être traitées de la même manière que celles contenant de la nicotine. Pour empêcher les enfants et les adolescents de commencer à consommer des produits du tabac et de</p>



## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

FR	25	a	<p>nicotine, il ne suffit pas d'appliquer quelques dispositions aux cigarettes électroniques sans nicotine (voir également l'article 2).</p> <p><u>Proposition de modification</u></p> <p>Quiconque fabrique ou importe des produits du tabac ou des cigarettes électroniques avec et sans nicotine doit déclarer à l'OFSP la composition des produits qu'il met à disposition sur le marché. Pour les cigarettes, il doit en outre déclarer les émissions.</p>
FR	26	1	<p><u>Remarques</u></p> <p>La proposition de publier les montants globaux pour chaque catégorie de dépenses donne un aperçu des mesures de marketing prises par l'industrie du tabac. Il serait ainsi possible d'identifier plus rapidement les éventuelles failles dans la législation et de prendre plus facilement les mesures appropriées. Moins l'industrie du tabac peut apparaître directement avec ses produits, plus elle va chercher à améliorer son image dans la société et ainsi, indirectement, celle de ses produits grâce à des dons et des aides.</p> <p><u>Proposition d'ajout</u></p> <p><b>(nouveau) Déclaration des dépenses pour la publicité, les dons et autres contributions</b></p> <p>Quiconque fabrique ou importe des produits du tabac ou des cigarettes électroniques doit déclarer annuellement à l'OFSP le montant de ses dépenses pour la publicité, les dons et autres contributions liés à ces produits en Suisse.</p>
FR	26	a	<p><u>Remarques</u></p> <p>Les cigarettes électroniques sans nicotine doivent être traitées de la même manière que celles contenant de la nicotine. Pour empêcher les enfants et les adolescents de commencer à consommer des produits du tabac et de nicotine, il ne suffit pas d'appliquer quelques dispositions aux cigarettes électroniques sans nicotine (voir également l'article 2).</p> <p><u>Proposition de modification</u></p> <p>Quiconque constate que des produits du tabac ou des cigarettes électroniques avec et sans nicotine qu'il a mis à disposition sur le marché sont nocifs au sens de l'art. 5, doit prendre toutes les mesures nécessaires pour qu'il en résulte le moins de dommages possibles pour le consommateur, notamment en retirant ou en rappelant les produits.</p>
FR	26	a	<p><u>Remarques</u></p> <p>Le contrôle du respect de l'interdiction de remise de produits du tabac à des mineurs est plus facile à effectuer si les points de vente sont soumis à une obligation de licence. L'attribution des autorisations doit en outre être liée à une</p>



## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

			<p>contribution dont le produit servira à financer les contrôles. (Voir aussi la motion 17.4232 « Emoluments de licence pour la vente de tabac »)</p> <p><u>Proposition d'ajout</u></p> <p><b>(nouveau) Obligation d'autorisation vente</b></p> <p><sup>1</sup> La vente de produits du tabac et de cigarettes électroniques contenant ou non de la nicotine est soumise à autorisation ;</p> <p><sup>2</sup> Les détails de l'obligation d'autorisation et du contrôle sont réglés par le Conseil fédéral.</p>
FR	27		<p><u>Remarques</u></p> <p>Les cigarettes électroniques sans nicotine doivent être traitées de la même manière que celles contenant de la nicotine. Pour empêcher les enfants et les adolescents de commencer à consommer des produits du tabac et de nicotine, il ne suffit pas d'appliquer quelques dispositions aux cigarettes électroniques sans nicotine (voir également l'article 2).</p> <p><u>Proposition de modification</u></p> <p>Le Conseil fédéral peut limiter la quantité de produits du tabac ou de cigarettes électroniques avec et sans nicotine qu'un consommateur a le droit d'importer pour sa propre consommation, afin d'empêcher leur importation à des fins commerciales.</p>
FR	28	2	<p><u>Remarques</u></p> <p>Les cigarettes électroniques sans nicotine doivent être traitées de la même manière que celles contenant de la nicotine. Pour empêcher les enfants et les adolescents de commencer à consommer des produits du tabac et de nicotine, il ne suffit pas d'appliquer quelques dispositions aux cigarettes électroniques sans nicotine (voir également l'article 2).</p> <p><u>Proposition de modification</u></p> <p>Elle surveille l'importation des produits du tabac et des cigarettes électroniques avec ou sans nicotine.</p>
	28	3	<p>Le fait de déléguer aux cantons les analyses implique que les cantons disposent de la capacité analytique <i>ad hoc</i>. Il conviendrait de préciser où cette exigence est réglée.</p>
FR	30		<p>Nous considérons qu'il est important d'ajouter à cet article que la Confédération soutient des travaux de recherches indépendantes.</p>

## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

FR	34	1	<p><u>Proposition de modification</u> (ajouter) La Confédération soutient des travaux de recherches indépendantes.</p> <p><u>Remarques</u> Les cigarettes électroniques sans nicotine doivent être traitées de la même manière que celles contenant de la nicotine. Pour empêcher les enfants et les adolescents de commencer à consommer des produits du tabac et de nicotine, il ne suffit pas d'appliquer quelques dispositions aux cigarettes électroniques sans nicotine (voir également l'article 2).</p> <p><u>Proposition de modification</u> Les autorités fédérales et cantonales compétentes informent le public des risques pour la santé, connus ou soupçonnés, que présentent les produits du tabac et les cigarettes électroniques avec ou sans nicotine.</p>
FR	34	3	<p><u>Remarques</u> Les cigarettes électroniques sans nicotine doivent être traitées de la même manière que celles contenant de la nicotine. Pour empêcher les enfants et les adolescents de commencer à consommer des produits du tabac et de nicotine, il ne suffit pas d'appliquer quelques dispositions aux cigarettes électroniques sans nicotine (voir également l'article 2).</p> <p><u>Proposition de modification</u> Elles informent notamment le public des connaissances scientifiques d'intérêt général en matière de protection de la santé en lien avec les produits du tabac ou les cigarettes électroniques avec et sans nicotine et de prévention des maladies causées par la consommation de ces produits.</p>
FR	35	2	<p><u>Proposition de modification</u> L'obligation de coopérer avec les organes d'exécution n'est valable qu'en cas de "soupçon fondé" - idem pour le prélèvement d'échantillons. Cela exclut ainsi de facto tout contrôle par sondage de ce type de produit et restreint significativement l'efficacité des contrôles exigés. La notion de "soupçon fondé" pourrait être définie de manière un peu plus extensive dans le rapport explicatif.</p>
FR	40		<p><u>Remarques</u> Le Conseil fédéral ne dit pas à partir de quelles sources le gouvernement fédéral et les cantons veulent financer ces coûts. Il y a un risque que cela se fasse au détriment des contributions à la prévention du tabagisme. La proposition de corriger une taxe à l'obligation d'autorisation présente l'avantage de régler clairement le financement, de ne pas toucher aux fonds pour la prévention et de ne pas causer de charge financière pour les non-</p>



## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

FR	41			<p>fumeurs.</p> <p>(Voir aussi la motion 17.4232 « Emoluments de licence pour la vente de tabac »)</p> <p><u>Proposition de modification</u></p> <p><b>Art. 40 Taxe</b></p> <p><sup>1</sup> Une taxe est perçue pour l'autorisation visée à l'article 26a (nouveau) (Obligation d'autorisation vente);</p> <p><sup>2</sup> Le montant de la taxe visée à l'alinéa 1 se fonde sur les coûts globaux des contrôles et mesures de la Confédération et des cantons.</p> <p><sup>3</sup> Le Conseil fédéral finance les contrôles et les mesures des organes d'exécution de la Confédération par le produit de la taxe visée à l'alinéa 1.</p>
FR	42	1		<p>Le chapitre 1.5 du Rapport explicatif indique que "les cantons, comme la Confédération, peuvent couvrir en grande partie leurs dépenses en prélevant des émoluments (art. 41)"; en outre, le commentaire ad article 33 indique que "l'art. 41, al. 2, <i>a contrario</i>, permet aux cantons de couvrir en grande partie leurs dépenses liées aux tâches d'exécution en prélevant des émoluments". Or l'article 41 ne règle en réalité que les émoluments liés aux "contrôles et mesures réalisés par les organes d'exécution de la Confédération". En revanche, le projet de LPTab ne mentionne nulle part le prélevement d'émoluments de la part des autorités cantonales. Dans un esprit de cohérence avec le Rapport explicatif, nous proposons d'introduire dans la LPTab la possibilité pour les cantons de prélever des émoluments pour l'exécution de cette loi et des ordonnances y afférentes.</p> <p><u>Remarques</u></p> <p>Les cigarettes électroniques sans nicotine doivent être traitées de la même manière que celles contenant de la nicotine. Pour empêcher les enfants et les adolescents de commencer à consommer des produits du tabac et de nicotine, il ne suffit pas d'appliquer quelques dispositions aux cigarettes électroniques sans nicotine (voir également l'article 2).</p> <p><u>Proposition de modification</u></p> <p>Est puni d'une peine privative de liberté de trois ans au plus ou d'une peine pécuniaire quiconque, intentionnellement, met à disposition sur le marché des produits du tabac ou des cigarettes électroniques avec et sans nicotine contenant un ingrédient qui, lors de leur emploi usuel, présente un risque immédiat ou inattendu pour la santé (art. 5, al. 1).</p>
FR	43	1		<p><u>Remarques</u></p> <p>Conformément aux propositions de modification formulées aux Art. 27a (nouveau) et 40, il convient d'intégrer le retrait</p>

## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

			<p>de licence dans cette disposition.</p> <p>Les cigarettes électroniques sans nicotine doivent être traitées de la même manière que celles contenant de la nicotine. Pour empêcher les enfants et les adolescents de commencer à consommer des produits du tabac et de nicotine, il ne suffit pas d'appliquer quelques dispositions aux cigarettes électroniques sans nicotine (voir également l'article 2).</p> <p><u>Proposition de modification</u></p> <p>Est puni d'une amende de 40 000 francs au plus ainsi que du retrait de sa licence quiconque, intentionnellement:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>enfreint les prescriptions de la présente loi concernant la protection contre la tromperie (art. 4);</li> <li>met à disposition sur le marché des produits du tabac ou des cigarettes électroniques contenant de la nicotine ou non dont la composition ou les émissions ne sont pas conformes aux exigences de la présente loi (art. 5, al. 2 et 3 et art. 6);</li> <li>enfreint les prescriptions de la présente loi en matière d'emballage (art. 7 à 16);</li> <li>enfreint les prescriptions de la présente loi en matière de publicité (art. 17 - 18); les infractions à l'art. 17, al. 2, sont poursuivies conformément à la loi fédérale du 24 mars 2006 sur la radio et la télévision<sup>4</sup>;</li> <li>enfreint les prescriptions de la présente loi relatives à la remise aux mineurs (art. 20), pour autant que son employeur ne soit pas punissable selon l'al. 4;</li> <li>enfreint les prescriptions de la présente loi relatives aux obligations de l'entreprise et à la limite à l'importation (art. 22 à 27);</li> <li>refuse de fournir aux autorités compétentes les renseignements ou échantillons exigés (art. 35).</li> </ol>
FR	48		<p><u>Remarques</u></p> <p>Il n'y a aucune raison pour que les producteurs aient la possibilité de constituer des stocks importants en vertu de l'ancien droit, stocks qui peuvent ensuite être vendus pendant des années. Un délai de transition d'un an suffit pour vendre les stocks existants.</p> <p><u>Proposition de modification</u></p> <p>En vertu de la législation antérieure, les produits du tabac destinés à être mis sur le marché et dont l'étiquetage n'est pas conforme aux articles 9 à 14, peuvent encore être importés, fabriqués et vendus aux consommateurs durant un</p>

## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

FR	Anhan g 1				an après l'entrée en vigueur de la présente loi. supprimer l'annexe 1 (voir article 6)
----	--------------	--	--	--	---

Pour effacer des tableaux ou insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Protéger un document / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.



Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

Notre conclusion	
<input type="checkbox"/>	Acceptation
<input type="checkbox"/>	Propositions de modifications / réserves
<input checked="" type="checkbox"/>	Remaniement en profondeur
<input type="checkbox"/>	Refus



Genève, le 14 mars 2018

**Le Conseil d'Etat**

1050-2018

Département fédéral de l'intérieur (DFI)  
Monsieur Alain Berset  
Conseiller fédéral  
Inselgasse 1  
3003 Berne

**Concerne : Loi fédérale sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques (LPTab) : ouverture de la procédure de consultation**

Monsieur le Conseiller fédéral,

Notre Conseil a pris connaissance, avec intérêt, de votre courrier du 8 décembre 2017 concernant l'objet cité sous rubrique, et vous en remercie.

En réponse, notre Conseil vous informe qu'il propose un remaniement en profondeur de cet avant-projet, en particulier en ce qui concerne l'interdiction de la publicité. Vous trouverez en annexe les importants commentaires que suscite la lecture du document en consultation.

En vous remerciant par avance de l'attention que vous porterez à ce courrier, nous vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'expression de notre parfaite considération.

AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :

  
Anja Wyden Guelpa

Le président :

  
François Longchamp

Annexe mentionnée

Copie à : Office fédéral de la santé publique (via mail [dm@bag.admin.ch](mailto:dm@bag.admin.ch) et [tabakprodukte@bag.admin.ch](mailto:tabakprodukte@bag.admin.ch))

## Avis donné par

Nom / société / organisation : Canton de Genève  
Abréviation de la société / de l'organisation : GE  
Adresse : Direction générale de la santé, 8 rue Adrien Lachenal, 1207 Genève  
Personne de référence : Prof. Jacques-André Romand, médecin cantonal  
Téléphone : 022 546 50 04  
Courriel : jacques-andre.romand@etat.ge.ch  
Date : 19.02.2018

### Remarques importantes :

1. Nous vous prions de ne pas modifier le formatage de ce formulaire !
2. Pour effacer des tableaux ou insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision/Protéger un document/Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.
3. Utilisez une ligne par article, alinéa et lettre ou par chapitre du rapport explicatif.
4. Veuillez faire parvenir votre avis au **format Word** d'ici au **23 mars 2018** aux adresses suivantes : [dm@bag.admin.ch](mailto:dm@bag.admin.ch) et [tabakprodukte@bag.admin.ch](mailto:tabakprodukte@bag.admin.ch)
5. Le champ « nom/société » n'est pas obligatoire.

**Nous vous remercions de votre collaboration!**





Table des matières

Remarques générales	4
Rapport explicatif ( excepté chap. 2 « Commentaire »)	5
Rapport explicatif : chap. 2 « Commentaire »	9
Projet de loi sur les produits du tabac	13
Notre conclusion	25
Annexe: Guide pour insérer de nouvelles lignes	26

## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

Remarques générales	
nom/société	remarque / suggestion :
GE	<p>Si le but est de « protéger l'humain contre les effets nocifs liés à la consommation des produits du tabac et des cigarettes électroniques » et de « renforcer la protection de l'enfance et de la jeunesse », alors le canton de Genève considère que les dispositions prévues dans ce second projet de loi sont insuffisantes pour atteindre efficacement ces objectifs.</p> <p>Le tabac n'est pas un bien de consommation ordinaire. Il est responsable de près de 9'500 décès par an en Suisse dont 42 % sont liés à des cancers, 39 % à des maladies cardiovasculaires et 19 % à des maladies des voies respiratoires. Plus de 400'000 personnes souffrent de bronchopneumopathie chronique obstructive (BPCO) : 85 % d'entre elles fument. La charge de la morbidité et la mortalité dues au tabagisme pèse particulièrement sur la société (ex. absentéisme, décès prématurés). Les coûts - hors tabagisme passif - s'élevaient à quelques 10 milliards de francs par année (Jeanrenaud 2009). Compte tenu des effets extrêmement dommageables pour la santé, la prévention du tabagisme est l'une des priorités de santé publique au niveau national comme le prévoit la "Stratégie nationale de la prévention des maladies non transmissibles 2017-2024" et la "Stratégie nationale Addictions 2017-2024". Au niveau cantonal, elle s'inscrit également dans le "Concept cantonal de promotion de la santé et de prévention 2030". Les mesures préconisées pour protéger efficacement les jeunes et la population dans son ensemble sont l'information et la sensibilisation du public, la prévention structurelle à travers la réglementation du marché et la prévention comportementale.</p> <p>Le canton de Genève déplore les orientations données par le Parlement pour cette seconde mouture du projet de loi sur les produits du tabac. Les modifications proposées telles qu'une absence d'interdiction étendue de la publicité ne répondent pas efficacement aux enjeux de santé publique et ne respectent pas les exigences édictées par la CCLAT (Convention-cadre de l'OMS pour la lutte antitabac).</p> <p>Nous saluons la volonté du Parlement de protéger la jeunesse en renforçant les mesures visant l'interdiction de vente de tabac aux mineurs. Ainsi, nous adhérons à l'harmonisation nationale d'un âge légal pour la remise des produits du tabac. Cependant, nous estimons que les restrictions en matière de publicité visant exclusivement les mineurs sont insuffisantes et peu efficaces pour la protection des jeunes face au tabagisme. De plus, nous déplorons la suppression des restrictions en matière de parrainage et de promotion pour la même raison.</p> <p>Malgré les restrictions de la publicité dans certains lieux et sous certaines formes, ces mesures sont illusoire car les effets attendus ne se réaliseront pas dans la réalité actuelle: les mineurs ont accès à la presse en général, en particulier aux magazines <i>People</i>, se déplacent seul-e-s, en groupe ou en compagnie d'adulte dans des lieux où des publicités sont visibles (parkings, centres commerciaux, etc.), participent à des festivals, vont au cinéma après 20h et vont s'approvisionner dans des kiosques. De ce fait, les jeunes continueront d'être massivement exposés à la publicité de l'industrie du tabac si la publicité, la promotion et le parrainage des produits du tabac sous toutes les formes continuent à y être autorisés. Ainsi, il est indispensable d'intégrer des mesures de santé publique comme l'interdiction totale de publicité pour permettre une protection efficace des mineurs.</p> <p>Quant aux nouveaux produits du tabac à chauffer, à fumer à base de plantes et la cigarette électronique, nous saluons l'introduction et l'adaptation de la réglementation dans cette présente loi. Cependant, nous estimons que le principe de précaution doit être retenu pour ces nouveaux produits</p>



## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

	<p>car les recherches scientifiques indépendantes manquent concernant la sécurité de ces produits et leurs impacts sur la santé. Dans ce sens, nous estimons que la cigarette électronique sans nicotine et avec nicotine doivent être regroupées dans la même loi et que la réglementation de ces produits doit s'aligner sur les directives européennes.</p>	
<p><b>Rapport explicatif (excepté chap. 2 « Commentaire des dispositions »)</b></p>		
nom/société	chap. n°	remarque / suggestion :
GE	1.1.1	<p><b>Importance de l'avant-projet</b></p> <p>Le rapport explique dans ce paragraphe avec clarté les atteintes graves sur la santé et les coûts engendrés et supportés par toute la collectivité suite à la consommation de tabac. Cependant, malgré ce constat, le canton de Genève regrette que ce second projet de loi n'ait pas conservé ou intégré des mesures de prévention pourtant validées scientifiquement et reconnues par la communauté internationale comme le paquet neutre, l'interdiction totale de publicité y compris le parrainage et les promotions.</p>
GE	1.3.2	<p><b>Catégories de produits</b></p> <p>Compte tenu de la commercialisation récente des nouveaux produits à fumer, il convient de retenir le principe de précaution. A ce jour, il manque un consensus au sein de la communauté scientifique concernant les effets de la cigarette électronique sur la santé. Certaines études ont mis en évidence un risque important de contracter un cancer ou de développer des maladies cardiovasculaires alors que d'autres études révèlent que la cigarette électronique est moins nocive que la cigarette traditionnelle et devrait être utilisée comme outil de sevrage tabagique. Quant au tabac à chauffer, les données actuelles provenant presque exclusivement de l'industrie du tabac ne peuvent être considérées comme suffisamment neutres. Comme expliqué ci-dessus, les cigarettes électroniques et le tabac à chauffer sont présentés par certains comme des produits à risque réduit et médiatisés comme tels par l'industrie du tabac. Or, en vertu du principe de précaution, les indications, marques et signes figuratifs laissant croire qu'un produit est moins nocif (cf. article 11) devraient être interdites tant qu'il n'existera pas assez de données scientifiques, basées sur des études indépendantes, qui indiqueront précisément les effets de ces produits sur la santé.</p> <p>Il ne nous paraît pas judicieux de considérer les e-cigarettes sans nicotine comme des objets usuels, donc dépendant de la loi sur les denrées alimentaires, alors que les e-cigarettes avec nicotine seraient réglementés sous une autre loi. Pour des commerçants, qui auront la plupart du temps les deux types de produits, c'est incompréhensible et trop complexe pour s'y retrouver, puisque des dispositions communes et spécifiques se retrouveront dans deux législations distinctes ! Nous demandons d'intégrer également les e-cigarettes sans nicotine dans la loi sur les produits du tabac pour une meilleure cohérence et par souci de simplification pour les entreprises commercialisant ce type de produits.</p>

## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

		<p>Concernant le snus, le canton de Genève désapprouve sa légalisation car la nocivité de ce produit a été prouvée, en particulier sur la santé bucco-dentaire (Bornstein, Jeyakumar, Ramseier, Sieber 2016). Il a été prouvé que la consommation de snus provoque des effets pathologiques dans la cavité buccale (lésions orales, etc.) et contient des nitrosamines, substances classées probablement cancérigènes par l'OMS. D'un point de vue législatif, il convient de rappeler que le snus est considéré comme un produit toxique dans toute l'Europe et y est interdit excepté en Suède.</p> <p>Produits à fumer à base de plantes</p> <p>Nous jugeons qu'il serait pertinent de différencier les produits à base de cannabis contenant du cannabidiol (CBD), dont la teneur en tétrahydrocannabinol (THC) est inférieure à 1 %, des autres produits à fumer à base de plantes. En effet, leur usage peut présenter des risques. En matière de circulation routière, il existe une présomption légale d'incapacité de conduire si le taux de 1,5 microgramme de THC par litre de sang est dépassé. Du fait de la teneur en THC des produits à base de cannabis dit « légal », ce taux peut être dépassé et la personne est alors considérée comme inapte à la conduite.</p>
GE	1.3.3	<p><b>Exigences applicables aux produits et aux emballages</b></p> <p>Le fait d'avoir retenu seulement une liste d'ingrédients interdits et abandonné la liste d'additifs autorisés dans cette loi diminue la protection du consommateur. En effet, compter uniquement sur la responsabilité des producteurs afin qu'ils s'assurent qu'aucun additif utilisé ne représente un risque pour la santé est un peu illusoire et constitue un risque pour le consommateur. De plus, il est clair que cela favorise les grandes industries du tabac qui sont susceptibles d'avoir les moyens de mener de telles vérifications. Par contre, pour de petits fabricants, notamment de liquides pour cigarettes électroniques, le risque d'une commercialisation sans s'assurer de l'innocuité des produits utilisés sera non négligeable. De plus, affirmer que l'incidence des additifs sur la toxicité des produits est faible n'est relevant que pour le tabac, mais pas pour tous les autres produits comme les cigarettes électroniques.</p> <p>Il faudrait au minimum que la liste des substances interdites soient régulièrement remises à jour et qu'en cas de doute, le principe de précaution soit appliqué.</p>
GE	1.3.4	<p><b>Publicité</b></p> <p>Le canton de Genève désapprouve la suppression de la plupart des restrictions en matière de publicité, de parrainage et de promotion qui étaient proposées dans le premier avant-projet. L'influence de la publicité pour promouvoir les ventes et inciter les gens à consommer n'est plus à démontrer. Plusieurs études transversales ont d'ailleurs montré une relation entre l'exposition à la publicité pour le tabac et le début de la consommation tabagique ou le développement d'un tabagisme régulier (Moodie et al. 2008, Pollay et al. 1996).</p> <p>Quant au parrainage, l'Observatoire des stratégies marketing de l'industrie du tabac a mis en évidence que le parrainage est surtout utilisé lors de festivals de musique ou les jeunes sont majoritairement présents (Canevascini 2014). Les données de l'Office fédéral</p>



## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

		<p>de la statistique de 2008 montrent une participation importante des jeunes et des mineurs lors de ces événements: 57% des jeunes entre 15-21 ans disent avoir fréquenté au moins un festival durant les 12 derniers mois. Lors de ces événements, l'Observatoire a révélé que l'industrie du tabac cible principalement les jeunes en organisant des concours et en proposant des animations et des activités ludiques (ex: jouer au baby-foot, créer son propre t-shirt, etc.).</p> <p>Une interdiction partielle de la publicité proposée dans ce second projet pour protéger les mineurs est louable mais peu efficace. En effet, une interdiction de la publicité destinée exclusivement aux mineurs est inefficace contrairement à la mise en place d'un ensemble de mesures d'interdictions étendues en matière de publicité, de promotion et de sponsoring (OFSP). Ainsi, le canton de Genève soutient une interdiction totale de la publicité y compris la promotion et le parrainage car ces mesures permettent de protéger efficacement les jeunes.</p> <p>De plus, nous nous rallions à l'appréciation du Tribunal fédéral qui soutient que les interdictions publicitaires pour les produits du tabac respectent les principes constitutionnels, en particulier la liberté économique, d'information et de presse (Tribunal fédéral, 2002). Le Tribunal fédéral a aussi retenu que la santé de la population représente un « objectif d'intérêt public qui justifie la limitation de droits fondamentaux tels que la liberté économique » (ATE 128 I 295 cons. 5b, bb). Les conséquences extrêmement dommageables du tabac sur la santé justifient la décision d'interdire globalement la publicité y compris le parrainage et les promotion. Cette opinion est partagée par plus de la moitié de la population suisse (58.1% de la population suisse âgée de 15 ans) qui est favorable à une interdiction générale de la publicité pour le tabac (Monitoring des addictions 2016). Au niveau international, cette mesure est également préconisée par l'OMS dans sa Convention cadre pour la lutte anti-tabac (CCLAT) validée par des données probantes.</p> <p>Quant aux répercussions des restrictions publicitaires sur l'emploi, une étude a montré un effet positif sur le nombre de places de travail à un niveau global. En effet, la diminution du tabagisme induirait une augmentation de l'offre d'emploi car un effet serait observé dans les habitudes de consommation. L'argent n'étant plus dépensé pour les cigarettes serait dépensé dans d'autres secteurs économiques (comme la restauration, les loisirs, etc.) qui sont des pourvoyeurs d'emplois importants (Buck et al. 1995). Il convient de rappeler que l'industrie du tabac pourvoit peu de places de travail. La diminution progressive des emplois observée depuis plusieurs années dans ce secteur n'est pas causée par des mesures de prévention mais par la délocalisation des usines de production et la mécanisation croissante de la fabrication (Warner 2000).</p>
GE	1.3.5	<p><b>Interdiction de remise aux mineurs et achats tests</b></p> <p>Le canton de Genève salue l'interdiction de vente aux mineurs qui permet d'harmoniser au niveau national l'âge limite de la remise des produits du tabac. Cette mesure de prévention est internationalement reconnue et largement acceptée par la société et par l'industrie du tabac (cf. rapport explicatif). Elle permet de transmettre un message fort au sein de la population sur la dangerosité du tabac et pourrait dissuader des jeunes d'entrer en consommation alors qu'on sait que la moitié des jeunes ont commencé à fumer lorsqu'ils étaient mineurs et qu'un jeune n'ayant pas commencé à fumer avant 21 ans, ne fumera vraisemblablement jamais.</p> <p>Nous saluons l'introduction des achats tests qui permet de rendre efficace l'interdiction de vente de produits du tabac aux mineurs.</p>

## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

		<p>Nous émettons une réserve sur le montant de l'amende en cas d'infraction qui nous paraît faible (40'000.-) et nous estimons qu'il serait important d'intégrer la notion de récidive dans cette loi en l'assortissant de sanctions plus élevées.</p>
GE	1.6	<p><b>Comparaison avec le droit étranger</b></p> <p>La Suisse creuse son retard en matière de prévention du tabagisme en Europe et dans le reste du monde: elle n'a toujours pas ratifié la Convention-cadre de l'OMS (CCLAT) alors que 181 pays l'ont déjà entérinée et elle se distingue clairement des réglementations bien plus sévères adoptées par l'Union européenne (UE).</p>
GE	1.6.2	<p><b>Droit de l'Union européenne</b></p> <p>Dans ce second projet de loi, la législation suisse en matière de prévention et de contrôle du tabagisme se distingue de la législation européenne sur les points suivants:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• les cigarettes électroniques sont moins réglementées en Suisse qu'au sein de l'UE</li> <li>• les avertissements sur les emballages sont plus petits en Suisse</li> <li>• l'attractivité des produits n'est pas restreinte en Suisse alors que l'UE limite l'usage d'additifs et certains arômes "caractérisants"</li> <li>• la vente de snus est désormais autorisée en Suisse alors qu'elle est interdite dans l'UE, excepté en Suède</li> <li>• le parrainage d'événements internationaux est interdit dans toute l'UE</li> </ul>
GE	1.6.3	<p><b>Droit international: Convention-cadre de l'OMS</b></p> <p>Les modifications demandées par le Parlement ne remplissent pas les exigences minimales de la CCLAT (Convention-cadre de l'OMS pour la lutte antitabac) et entravent la possibilité de la Suisse de ratifier cette convention alors que 181 pays l'ont déjà entérinée. La volonté du Conseil fédéral d'atteindre cet objectif avait pourtant été clairement exprimée par la signature de la convention en 2004. En vue de la ratification de la CCLAT, la Suisse devra respecter les trois mesures minimales suivantes:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• une interdiction globale ou des restrictions à la publicité, à la promotion et au parrainage dans la presse écrite et, le cas échéant, dans d'autres médias tel que l'Internet</li> <li>• obligation de l'industrie du tabac de communiquer les dépenses consacrées à la publicité, à la promotion et au parrainage</li> <li>• restrictions du parrainage de manifestations à caractère international.</li> </ul> <p>Le canton de Genève considère qu'il est essentiel d'aller au-delà de ces mesures minimales en interdisant globalement la publicité, le</p>

## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

	parrainage et les promotions pour protéger efficacement les jeunes et la population dans son ensemble.
--	--

Pour effacer des tableaux ou insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Protéger un document / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.

### Rapport explicatif : chap. 2 « Commentaire des dispositions »

nom/société	art.	remarque / suggestion :
GE	1	Comme nous l'avons exprimé dans les remarques générales, l'objectif de la loi étant de protéger l'être humain contre les effets nocifs liés à la consommation de tabac, les mesures proposées dans ce second projet n'y répondent pas efficacement.
GE	2	Comme nous l'avons mentionné dans les remarques générales et au point 1.3.2, Il nous paraît essentiel que les cigarettes électroniques sans nicotine soient traitées dans la même loi que les cigarettes électroniques avec nicotine.
GE	3	Comme nous l'avons déjà mentionné dans les remarques 1.3.1 de la section <i>Rapport explicatif (excepté chap. 2 « Commentaire des dispositions »)</i> et dans les commentaires de l'article 3 de la section <i>avant-projet de loi sur les produits du tabac</i> , nous jugeons important de distinguer dans la loi les produits à base de cannabis contenant du CBD des autres produits à fumer à base de plantes.
GE	4	Comme nous l'avons déjà mentionné dans les commentaires de l'article 4 de la section <i>avant-projet de loi sur les produits du tabac</i> , le consommateur a le droit d'être également protégé contre les allégations mensongères, même si elles ne représentent pas un danger immédiat. Par exemple, les taux de CBD indiqués actuellement sur les paquets cannabis contenant moins de 1% de THC sont totalement fantaisistes et constituent une tromperie. De plus, pour que la protection contre la tromperie ne puisse pas être contournée, une interdiction complète du marketing est absolument nécessaire
GE	5 6	Comme nous l'avons mentionné dans les remarques générales et au point 1.3.2, Il nous paraît essentiel que les cigarettes électroniques sans nicotine soient regroupées dans la même loi
GE	5	Comme nous l'avons mentionné dans les remarques générales et au point 1.3.2, Il nous paraît essentiel que les cigarettes électroniques sans nicotine soient regroupées dans la même loi que les cigarettes électroniques avec nicotine et qu'elles ne doivent pas avoir un effet psychotrope.
GE	8	Comme nous l'avons mentionné dans les remarques générales et au point 1.3.2, Il nous paraît essentiel que les cigarettes électroniques sans nicotine soient regroupées dans la même loi que les cigarettes électroniques avec nicotine. De plus, comme nous l'avons exprimé dans les commentaires de l'article 8 alinéa 1 de la section <i>avant-projet de loi sur les produits du tabac</i> , le taux

## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

		maximal de concentration de nicotine et les volumes maximum doivent s'aligner sur les directives européennes.
GE	10	Comme nous l'avons mentionné dans les remarques générales et au point 1.3.2, Il nous paraît essentiel que les cigarettes électroniques sans nicotine soient traitées dans la même loi que les cigarettes électroniques avec nicotine.
GE	11	Comme nous l'avons déjà mentionné dans les remarques 1.3.2 de la section <i>Rapport explicatif (excepté chap. 2 « Commentaire des dispositions»)</i> et dans les commentaires de l'article 11 de la section <i>avant-projet de loi sur les produits du tabac</i> , nous soutenons qu'il est indispensable que les indications sur l'étiquette et l'emballage ne trompent pas le consommateur pour tous les produits du tabac et les cigarettes électronique avec et sans nicotine.
GE	12	Comme nous l'avons déjà mentionné dans les commentaires de l'article 12 de la section <i>avant-projet de loi sur les produits du tabac</i> , nous ne comprenons pas le sens d'exempter certains produits du tabac de l'obligation de mise en garde puisque le tabac, en particulier lorsqu'il est fumé, est très dangereux pour la santé. De plus, Il conviendrait de rajouter une disposition offrant la possibilité au Conseil fédéral d'apporter de nouvelles mises en garde en fonction des avancées de la recherche scientifique sur les risques des nouveaux produits du tabac (e-cigarette, tabac à chauffer, etc.)
GE	13	Comme nous l'avons déjà mentionné dans les commentaires de l'article 12 et 13 de la section <i>avant-projet de loi sur les produits du tabac</i> , il conviendrait de rajouter une disposition offrant la possibilité au Conseil fédéral d'apporter de nouvelles mises en garde en fonction des avancées de la recherche scientifique sur les risques des nouveaux produits du tabac (e-cigarette, tabac à chauffer, etc.)
GE	14	Comme nous l'avons déjà mentionné dans les remarques 1.6.2 de la section <i>Rapport explicatif (excepté chap. 2 « Commentaire des dispositions»)</i> et dans les commentaires de l'article 14 de la section <i>avant-projet de loi sur les produits du tabac</i> , nous souhaitons que la Suisse s'aligne sur les dispositions européennes (directive 2014/40/EU) concernant le format des avertissements sanitaires sur les emballages. De plus, nous jugeons nécessaire que les mises en garde puissent être modifiées en fonction des avancées scientifiques sur l'effet des produits du tabac sur la santé.
GE	15	Comme nous l'avons mentionné dans les remarques générales et au point 1.3.2, Il nous paraît essentiel que les cigarettes électroniques sans nicotine soient traitées dans la même loi que les cigarettes électroniques avec nicotine.
GE	16	Comme nous l'avons mentionné dans les remarques générales et au point 1.3.2, Il nous paraît essentiel que les cigarettes électroniques sans nicotine soient traitées dans la même loi que les cigarettes électroniques avec nicotine.
GE	17	Comme nous l'avons déjà mentionné dans les remarques 1.3.4 de la section <i>Rapport explicatif (excepté chap. 2 « Commentaire des dispositions»)</i> et dans les commentaires de l'article 17 de la section <i>avant-projet de loi sur les produits du tabac</i> , nous soutenons une



## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

		interdiction totale de la publicité y compris la promotion et le parrainage car ces mesures permettent de protéger efficacement les jeunes.
GE	20	Comme nous l'avons déjà mentionné dans les remarques générales, dans le point 1.3.5 de la section <i>Rapport explicatif (excepté chap. 2 « Commentaire des dispositions »)</i> et dans les commentaires de l'article 20 de la section <i>avant-projet de loi sur les produits du tabac</i> , nous approuvons l'interdiction de vente des produits du tabac aux mineurs
GE	21	Comme nous l'avons déjà mentionné dans les remarques 1.3.5 de la section <i>Rapport explicatif (excepté chap. 2 « Commentaire des dispositions »)</i> et dans les commentaires de l'article 21 de la section <i>avant-projet de loi sur les produits du tabac</i> , nous saluons l'introduction d'achats tests afin de s'assurer de la bonne application de l'interdiction de vente aux mineurs.
GE	22	Comme nous l'avons déjà mentionné dans les commentaires de l'article 22 de la section <i>avant-projet de loi sur les produits du tabac</i> , il est important que cette loi définisse une personne responsable pour ces produits et leur autocontrôle.
GE	23	Comme nous l'avons mentionné dans les remarques générales et au point 1.3.2, il nous paraît essentiel que les cigarettes électroniques sans nicotine soient traitées dans la même loi que les cigarettes électroniques avec nicotine.
GE	24	Comme nous l'avons mentionné dans les commentaires de l'article 24, nous préconisons que la notification indique aussi l'absence d'effet psychotrope.
GE	25	Comme nous l'avons mentionné dans les remarques générales et au point 1.3.2, il nous paraît essentiel que les cigarettes électroniques sans nicotine soient regroupées dans la même loi que les cigarettes électroniques avec nicotine.
GE	26	Comme nous l'avons mentionné dans les remarques générales et au point 1.3.2, il nous paraît essentiel que les cigarettes électroniques sans nicotine soient traitées dans la même loi que les cigarettes électroniques avec nicotine.
GE	27	Comme nous l'avons déjà mentionné dans les commentaires de l'article 27 de la section <i>avant-projet de loi sur les produits du tabac</i> , il est impératif qu'une limitation claire et chiffrée des quantités pouvant être considérées comme de la consommation personnelle soit définie.
GE	28	Comme nous l'avons mentionné dans les remarques générales et au point 1.3.2, il nous paraît essentiel que les cigarettes électroniques sans nicotine soient traitées dans la même loi que les cigarettes électroniques avec nicotine.
GE	34	Comme nous l'avons mentionné dans les remarques générales et au point 1.3.2, il nous paraît essentiel que les cigarettes

## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

		électroniques sans nicotine soient traitées dans la même loi que les cigarettes électroniques avec nicotine.
GE	41	Comme nous l'avons déjà mentionné dans les commentaires de l'article 41 de la section <i>avant-projet de loi sur les produits du tabac</i> , la perception d'émoluments par le canton pour l'exécution doit être pas clairement précisée.
GE	43	Comme nous l'avons déjà mentionné dans les remarques 1.3.5 de la section <i>Rapport explicatif (excepté chap. 2 « Commentaire des dispositions »)</i> et dans les commentaires de l'article 43 de la section <i>avant-projet de loi sur les produits du tabac</i> , nous émettons une réserve sur le montant de l'amende en cas d'infraction qui nous paraît faible (40'000.-) et nous estimons qu'il serait important d'intégrer la notion de récidive en l'assortissant de sanctions plus élevées.

Pour effacer des tableaux ou insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Protéger un document / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.

## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

### Avant-projet de loi sur les produits du tabac

nom/société	art.	al.	let.	remarque / suggestion :
GE	2	1		<p><u>Remarques</u></p> <p>Comme nous l'avons mentionné dans les remarques générales et au point 1.3.2, il nous paraît essentiel que les cigarettes électroniques sans nicotine soient traitées dans la même loi que les cigarettes électroniques avec nicotine.</p> <p>En outre, il conviendrait d'ajouter dans l'alinéa 1 que les articles et services ne formant pas une unité fonctionnelle avec les produits du tabac, mais portant la même marque ou une marque légèrement modifiée, doivent être également soumis aux restrictions de la publicité. En effet, sans cet ajout, l'industrie du tabac aurait la possibilité de promouvoir d'autres produits comme des vêtements, etc.</p> <p><u>Proposition de modification</u></p> <p><sup>1</sup> La présente loi s'applique aux produits du tabac et aux cigarettes électroniques avec ou sans nicotine mis à disposition sur le marché ; Les dispositions relatives à la publicité s'appliquent en outre également aux objets qui forment une unité fonctionnelle avec les produits du tabac lors de leur consommation ainsi qu'aux objets et aux services qui portent la même marque que le produit du tabac ou une marque similaire.</p>
GE	3			<p><u>Remarques</u></p> <p>Le risque de faiblesses réglementaires et de vides juridiques est inhérent à l'existence de « réglementations différenciées ». De nouveaux produits ne pouvant pas être directement considérés comme un des produits définis pourraient être délibérément développés.</p> <p>Les nouveaux alinéas 2 et 3 proposés visent à empêcher l'utilisation de vides terminologiques dans la loi. L'alinéa 3 donne au Conseil fédéral la possibilité de réagir rapidement aux évolutions du marché.</p> <p><u>Proposition d'ajout</u></p> <p><sup>2</sup> (nouveau) Sauf indication contraire, les produits du tabac à chauffer, les produits du tabac oral, les produits à fumer à base de plantes et les cigarettes électroniques contenant ou non de la nicotine sont assimilés aux produits du tabac à fumer.</p> <p><sup>3</sup> (nouveau) Le Conseil fédéral peut ranger de nouveaux produits dans la catégorie de l'un des produits visés à l'alinéa 1, lettres a à f.</p>

## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

GE	3	e	<p><u>Remarques</u></p> <p>Comme nous l'avons déjà relevé au point 1.3.2, nous jugeons important de distinguer dans la loi les produits à base de cannabis contenant du CBD des autres produits à fumer à base de plantes.</p>
GE	4	1	<p><u>Remarques</u></p> <p>La protection contre la tromperie a une signification particulière pour les produits du tabac pour lesquels aucun seuil de non-affectation de la santé ne peut être fixé.</p> <p>Pour que la protection contre la tromperie ne puisse pas être contournée, une interdiction complète du marketing est absolument nécessaire (voir point 1.3.4)</p> <p><u>Proposition de modification</u></p> <p>1 La présentation, l'étiquetage et l'emballage des produits du tabac et des cigarettes électroniques avec ou sans nicotine, ainsi que la publicité pour ces produits, ne doivent pas tromper le consommateur.</p>
GE	4	2	<p><u>Remarques</u></p> <p>Pourquoi ne restreindre la tromperie que s'il existe des effets pour la santé ! Le consommateur a le droit d'être également protégé contre les allégations mensongères, même si elles ne représentent pas un danger immédiat. Ceci est la porte ouverte aux publicités mensongères visant à promouvoir ces produits qui finalement sont tous nocifs pour la santé. Par exemple, les taux de CBD indiqués actuellement sur les paquets cannabis contenant moins de 1% de THC sont totalement fantaisistes et constituent une tromperie.</p>
GE	5 6	1	<p><u>Remarques</u></p> <p>Ces articles doivent aussi s'appliquer aux e-cigarettes sans nicotine (d'où la logique de tout regrouper sous la même loi): Au minimum, il faudrait alors prévoir un renvoi dans la législation sur les objets usuels pour permettre aux professionnels de s'y retrouver.</p> <p><u>Proposition de modification</u></p> <p>1. Les produits du tabac et les cigarettes électroniques avec ou sans nicotine ne doivent pas contenir d'ingrédient qui:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>a. lors de leur emploi usuel, présente un risque immédiat ou inattendu pour la santé;</li> <li>b. augmente de manière significative leur toxicité inhérente ou facilite leur inhalation.</li> </ol>



## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

GE	5	2	<p><u>Remarques</u></p> <p>Il est important d'étendre cet article aussi aux cigarettes électroniques sans nicotine et d'ajouter que les liquides des cigarettes électroniques ne doivent pas avoir d'effets psychotropes.</p> <p><u>Proposition de modification</u></p> <p><sup>2</sup> Le liquide des cigarettes électroniques avec ou sans nicotine et des produits du tabac à chauffer doit satisfaire aux exigences suivantes:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a. il doit être de haute pureté;</li> <li>b. à l'exception de la nicotine, il ne doit pas présenter de risques pour la santé, qu'ils soient chauffés ou non.</li> <li>c. (nouveau) il ne doit avoir aucun effet psychotrope</li> </ul>
GE	8	1	<p><u>Remarques</u></p> <p>Afin de limiter les risques pour la santé, nous jugeons nécessaire de définir des volumes maximum de, respectivement, 10 et 2 ml et un taux maximal de concentration de nicotine de 20 milligrammes par millilitre pour ces produits car ils correspondent aux directives données par l'UE aux producteurs. De plus, les cigarettes électroniques sans nicotine doivent être intégrées dans cet article.</p> <p><u>Proposition de modification</u></p> <p><sup>1</sup> Le volume des flacons de recharge avec ou sans nicotine ne doit pas dépasser 10 millilitres.</p> <p><sup>3</sup> (nouveau) Le liquide contenant de la nicotine ne contient pas de nicotine au-delà de 20 milligrammes par millilitre;</p>
GE	10	1	<p><u>Remarques</u></p> <p>Nous estimons que les cigarettes électroniques sans nicotine doivent être intégrées dans cet article.</p> <p><u>Proposition de modification</u></p> <p>La dénomination spécifique des produits du tabac et des cigarettes électroniques avec ou sans nicotine doit correspondre à la nature, au genre, à la sorte ou aux propriétés du produit.</p>
GE	11	1	<p><u>Remarques</u></p> <p>Nous approuvons les prescriptions à respecter pour les produits du tabac à fumer. Néanmoins, nous estimons que les précautions édictées ne devraient pas seulement concerner les produits du tabac à fumer mais les produits du tabac</p>

## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

				<p>dans son ensemble et les cigarettes électronique sans et avec nicotine.</p> <p><u>Proposition de modification</u></p> <p>Sont interdites sur l'emballage de produits du tabac et des cigarettes électroniques avec ou sans nicotine ou sur le produit lui-même les mentions suivantes:</p> <p>a. les indications, marques et signes figuratifs laissant croire qu'un produit particulier est moins nocif que les autres, tels que «légères», «mild», «bio», «naturel» ou «sans additifs»;</p> <p>b. la teneur en nicotine, en goudron ou en monoxyde de carbone des émissions du produit.</p>
GE	11	2		<p><u>Remarques</u></p> <p>Il est important d'intégrer les cigarettes électroniques sans nicotine.</p> <p><u>Proposition de modification</u></p> <p>Est interdite sur l'emballage ou sur le produit toute mention attribuant aux produits du tabac ou aux cigarettes électroniques avec ou sans nicotine des propriétés curatives, lénitives ou préventives.</p>
	12			<p><u>Remarques</u></p> <p>Il conviendrait de rajouter une disposition offrant la possibilité au Conseil fédéral d'apporter de nouvelles mises en garde en fonction des avancées de la recherche scientifique sur les risques des nouveaux produits du tabac (e-cigarette, tabac à chauffer, etc. )</p> <p><u>Proposition d'ajout</u></p> <p><sup>3</sup> (nouveau) Le Conseil fédéral peut déterminer de nouvelles mises en garde en fonction des avancées de la recherche scientifique sur les risques des produits du tabac</p>
GE	12	2		<p><u>Remarques</u></p> <p>Nous ne comprenons pas le sens d'exempter certains produits du tabac de l'obligation de mise en garde puisque le tabac est dangereux pour la santé</p> <p><u>Proposition de modification</u></p> <p><sup>2</sup> Le Conseil fédéral décide des textes, photographies et informations que doivent porter les emballages selon l'alinéa 1, let. c.</p>

## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

GE	13	<p><u>Remarques</u></p> <p>Il conviendrait de rajouter une disposition offrant la possibilité au Conseil fédéral d'apporter de nouvelles mises en garde en fonction des avancées de la recherche scientifique sur les risques des nouveaux produits du tabac (e-cigarette, tabac à chauffer, etc.)</p> <p><u>Proposition d'ajout</u></p> <p><sup>2</sup> (nouveau) Le Conseil fédéral peut déterminer de nouvelles mises en garde en fonction des avancées de la recherche scientifique sur les risques des produits du tabac</p>
GE	14	<p><u>Remarques</u></p> <p>Le format des avertissements sanitaires sur les emballages devrait s'aligner sur les dispositions européennes (directive 2014/40/EU). Par ailleurs, la loi devrait laisser la possibilité au Conseil fédéral de se prononcer en faveur d'emballages neutres et uniformes. En 2018, cinq pays européens (France, Royaume-Uni, Norvège, Hongrie) ont déjà adopté le paquet neutre et la Slovénie prévoit de l'introduire en 2020.</p> <p><u>Proposition de modification</u></p> <p><sup>1</sup> L'avertissement visé à l'article 12, alinéa 1, lettre a, doit être apposé sur la partie inférieure de l'une des faces latérales de l'emballage.</p> <p><sup>2</sup> L'avertissement visé à l'article 12, alinéa 1, lettre b doit être apposé sur la partie inférieure de l'une des faces latérales de l'emballage.</p> <p><sup>3</sup> (nouveau) Les avertissements visés à l'article 13 doivent chacun être apposés sur la partie inférieure des deux faces latérales de l'emballage.</p> <p><sup>4</sup> L'avertissement combiné visé à l'article 12, alinéa 1, lettre c doit couvrir, cadre exclu, 80% de la face avant et du dos du paquet; l'alinéa 5 demeure réservé</p> <p><sup>5</sup> Pour les emballages destinés aux produits autres que les cigarettes dont la surface la plus visible dépasse 75 cm<sup>2</sup>, la superficie des mises en garde doit être d'au moins 60 cm<sup>2</sup> pour chaque face.</p> <p><sup>6</sup> Les mises en garde ne doivent être ni dissimulées ni détruites par l'ouverture du paquet.</p> <p><sup>7</sup> Elles doivent également figurer sur tout emballage extérieur, à l'exception des emballages transparents.</p>
GE	15	<p><u>Remarques</u></p>

## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

			<p>Il est essentiel d'intégrer les cigarettes électroniques sans nicotine dans cet article.</p> <p><u>Proposition de modification</u></p> <p>Les flacons de recharge et les cartouches contenant un liquide avec ou sans nicotine doivent être:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>munis d'un dispositif de sécurité pour enfants;</li> <li>protégés contre le bris;</li> <li>munis d'un dispositif garantissant l'absence de fuite au remplissage.</li> </ol>
GE	16	1	<p><u>Remarques</u></p> <p>Il est essentiel d'intégrer les cigarettes électroniques sans nicotine dans cet article.</p> <p><u>Proposition de modification</u></p> <p>Tout emballage de cigarette électronique avec ou sans nicotine et de produit du tabac à chauffer doit contenir une notice d'information portant les indications suivantes:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>les consignes d'utilisation et de stockage du produit;</li> <li>la mention que l'utilisation du produit n'est pas recommandée aux mineurs ni aux non-fumeurs;</li> <li>les contre-indications;</li> <li>les avertissements pour les groupes à risque;</li> <li>les effets indésirables possibles;</li> <li>l'effet de dépendance et la toxicité;</li> <li>les coordonnées du fabricant ou de l'importateur.</li> </ol>
GE	17		<p><u>Proposition de modification</u></p> <p><sup>1</sup> Interdiction de la publicité pour les produits du tabac, pour les cigarettes électroniques contenant ou non de la nicotine, pour les articles qui forment une unité fonctionnelle avec un produit du tabac ainsi que pour les articles et services portant la même marque ou une marque similaire à celle du produit du tabac.</p> <p><sup>2</sup> (nouveau) Les produits du tabac et les cigarettes électroniques ne doivent pas</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>être visibles en dehors du point de vente,</li> <li>être exposés ouvertement ni faire l'objet d'une publicité sur le point de vente.</li> </ol>



## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

					<p><sup>3</sup> La publicité à la radio et à la télévision pour les produits du tabac et les cigarettes électroniques avec ou sans nicotine ainsi que pour les objets qui forment une unité fonctionnelle avec un produit du tabac est interdite, conformément aux dispositions de la loi fédérale du 24 mars 2006 sur la radio et la télévision</p>
GE	17	1	a et b	<p><u>Remarques</u></p> <p>Nous saluons l'interdiction de la publicité sur le matériel scolaire et sur les jouets dans un objectif de protection de l'enfance et de la jeunesse. En effet, ces produits sont clairement destinés à l'usage des enfants et mineurs.</p>	
GE	17	1	d	<p><u>Remarques</u></p> <p>Cette disposition est trop restrictive. Dans la réalité, les jeunes sont amenés à lire des magazines qui ne leur sont pas a priori principalement destinés. Prenons exemple des magazines <i>people</i> ou des revues spécialisées en matière de jeux vidéo.</p>	
GE	17	1	e	<p><u>Remarques</u></p> <p>Il conviendrait de supprimer le terme <i>principalement</i> car de nombreux mineurs sont touchés par la publicité même s'ils ne sont pas majoritaires dans une manifestation. Prenons exemple du festival de musique de Nyon (Paléo), de nombreux mineurs sont exposés à la publicité du tabac bien qu'ils ne représentent pas la majorité du public.</p> <p><u>Proposition de modification</u></p> <p>e. dans les lieux fréquentés par des mineurs et lors de manifestations auxquelles participent des mineurs.</p>	
GE	17	2	c	<p><u>Remarques</u></p> <p>Le canton de Genève approuve l'interdiction de disposer de la publicité à proximité des bonbons, chewing-gums ou friandises car il a été prouvé que la proximité de la publicité avec les confiseries attire le regard des enfants et adolescents et peut induire l'idée que le tabac est un bien de consommation inoffensif qui procure du plaisir (Canavascini, 2014). Cependant, cette disposition est insuffisante pour la protection des mineurs car les jeunes auront toujours un accès aux présentations visuelles des produits du tabac malgré un déplacement des affiches publicitaires.</p>	
GE	17bis			<p><u>Remarques</u></p> <p>La modification vise à soutenir la politique des prix, qui vise à réduire l'attrait de l'achat de produits du tabac surtout pour les jeunes pour éviter le passage à une consommation régulière.</p>	

## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

		<p><u>Proposition d'ajout</u> (nouveau) Promotion des ventes</p> <p>Interdiction de la promotion des ventes pour les produits du tabac et les cigarettes électroniques contenant ou non de la nicotine, ainsi que pour les articles qui forment une unité fonctionnelle avec un des produits cités lorsque celle-ci repose sur:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a. la remise gratuite ;</li> <li>b. des réductions de prix ou ;</li> <li>c. la remise de cadeaux ou de prix.</li> </ul>	
GE	17ter	<p><u>Remarques</u></p> <p>L'interdiction du parrainage est une mesure importante pour réduire les incitations à entrer dans la dépendance au tabac.</p> <p><u>Proposition d'ajout</u> (nouveau) Parrainage</p> <p>Le parrainage, y compris les dons et les aides, destinés à des événements et activités de tiers est interdit.</p>	
GE	20	<p><u>Remarques</u></p> <p>Nous approuvons comme nous l'avons exprimé plus haut, l'interdiction de vente aux mineurs.</p>	
GE	21	<p><u>Remarques</u></p> <p>Nous saluons l'introduction d'achats tests afin de s'assurer de la bonne application de l'interdiction de vente aux mineurs.</p>	
GE	22	<p><u>Remarques</u></p> <p>Contrairement à la législation alimentaire, cette loi ne définit pas de personne responsable pour ces produits et leur autocontrôle. Il faut prévoir un article sur la même base que l'article 73 ODAIOus (RS 817.02).</p>	
GE	22	<p><u>Remarques</u></p> <p>Il est important d'étendre cet article aussi aux cigarettes électroniques sans nicotine.</p>	1

## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

GE	23	1	<p><u>Proposition de modification</u></p> <p>Quiconque met à disposition sur le marché des produits du tabac ou des cigarettes électroniques avec ou sans nicotine est tenu au devoir d'autocontrôle en ce qui concerne le respect des exigences de la présente loi.</p> <p><u>Remarques</u></p> <p>Il est important d'étendre cet article aussi aux cigarettes électroniques sans nicotine.</p> <p><u>Proposition de modification</u></p> <p>Quiconque fabrique ou importe des produits du tabac à chauffer, des produits à fumer à base de plantes ou des cigarettes électroniques avec ou sans nicotine doit les notifier à l'Office fédéral de la santé publique (OFSP) dans un but de surveillance du marché, au plus tard lorsque le produit est prêt à être mis sur le marché.</p>
GE	24	2	<p><u>Remarques</u></p> <p>Nous préconisons que la notification indique aussi l'absence d'effet psychotrope.</p> <p><u>Proposition d'ajout</u></p> <p><sup>4</sup> La notification des produits du tabac et des liquides de cigarettes électroniques doit comprendre une attestation prouvant que le produit ne contient pas de substances ayant un effet psychotrope</p>
GE	25	1	<p><u>Remarques</u></p> <p>Il est important d'étendre cet article aussi aux cigarettes électroniques sans nicotine.</p> <p><u>Proposition de modification</u></p> <p>Quiconque fabrique ou importe des produits du tabac ou des cigarettes électroniques avec ou sans nicotine doit déclarer à l'OFSP la composition des produits qu'il met à disposition sur le marché. Pour les cigarettes, il doit en outre déclarer les émissions.</p>
GE	25	a	<p><u>Remarques</u></p> <p>Nous estimons nécessaire que l'industrie du tabac déclare ses dépenses à l'OFSP pour que la législation soit conforme à la CCLAT.</p> <p><u>Proposition d'ajout</u></p>

## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

				<p>(nouveau) Déclaration des dépenses pour la publicité, les dons et autres contributions</p> <p>Quiconque fabrique ou importe des produits du tabac ou des cigarettes électroniques doit déclarer annuellement à l'OFSP le montant de ses dépenses pour la publicité, les dons et autres contributions liés à ces produits en Suisse. Cet office publie ces informations sur internet.</p>
GE	26	1		<p><u>Remarques</u></p> <p>Il est important d'étendre cet article aussi aux cigarettes électroniques sans nicotine.</p> <p><u>Proposition de modification</u></p> <p>Quiconque constate que des produits du tabac ou des cigarettes électroniques avec ou sans nicotine qu'il a mis à disposition sur le marché sont nocifs au sens de l'art. 5, doit prendre toutes les mesures nécessaires pour qu'il en résulte le moins de dommages possibles pour le consommateur, notamment en retirant ou en rappelant les produits.</p>
GE	27			<p><u>Remarques</u></p> <p>Cet article est très important surtout pour des cantons frontières comme Genève. Il est donc impératif qu'une limitation claire et chiffrée des quantités pouvant être considérées comme de la consommation personnelle soit définie. Pourquoi ne pas avoir déjà inclu des volumes dans cet article ?</p> <p>Il est important d'étendre cet article aussi aux cigarettes électroniques sans nicotine.</p> <p><u>Proposition de modification</u></p> <p>Le Conseil fédéral peut limiter la quantité de produits du tabac ou de cigarettes électroniques avec ou sans nicotine qu'un consommateur a le droit d'importer pour sa propre consommation, afin d'empêcher leur importation à des fins commerciales.</p>
GE	28	2		<p><u>Remarques</u></p> <p>Il est important d'étendre cet article aussi aux cigarettes électroniques sans nicotine.</p> <p><u>Proposition de modification</u></p> <p>Elle surveille l'importation des produits du tabac et des cigarettes électroniques avec ou sans nicotine.</p>
GE	30			<p><u>Remarques</u></p> <p>Nous considérons qu'il est important d'ajouter à cet article que la Confédération soutient des travaux de recherches</p>



## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

			indépendantes. <u>Proposition de modification</u> La Confédération collecte les données scientifiques et soutient des travaux de recherches indépendantes nécessaires à l'exécution de la présente loi.
GE	34	1	<u>Remarques</u> Il est important d'étendre cet article aussi aux cigarettes électroniques sans nicotine. <u>Proposition de modification</u> Les autorités fédérales et cantonales compétentes informent le public des risques pour la santé, connus ou soupçonnés, que présentent les produits du tabac et les cigarettes électroniques avec ou sans nicotine.
GE	34	3	<u>Remarques</u> Il est important d'étendre cet article aussi aux cigarettes électroniques sans nicotine. <u>Proposition de modification</u> Elles informent notamment le public des connaissances scientifiques d'intérêt général en matière de protection de la santé en lien avec les produits du tabac ou les cigarettes électroniques avec ou sans nicotine et de prévention des maladies causées par la consommation de ces produits.
GE	41		<u>Remarques</u> La perception d'émoluments par le canton pour l'exécution de cette loi n'est pas clairement précisée. Rajouter un alinéa spécifiant que des émoluments peuvent être perçus par les cantons et préciser pour quels types de débours sur le même modèle que l'article 58 de la LDAI et l'article 113 de l'ordonnance sur l'exécution de la législation alimentaire.
GE	43		<u>Remarques</u> Nous émettons une réserve sur le montant de l'amende en cas d'infraction qui nous paraît faible (40'000.-) et nous estimons qu'il serait important d'intégrer la notion de récidive en l'assortissant de sanctions plus élevées.

## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

GE	Annexe 1		<p><u>Remarques</u></p> <p>Certains glycols devraient être intégrés dans la liste des ingrédients interdits. Par exemple certains cas d'utilisation d'éthylène glycol ont été recensés par confusion avec le propylène glycol utilisé dans les liquides pour e-cigarettes. Or l'éthylène glycol est clairement une substance toxique dangereuse.</p>
GE	Annexe 2-cigarettes		<p>L'inclusion de valeurs maximales dans la fumée est problématique car ceci nécessite des investissements en appareillages à fumer coûteux et complexes. De plus, les protocoles de test avec les machines à fumer sont fréquemment détournés par les producteurs. Ne serait-il pas plus judicieux de fixer des valeurs maximales dans le tabac. Par ailleurs, les unités de sont pas claires : mg dans quels volumes, par quelle unité de temps ?</p> <p>Certains constituants des liquides pour cigarettes électroniques devraient également être limités avec une valeur maximale, car peuvent représenter des risques pour la santé : acides gras libres, nitrosamines, formaldéhyde, acroléine, métaux lourds (Hg, Pb)...</p> <p>La problématique des extraits de plantes dans les e-cigarettes n'est pas abordée (e-liquide au cannabis, taux de THC et/ou de CBD par exemple). Il conviendrait de préciser ces aspects autant pour les fabricants de ces produits que pour les autorités d'exécution.</p>
			<p>Les voies de droit sont manquantes. Rajouter une section similaire aux articles 67 à 71 de la LDAL</p>

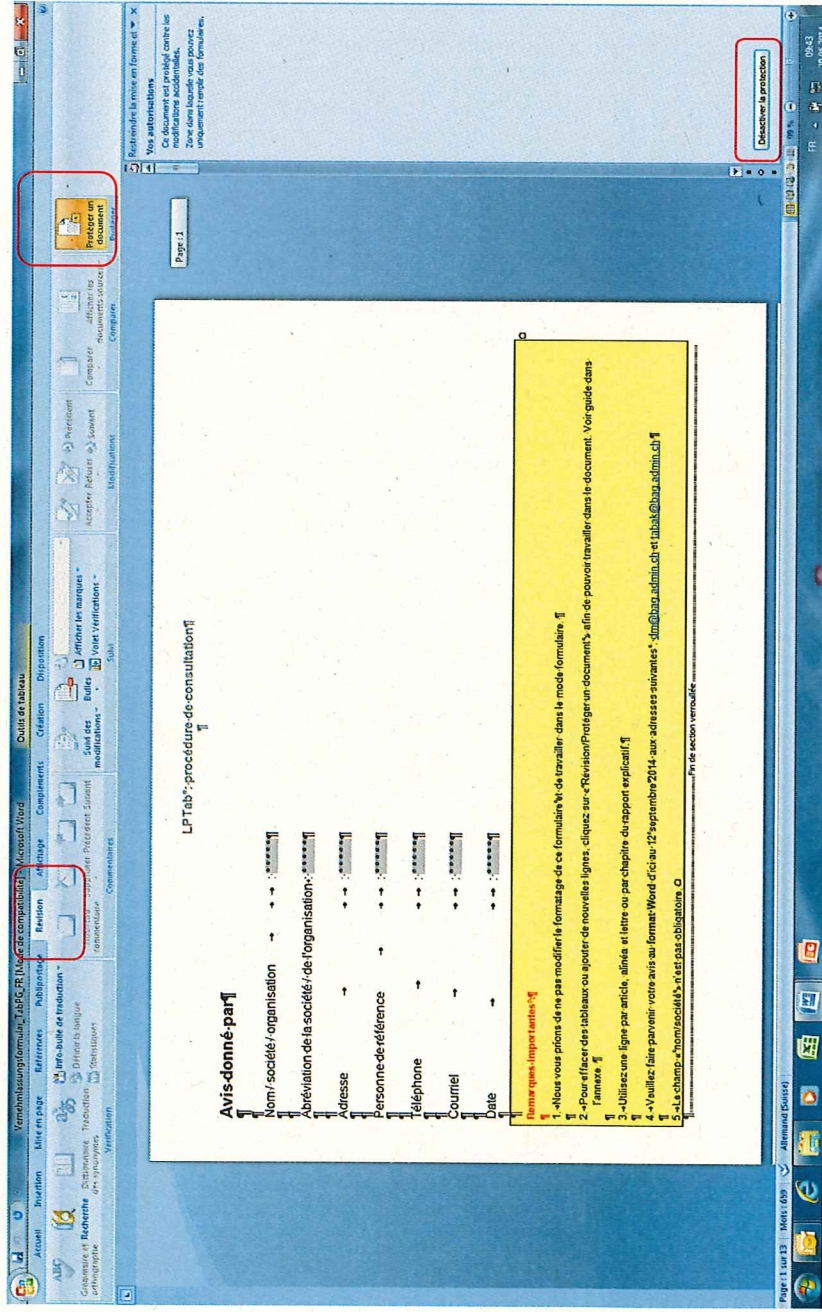
Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

Notre conclusion	
<input type="checkbox"/>	Acceptation
<input type="checkbox"/>	Propositions de modifications / réserves
<input checked="" type="checkbox"/>	Remaniement en profondeur
<input type="checkbox"/>	Refus

## Annexe: Guide pour insérer de nouvelles lignes

1. Désactiver la protection du document
2. Insérer des lignes avec « Copier – Coller »
3. Réactiver la protection du document

### 1 Désactiver la protection du document









**per E-Mail**

- dm@bag.admin.ch
- tabakprodukte@bag.admin.ch

Glarus, 6. März 2018

Unsere Ref: 2017-236

**Vernehmlassung zum Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten (TabPG)**

Hochgeachteter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Das Eidgenössische Departement des Innern gab uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir und lassen uns gerne wie folgt vernehmen:

**Allgemeine Bemerkungen**

Der Regierungsrat des Kantons Glarus begrüsst eine spezifische Gesetzgebung für Tabakprodukte und elektronische Zigaretten auf Bundesebene, um die laufenden Bestrebungen der Kantone im Bereich der Prävention nichtübertragbarer Krankheiten und insbesondere im Bereich der Tabakprävention zu unterstützen. Ebenso begrüssen wir, dass das Bundesgesetz die Anforderungen an Tabakprodukte und nikotinhaltige elektronische Zigaretten regeln soll, um Menschen vor schädlichen Auswirkungen ihres Konsums zu schützen. Darüber hinaus sind wir auch mit den vorgeschlagenen Regelungen im Bereich Werbung einverstanden.

**Jugendschutz**

Der Kanton Glarus unterstützt ein national einheitliches Abgabeverbot von Tabakprodukten sowie von nikotinhaltigen und nikotinfreien elektronischen Zigaretten an Kinder und Jugendliche (Art. 20 E-TabPG). Auch wenn der Bundesrat diesbezüglich vom Parlament den Auftrag erhalten hat, die Altersgrenze für das Abgabeverbot bei 18 Jahren festzulegen, bekräftigen wir unsere Haltung in der Vernehmlassung zum ersten Entwurf des Tabakproduktegesetzes vom 19. August 2014, wonach die Altersgrenze analog zur Abgabe von Bier und Wein auf 16 Jahre festzulegen ist. Vielerlei präventive Aktivitäten sind heute auf die Stärkung der Eigenverantwortung heranwachsender, junger Menschen ausgerichtet. Im Sinne unserer liberalen Grundhaltung und auch unter Berücksichtigung des im Kanton Glarus geltenden aktiven Stimmrechtsalters 16 erachten wir es als Widerspruch, 16-Jährigen die Urteils- und Entscheidungsfähigkeit in Bezug auf den Tabakkonsum nicht zuzugestehen.

**Aufgaben und Kompetenzen der Kantone**

Der Kanton Glarus ist mit der Kompetenzzuteilung an die Kantone gemäss Artikel 33 E-TabPG grundsätzlich einverstanden. Diese entspricht grösstenteils der heutigen bewährten Auf-

gabenverteilung zwischen Bund und Kantonen. Soweit der Bund den Kantonen bestimmte Massnahmen vorschreibt oder diese verpflichtet über Vollzugsmassnahmen zu informieren (Art. 29 Abs. 2 E-TabPG) fordern wir einen Einbezug der Kantone und Unterstützung durch den Bund.

Mit Blick auf Laboranalysen und den diesbezüglichen abschliessenden Entscheiden, welche der Bund gemäss Artikel 28 Absatz 3 E-TabPG im Einzelfall dem betreffenden Kanton übertragen kann, ist es dem Kanton Glarus wichtig, dass vorgängig mit den entsprechenden Kantonschemikern geprüft wird, ob diese Analysen überhaupt im betroffenen Kanton mit vertretbarem Aufwand durchgeführt werden können. Nicht alle Kantone verfügen diesbezüglich über dieselben Möglichkeiten.

Genehmigen Sie, hochgeachteter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse

**Für den Regierungsrat**



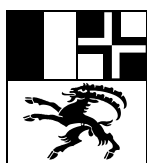
Rolf Widmer  
Landammann

Hansjörg Dürst  
Ratsschreiber

E-Mail an (PDF- und Word-Version):

- [dm@bag.admin.ch](mailto:dm@bag.admin.ch)
- [tabakprodukte@bag.admin.ch](mailto:tabakprodukte@bag.admin.ch)

versandt am: **07. März 2018**



Sitzung vom

20. März 2018

Mitgeteilt den

20. März 2018

Protokoll Nr.

237

Bundesamt für Gesundheit BAG  
Schwarzenburgstrasse 157  
3003 Bern

Per E-Mail (PDF und Word-Format) an:

[dm@bag.admin.ch](mailto:dm@bag.admin.ch) und [tabakprodukte@bag.admin.ch](mailto:tabakprodukte@bag.admin.ch)

## **Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten (TabPG)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 8. Dezember 2017 geben Sie uns die Gelegenheit, uns zum Vor-  
entwurf des Tabakproduktegesetzes (TabPG) zu äussern. Dafür danken wir Ihnen  
bestens.

Wir schliessen uns vollumfänglich der Stellungnahme des Vorstandes der Schweize-  
rischen Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und - direktoren (GDK)  
vom 1. März 2018 an und verzichten demzufolge auf die Einreichung einer ausführli-  
chen Stellungnahme.

Ergänzend erlauben wir uns in Bezug auf die rechtliche Grundlage für Testkäufe, wie  
sie in Art. 21 sowie im Rahmen von Art. 47 i.V.m. Anhang 3 in Art. 14a des Bundes-  
gesetzes über Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände (LMG, SR 817.0) vorgese-  
hen ist, darauf hinzuweisen, dass ebenfalls eine entsprechende Regelung in das  
Bundesgesetz über die gebrannten Wasser (AlkG, SR 680) aufzunehmen ist. Damit

können auch Testkäufe in Bezug auf die Abgabe von Spirituosen an Jugendliche im Alter zwischen 16 und 18 Jahren durchgeführt und deren Ergebnisse im Strafverfahren verwertet werden.



Namens der Regierung

Der Präsident:

A handwritten signature in black ink, appearing to read "M. Cavigelli".

Dr. Mario Cavigelli

Der Kanzleidirektor:

A handwritten signature in black ink, appearing to read "D. Spadin".

Daniel Spadin



Hôtel du Gouvernement – 2, rue de l'Hôpital, 2800 Delémont

Département fédéral de l'intérieur  
p.a. Office fédéral de la santé publique  
3003 Berne

Hôtel du Gouvernement  
2, rue de l'Hôpital  
CH-2800 Delémont

t +41 32 420 51 11  
f +41 32 420 72 01  
chancellerie@jura.ch

Mail : [dm@bag.admin.ch](mailto:dm@bag.admin.ch) et [tabakprodukte@bag.admin.ch](mailto:tabakprodukte@bag.admin.ch)

Delémont, le 27 mars 2018

## **Consultation relative au projet de Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques (LPTab)**

Monsieur le Conseiller fédéral,  
Madame, Monsieur,

Le Gouvernement jurassien vous remercie de solliciter son avis sur l'avant-projet de LPTab. Il en a pris connaissance avec intérêt.

Le nouveau projet de loi reprend notamment le renforcement des mesures prises pour protéger les enfants et la jeunesse, ainsi que les non-fumeurs, contre les effets nocifs du tabagisme. Le Gouvernement jurassien y adhère et soutient les mesures proposées en matière de restriction d'accès pour les mineurs.

Quant aux nouveaux produits du tabac à chauffer, à fumer à base de plantes et la cigarette électronique, il salue l'introduction et l'adaptation de la réglementation dans cette présente loi.

Concernant la commercialisation de nouveaux produits, elle devrait être possible uniquement si les mesures d'accompagnement tendant à réduire la consommation de la cigarette classique étaient respectées ; par exemple dans le cadre d'un programme de désaccoutumance visant des fumeurs. Elle devrait reposer sur les recommandations de la science visant à améliorer la santé publique.

Le Gouvernement jurassien salue la proposition d'adaptation de la loi fédérale sur la protection contre le tabagisme passif qui fait entrer dans le champ d'application de ladite loi, entre autres, les cigarettes électroniques avec et sans nicotine et les produits à base de tabac chauffé.

Concernant le snus, le Canton du Jura désapprouve sa légalisation car la nocivité de ce produit a été prouvée, en particulier sur la santé bucco-dentaire. Il a été prouvé que la consommation de snus provoque des effets pathologiques dans la cavité buccale (lésions orales, etc.) et contient des nitrosamines, substances classées probablement cancérigènes par l'OMS. Au niveau de la réglementation, le snus est considéré comme un produit toxique dans toute l'Union européenne et

y est interdit excepté en Suède où, rappelons-le, les spécialistes en prévention recommandent de ne pas légaliser ce produit pour préserver les intérêts de santé publique.

Le Gouvernement jurassien juge qu'il serait pertinent de différencier les produits à base de cannabis contenant du cannabidiol (CBD), dont la teneur en tétrahydrocannabinol (THC) est inférieure à 1 %, des autres produits à fumer à base de plantes. En effet, leur usage peut présenter des risques. En matière de circulation routière, il existe une présomption légale d'incapacité de conduire si le taux de 1,5 microgramme de THC par litre de sang est dépassé. Du fait de la teneur en THC des produits à base de cannabis dit « légal », ce taux peut être dépassé et la personne est alors considérée comme inapte à la conduite.

Le Gouvernement jurassien s'inquiète par ailleurs du financement des coûts de mise en œuvre au niveau des cantons. Tous les cantons n'ont pas les mêmes possibilités en matière d'analyse de laboratoire à des prix raisonnables et il convient d'être attentif à ce que le financement ne se fasse pas au détriment de la prévention du tabagisme. De plus, il conviendrait de préciser dans la loi la perception d'émoluments par le canton pour l'exécution.

Vous voudrez bien trouver, en annexe, les propositions de modification du projet de loi que vous avez soumis.

En vous remerciant de l'avoir consulté sur ce dossier, le Gouvernement jurassien vous présente, Monsieur le Conseiller fédéral, Madame, Monsieur, l'expression de ses sentiments distingués.

AU NOM DU GOUVERNEMENT DE LA  
RÉPUBLIQUE ET CANTON DU JURA



David Eray  
Président



Gladys Winkler Docourt  
Chancelière d'État

## **Annexe - Modifications proposées au projet de loi :**

### **1) Art. 1**

L'objectif de la loi étant de protéger l'être humain contre les effets nocifs liés à la consommation de tabac, nous proposons à l'art. 1, d'ajouter lettre b : La présente loi a pour but : de réduire la consommation de produits du tabac.

### **2) Art. 2, alinéa 1**

Afin d'anticiper l'apparition de nouveaux produits innovants, l'art. 2, alinéa 1 devrait être modifié comme suit : *La présente loi s'applique aux produits du tabac, aux cigarettes électroniques, ainsi qu'aux produits similaires avec nicotine mis à disposition sur le marché...* (suite inchangée)

### **3) Art. 2, alinéa 4 (nouveau)**

Formulation :

Elle ne s'applique pas aux produits dont la consommation ne représente aucun risque pour la santé.

Motivation :

Encourager l'évolution des produits vers le risque nul et pour lesquels il n'y a donc aucun intérêt à appliquer des restrictions particulières.

### **4) Art. 11, alinéa 1, let. a**

L'art. 11, alinéa 1, let. a, devrait être limité aux seules indications trompeuses et reformulé ainsi : ...les indications, marques et signes figuratifs laissant croire qu'un produit particulier est moins nocif que les autres, tel que «sans additifs».

### **5) Art. 11, alinéa 2**

Dans le même esprit, l'art. 11, alinéa 2, devrait avoir la formulation suivante : Est interdite sur l'emballage ou sur le produit toute mention trompeuse attribuant aux produits du tabac ou aux cigarettes électroniques avec nicotine des propriétés curatives, lénitives ou préventives.

### **6) Art. 17, alinéa 1, lettre f (nouvelle)**

Formulation :

f. dans les lieux de vente accessibles aux mineurs, lorsque la publicité est disposée à proximité des bonbons, chewing-gums ou friandises, ou lorsqu'elle est située en-dessous de 1,2 m.

Motivation :

Cette interdiction, reprise de l'alinéa 2, lettre c, trouve mieux son ancrage sous l'alinéa 1. Il n'y a par ailleurs aucune raison d'interdire la publicité en-dessous de 1,2 m dans les lieux qui ne sont pas accessibles aux mineurs, tels que les discothèques dont l'accès est réservé aux majeurs.



---

**Gesundheits- und Sozialdepartement**

Bahnhofstrasse 15  
Postfach 3768  
6002 Luzern  
Telefon 041 228 60 84  
gesundheit.soziales@lu.ch  
www.lu.ch

Eidgenössisches Departement des In-  
nern EDI

*dm@bag.admin.ch*  
*tabakprodukte@bag.admin.ch*

Luzern, 16. März 2018

Protokoll-Nr.: 301

**Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten  
(TabPG). Vernehmlassung**

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Regierungsrat des Kantons Luzern nimmt zum Vorentwurf des Bundesgesetzes über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten (TabPG) wie folgt Stellung:

1. Allgemeine Bemerkungen

Die Stellungnahme erfolgt vor dem Hintergrund, dass der vorliegende zweite Entwurf zu weiten Teilen den Auftrag des Parlaments umsetzt, nämlich den Kinder- und Jugendschutz zu verstärken, namentlich durch Festsetzung des Mindestalters für den Kauf von Tabakprodukten bei 18 Jahren sowie durch ein Verbot der gezielt an Minderjährige gerichteten Werbung. Ebenso wurden die ursprünglich vorgeschlagenen Einschränkungen bezüglich Werbung, Verkaufsförderung und Sponsoring fallen gelassen. Und schliesslich sind im 2. Entwurf auch alternative Produkte wie nikotinhaltige elektronische Zigaretten und Snus legalisiert und spezifisch reglementiert.

2. Zu den Regelungen im Einzelnen

2.1 Abgabeverbot an Minderjährige und Testkäufe

Wir begrüssen ein nationales Abgabeverbot an Personen unter 18 Jahren. Um allfällige Missverständnisse zu vermeiden, wäre es sinnvoll, den Begriff "Minderjährige" im Gesetzestext durch eine Umschreibung mit einer Altersangabe zu ergänzen ("Jugendliche unter 18 Jahren").

Bei den Alkoholtestkäufen entspricht die vom Bund vorgesehene Regelung der heutigen Praxis im Kanton Luzern. Wir sind damit einverstanden. Allerdings ist uns wichtig, dass der Bundesrat nicht gestützt auf Artikel 14a Absatz 4 des Lebensmittelgesetzes weitere aufwändige Voraussetzungen und unnötige administrative Vorschriften etabliert bzw. die Vollzugskompe-

tenz der Kantone unnötig eingrenzt (angekündigte Regelungen über Anerkennung und Beaufsichtigung der beigezogenen Fachorganisationen, Regelung der Rekrutierung etc. der Minderjährigen, Anforderungen an die Protokollierung usw.). Die neu vorgesehenen Tabak-Testkäufe könnten im Kanton Luzern durch die Gewerbepolizei zusammen mit den Alkoholtestkäufen organisiert und durchgeführt werden. In den Erläuterungen wird der mutmassliche Aufwand für die Durchführung der Testkäufe für alle Kantone auf insgesamt 190'000 Franken geschätzt bzw. der zusätzliche Aufwand für Kantone, die noch keine Testkäufe durchführen auf rund die Hälfte, also 95'000 Franken. Diese Zahlen sind nach unserer Schätzung unrealistisch tief bzw. fern von der praktischen Erfahrung angesetzt. Allein zur Bezahlung der mit der Durchführung der Testläufe beauftragten Organisation verwendet der Kanton Luzern jährlich rund 25'000 Franken. Hinzu kommt der verwaltungsinterne Aufwand der Gewerbepolizei. Wenn der Aufwand im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens verharmlost wird, rächt sich dies spätestens in der Umsetzung, wenn sich im Rahmen der Budgetierung herausstellt, dass die notwendigen Mittel nicht vorhanden sind.

Wir machen darauf aufmerksam, dass die nach Alkoholgesetz verbotene Abgabe von gebranntem Wasser an Jugendliche unter 18 Jahren und die nach Lebensmittelgesetz verbotene Abgabe alkoholischer Getränke an Jugendliche unter 16 Jahren aufgrund des beschlossenen, aber noch nicht in Kraft gesetzten Ordnungsbussengesetzes vom 18. März 2016 künftig lediglich im Ordnungsbussenverfahren bestraft werden soll (vgl. Bussenliste Ziff. VI.1 und XII.1 des Vernehmlassungsentwurfs vom 8. März 2017). Es wäre naheliegend, auch die verbotene Abgabe von Tabakprodukten gemäss Artikel 20 Absatz 1 TabPG an Minderjährige als Ordnungsbussentatbestand festzulegen und die Gesetzgebung entsprechend zu koordinieren. Wie für das Alkohol- und Lebensmittelrecht wäre aber auch für das Tabakrecht darzulegen, wie die Testkäufe durch beauftragte Organisationen dem Unmittelbarkeitsprinzip gemäss Artikel 3 Absatz 1 des neuen Ordnungsbussengesetzes Rechnung tragen können.

## 2.2 Nikotinhaltige elektronische Zigaretten

Im Gesetzesentwurf werden nur nikotinhaltige elektronische Zigaretten geregelt. Wir beantragen, den Geltungsbereich des TabPG grundsätzlich auch auf nikotinfreie E-Zigaretten auszuweiten. Unterschiedliche Anforderungen an nikotinfreie und nikotinhaltige elektronische Zigaretten sollen innerhalb des TabPG geregelt werden. Die vorgeschlagene Regulierung in zwei verschiedenen Gesetzen (TabPG und Lebensmittelgesetz), für deren Vollzug auf Bundesebene zwei verschiedene Bundesämter und auf kantonaler Ebene möglicherweise auch verschiedene Ämter zuständig sind, erachten wir als nicht sinnvoll. Es ergeben sich unnötige und künstliche Abgrenzungsfragen und die Rechtssicherheit leidet.

Zu beachten ist auch, dass zu den Langzeitrisiken von E-Zigaretten und anderen gleichartigen Produkten bisher wenig bekannt ist. Die verfügbaren Studien zeigen, dass im Dampf dieser Produkte toxische Stoffe enthalten sein können, unabhängig davon, ob sie nikotinhaltig sind oder nicht. Schadstoffe werden vor allem dann erzeugt, wenn die Flüssigkeit zu stark erhitzt wird und somit eine Verbrennung stattfindet.

Eine gewisse Gleichbehandlung ist auch im Sinne des Kinder- und Jugendschutzes wichtig. E-Zigaretten können für Kinder und Jugendliche generell attraktiv sein.



### 2.3 Snus

Da Snus nicht geraucht wird, entstehen deutlich weniger toxische Stoffe als beim Rauchen. Es ist deshalb folgerichtig, Snus nicht zu verbieten.

Freundliche Grüsse

  
Guido Graf  
Regierungspräsident



## LE CONSEIL D'ÉTAT

DE LA RÉPUBLIQUE ET  
CANTON DE NEUCHÂTEL

### *Envoi par courriel*

Département fédéral de l'intérieur  
Palais fédéral  
3003 Berne  
[dm@bag.admin.ch](mailto:dm@bag.admin.ch)  
[tabakprodukte@bag.admin.ch](mailto:tabakprodukte@bag.admin.ch)

### **Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques (LPTab) Procédure de consultation**

Monsieur le conseiller fédéral,

Le Conseil d'État de la République et Canton de Neuchâtel a pris connaissance du second avant-projet de la loi fédérale sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques et vous remercie de le consulter.

Sous l'angle de la santé publique, ce nouveau projet de loi rejoint certaines des attentes formulées par le Conseil d'État en septembre 2014, lors de la première consultation, notamment le renforcement des mesures prises pour protéger les enfants et la jeunesse, ainsi que les non-fumeurs, contre les effets nocifs du tabagisme. À ce titre, nous appuyons les mesures proposées, tant en matière de restriction d'accès pour les mineurs que de restriction de la consommation des produits à risque réduit dans les lieux publics fermés, en application du principe de précaution.

Le projet reste toutefois en-deçà de nos attentes en regard de l'opportunité que représentent les produits à risque réduit pour réduire l'impact de la consommation sur la santé des fumeurs. Nous sommes convaincus que l'ambition de la législation ne doit pas se limiter à rendre possible la commercialisation de tels produits, mais doit être de créer un cadre favorable à la transition des produits traditionnels vers ces nouveaux produits, avec la perspective de s'affranchir, à terme, de tout problème de nocivité sur la santé.

Cela implique de se donner les moyens d'accompagner de manière dynamique l'évolution technologique rapide de ce domaine, mais également d'ouvrir des possibilités de communiquer quant aux nouveaux produits. Nous proposons donc une différenciation plus concrète des restrictions applicables entre les produits conventionnels et les produits à risque réduit.

En plus d'encourager les innovations et les investissements dans le développement de ces nouveaux produits, une telle approche permettrait d'orienter favorablement les budgets marketing de l'industrie du tabac. Il s'agirait d'un signal très fort envers un secteur économique important pour notre pays, pour accompagner et encourager sa mutation vers

un avenir durable. Avec à la clé la perspective de réconcilier les enjeux de santé publique et de développement économique.

Les modifications concrètes que nous proposons sont en annexe de la présente.

En vous remerciant de nous avoir consulté sur ce dossier, nous vous prions de croire, Monsieur le conseiller fédéral, à l'expression de notre haute considération.

Neuchâtel, le 21 mars 2018



Au nom du Conseil d'État :

*Le président,*  
L. FAVRE

*La chancelière,*  
S. DESPLAND

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Despland', written in a cursive style.

Annexe : mentionnée

## Annexe

### Modifications proposées au projet de loi :

- **Art. 2, alinéa 1**

Formulation :

La présente loi s'applique aux produits du tabac, aux cigarettes électroniques **ainsi qu'aux produits similaires** avec nicotine mis à disposition sur le marché... (suite inchangée)

Motivation :

Anticiper l'apparition de nouveaux produits innovants encore inexistants.

- **Art. 2, alinéa 4 (nouveau)**

Formulation :

**Elle ne s'applique pas aux produits dont la consommation ne représentent aucun risque pour la santé.**

Motivation :

Encourager l'évolution des produits vers le risque nul et pour lesquels il n'y a donc aucun intérêt à appliquer des restrictions particulières.

- **Art. 11, alinéa 1, let.a :**

Formulation :

les indications **trompeuses**, ~~marques et signes figuratifs~~ laissant croire qu'un produit particulier est moins nocif que les autres, ~~tels que «légères», «mild», «bio», «naturel» ou «sans additifs»;~~

Motivation :

Seules les indications trompeuses doivent être interdites. À titre d'exemple, si un produit est effectivement sans additifs, le consommateur a le droit d'en être informé.

- **Art. 11, alinéa 1, let.b :**

Reformuler à l'inverse

Motivation :

Les informations relatives à la teneur en nicotine, en goudron ou en monoxyde de carbone ne devraient pas être interdites, mais obligatoires. Malgré les critiques formulées, il s'agit d'une information utile pour le consommateur.

- **Art. 11, alinéa 2 :**

Formulation :

Est interdite sur l'emballage ou sur le produit toute mention **trompeuse** attribuant aux produits du tabac ou aux cigarettes électroniques avec nicotine des propriétés curatives, lénitives ou préventives.

Motivation :

Seules les indications trompeuses doivent être interdites.

- **Art. 17, alinéa 1, lettre f (nouvelle) :**

Formulation :

**f. dans les lieux de vente accessibles aux mineurs, lorsque la publicité est disposée à proximité des bonbons, chewing-gums ou friandises, ou lorsqu'elle est située en-dessous de 1,2 m.**

Motivation :

Cette interdiction, reprise de l'alinéa 2, lettre c, trouve mieux son ancrage sous l'alinéa 1. Il n'y a par ailleurs aucune raison d'interdire la publicité en-dessous de 1,2 m dans les lieux qui ne sont pas accessibles aux mineurs, tels que les discothèques dont l'accès est réservé aux majeurs.

- **Art. 17, alinéa 2 :**

Formulation :

2 Elle est également interdite, **pour les produits à fumer:**

a. dans les journaux, revues ou autres publications gratuites accessibles aux mineurs;

b. sur Internet, à l'exception:

1. des sites payants ne s'adressant pas spécialement aux mineurs, et

2. des sites dont l'accès est réservé aux adultes;

*(transférer lettre c sous alinéa 1, cf. ci-avant).*

Motivation :

En ce qui concerne les journaux gratuits et la publicité sur les sites internet qui ne sont pas spécialement destinés aux mineurs, l'interdiction de publicité nous semble arbitraire. Néanmoins, plutôt que de l'abandonner, nous y voyons l'opportunité de créer une différenciation des règles applicables entre produits conventionnels et produits à risque réduit. Cette approche aura aussi pour effet d'orienter les budgets de marketing de l'industrie du tabac vers les produits à risque réduit, ce qui est souhaitable dans une perspective de santé publique.

En ce qui concerne la lettre c, elle est transférée à l'alinéa 1.





CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

Eidgenössisches Departement des Innern  
Herr Bundesrat Alain Berset  
Generalsekretariat GS-EDI  
Inselgasse 1  
3003 Bern

Telefon 041 618 79 02  
staatskanzlei@nw.ch  
Stans, 13. März 2018

## **Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten (TabPG). Stellungnahme**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 8. Dezember 2017 unterbreiteten Sie uns den Entwurf zur Änderung des Bundesgesetzes über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten (TabPG) mit der Bitte, bis zum 23. März 2018 eine Stellungnahme abzugeben.

Wir danken Ihnen für diese Möglichkeit und vernehmen uns wie folgt:

### **1 Allgemeine Bemerkungen**

Der Tabakkonsum gehört zu den wichtigsten Einflussfaktoren nichtübertragbarer Krankheiten wie beispielsweise Herzkreislauf-, Atemwegserkrankungen und Krebs und ist die häufigste vermeidbare Todesursache in der Schweiz. Schweizweit verursacht der Tabakkonsum jährlich rund 9'500 Todesfälle.

Eine spezifische Gesetzgebung für Tabakprodukte und elektronische Zigaretten auf Bundesebene wird begrüsst. Laufende Bestrebungen des Kantons im Bereich der Prävention nichtübertragbarer Krankheiten und insbesondere im Bereich der Tabakprävention können somit unterstützt werden. Es ist zu begrüssen, dass der Kinder- und Jugendschutz einheitlich geregelt werden soll. Ebenso ist es als positiv zu erachten, dass das Bundesgesetz die Anforderungen an Tabakprodukte und nikotinhaltige elektronische Zigaretten regeln soll, um Menschen vor schädlichen Auswirkungen ihres Konsums zu schützen.

### **2 Zu den Regelungen im Einzelnen**

#### **2.1 Elektronische Zigaretten**

Es wird begrüsst, dass das Gesetz auch für nikotinhaltige elektronische Zigaretten gilt. Wir sind mit den spezifischen Anforderungen an nikotinhaltige elektronische Zigaretten und Tabakprodukte zum Erhitzen gemäss Art. 15 und Art. 16 einverstanden. Allerdings sollten die nicht-nikotinhaltigen E-Zigaretten miteingeschlossen werden. Somit wäre der Jugendschutz

auch in Bezug auf diese Produkte gewährleistet und angesichts der noch nicht bekannten Langzeitwirkungen der Gesundheitsschutz für die gesamte Bevölkerung (u.a. über das Verbot, elektronische Zigaretten und Tabakprodukte zum Erhitzen in geschlossenen öffentlichen Räumen zu verwenden) sichergestellt.

## 2.2 Werbung und Sponsoring

Es ist zu begrüßen, dass Werbung für Tabakprodukte und für nikotinhaltige oder nikotinfreie elektronische Zigaretten, die sich speziell an Minderjährige richtet, untersagt werden soll. Ebenso ist das Verbot von Werbung für Tabakprodukte in kostenlosen Zeitungen und Webseiten zu unterstützen, welche für Minderjährige zugänglich sind.

Die grosse Mehrheit der Rauchenden beginnt im jugendlichen Alter mit ihrem Konsum. Werbebeschränkungen sind für eine wirksame Tabakprävention wesentlich. Sie verhindern den Einstieg ins Rauchen. Werbung, welche sich nicht spezifisch an Minderjährige richtet, erreicht allerdings trotzdem Kinder und Jugendliche und motiviert zum Tabakkonsum.

## 2.3 Jugendschutz

Wir unterstützen ein national einheitliches Abgabeverbot von Tabakprodukten sowie von nikotinhaltigen und nikotinfreien elektronischen Zigaretten an Minderjährige. Diese Massnahme, welche auch den Bereich der Automaten umfasst, bietet einen wirksamen Jugendschutz.

Damit die Kantone dieses Abgabeverbot vollziehen können, braucht es eine rechtliche Grundlage für Testkäufe, wie in Art. 21 vorgesehen ist. Die Artikel 20 und 21 sind deshalb wichtige Bestandteile des Gesetzes. Wir weisen darauf hin, dass die in Art. 21 Abs. 4 erwähnten Regelungen durch den Bundesrat zwingend unter Einbezug der kantonalen Fachpersonen, welche vor Ort mit der Umsetzung beauftragt sind, zu erfolgen haben.

## 2.4 Information der Öffentlichkeit

Es ist zu begrüßen, dass die Information der Öffentlichkeit über bekannte oder vermutete Gesundheitsrisiken der Tabakprodukte und der nikotinhaltigen elektronischen Zigaretten von den zuständigen Behörden des Bundes und der Kantone gemeinsam erfolgt. Die kantonalen Stellen sollen angemessenen miteinbezogen werden.

Besten Dank für die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse  
NAMENS DES REGIERUNGSRATES



Yvonne von Deschwanden  
Landammann




lic. iur. Hugo Murer  
Landschreiber

Geht an:

- dm@bag.admin.ch
- tabakprodukte@bag.admin.ch



CH-6061 Sarnen, Postfach 1562, Staatskanzlei

**A-Post**

Eidgenössisches Departement  
des Innern  
Bundesamt für Gesundheit  
Direktionsbereich Verbraucherschutz  
Schwarzenburgstrasse 165  
3003 Bern

per Mail  
dm@bag.admin.ch  
tabakprodukte@bag.admin.ch

Referenz/Aktenzeichen: OWSTK.3078  
Unser Zeichen: cb

Sarnen, 14. März 2018

**Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten (TabPG)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir nehmen gerne zum Vorentwurf des Bundesgesetzes über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten (TabPG) Stellung.

Der zweite Entwurf gestattet und reglementiert den Verkauf von Alternativprodukten wie nikotinhaltigen E-Zigaretten und Tabakprodukten zum Erhitzen. Gemäss Parlamentsauftrag wurden jedoch gewisse Vorschläge fallen gelassen, so wurden die Werbeverbote in Kinos, auf Plakaten und in der bezahlten Presse gestrichen.

Der Regierungsrat stimmt dem Vorentwurf grundsätzlich zu, obwohl er sich eine Vereinheitlichung im Bereich der Werbeverbote gewünscht hätte. Auf der anderen Seite ist im Vorentwurf ein Werbeverbot für Tabakprodukte und E-Zigaretten in Gratiszeitungen, im Internet und an einigen strategischen Orten in den Verkaufsstellen (z. B. neben Bonbons) vorgesehen, was den Schutz Minderjähriger verbessern wird.

Damit weniger Jugendliche zu rauchen beginnen beantragt der Regierungsrat, dass das Tabakproduktegesetz neben dem Verbot des Verkaufs von Tabakprodukten an unter 18-Jährige durch die Einführung einer Lizenz für den Handel, durch ein vollständiges Verbot von Zigarettenautomaten zu ergänzen ist. Bei solchen Automaten zeigt sich immer wieder, dass der Zugang trotz elektronischer Ausweiskontrolle nicht oder nur ungenügend gewährleistet werden kann. Nikotinfreie E-Zigaretten

sind zudem den gleichen Bestimmungen wie nikotinhaltige E-Zigaretten zu unterstellen, da diese als Eingangspforte in die Nikotinsucht dienen könnten. Vor dem Hintergrund der unzureichenden Vorschläge des Bundesrats zur Einschränkung von Werbung, Promotion und Sponsoring im vorliegenden Entwurf, gibt es für den Regierungsrat keinen Grund, das Verbot der gewerbsmässigen Einfuhr und Abgabe von Tabakprodukten zum oralen Gebrauch (Snus) aufzuheben.

Der Regierungsrat verweist im Übrigen auf die beigefügte Stellungnahme des Laboratoriums der Urkantone (LdU) aus Sicht des Vollzugs zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs. Mit Blick auf Laboranalysen und die diesbezüglich abschliessenden Entscheide, welche der Bund gemäss Art. 28 Abs. 3 im Einzelfall dem betreffenden Kanton übertragen kann, ist es dem Regierungsrat wichtig, dass vorgängig mit den entsprechenden Kantonschemikern geprüft wird, ob diese Analysen überhaupt im betroffenen Kanton mit vertretbarem Aufwand durchgeführt werden können. Nicht alle Kantone verfügen diesbezüglich über dieselben Möglichkeiten.

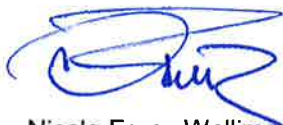
Wir danken Ihnen, sehr geehrter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren, für die Möglichkeit einer Beurteilung des Entwurfs des Bundesgesetzes.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats



Maya Büchi-Kaiser  
Landammann



Nicole Frunz Wallimann  
Landschreiberin

Beilage

– Stellungnahme Laboratorium der Urkantone





Regierung des Kantons St.Gallen, Regierungsgebäude, 9001 St.Gallen

Eidgenössisches Departement des Innern  
Inselgasse 1  
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen  
Regierungsgebäude  
9001 St.Gallen  
T +41 58 229 32 60  
F +41 58 229 38 96

St.Gallen, 22. März 2018

**Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten (TabPG);  
Vernehmlassungsantwort**

Sehr geehrter Herr Bundespräsident

Mit Schreiben vom 8. Dezember 2017 laden Sie uns zur Vernehmlassung zum Vorentwurf des Bundesgesetzes über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten (TabPG) ein. Wir danken für diese Gelegenheit und nehmen gern wie folgt Stellung:

Zusammenfassend spricht sich die Regierung für das Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten aus. Sie bedauert allerdings, dass in sensiblen Bereichen wie beispielsweise Werbung und Sponsoring keine verstärkten Massnahmen auf gesamtschweizerischer Ebene eingeführt werden sollen. Den Kantonen kommt somit weiterhin eine zentrale Rolle im Bereich der Tabakprävention zu. Im Weiteren bedauert die Regierung, dass der Geltungsbereich des vorgeschlagenen TabPG nicht auf nikotinfreie E-Zigaretten ausgedehnt wurde. Zudem sei darauf hingewiesen, dass die Übertragung der Laboanalysen der im Gesetz umschriebenen Produkte an die Kantone nicht zweckmässig ist, da die notwendigen Mittel sowie die Sachkenntnisse nicht immer vorhanden sind.

Unsere Überlegungen und Vorschläge zu einzelnen Bestimmungen wollen Sie dem beiliegenden ausgefüllten Fragebogen entnehmen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Im Namen der Regierung

  
Fiedy Fässler  
Präsident

  
Canisius Braun  
Staatssekretär







**Beilage:**  
Ausgefüllter Fragebogen

**Zustellung auch per E-Mail (pdf- und Fragebogen als Word-Version) an:**  
dm@bag.admin.ch; tabakprodukte@bag.admin.ch

## Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : Regierung des Kantons St.Gallen

Abkürzung der Firma / Organisation :

Adresse : Oberer Graben 32, 9001 St.Gallen

Kontaktperson : Dr.med. Karin Faisst, Leiterin Amt für Gesundheitsvorsorge

Telefon : 058 229 35 73

E-Mail : karin.faisst@sg.ch

Datum :

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.
2. Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen oder neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter können Sie unter "Überprüfen/Dokument schützen/Schutz aufheben" den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.
3. Bitte pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile verwenden.
4. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word-Dokument** bis am **23. März 2018** an folgende E-Mail Adresse: [dm@bag.admin.ch](mailto:dm@bag.admin.ch) und [tabakprodukte@bag.admin.ch](mailto:tabakprodukte@bag.admin.ch).
5. Spalte "Name/Firma" muss nicht ausgefüllt werden.

**Herzlichen Dank für Ihre Mitwirkung!**

# Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

## Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Bemerkungen	3
Erläuternder Bericht (ohne Kapitel 2 "Erläuterungen zu den einzelnen Artikeln")	7
Erläuternder Bericht Kapitel 2 "Erläuterungen zu den einzelnen Artikeln"	9
Entwurf Tabakproduktegesetz	10
Unser Fazit	21

## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

Allgemeine Bemerkungen	
Name/Firma	Bemerkung/Anregung
	<p>Die Regierung des Kantons St.Gallen begrüsst grundsätzlich eine Gesetzgebung für Tabakprodukte und elektronische Zigaretten auf Bundesebene. Damit können laufenden Bestrebungen der Kantone im Bereich der Prävention nichtübertragbarer Krankheiten und insbesondere im Bereich der Tabakprävention unterstützt werden. Darüber hinaus kann der Kinder- und Jugendschutz einheitlich geregelt werden. Ebenso begrüssen wir, dass das Bundesgesetz die Anforderungen an Tabakprodukte und nikotinhalige elektronische Zigaretten regelt. Das vorgeschlagene Gesetz schützt Minderjährige besser, indem die Werbung und die Abgabe von Tabakprodukten sowie von nikotinhaltenen und nikotinfreien elektronischen Zigaretten an Minderjährige schweizweit geregelt und verboten werden.</p>
	<p>Vorbehalte betreffen die Bereiche Werbung und Sponsoring. Die Regierung bedauert, dass im vorliegenden TabPG keine verstärkten Massnahmen zum Schutz von Jugendlichen berücksichtigt wurden und es verpasst wird, eine gesamtschweizerische Regelung zu definieren. Das neue TabPG sollte für Tabakprodukte und E-Zigaretten ein umfassendes Werbe-, Promotions- und Sponsoringverbot für alle Lebensbereiche einführen. Die Schweiz erfüllt die internationalen Standards der WHO-Rahmenkonvention über Tabakkontrolle bezüglich Werbung, Promotion und Sponsoring nicht. Im Bereich von Massnahmen gegen die Tabakwerbung schneidet sie so schlecht wie kein anderes Land ab. Wir bedauern, dass mit vorliegendem Entwurf ausschliesslich die Werbung und das Sponsoring mit Blick auf Minderjährige verboten bzw. reglementiert werden soll.</p>
	<p>Wir begrüssen, dass das Gesetz auch für nikotinhalige elektronische Zigaretten gilt und sind mit den spezifischen Anforderungen an nikotinhalige elektronische Zigaretten und Tabakprodukte zum Erhitzen gemäss Art. 15 und Art. 16 einverstanden. Damit wird auch mit Blick auf diese Produkte der Jugendschutz gewährleistet und angesichts der noch nicht bekannten Langzeitwirkungen der Gesundheitsschutz für die gesamte Bevölkerung (u.a. über das Verbot, elektronische Zigaretten und Tabakprodukte zum Erhitzen in geschlossenen öffentlichen Räumen zu verwenden), sichergestellt.</p> <p>Allerdings sollten auch nikotinfreie elektronische Zigaretten vollständig vom neuen TabPG erfasst werden. Eine Dualität von deren Regulierung in zwei verschiedenen Gesetzen (TabPG und LMG), für deren Vollzug auf Bundesebene zwei verschiedene Bundesämter und auf kantonaler Ebene möglicherweise auch verschiedene Ämter zuständig sind, wird nicht als sinnvoll erachtet.</p> <p>Die bisherige Praxis, nikotinfreie elektronische Zigaretten und deren Bestandteile mit denen sie eine funktionale Einheit bilden, nach Lebensmittelrecht als Gebrauchsgegenstände mit Schleimhautkontakt zu regeln, rührt nur daher, dass zum Zeitpunkt des Aufkommens elektronischer Zigaretten (mit und ohne Nikotin) keine alternative Regelungsmöglichkeit bestand. Nach bestehender Regelung, die lediglich auf einem Informationsschreiben beruht, ist zudem weiterhin juristisch nicht geklärt ob die bestehende Vollzugspraxis betreffend E-Zigaretten</p>

## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

rechtlich genügend abgestützt ist.

Nikotinfreie elektronische Zigaretten vermögen zudem die Anforderungen des Lebensmittelrechts an die Sicherheit von Gebrauchsgegenständen nicht zu erfüllen. Gemäss Art. 15 LMG dürfen nur sichere Gebrauchsgegenstände in Verkehr gebracht werden. Als sicher gilt ein Gebrauchsgegenstand nach Art. 15 Abs. 2 LMG dann, wenn er bei normaler oder vernünftigerweise vorhersehbarer Verwendung keine oder nur minimale Gefahren birgt oder nur solche, die sich mit seinem normalen Gebrauch vereinbaren lassen und die unter Wahrung eines hohen Schutzniveaus für die Gesundheit von Konsumentinnen und Konsumenten und Dritter vertretbar sind.

Tatsächlich ist jedoch die gesundheitliche Unbedenklichkeit bei einer Langzeit-Exposition durch Inhalation von nikotinfreien E-Zigaretten nicht nachgewiesen. Dass die nikotinfreien E-Zigaretten dennoch weiterhin als Gebrauchsgegenstände durch das Lebensmittelrecht geregelt werden sollen, grenzt unter diesem Aspekt betrachtet an eine (wissenschaftliche) Täuschung der Konsumentinnen und Konsumenten: die Aussage, der bestimmungsgemässe Konsum von E-Zigaretten sei sicher, ist wissenschaftlich unbestrittenermassen nicht haltbar. Die gesundheitliche Unbedenklichkeit des Konsums von nikotinfreien elektronischen Zigaretten für Konsumentinnen und Konsumenten ist keineswegs nachgewiesen. Die grundsätzlichen Anforderungen an nikotinfreie Zigaretten sollten daher realistischer formuliert werden und denjenigen nach Art. 5 Abs. 1 entsprechen.

Bezüglich nikotinhaltiger wie auch nikotinfreier E-Zigaretten möchten wir anstossen, dass bei fehlender wissenschaftlicher Evidenz und fehlender Erfahrungswerte beim Konsum und gleichzeitiger strenger Regulierung, das Thema beforscht werden sollte. Die Auswirkungen des Konsums müssen belegt werden können. Nur so können die Fragen rund um die Gefahren und/oder Chancen der E-Zigaretten geklärt werden.

Zudem können den für E-Zigaretten bestimmten Liquids auch andere Substanzen als Nikotin zugemischt werden. Da für die Abgrenzung im VE-TabG ausschliesslich eine einzige Substanz (Nikotin) entscheidend ist, würden derartige Liquids und E-Zigaretten „nur“ als Gebrauchsgegenstand vom LMG erfasst. Konkret würde das bedeuten, dass eine E-Zigarette mit CBD vom Lebensmittelgesetz erfasst würde, während ein Tabakersatzprodukt aus Hanf mit CBD, das ebenfalls kein Nikotin enthält, im TabG geregelt wäre. Da eine stringente Abgrenzung nicht möglich ist, sollten E-Zigaretten unabhängig vom Nikotingehalt vom TabG erfasst werden.

Auch die Argumentation, der Verweis im Ingress des VE-TabPG auf Art. 118 Abs. 2 Bst. a und b der Bundesverfassung lasse sich für nikotinfreie E-Zigaretten nicht als Basis anführen, ist nicht stichhaltig. Ausser dem Nikotinanteil unterscheiden sich nikotinhaltige und nikotinfreie E-Zigaretten in der Regel nicht. Nikotin an sich kann als Bestandteil eines Genussmittels nicht primär als einziges Risiko für die menschliche Gesundheit beurteilt werden.

In den Erläuterungen unter Titel 1.3.2. Produktkategorien, Seite 19, 2. Absatz wird dazu aufgeführt:

"Die zu verdampfenden Flüssigkeiten von E-Zigaretten enthalten eine Mischung aus Propandiol (Propylenglykol), Glycerin und Wasser in unterschiedlichen Konzentrationen sowie aus Aromen und allenfalls Nikotin. Die kurzfristigen, negativen Folgen für die Gesundheit sind



## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

	<p>Trockenheit und lokale Irritationen, Kopfschmerzen, Atembeschwerden, Husten. In den verfügbaren Studien wurde aufgezeigt, dass im Dampf dieser Produkte, unabhängig davon, ob sie nikotinhaltig sind oder nicht, toxische Stoffe enthalten sein können, wie beispielsweise Nitrosamine (nur Spuren), Acrolein und Formaldehyd. Ausserdem wurde Nikotin in E-Zigaretten festgestellt, die als nikotinfrei deklariert waren."</p> <p>Unter Berücksichtigung dass mit E-Zigaretten (mit und ohne Nikotin) reine Chemikalien inhaliert werden, ist eine Regelung auch für nikotinfreie E-Zigaretten auf Art. 118 Abs. 2 Bst. a und b BV notwendig und zweckmässig.</p> <p>Im VE-TabPG sind bereits einige Regelungen für nikotinfreie elektronische Zigaretten enthalten, obwohl diese Produkte nicht in den Geltungsbereich VE-TabPG fallen. Beim Verbot der Abgabe von nikotinfreien Zigaretten an Minderjährige (Art. 20 VE-TabPG) macht sich der Gesetzgeber übrigens gemäss den Erläuterungen unter Punkt 1.3.5, 2. Absatz genau die Argumentation zu Nutze, dass dieses Verbot auch für E-Zigaretten gelte, da ihr Dampf toxische Stoffe freisetze, deren Langzeitwirkung noch nicht bekannt ist.</p> <p>Mit dem Tabakproduktegesetz entsteht nun eine Gesetzgebung, die den Besonderheiten und dem Regelungsbedarf der nikotinfreien elektronischen Zigaretten viel besser gerecht werden kann als das Lebensmittelrecht. Diese Chance gilt es wahrzunehmen. Nur so können in Zukunft unnötige und künstliche Abgrenzungsfragen und gefährliche Produkte im Graubereich zwischen TabG und LMG vermieden werden.</p> <p>Wir beantragen deshalb unbedingt den Geltungsbereich der TabPG grundsätzlich auch auf nikotinfreie elektronische Zigaretten auszudehnen. Unterschiedliche Anforderungen an nikotinfreie und nikotinhaltige elektronische Zigaretten können innerhalb des TabPG geregelt werden.</p>
	<p>Die Regierung begrüsst, dass die Information der Öffentlichkeit über bekannte oder vermutete Gesundheitsrisiken der Tabakprodukte und der nikotinhaltigen elektronischen Zigaretten von den zuständigen Behörden des Bundes und der Kantone gemeinsam erfolgt. Die kantonalen Stellen sind angemessen einzubeziehen.</p>
	<p>Von der gewerbsmässigen Zulassung des Tabakprodukts Snus werden in erster Linie Jugendliche betroffen sein. Es gibt keinen Grund, im vorliegenden Entwurf das Verbot der gewerbsmässigen Einfuhr und Abgabe von Snus aufzuheben. Ein Verbot besteht ebenfalls in der Europäischen Union (ausser Schweden).</p> <p>Im Zuge der strengeren Bestimmungen zum Schutz vor Passivrauchen» ist Rauchen vielerorts nicht mehr möglich. Dort wo rauchen nicht mehr erlaubt ist, kann auf Snus «ausgewichen» werden. Snus ist ein Wachstumsmarkt für Tabakfirmen. Es ist zu erwarten, dass noch mehr Jugendliche, insbesondere im Sportbereich, Snus konsumieren würden, wenn es frei zugänglich wäre. Mundtabak macht ebenfalls abhängig, schädigt die Mundschleimhaut und die enthaltenen krebserzeugenden Stoffe können zu Bauchspeicheldrüsen-, Mundhöhlen- und Speiseröhrenkrebs führen. Das Verbot der gewerbsmässigen Einfuhr und Abgabe von Snus soll weiterhin bestehen bleiben und zusätzlich auf die neuen Abgabeformen von Snus ausgedehnt werden.</p>
	<p>Wir bedauern, dass die Kundenbindung durch Verkaufsförderung, namentlich durch die unentgeltliche Abgabe von Tabakprodukten, durch Preisnachlässe, oder durch die Abgabe von Geschenken und Preisen im vorliegenden TabPG nicht eingeschränkt bzw. verboten wird. Die</p>

## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

	Hürden zum Konsum werden durch solche Massnahmen vor allem für jüngere, oft noch in der Experimentierphase stehende Personen, herabgesetzt und der Einstiegskonsum wird damit begünstigt.
	Die Anhänge 1 und 2 sind sehr technisch und es stellt sich die Frage, ob die dort festgelegten verbotenen Zutaten und die Höchstmengen tatsächlich auf Gesetzesebene festgelegt werden sollen. Allfällig notwendige Anpassungen, die sich in diesem offensichtlich innovationsgetriebenen Markt ergeben können und die gegebenenfalls ein schnelles Eingreifen des Gesetzgebers erfordern, werden so erschwert. Wir schlagen vor, die Anhänge 1 und 2 auf Verordnungsebene zu verschieben.

Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen oder neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter "Überprüfen/Dokument schützen/ Schutz aufheben" den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

Erläuternder Bericht (ohne Kapitel 2 "Erläuterungen zu den einzelnen Artikeln")		
Name/Firma	Kapitel-Nr.	Bemerkung/Anregung
	1.3.6	<p>Vermutlich liegt hier im zweiten Satz ein Schreibfehler und es sollte statt "pflanzliche Tabakprodukte" richtigerweise "pflanzliche Rauchprodukte" nach Art. 3 Bst. e heissen.</p>
	1.7	<p>Umsetzung</p> <p>Im 3. Absatz wird ausgeführt: Neu sind die chemikalienrechtliche Konformität (E-Zigaretten mit oder ohne Nikotin) (...) zu prüfen. Weder im VE-TabPG noch in den vorgesehenen Änderungen anderer Erlasse ist diesbezüglich ein Vermerk vorhanden. Tatsache ist, dass auf dem Markt vorhandene Liquids für E-Zigaretten in der Regel nicht nach Chemikalienrecht gekennzeichnet sind. Auch darum ist es, wie unter den allgemeinen Bemerkungen aufgeführt, unumgänglich, dass sämtliche Liquids für E-Zigaretten vom TabPG geregelt werden.</p> <p>Mit der bislang im Vollzug angewandten Praxis wurde bewusst vermieden, chemikalienrechtliche Aspekte in die Beurteilung von Liquids einzubeziehen, denn es ist nicht zielführend, wenn Liquids der Kontrolle von Genussmitteln entzogen werden, da sie unabhängig von der eigentlichen (nicht deklarierten) Zweckbestimmung rechtlich als Frostschutzmittel mit Aroma beurteilt werden müssen.</p> <p>Damit weiterhin ein kohärenter Vollzug möglich ist und keine Graubereiche betreffend Zuständigkeiten ausgeweitet werden, sollen Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände, Tabak- und dazugehörige Produkte, Chemikalien und Heilmittel möglichst klar voneinander abgegrenzt werden. Dem Grundsatz der Lebensmittelgesetzgebung entsprechend soll die primäre Zweckbestimmung und Vermarktung eines Produktes auch festlegen, welche Rechtsnorm dabei angewandt wird.</p> <p>Auch aus diesem Grund ist es notwendig, dass Liquids für E-Zigaretten mit und ohne Nikotin hinsichtlich Zusammensetzung, Verpackung und Kennzeichnung abschliessend durch das TabPG geregelt werden.</p>
	1.8	<p>Die Erläuterungen führen in keiner Weise auf, dass die parlamentarische Debatte eine Trennung von E-Zigaretten mit und ohne Nikotin gefordert hätte. Auch finden sich keine Angaben darüber wieso ein Unterschied in Bezug auf das Volumen der Einwegkartuschen und Nachfüllbehälter von E-Zigaretten gegenüber demjenigen in der EU-Richtlinie abweicht. Es wird unter Kap. 1.6., Seite 32 der Erläuterungen lediglich aufgeführt, dass dies so vorgesehen ist. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass Nikotin als Substanz in der Schweiz nicht weniger Risiko beinhaltet als in der EU sollten daher für die maximalen Volumina dieser Kartuschen und Behälter dieselben Bestimmungen wie in der EU gelten.</p>

## **Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren**

Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen oder neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter "Überprüfen/Dokument schützen/ Schutz aufheben" den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

Erläuternder Bericht Kapitel 2 "Erläuterungen zu den einzelnen Artikeln"		
Name/Firma	Art.	Bemerkung/Anregung
	12	<p>Es ist ohne entsprechende Erläuterungen im Bericht nicht einzusehen, weshalb gewisse Tabakprodukte zum Rauchen von der Pflicht zum Tragen eines Warnhinweises nach Art. 12 Abs. 1 Bst. b VE-TabPG ausgenommen werden sollten. Es wird darum ersucht, auf diese Ausnahmeregelung zu verzichten, oder zumindest im Bericht zu erläutern, was für die Gewährung einer solchen Ausnahme sprechen könnte.</p> <p>Der Hinweis im Bericht (S. 44), dass diese Ausnahme insbesondere Zigarren und Zigarillos betreffe und der Warnhinweis bei Zigaretten, geschnittenem Tabak und Wasserpfeifentabak beibehalten werde, ist wenig hilfreich. Zum einen erklärt er nicht, weshalb bei Zigarren und Zigarillos der entsprechende Warnhinweis entbehrlich sein sollte. Zum anderen stellt sich beim Lesen die Frage, weshalb dem Bundesrat die allgemeine Kompetenz für eine Ausnahmeregelung erteilt wird, wenn gleichzeitig klar sein soll, dass diese bei Zigaretten, geschnittenem Tabak und Wasserpfeifentabak keine Anwendung finden werde</p>
	22	<p>Der Bericht führt zu Art. 22 VE-TabPG auf Seite 51 aus, dass die Verpflichtung zur Selbstkontrolle aus Art. 23 aLMG übernommen werde und dass bei den heutigen Produktionsmethoden davon ausgegangen werde, dass die Gesetzeskonformität des Endprodukts in der Regel voraussetze, dass auch der Herstellungsprozess einwandfrei abgelaufen sei. Umso wichtiger sind daher klare Vorgaben zu kritischen Parametern und Grenzwerten, auf deren Einhaltung die Produkte im Labor geprüft werden können oder in den Selbstkontrollunterlagen dokumentiert sein müssen. Den Ausführungsbestimmungen des Bundesrats kommt unter diesem Aspekt betrachtet eine hohe Bedeutung zu, soll die Pflicht zur Selbstkontrolle für die Sicherheit der Konsumentinnen und Konsumenten auch tatsächlich eine effektive Wirkung entfalten können.</p>
	33	<p>Die letzten beiden Sätze des ersten Absatzes sind falsch. Es trifft nicht zu, dass Art. 47 und Art. 50 LMG festlegen, dass die Kantone ihre Tätigkeit unter sich regeln. Art. 47 legt die Vollzugskompetenzen fest, Art. 50 die Ausführungsbestimmungen der Kantone. Eine entsprechende Bestimmung ist nur im VE-TabG und findet kein Pendant in der Lebensmittelgesetzgebung.</p>
	34	<p>Die Informationspflicht wird mit Art. 34 ausdrücklich auf die kantonalen Behörden ausgedehnt (siehe erläuternder Bericht S. 56). Die Zuständigkeiten von Bund und Kanton sind aber weder im erläuternden Bericht noch im VE-TabPG genauer ausgeführt. Um diesbezüglich Klarheit zu schaffen, bitten wir um entsprechende Ausführungen.</p>

Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen oder neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter "Überprüfen/Dokument schützen/ Schutz aufheben" den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.



## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

Entwurf Tabakproduktegesetz				
Name/Firma	Art.	Abs.	Bst.	Bemerkung/Anregung
	1			In der Zweckbestimmung wird nicht zwischen E-Zigaretten mit und ohne Nikotin unterschieden. Das ist sinnvoll, denn auch nikotinfreie E-Zigaretten sollen durch dieses Gesetz vollumfänglich geregelt werden. Es ist hinreichend bekannt, dass E-Zigaretten (mit und ohne Nikotin) Ersatz, Ergänzung oder auch Einstieg zu anderen Gewohnheiten des Rauchens oder Dampfens sein können.
	2	1		Der Geltungsbereich ist auf alle durch das Gesetz erfasste Produkte gemäss der Zweckbestimmung des Gesetzes nach Art. 1 auszuweiten (vgl. allgemeine Bemerkungen).  Änderungsantrag: Dieses Gesetz gilt für Tabakprodukte und nikotinhaltige und nikotinfreie elektronische Zigaretten, ...
	2	1		Der Vorausverweis auf die Bestimmungen in den Art. 17–19 für Gegenstände, die eine funktionale Einheit mit einem Tabakprodukt bilden ist zu streichen. Art. 17 und 18 führen die Bestimmung der funktionalen Einheit bereits auf. Jedoch sollte der Begriff der "funktionalen Einheit" mit Beispielen und Ausnahmen zusätzlich definiert werden. Vgl. Kommentar zu Art. 3  Ebenso kann der Vorausverweis auf die Bestimmungen in den Art. 17–21 weggelassen werden, da die vollumfängliche Gültigkeit für alle von diesem Gesetz erfassten Produkte dort bei jedem Artikel noch explizit aufgeführt werden.  Änderungsantrag: Dieses Gesetz gilt für Tabakprodukte und nikotinhaltige und nikotinfreie elektronische Zigaretten, die auf dem Markt bereitgestellt werden.
	3			Es fehlt eine klare Struktur der Definitionen für die aufgeführten Begriffe in diesem Gesetz und ihre Abgrenzung und Bedeutung. So wird auch erfahrenen Vollzugsfachleuten die etwas unerwartete Logik nicht unmittelbar klar, dass ein pflanzliches Rauchprodukt (Produkt ohne Tabak) im Sinn dieses Gesetzes als Tabakprodukt gilt. Wir schlagen eine Neustrukturierung vor, die sich an Art. 5 LMG orientiert.  Änderungsantrag: In diesem Gesetz bedeuten: a. Tabakprodukt: Produkte, die aus Blattstücken der Pflanzen der Gattung Nicotiana (Tabak) bestehen sowie pflanzliche Rauchprodukte

## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

				<p>1. Tabakprodukt zum Rauchen: ...</p> <p>2. Tabakprodukt zum Erhitzen: ...</p> <p>3. Tabakprodukt zum oralen Gebrauch: ...</p> <p>4. pflanzliches Rauchprodukt: ...</p> <p>b. elektronische Zigarette: Gerät, ...</p> <p>c. Zigaretten: ...</p> <p>d. ...</p>
	3		a	<p>Der Begriff "Schnupfen" ist in diesem Kontext nicht hinreichend definiert.</p> <p>Schnupfen kann im allgemeinen Sprachverständnis auch als Begleiterscheinung einer Erkältung aufgefasst werden, bei der Schnupftabak vielleicht hilft. Formal fehlt eine Definition der in Art. 3 Bst. a TabPG genannten Tabakprodukte zum Schnupfen.</p> <p>Änderungsantrag (nach Bst. c): Tabakprodukt zum Schnupfen: Produkt mit Tabak, das über die Nase konsumiert wird und das weder zum Rauchen noch zum Erhitzen noch zum oralen Gebrauch bestimmt ist.</p>
	3		c	<p>Es ist irreführend, dass hier abweichend von den anderen Definitionen ein Gerät (z.B. Wasserpfeife) definiert wird. Zudem ist die Bezeichnung "Dampf" wissenschaftlich für diverse derartige Geräte falsch. Sinnvoller wäre festzuhalten, dass für ein Tabakprodukt zum Erhitzen vorgesehen ist, dass es mithilfe einer Wasserpfeife oder ähnlich verwendet werden kann.</p> <p>Vorschlag:</p> <p>Tabakprodukt zum Erhitzen: Gemisch zum Inhalieren, das durch das Erhitzen eines Produkts mit Tabak in einem Gerät gewonnen wird, sowie Nachfüllmaterial für dieses Gerät;.</p>
	3		f	<p>Elektronische Zigaretten basieren auf dem Prinzip, dass ein Substanzgemisch erhitzt und damit verdampft wird. Dass es sich in der konsumbereiten E-Zigarette jedoch um eine Flüssigkeit handelt, ist nicht zwingend. Auch andere Formen wie Gele oder lediglich getränkte Kartuschen sind möglich. Zudem ist noch nicht absehbar, welche Entwicklungen die Zukunft bringt. Wer hätte vor 10 Jahren überhaupt an eine E-Zigarette gedacht?</p> <p>Mit dem gewählten Begriff "elektronische Zigarette" entsteht zudem eine Unklarheit in der Zuordnung des Dampfens von Aromasteinen (nikotinhaltig oder -frei) in Wasserpfeifen mit Kohle (nicht elektronisch). Zwar wird dieses Dampfen von der Definition nach Art. 3 Bst. f VE-TabPG erfasst, der Begriff "elektronische Zigarette" suggeriert jedoch ausschliesslich einen elektronischen Erhitzungsprozess. Eine Präzisierung der Begriffsdefinition wäre entsprechend zu begrüssen. Andernfalls wären zumindest entsprechende Erläuterungen in der Botschaft wünschenswert.</p>

## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

			<p>Im Bericht wird auf Seite 39 ausgeführt, dass unter elektronischen Zigaretten nur Geräte erfasst würden, die wie Tabakprodukte verwendet würden, unter Ausschluss von Produkten, die zu einem anderen Zweck inhaliert würden (z.B. Inhalationsgeräte gegen Erkältungen). Diese Definition darf sich jedoch nicht erst durch das Lesen des erläuternden Berichts oder später der Botschaft erschliessen, sondern muss unmissverständlich bereits aus der gewählten Legaldefinition im Gesetz hervorgehen. Entsprechend ist die Legaldefinition der elektronischen Zigarette so zu formulieren, dass andere Inhalationsgeräte als diejenigen, die man wie Tabakprodukte verwendet, von der Definition gar nicht erfasst werden. Art. 3 Bst. f ist entsprechend zu präzisieren.</p> <p>Änderungsvorschlag: Gerät, das ohne Tabak verwendet wird und mit dem zum Genuss Dampf inhaliert werden kann, der durch das Erhitzen eines Substanzgemisches in flüssiger oder anderer Form mit oder ohne Nikotin erzeugt wird.</p>
	3		<p>h Der Begriff "Zigaretten" muss definiert werden, da sonst Art. 7 (Zigarettenpackungen) keine hinreichende Definition hat. Art. 7 soll nur für klassische Zigaretten gelten und nicht den Anschein erwecken, dass E-Zigaretten nur in Verpackungen von mindestens 20 Stück abgegeben werden dürfen.</p> <p>Änderungsantrag: Zigarette: Produkt mit Tabak zum Rauchen, das mittels eines Verbrennungsprozesses konsumiert wird.</p>
	4	1	<p>Auch E-Zigaretten ohne Nikotin müssen vom Täuschungsschutz erfasst werden. In der Werbung werden Aussagen gemacht, wonach nikotinfreie E-Zigaretten gesünder seien als herkömmliche Zigaretten und auch helfen können vom Konsum anderer Tabakprodukte wegzukommen.</p> <p>Das Lebensmittelrecht kennt kein allgemeines Täuschungsverbot für Gebrauchsgegenstände, das analog zu Art. 12 der LGV gilt. Die Bestimmungen über Kennzeichnung, Werbung und Verpackung für Gebrauchsgegenstände in Art. 47 LGV regeln hinsichtlich verbotener Hinweise in Abs. 3 lediglich, dass Hinweise auf eine krankheitsheilende, -lindernde oder verhütende Wirkung verboten sind. Ein explizites Täuschungsverbot ist hingegen weitergehend.</p> <p>Die Emissionen nikotinhaltiger und nikotinfreier E-Zigaretten unterscheiden sich nur betreffend Nikotin. Die Emissionen umfassen aber auch Dampf von Propylenglykol und weitere Substanzen.</p> <p>Änderungsantrag: "nikotinhaltig" streichen</p>
	5	1	<p>Die Grundsätze müssen für alle E-Zigaretten gelten.</p> <p>"nikotinhaltig" streichen</p>
	5	2	<p>Die Anforderungen an Nachfüllflüssigkeiten müssen für alle E-Zigaretten gelten.</p> <p>"nikotinhaltig" streichen</p>

## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

5	2	b	<p>Die langfristigen Risiken des Konsums von elektronischen Zigaretten (nikotinhaltig und -frei) sind derzeit nicht bekannt (siehe erläuternder Bericht, S. 19). In der Praxis vermag niemand für nikotinhaltige E-Zigaretten belegen, dass sie weder in erhitzter noch in nicht erhitzter Form kein Risiko für die Gesundheit darstellen, wie es Art 5 Abs. 2 Bst. b VE-TabPG gemäss dem vorliegenden Entwurf vorgeschrieben ist. Zudem können derartige Chemikalien auch abgesehen vom Nikotin immer eine Gefährdung für die Gesundheit darstellen.</p> <p>Diese gesetzlichen Vorgaben sind gemäss dem heutigen Stand der Forschung gar nicht umsetzbar respektive ein konsequenter Vollzug der gesetzlichen Bestimmungen hätte zur Folge, dass elektronische Zigaretten nicht rechtmässig wären.</p> <p>Um Widersprüche zwischen den gesetzlichen Vorgaben und der Praxis zu vermeiden, sollten die Anforderungen an die Nachfüllflüssigkeiten in Art. 5 Abs. 2 Bst. b TabPG ehrlicherweise gleich formuliert werden wie die Anforderungen an die Tabakprodukte in Art. 5 Abs. 1 Bst. a TabPG</p> <p>Änderungsantrag: b. bei ihrem üblichen Gebrauch die Gesundheit unmittelbar oder in unerwarteter Weise gefährden.</p>
6	1		<p>Es macht keinen Sinn Substanzen, welche die Gesundheit gefährden können oder andere unerwünschte Wirkung haben nur für Tabakprodukte und nikotinhaltige E-Zigaretten zu verbieten. Sie müssen auch für nikotinfreie E-Zigaretten verboten werden. Anderfalls besteht die Gefahr, dass E-Zigaretten ohne Nikotin in Verkehr gebracht werden können, die Verbindungen mit einer sogar potenteren toxischen Wirkung enthalten als solche mit Nikotin.</p> <p>Änderungsantrag: "nikotinhaltig" streichen</p>
6	2		<p>Die gesundheitlichen Auswirkungen des Konsums von elektronischen Zigaretten sind derzeit noch nicht abschliessend bekannt. Bekannt ist hingegen, dass der Dampf von elektronischen Zigaretten giftige Stoffe enthält (siehe erläuternder Bericht, S. 19). Demzufolge wäre es im Sinne des Konsumentenschutzes, wenn gemäss Art. 6 Abs. 2 VE-TabPG und entsprechend in Anhang 2 VE-TabPG nicht nur für Tabakprodukte Höchstmengen festgelegt, sondern auch Höchstmengen in Liquids für elektronische Zigaretten und im Dampf von elektronischen Zigaretten definiert würden. Diese hätten sowohl für nikotinhaltige als auch nikotinfreie elektronische Zigaretten zu gelten.</p> <p>Art. 20 Abs. 3 Bst. b der RL 2014/40/EU regelt, dass die nikotinhaltige Flüssigkeit einen Nikotingehalt von höchstens 20 mg/ml hat. Aus toxikologischer Sicht ist dieser Höchstwert sinnvoll. Aus diesem Grund ist die Forderung der EU-RL auch ins Schweizer Recht zu überführen. Entsprechend ist Anhang 2 zu erweitern.</p>

## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

				<p>Änderungsantrag: "Die Höchstmenge der Zutaten, die in Tabakprodukten und E-Zigaretten verwendet werden dürfen ...</p>
	7			<p>Entweder ist der Begriff "Zigaretten" unter Art. 3 zu definieren oder an dieser Stelle ist zu präzisieren, dass es sich dabei nur um Zigaretten im Sinn von Tabakprodukten handelt</p>
	8	1		<p>Die RL 2014/40/EU legt für Behälter mit nikotinhaltigen Flüssigkeiten ein maximales Volumen von 10 ml fest. Dementsprechend befinden sich auch keine Behälter im Markt, die grössere Volumina aufweisen. Unter der Annahme, dass die Flüssigkeiten die maximale zulässige Konzentration von 20 mg Nikotin/ml enthalten, befinden sich in einem Nachfüllbehälter also maximal 200 mg Nikotin. Nikotin ist stark toxisch. Die früher oft publizierte Menge von 60 mg als letale Dosis ist jedoch bei oraler Aufnahme stark übertrieben. Nach neueren Erkenntnissen liegt die stark gesundheitsgefährdende oder letale Dosis bei Mengen ab 500 - 1000 mg Nikotin. Ein Nachfüllbehälter mit 100 ml Nikotinslösung zu 20 mg/ml würde folglich 2000 mg Nikotin enthalten. Gemäss CLP-Regulation (VO EG 1272/2008) wird Nikotin bei Hautkontakt der höchsten Toxizitätsstufe zugewiesen. Hier liegt auch insbesondere das Risiko bei der Handhabung von Nachfüllbehältern.</p> <p>Änderungsantrag: Das maximale Volumen der Nachfüllbehälter ist von 100 ml auf 10 ml zu korrigieren.</p>
	8	2		<p>Mit Aufkommen der ersten E-Zigaretten haben wir deren Handhabung und Konsum im Selbstversuch ausprobiert. Offenbar durch zu starke Imprägnierung der nachfüllbaren Kartusche mit dem mitgelieferten Liquid tropfte dieses unverdampft in den Mundraum beim anschliessenden Dampfen. Offenbar hat die Reglementierung der EU einen Sinn. Es ist zwingend notwendig die Grösse der Kartuschen der Regelung der EU entsprechend zu limitieren.</p> <p>Änderungsantrag: Das maximale Volumen der Kartuschen ist von höchstens 10 ml auf höchstens 2 ml zu ändern.</p>
	9	1	c	<p>In Art. 9 Abs. 1 Bst. c wird auf die Angabe nach Buchstabe c verwiesen. Es ist davon auszugehen, dass Buchstabe b gemeint ist.</p>
	11	1	b	<p>Die vorgeschlagene Formulierung ist schwer verständlich. Es wird daher vorgeschlagen den Wortlaut gemäss Art. 13 Abs. 1 Bst. a der RL 2014/40/EU zu übernehmen.</p>



## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

				<p>Änderungsantrag: b. Angaben über den Gehalt an Nikotin, Teer oder Kohlenmonoxid.</p>
	13		b	<p>Ein zusätzlicher kombinierter Warnhinweis für pflanzliche Rauchprodukte ist nicht kompatibel mit Art. 21 der RL 2017/40/EU. Die kombinierten Warnhinweise sind für pflanzliche Rauchprodukte (Produkte ohne Tabak) nicht in jedem Fall wissenschaftlich belegt und stellen somit eine nicht haltbare Bevormundung der Konsumenten dar. Gerade zu absurd wäre der kombinierte Warnhinweis "Rauchen macht sehr schnell abhängig" für ein Produkt, das definitionsgemäss kein Nikotin enthält.</p> <p>Änderungsantrag: "zusätzlich ist ein kombinierter Warnhinweis ..." streichen.</p>
	16	1	a	<p>Art. 20 Abs. 4 Bst. b der RL 2014/40/EU verlangt, dass die Packungen und Aussenverpackungen von elektronischen Zigaretten und Nachfüllbehältern eine Liste sämtlicher Inhaltsstoffe in absteigender Reihenfolge ihres Gewichts enthalten.</p> <p>Analoge Bestimmungen dazu fehlen im vorliegenden Entwurf. Zwar ist nach Art. 24 VE-TabPG vorgesehen, dass im Rahmen der Meldung von Produkten vor dem Inverkehrbringen auch Angaben über die Zusammensetzung der Produkte zu machen sind. Eine derartige Meldung hat jedoch für Konsumentinnen und Konsumenten, die sich über das Produkt vor dessen Kauf und Konsum informieren wollen, keinen Sinn. Dieser Logik folgend könnte ansonsten auch die Pflicht zur Angabe der Zutaten bei Lebensmitteln oder der Inhaltsstoffe bei Kosmetika durch ein Meldeverfahren an das zuständige Bundesamt ersetzt werden. Nicht nur bei E-Zigaretten sondern auch bei Tabakprodukten zum Erhitzen handelt es sich um Gemische mehrerer Stoffe, die für die Konsumenten und Konsumentinnen vor dem Kauf klar erkennbar sein müssen.</p> <p>Da diese Information für ein zu konsumierendes Produkt die wichtigste ist, sollte sie an erster Stelle stehen.</p> <p>Änderungsantrag: Eine Liste sämtlicher Inhaltsstoffe des Produkts in mengenmässig absteigender Reihenfolge anschliessend folgen die vorgesehenen Punkte gemäss Bst. a–g</p>
	16	2		<p>Mit Art. 16 Abs. 2 wird dem Bundesrat die Kompetenz delegiert, Form und Sprache der in Art. 16 Abs. 1 geforderten Produktinformationen zu regeln. Allerdings sind die Inhalte von Art. 16 Abs. 1 Bst. a–g sehr vage formuliert und lassen sehr viel Spielraum. Dem Bundesrat soll deshalb die Kompetenz delegiert werden, zusätzliche Angaben verbindlich festzulegen und erforderliche Inhalte der Angaben verbindlich vorzugeben (z.B. Risikogruppen, Kontraindikationen usw.)</p>

## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

			<p>Änderungsantrag: Der Bundesrat regelt die Form und die Sprache der Produktinformation. Er kann weitere Angaben vorschreiben und den Inhalt der Angaben vorschreiben</p>
	17		<p>Werbeeinschränkungen sind für eine wirksame Tabakprävention, die den Einstieg ins Rauchen verhindert, wesentlich. Insbesondere für den Schutz von Kindern und Jugendlichen ist eine Regulierung der Werbung und des Sponsorings unabdingbar. Denn die grosse Mehrheit der Rauchenden beginnt im jugendlichen Alter mit ihrem Konsum. Die Regierung begrüsst, dass Werbung, die sich speziell an Minderjährige richtet, untersagt werden soll. Ebenso unterstützt sie, dass der vorliegende Entwurf des TabPG Werbung in kostenlose Zeitungen und Webseiten, die für Minderjährige zugänglich sind, verbietet. Dass für Verkaufsstellen besondere Richtlinien vorgesehen sind, ist ebenfalls zu begrüssen. Es gilt zu beachten, dass auch Werbung, welche sich nicht spezifisch an Minderjährige richtet, trotzdem Kinder und Jugendliche erreichen und auch Erwachsene zum Tabakkonsum motivieren kann, etwa an Musikfestivals oder Turnfesten. Entsprechend ist zu bedauern, dass sich die vorgeschlagenen Werbeeinschränkungen auf Minderjährige beschränken sollen.</p>
	18	1	<p>Die alleinige Auflistung von Gegenständen, die mit einem Tabakprodukt eine funktionale Einheit bilden (z.B. Pfeife), rührt daher, dass die E-Zigarette als solches gemäss Definition nach Art. 3 als funktionale Einheit (einschliesslich der Gegenstände) definiert ist. Dies wird an dieser Stelle zu wenig klar und verkompliziert diesen Absatz unnötig. Aus Verständlichkeitsgründen sollte der Absatz allgemein formuliert werden.</p> <p>Änderungsantrag: Werbung für Tabakprodukte und für (...) sowie für Gegenstände, die eine funktionale Einheit mit diesen Produkten bilden, muss mit einem Warnhinweis ...</p>
	19		<p>Vor dem Hintergrund der Kleinräumigkeit unseres Landes sowie der bereits jetzt bestehenden schärferen kantonalen Regelungen im Bereich der Tabakwerbung, ist eine einheitliche strengere schweizweite Regelung wünschbar. Die Tatsache, die Werbung nun doch nicht bundesweit einheitlich zu regeln und den Kantonen die Möglichkeit des Erlasses von strengeren Vorschriften zu geben (Art. 19 Entwurf TabPG), steht der Rechtssicherheit und einem einheitlichen Vollzug entgegen. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf die entstandene Rechtsunsicherheit aufgrund einer ähnlichen Bestimmung in der Gesetzgebung zum Schutz vor Passivrauchen (vgl. Art. 4 des Bundesgesetzes zum Schutz vor Passivrauchen).</p>

## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

20	3	<p>Die Praxis zeigt, dass die Abgabe von Tabakprodukten an Kinder und Jugendliche mittels Automaten nicht verhindert werden kann. Der Verkauf von Tabakprodukten über Automaten soll daher gänzlich verboten werden.</p> <p>Art. 20 TabPG verbietet die Abgabe von Tabakprodukten und von nikotinhaltigen oder nikotinfreien elektronischen Zigaretten an Minderjährige. Die Einführung einer national einheitlichen Altersgrenze ist zu begrüßen.</p> <p>Im erläuternden Bericht wird zu Art. 20 Abs. 1 TabPG ausgeführt, dass die Abgabe nicht nur den Verkauf, sondern auch die kostenlose Abgabe umfasst. Das Verbot beinhaltet auch die Weitergabe von Tabakprodukten mit der Absicht, die Altersbeschränkung zu umgehen. Es ist somit nicht zulässig, wenn eine volljährige Person Zigaretten kauft, um sie einem Minderjährigen abzugeben. Nicht unter diesen Absatz fällt die Abgabe von Zigaretten innerhalb der Familie – beispielsweise, wenn Eltern ihren minderjährigen Kindern eine Zigarette geben – und unter minderjährigen Freunden (Bericht, S. 49). Hiezu ist anzumerken, dass dem vorgeschlagene Gesetzestext kein Hinweis zu entnehmen ist, dass Abgaben innerhalb der Familie oder unter minderjährigen Freunden nicht strafbar sind. Soweit solche Ausnahmen beabsichtigt wären, müssten sie im Gesetz genannt werden.</p>
21 43	4	<p>Damit die Kantone Abgabeverbote vollziehen können, braucht es eine rechtliche Grundlage für Testkäufe, wie sie in Art. 21 vorgesehen ist. Die Möglichkeit der "verdeckten" Ermittlung unter klaren Voraussetzungen wird ausdrücklich begrüsst. Nur so können Altersvorschriften für Genussmittel effizient und nachhaltig kontrolliert werden. Die Artikel 20 und 21 sind deshalb unverzichtbarer Bestandteil des Gesetzes. Die vorgesehenen gesetzlichen Regelungen erscheinen als ausreichend, um ein faires Verfahren zu gewährleisten. Die Verwertung der Ergebnisse aus den Testkäufen im Strafverfahren ist eine notwendige Voraussetzung, um Verfehlungen wirksam zu ahnden.</p> <p>Andererseits wurde auch darauf hingewiesen, dass es in verschiedener Hinsicht Bedenken weckt, dass die Ergebnisse solcher Testkäufe strafprozessual verwertet werden können. Während die in der Strafprozessordnung geregelten verdeckten Ermittlungen (Art. 285a ff. der Strafprozessordnung [SR 312.0; abgekürzt StPO]) und verdeckten Fahndungen (Art. 298a ff. StPO) nur zur Abklärung von Verbrechen und Vergehen zulässig sind, geht es bei den Testkäufen um Übertretungen. Die Testkäufe setzen auch keinen Anfangsverdacht voraus.</p> <p>Die Strafbestimmungen bzw. der Strafrahmen des Vergehens und der Übertretung des TabPG erscheinen im Vergleich mit den Strafandrohungen in vergleichbaren Erlassen dem Schuldvorwurf angemessen.</p> <p>Wir weisen darauf hin, dass die in Art. 21 Abs. 4 erwähnten Regelungen durch den Bundesrat zwingend unter Einbezug der kantonalen Fachpersonen, welche vor Ort mit der Umsetzung beauftragt sind, zu erfolgen hat. Ein weiterer wichtiger Bestandteil des Gesetzes bilden die in Art. 43 formulierten Strafbestimmungen, welche beispielsweise die Sanktionierung von Unternehmen regelt, welche Tabakprodukte an Minderjährige abgeben.</p>

## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

	22	1		<p>Die Selbstkontrolle muss auch für nikotinfreie E-Zigaretten gelten.                  Änderung: "nikotinhaltige" streichen oder ergänzen mit "oder nikotinfreie"</p>
	23			<p>Da keine Meldepflicht für sich bereits auf dem Markt befindliche Produkte vorgesehen ist, schafft dieser Artikel eine Rechtsungleichheit. Ferner enthält Art. 25 eine partielle Wiederholung dieser Bestimmung.                  Eine allgemeine Meldepflicht für bestimmte Produkte kann zudem bei der anmeldenden Person den Eindruck entstehen lassen, das Produkt sei nun legal auf dem Markt, da es ja ordnungsgemäss gemeldet wurde.</p>
	24	1	b	<p>Wurde diese Bestimmung aus einem Erlass der EU übernommen? Bei Produkten, die weder in der EU in Verkehr sind noch aus der EU stammen existieren vermutlich auch keine Studien und Informationen, die den EU-Mitgliedstaaten im Rahmen der Rechtsvorschriften der EU gemeldet wurden.</p> <p>Änderungsantrag:                  streichen oder überarbeiten</p>
	25			<p>Dieser Artikel scheint eine Wiederholung des Artikels 23 mit geringen Änderungen zu sein.</p> <p>Antrag:                  Sofern an einer generellen Meldepflicht festgehalten wird, sind die Art. 23 - 25 neu zu strukturieren und zu überarbeiten.</p>
	26	1		<p>Die Pflicht des Rückrufs bei der Feststellung, dass auf dem Markt bereit gestellte Produkte eine Gefahr für die Gesundheit darstellen, muss unbedingt auch für nikotinfreie Produkte gelten. Der Gesundheitsschutz kann nicht auf nikotinhaltige Produkte eingeschränkt werden!</p> <p>Ergänzen:                  "oder nikotinfreie"</p>
	28	3		<p>Laboranalysen der in diesem Gesetz umschriebenen Produkte sind teilweise aufwändig. Eine Übertragung an den betreffenden Kanton ist daher nicht zweckmässig, da auch der betreffende Kanton wie der Bund in der Regel die notwendigen Mittel und Sachkenntnis nicht haben, diese durchzuführen. Die Laboranalysen müssen deshalb vom Bund an ein für diese Untersuchungen akkreditiertes privates Labor ausgegeben werden können.</p> <p>Änderungsantrag:</p>

## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

				ersatzlos streichen oder "betreffender Kanton" durch "für die entsprechenden Untersuchungen akkreditiertes Labor" ersetzen.
	32	2	a	Die allgemeine Formulierung, dass der Bundesrat selbständig völkerrechtliche Verträge über den Informationsaustausch abschliessen kann gehört in dieser Form nicht in dieses Gesetz. Es fehlt eine klare Aussage, in welcher Sache die völkerrechtlichen Verträge abgeschlossen werden sollen.
	33	2		siehe auch Kommentar zu Art. 28 Abs. 3. Die Kantone sind in der Regel nicht in der Lage Laboranalysen auf Geheiss der Bundesbehörden durchzuführen. Daher hat der Bund Analysenwünsche mit Kantonen, die als Kompetenzzentren für die vorgesehene Analytik gelten, zu regeln und finanziell abzugelten.  Änderungsantrag: streichen
	33	5		Die Koordination ist gemäss Art. 29 Abs. 2 Sache des Bundes. Anders als in den Erläuterungen behauptet, existieren in den Art. 47 und 50 LMG keine Regelungen zur Koordination untereinander. Da zudem nicht zwingend ist, dass in allen Kantonen die Organe der Lebensmittelkontrolle mit dem kantonalen Vollzug des ganzen Umfangs dieses Gesetzes beauftragt werden, kann auch nicht unbedingt auf bestehende Strukturen von vereinbarter Zusammenarbeit im Rahmen der Lebensmittelkontrolle zurückgegriffen werden.  Antrag: ersatzlos streichen
	34			Wie schon mehrfach festgehalten bergen nikotinfreie E-Zigaretten ähnliche Risiken wie nikotinhaltige. Die Absätze 1–3 sind daher entsprechend für nikotinfreie E-Zigaretten zu ergänzen.
	38			Art. 38 Abs. 1 VE-TabPG regelt, dass die zuständigen Behörden von Bund und Kanton gegenseitig Daten austauschen "können". Im Bericht wird dazu auf Seite 59 ausgeführt, dass diese "Pflicht" zur Datenlieferung nur gelte, soweit die angeforderten Daten tatsächlich für den Vollzug einer gesetzlichen Aufgabe notwendig seien und die Stelle, die darum ersuche, effektiv mit der betreffenden Vollzugsaufgabe betraut sei. Mit dem Ausdruck "können" in Art. 38 VE-TabPG wird keine "Pflicht" zur Datenlieferung begründet. Art. 38 VE-TabPG regelt vielmehr, dass es den Behörden erlaubt ist, Daten auszutauschen, nicht jedoch, dass sie nach Anfrage einer Behörde zur Lieferung verpflichtet sind. Art. 38 Abs. 2 geht offensichtlich von einer Verpflichtung zur Datenlieferung aus und gibt sogar dem Bundesrat die Kompetenz, die Art und Weise des Datenaustauschs zu normieren. Die Absätze im



## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

				<p>Normtext und die Erläuterungen sind abzugleichen. Sollen die Behörden tatsächlich verpflichtet werden, so wäre für Abs. 1 beispielsweise folgende Formulierung denkbar: Die zuständigen Behörden von Bund und Kantonen liefern einander gegenseitig die Daten, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach diesem Gesetz benötigen.</p>
	Anh2			<p>Einfügen weiterer Titel/Ziffer 3. Elektronische Zigaretten 1 Nikotin Höchstkonzentration: 20 mg/ml</p>
	Anh2			<p>Unter Ziffer 2 ist der Titel "Zutat" zu ersetzen durch "Inhaltsstoff" oder ähnlich. Eine Zutat ist es auf jeden Fall nicht.</p>
	Anh3			<p>Da das TabPG auch für nikotinfreie E-Zigaretten gelten soll, besteht kein Grund, dass Art. 16 LMG angepasst und erweitert wird.</p>

Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen oder neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter "Überprüfen/Dokument schützen/ Schutz aufheben" den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

Unser Fazit	
<input type="checkbox"/>	Zustimmung
<input checked="" type="checkbox"/>	Änderungswünsche / Vorbehalte
<input type="checkbox"/>	Grundsätzliche Überarbeitung
<input type="checkbox"/>	Ablehnung

Telefon +41 (0)52 632 71 11  
Fax +41 (0)52 632 72 00  
staatskanzlei@ktsh.ch

Regierungsrat

Bundesamt für Gesundheit  
Direktionsbereich  
Verbraucherschutz  
3003 Bern  
per E-Mail: dm@bag.admin.ch und  
tabakprodukte@bag.admin.ch

Schaffhausen, 20. März 2018

## **Vernehmlassung zum Vorentwurf des Bundesgesetzes über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten (TabPG)**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 8. Dezember 2017 hat das Eidgenössische Departement des Innern die Kantonsregierungen eingeladen, zum Vorentwurf des Bundesgesetzes über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten (Tabakproduktegesetz) Stellung zu nehmen. Dafür danken wir bestens.

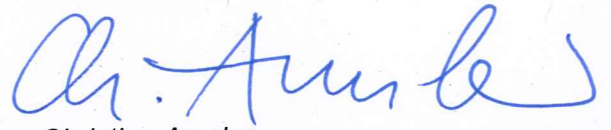
Im Grundsatz begrüssen wir den Vorentwurf zum Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten (VE-TabPG). Schweizweit verursacht der Tabakkonsum jährlich rund 9500 Todesfälle und ist somit die häufigste vermeidbare Todesursache in der Schweiz. Zur Gewährleistung des Kinder- und Jugendschutzes als auch für die Tabakprävention ist es deshalb sinnvoll, ein neues Bundesgesetz zu erlassen. Zur Begründung sowie zu weitergehenden Ausführungen verweisen wir auf die Stellungnahme der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren GDK vom 1. März 2018, der wir uns anschliessen.

Ergänzend erlauben wir uns zudem den Hinweis, dass die Anforderungen an die verbotenen Zutaten und Höchstmengen (Art. 6 VE-TabPG, Anhang 2) sowie an die Verpackungen von nikotinhaltigen Flüssigkeiten (Art. 8 VE-TabPG) mit den Anforderungen, wie sie in den einschlägigen EU-Richtlinien formuliert sind, abzugleichen sind. Ansonsten entstehen Diskrepanzen, die weder aus gesundheitlich-präventiver noch aus wirtschaftlicher Sicht sinnvoll sind.

Für Ihre Kenntnisnahme und die Berücksichtigung unserer Stellungnahme danken wir Ihnen.

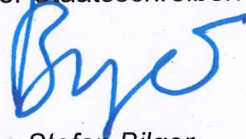
Mit freundlichen Grüßen  
Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:

  
Christian Amsler



Der Staatsschreiber:

  
Dr. Stefan Bilger

**Regierungsrat**

Rathaus / Barfüssergasse 24  
4509 Solothurn  
www.so.ch

Bundesamt für Gesundheit BAG  
Direktionsbereich  
Verbraucherschutz  
Tabakprodukte  
3003 Bern

23. Januar 2018

**Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten (TabPG);  
Vernehmlassung**

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme zum Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten (TabPG) und lassen uns gerne wie folgt vernehmen:

Wir befürworten das neu geplante TabPG, das namentlich ein Mindestalter von 18 Jahren für die Abgabe von Tabakprodukten und elektronischen Zigaretten, eine rechtliche Grundlage für Testkäufe in den Bereichen Tabak und Alkohol sowie ein Verbot von speziell an Minderjährige gerichtete Werbung beinhaltet. Ferner begrüssen wir die Neuregelung betreffend den Handel mit Alternativprodukten. Im Interesse der Gesundheitsprävention ist es zudem sachgerecht, inskünftig auch nikotinfreie elektronische Zigaretten dem Abgabe- und Werbeverbot zu unterstellen. Ebenfalls heissen wir das vorgesehene Verbot, sämtliche elektronische Zigaretten und Tabakprodukte zum Erhitzen in geschlossenen Räumen zu verwenden, gut.

Wir bedauern den Umstand, dass sich das Parlament gegen umfassende Werbe- und Sponsoringverbote – wie im Kanton Solothurn bereits vorgesehen – ausgesprochen hat und erachten ein nationales, weitergehendes Werbe- und Sponsoringverbot nach wie vor als die nachhaltigere Lösung. Zumindest bleibt die Befugnis der Kantone, strengere Werbevorschriften vorzusehen, weiterhin gewahrt. Als positiv erachten wir diesbezüglich den Miteinbezug von aktuellen Werbeträgern. Des Weiteren sind die vorwiegend technisch geprägten Bestimmungen betreffend die Verpackung von Tabakprodukten nach unserem Dafürhalten auf Stufe Verordnung anzusiedeln.

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig. Roland Heim  
Landammann

sig. Andreas Eng  
Staatsschreiber

Beilage: Formular zur Stellungnahme



## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

### Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : Kanton Solothurn

Abkürzung der Firma / Organisation : Departement des Innern, Rechtsdienst

Adresse : Ambassadorsenhof /Riedholzplatz 3, 4509 Solothurn

Kontaktperson : Lukas Widmer

Telefon : 032 627 93 47

E-Mail : Lukas.Widmer@ddi.so.ch

Datum : 18. Januar 2018

#### **Wichtige Hinweise:**

1. Wir bitten Sie keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.
2. Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen oder neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter "Überprüfen/Dokument schützen/Schutz aufheben" den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.
3. Bitte pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile verwenden.
4. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word-Dokument** bis am **23. März 2018** an folgende E-Mail Adresse: [dm@bag.admin.ch](mailto:dm@bag.admin.ch) und [tabakprodukte@bag.admin.ch](mailto:tabakprodukte@bag.admin.ch).
5. Spalte "Name/Firma" muss nicht ausgefüllt werden.

**Herzlichen Dank für Ihre Mitwirkung!**

## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

### Allgemeine Bemerkungen

Name/Firma	Bemerkung/Anregung
Departement des Innern, Rechtsdienst	<p>Das neu geplante TabPG, das namentlich eine Verankerung eines Mindestalters von 18 Jahren für den Erwerb von Tabakprodukten, eine rechtliche Grundlage für Testkäufe in den Bereichen Tabak und Alkohol sowie ein Verbot von speziell an Minderjährige gerichtete Werbung beinhaltet, wird grossmehrheitlich befürwortet. Auch die vorgesehene Neuregelung betreffend den Handel mit Alternativprodukten, wie E-Zigaretten und Snus, ist zu begrüssen. Im Interesse der Gesundheitsprävention erweist es sich zudem als sachgerecht, inskünftig ebenfalls nikotinfreie elektronische Zigaretten dem Abgabe- und Werbeverbot zu unterstellen. Diese Neuerung stellt – im Vergleich zum ersten Entwurf für ein neues TabPG – eine wesentliche Optimierung dar. Ebenfalls wird das vorgesehene Verbot, elektronische Zigaretten – egal, ob nikotinhaltig oder nicht – und Tabakprodukte zum Erhitzen in geschlossenen Räumen zu verwenden, gutgeheissen.</p> <p>Der Umstand, dass sich die Bundesversammlung gegen die Vorsehung von umfassenden Werbe- und Sponsoringverboten – wie sie viele Kantone bereits heute kennen – ausgesprochen hat, ist zu bedauern. Ein nationales, weitergehendes Werbe- und Sponsoringverbot wäre klarerweise nachhaltiger. Zumindest wird den Kantonen – wie bis anhin – die Möglichkeit gegeben, strengere Werbevorschriften zu erlassen. Überaus positiv ist hinsichtlich des Werbeverbots gegenüber Minderjährigen zudem der Miteinbezug von aktuellen Werbeträgern, wie z.B. kostenlose Zeitungen, Internet etc.</p> <p>Des Weiteren sind die vorwiegend technisch geprägten Bestimmungen betreffend die Verpackung von Tabakprodukten auf Stufe Verordnung – und nicht im TabPG selber – anzusiedeln. Gemäss dem ersten Entwurf für ein neues TabPG sollten die entsprechenden Vorschriften ursprünglich weitgehend vom Bundesrat in einer Verordnung erlassen werden. Dementsprechend wird die Regelung betreffend die Verpackung von Tabakprodukten gemäss dem ersten Entwurf für ein neues TabPG klar favorisiert.</p>

### Erläuternder Bericht (ohne Kapitel 2 "Erläuterungen zu den einzelnen Artikeln")

Name/Firma	Kapitel-Nr.	Bemerkung/Anregung
Departement des Innern, Rechtsdienst	-	-

### Erläuternder Bericht Kapitel 2 "Erläuterungen zu den einzelnen Artikeln"

Name/Firma	Art.	Bemerkung/Anregung
Departement des Innern, Rechtsdienst	-	-

## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

Entwurf Tabakproduktegesetz				
Name/Firma	Art.	Abs.	Bst.	Bemerkung/Anregung
Departement des Innern, Rechtsdienst	2			Die Begrifflichkeiten sind besser gewählt als im ersten Entwurf für ein neues TabPG. Der Begriff «nikotinhaltige elektronische Zigaretten» wird ausdrücklich neben den Tabakprodukten erwähnt. Im ersten Entwurf für ein neues TabPG wurden die nikotinhaltigen elektronischen Zigaretten den Tabakprodukten gleichgestellt.
Departement des Innern, Rechtsdienst	3			Die Begriffserklärungen tragen massgeblich zur besseren Verständlichkeit des Gesetzestextes bei.
Departement des Innern, Rechtsdienst	7-16			Diese technisch geprägten Vorschriften betreffend Verpackungen sollten nicht in dieser Detailliertheit auf Gesetzesstufe angesiedelt werden. Nur die Grundzüge sind im TabPG zu regeln. Die Einzelheiten soll der Bundesrat in einer Verordnung regeln.
Departement des Innern, Rechtsdienst	19			Es ist zu begrüßen, dass die Kantone (weiterhin) strengere Vorschriften betreffend die Werbung für Tabakprodukte sowie nikotinhaltige oder nikotinfreie elektronische Zigaretten erlassen können.
Departement des Innern, Rechtsdienst	21			Die Schaffung einer für die gesamte Schweiz massgebenden Norm für die Durchführung von Testkäufen ist zu begrüßen und entlastet den kantonalen Gesetzgeber.
Departement des Innern, Rechtsdienst	35 f.			Es ist sinnvoll, den zuständigen kantonalen Behörden bereits im TabPG die für die Gewährleistung einer sachgerechten Tabakprävention notwendigen Vollzugsbefugnisse einzuräumen.
Departement des Innern, Rechtsdienst	42-46			Durch die Schaffung von verschiedenen, griffigen Straftatbeständen wird die Durchsetzung der Vorschriften des TabPG bedeutend gestärkt.
Departement des Innern, Rechtsdienst	14a (LMG)			Die Vorsehung einer bundesgesetzlichen Grundlage für die Durchführung von Alkoholtestkäufen komplettiert die beabsichtigte Schaffung einer rechtlichen Grundlage für die Durchführung Tabaktestkäufen und ist sehr zu begrüßen.

## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

Departement des Innern, Rechtsdienst	2 (BG zum Schutz vor Passivrauchen)	1	b	Dadurch wird dem Schutz vor Passivrauchen angemessen Rechnung getragen und auf die neuesten Entwicklungen im Zusammenhang mit elektronischen Zigaretten adäquat reagiert.
--------------------------------------	-------------------------------------	---	---	---

<b>Unser Fazit</b>	
<input checked="" type="checkbox"/>	Zustimmung
<input type="checkbox"/>	Änderungswünsche / Vorbehalte
<input type="checkbox"/>	Grundsätzliche Überarbeitung
<input type="checkbox"/>	Ablehnung

6431 Schwyz, Postfach 1260

An das  
Eidgenössische Departement  
des Innern EDI

-----  
per Mail an:  
dm@bag.admin.ch  
tabakprodukte@bag.admin.ch  
(PDF- und Word-Version)

Schwyz, 6. März 2018

### **Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten**

Vernehmlassung des Kantons Schwyz

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 8. Dezember 2017 unterbreitet der Vorsteher des Eidgenössischen Departements des Innern den Kantonsregierungen und der Regierung des Fürstentums Liechtenstein den zweiten Vorentwurf für ein Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten (TabPG) zur Vernehmlassung.

#### *Grundsätzliches*

Der Regierungsrat des Kantons Schwyz begrüsst den Erlass eines Bundesgesetzes über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten und damit die Überführung der Bestimmungen über Tabakprodukte aus dem Lebensmittelgesetz in ein eigenes Gesetz. Zudem befürwortet er die differenzierte Regelung alternativer Produkte wie elektronische Zigaretten (E-Zigaretten), Tabakprodukte zum Erhitzen und Tabakprodukte zum oralen Gebrauch (Snus). Aufgrund der erhofften Auswirkungen von Massnahmen der Gesundheitsförderung und Prävention stimmt er den vorgeschlagenen Massnahmen, welche eine Reduktion des Konsums von Tabakprodukten und dessen schädlichen Auswirkungen bezwecken, zu.

#### *Massnahmen betreffend Minderjährige*

Eine schweizweit einheitliche Altersgrenze für die Abgabe von Tabakprodukten begrüssen wir. Allerdings scheint die vorgeschlagene Altersgrenze von 18 Jahren unverhältnismässig. Vielmehr sollte das Alter auf 16 Jahre festgelegt werden, analog der Abgabebeschränkung für vergorene alkoholische Getränke (z.B. Bier).



Die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage, welche den Kantonen ermöglicht, Testkäufe durchzuführen, lehnt der Regierungsrat weiterhin ab. Testkäufe würden einen massiven administrativen Mehraufwand nach sich ziehen.

### *Werbung*

Im Gegensatz zum ersten Entwurf enthält der vorliegende zweite Vorentwurf kein generelles Verbot von Plakatwerbung, Werbung in Printmedien oder von Werbefilmen oder -bildern im Kino. Diese Bereiche bleiben in der Kompetenz der Kantone, was vom Regierungsrat ausdrücklich begrüsst wird.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Namen des Regierungsrates:

Othmar Reichmuth, Landammann



Dr. Mathias E. Brun, Staatsschreiber

Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches  
Departement des Innern  
Herr Alain Berset  
Bundesrat  
3003 Bern

Frauenfeld, 20. März 2018

## **Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten (TabPG)**

### **Vernehmlassung**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir danken Ihnen für uns mit Schreiben vom 8. Januar 2018 eingeräumte Möglichkeit, zum zweiten Entwurf für ein Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten (TabPG) Stellung nehmen zu können.

#### **I. Allgemeine Bemerkungen**

Vor dem Hintergrund der in diesem Bereich seit längerem herrschenden Unklarheiten im Vollzug, begrüssen wir die Gesetzesvorlage ausdrücklich. Snus, Kautabak, THC-armer CBD-Hanf zum Rauchen, Kräuter zum Rauchen, Liquides für E-Zigaretten in allen Zusammensetzungen etc. sind neue Produkte, die von den bisherigen Regelungen nur bedingt sinnvoll erfasst wurden. Eine neue Tabakgesetzgebung drängt sich deshalb dringend auf. Die wesentlichen Punkte der Tabakverordnung in das TabPG zu überführen, ist sinnvoll und verhilft zu mehr Übersichtlichkeit und einer Vereinfachung der Handhabung.

Eine spezifische Gesetzgebung für Tabakprodukte und elektronische Zigaretten auf Bundesebene ist ausserdem aus gesundheitlicher Sicht ausdrücklich zu begrüssen. Der Tabakkonsum gehört zu den wichtigsten Einflussfaktoren hinsichtlich nichtübertragbarer Krankheiten, wie beispielsweise Herzkreislauf-, Atemwegserkrankungen und Krebs, und ist die häufigste vermeidbare Todesursache in der Schweiz. Den Kantonen kommt nach wie vor eine zentrale Rolle im Bereich der Tabakprävention zu. Entsprechend ist es zu begrüssen, dass sie weiterhin die Möglichkeit haben, weitergehende gesetzliche Bestimmungen zu erlassen und präventive Aktivitäten umzusetzen.

2/4

## **II. Zu den Regelungen im Einzelnen**

### **2.1 Elektronische Zigaretten / alternative Produkte**

Eine Legalisierung von alternativen Produkten wie Snus, Tabakprodukten zum Erhitzen und nikotinhaltigen elektronischen Zigaretten bringt Vor- und Nachteile sowie neue Problemfelder mit sich, weshalb eine spezifische Reglementierung - wie beispielsweise in Art. 15 und Art. 16 TabPG umgesetzt - wichtig ist. Die Legalisierung der sog. E-Zigaretten im Rahmen einer „Schadensminderung“ erachten wir als sinnvoll und zeitgemäss, zumal die aktuelle gesetzliche Lage unbefriedigend ist. Wenn die elektronischen Zigaretten legalisiert werden, sollten Kontrollen und Proben gemacht und verbotene Inhaltsstoffe definiert werden. Das Verbot, elektronische Zigaretten und Tabakprodukte zum Erhitzen in geschlossenen öffentlich zugänglichen Räumen zu verwenden (vgl. Art. 2 Abs. 1 i. V. m. Art. 1 des Bundesgesetzes vom 3. Oktober 2008 zum Schutz vor Passivrauchen; SR 818.31) erachten wir ebenfalls als sinnvoll.

Leider nimmt der Entwurf nur nikotinhaltige elektronische Zigaretten in den Geltungsbereich auf und nimmt damit eine unzweckmässige Doppelspurigkeit in Kauf, nämlich die Regulierung der elektronischen Zigaretten in zwei verschiedenen Gesetzen (TabPG und LMG), für deren Vollzug auf Bundesebene zwei verschiedene Bundesämter und auf kantonaler Ebene möglicherweise auch verschiedene Behörden zuständig sind. Dies ist nicht sinnvoll. Mit dem neuen Tabakproduktegesetz kann eine eigenständige Gesetzgebung geschaffen werden, die auch den Besonderheiten und dem Regelungsbedarf der nikotinfreien elektronischen Zigaretten besser gerecht werden kann als das Lebensmittelrecht. Diese Gelegenheit gilt es wahrzunehmen. Nur so können in Zukunft unnötige Abgrenzungsfragen sowie gefährliche Produkte im Graubereich zwischen TabPG und LMG vermieden werden, was die Rechtssicherheit für die Inverkehrbringer und den Vollzug erhöht. Gemäss Art. 1 bezweckt das neue TabPG den Menschen vor den schädlichen Auswirkungen des Konsums von Tabakprodukten und elektronischen Zigaretten zu schützen. Um dem Zweck des neuen Gesetzes gerecht zu werden, sind demnach elektronische Zigaretten unabhängig vom Nikotingehalt generell in den Geltungsbereich aufzunehmen.

### **2.2 Werbung und Sponsoring**

Als weitere Verstärkung des Kinder- und Jugendschutzes ist das Verbot der gezielt an Minderjährige gerichteten Werbung und eine Anpassung der Werbebeschränkungen an die aktuellen Werbeträger wie Gratiszeitungen und Internet unerlässlich. Art. 17 TabPG (Einschränkungen der Werbung) und Art. 18 TabPG (Warnhinweis bei Werbung) sind sinnvoll. Wir bedauern es, dass die vorgeschlagenen Einschränkungen bezüglich Werbung, Verkaufsförderung und Sponsoring gestrichen werden sollen.

3/4

### 2.3 Jugendschutz

Der Grundsatz von Art. 20 Abs. 1 TabPG, wonach die Abgabe von Tabakprodukten und von nikotinhaltigen oder nikotinfreien elektronischen Zigaretten an Minderjährige verboten ist, wird unterstützt. Ausdrücklich begrüsst wird die Verstärkung des Kinder- und Jugendschutzes mittels Festsetzung des Mindestalters für den Kauf von Tabakprodukten bei 18 Jahren. Damit würde die uneinheitliche Gesetzgebung der Kantone aufgehoben. An den Zahlen der aufgrund des Tabakkonsums verursachten Todesfälle ist ersichtlich, dass eine Senkung des Tabakkonsums erstrebenswert ist. Die explizit festgehaltene Möglichkeit der Sanktionierung gemäss Art. 43 Abs. 1 lit. e TabPG und die detaillierte Reglementierung der Testkäufe in Art. 21 Abs. 1 TabPG erscheinen unerlässlich.

Notwendig ist auch die Regelung in Anhang 3, Art. 47 TabPG betreffend der Alkoholtestkäufe in Art. 14a des Lebensmittelgesetzes vom 20. Juni 2014 (SR 817.0).

### 2.4 Aufgaben der Kantone



Die gemäss Art. 33 TabPG vorgesehene Kompetenzzuteilung an die Kantone entspricht grösstenteils der bewährten Aufgabenverteilung zwischen Bund und Kantonen. Es erscheint sinnvoll, dass Bund und Kantone gemäss Art. 40 TabPG in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich die Kosten für den Vollzug des Gesetzes übernehmen sollen.

Wir erlauben uns, Ihnen den tabellarischen Mitbericht des Kantonschemikers als Ergänzung und integrierenden Bestandteil dieser Vernehmlassung ebenfalls zukommen zu lassen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Mit freundlichen Grüssen

Die Präsidentin des Regierungsrates

  
Der Staatschreiber  




4/4

Beilage:

Stellungnahme des Kantonschemikers in tabellarischer Form



numero			Bellinzona
1174	fr	0	14 marzo 2018
Repubblica e Cantone Ticino Consiglio di Stato Piazza Governo 6 Casella postale 2170 6501 Bellinzona telefono +41 91 814 43 20 fax +41 91 814 44 35 e-mail can-sc@ti.ch			Repubblica e Cantone Ticino

## Il Consiglio di Stato

Dipartimento federale dell'interno DFI  
3003 Berna

*Invio per posta elettronica in formato  
word e PDF a [dm@bag.admin.ch](mailto:dm@bag.admin.ch) e  
[tabakprodukte@bag.admin.ch](mailto:tabakprodukte@bag.admin.ch)*

### **Legge federale sui prodotti del tabacco e le sigarette elettroniche (LPTab) – apertura della procedura di consultazione**

Egregio signor Consigliere federale,

con scritto dell'8 dicembre scorso il Dipartimento federale dell'interno ci ha sottoposto per avvi-  
so il secondo avamprogetto della legge federale sui prodotti del tabacco e le sigarette elettroni-  
che (LPTab), a seguito della decisione del Parlamento di rielaborare il primo disegno di legge.

Il Cantone Ticino è attivo nella prevenzione del tabagismo da oltre 30 anni e si è sempre profila-  
to come un Cantone pioniere in materia, in particolare introducendo già nel 2006 una regola-  
mentazione a favore della protezione della popolazione generale contro il fumo passivo.

Riteniamo che la futura LPTab debba innanzitutto favorire e privilegiare gli interessi di salute  
pubblica; la tutela della salute dei giovani con il divieto di vendita dei prodotti del tabacco e pro-  
dotti alternativi sotto i 18 anni rispettivamente la protezione dei non-fumatori dal fumo passivo  
devono rimanere dei principi irrinunciabili e garantiti.

Sosteniamo i principi generali formulati nell'articolo 1 (protezione dell'essere umano contro gli  
effetti nocivi dal consumo di prodotti del tabacco e sigarette elettroniche) e nell'articolo 4 (prote-  
zione dagli inganni). Condividiamo pure l'articolo 3 anche se non riteniamo opportuno fare una  
distinzione tra sigarette elettroniche con nicotina e quelle senza, l'articolo 20 (divieto di conse-  
gna di questi prodotti a minorenni) e l'articolo 21 (utilizzo di test d'acquisto a favore della tutela  
giovanile).

Tuttavia rileviamo che le disposizioni previste in questo secondo avamprogetto di legge sono  
del tutto insufficienti per consentire il raggiungimento degli obiettivi prefissati di protezione della  
salute pubblica e dagli inganni. Ci riferiamo per esempio all'autorizzazione commerciale dello  
Snus, ai requisiti relativi alla composizione e alle emissioni dei prodotti del tabacco così come  
alle disposizioni proposte circa le avvertenze che non permettono un'informazione corretta e  
completa del potenziale consumatore, alle insufficienti e poco efficaci limitazioni rispetto alla  
pubblicità nonché alla rinuncia a misure atte a combattere il commercio illegale di prodotti del  
tabacco.

---


In conclusione questo secondo avamprogetto non permette di tutelare sufficientemente la salute della popolazione e di proteggerla dagli inganni, motivo per il quale il Consiglio di Stato del Cantone Ticino respinge l'attuale proposta di LPTab.

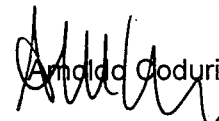
Rileviamo peraltro che le disposizioni previste non adempiono ai requisiti minimi della Convenzione quadro dell'OMS per la lotta contro il tabagismo (FCTC), trattato firmato dalla Svizzera nel 2004 ma al quale non ha potuto tuttora aderire allorché al 1. luglio 2017 vi avevano aderito 180 paesi.

Trasmettiamo in allegato la nostra presa di posizione dettagliata ribadendo che le osservazioni formulate vanno lette come ulteriori motivazioni al rigetto della presente proposta di legge e non quale proposta di accettazione di una modifica della stessa.

La ringraziamo per l'attenzione e la preghiamo di gradire l'espressione della nostra massima stima.

PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente:  
  
Manuele Bertoli

Il Cancelliere:  
  
Arnoldo Coduri

Allegato:  
citato

Copia a:  
Deputazione ticinese alle Camere federali ([can-relazioniesterne@ti.ch](mailto:can-relazioniesterne@ti.ch)); Dipartimento della sanità e della socialità ([dss-dir@ti.ch](mailto:dss-dir@ti.ch)); Divisione della salute pubblica ([dss-dsp@ti.ch](mailto:dss-dsp@ti.ch)); Ufficio del medico cantonale ([dss-umc@ti.ch](mailto:dss-umc@ti.ch)); Servizio di promozione e valutazione sanitaria ([dss-upvs@ti.ch](mailto:dss-upvs@ti.ch)); Pubblicazione in Internet

## Parere di

Cognome / Ditta / Organizzazione : Cantone Ticino

Sigla della ditta / dell'organizzazione : Consiglio di Stato

Indirizzo : 6500 Bellinzona

Persona di contatto : Paolo Bianchi

N° di telefono : 091 814 30 43

E-mail : paolo.bianchi-dss@ti.ch

Data :

### Osservazioni importanti:

1. Non modificare la formattazione del formulario, ma compilare soltanto gli appositi campi in grigio.
2. Per eliminare singole tabelle nel formulario o aggiungere nuove righe, togliere la protezione attivando i comandi: «Revisione/Proteggi documento/Rimuovi protezione». Vedere le istruzioni allegate.
3. Utilizzare una sola riga per ogni articolo, capoverso, lettera o capitolo del rapporto esplicativo.
4. I pareri devono essere inviati in forma elettronica, **come documento Word**, al più tardi entro il **23 marzo 2018** al seguente indirizzo: [dm@bag.admin.ch](mailto:dm@bag.admin.ch) e [tabakprodukte@bag.admin.ch](mailto:tabakprodukte@bag.admin.ch).
5. La colonna «Cognome / Ditta» non deve essere compilata.

**Grazie per la cortese collaborazione!**

## Legge federale sui prodotti del tabacco e le sigarette elettroniche: procedura di consultazione

### Indice analitico

Osservazioni generali	3
Rapporto esplicativo (senza il capitolo 2 «Commenti ai singoli articoli»)	6
Rapporto esplicativo capitolo 2 «Commenti ai singoli articoli»	14
Avamprogetto della legge federale sui prodotti del tabacco	14
Conclusione	14
Allegato: Istruzioni per l'aggiunta di righe supplementari:	15

## Legge federale sui prodotti del tabacco e le sigarette elettroniche: procedura di consultazione

Osservazioni generali	
Cognome/Ditta	Commento/Suggerimento
Consiglio di Stato Ticino	<p><b>Concetto generale</b></p> <p>Il Cantone Ticino è attivo nella prevenzione del tabagismo da oltre 30 anni e si è sempre profilato come un Cantone pioniere in materia, in particolare introducendo già nel 2006 una regolamentazione a favore della protezione della popolazione generale contro il fumo passivo. In seguito alla revisione totale della Legge sulle derrate alimentari, con l'esclusione dei prodotti del tabacco dal suo campo d'applicazione e l'arrivo sul mercato di nuovi prodotti quali le sigarette elettroniche e prodotti del tabacco destinati a essere riscaldati, la necessità di una Legge federale sui prodotti del tabacco e le sigarette elettroniche (LPTab) è considerata dal Cantone Ticino come una priorità.</p> <p>Il Consiglio di Stato condivide il fatto che i prodotti del tabacco siano gli unici prodotti legali di consumo che, utilizzati a seconda delle istruzioni del fabbricante, presentano sempre un rischio per la salute e creano una dipendenza molto rapida e intensa. Il consumo di tabacco, che costituisce la prima causa evitabile di morte in Svizzera, rimane uno dei temi prioritari di salute pubblica nel Cantone Ticino, come lo prevede la sua "Strategia e programma quadro di prevenzione e promozione della salute 2017-2020", che propone l'implementazione a livello cantonale delle misure previste dalla Strategia nazionale sulla prevenzione delle malattie non trasmissibili 2017-2024, nonché dalla Strategia nazionale dipendenze 2017-2024. Per ridurre gli effetti nocivi del consumo di tabacco e prodotti derivati e proteggere la salute della popolazione sono necessarie sia misure di prevenzione comportamentali, sia misure strutturali in particolare per tutelare la salute dei giovani minorenni e dei non-fumatori.</p> <p>Il Cantone Ticino ritiene che la futura LPTab debba innanzitutto favorire e privilegiare gli interessi di salute pubblica; la tutela della salute dei giovani con il divieto di vendita dei prodotti del tabacco e prodotti alternativi sotto i 18 anni e la protezione dei non-fumatori dal fumo passivo devono rimanere dei principi irrinunciabili e garantiti dalla LPTab.</p>
Consiglio di Stato Ticino	<p><b>Parere generale</b></p> <p>Il presente avamprogetto proposto dal Consiglio federale è stato rielaborato a partire dalle decisioni prese dal Parlamento federale, dopo il rinvio del primo disegno della LPTab.</p> <p>Il CdS sostiene i principi generali formulati nell'art.1 "<i>La presente legge ha lo scopo di proteggere</i></p>



## Legge federale sui prodotti del tabacco e le sigarette elettroniche: procedura di consultazione

*l'essere umano contro gli effetti nocivi del consumo di prodotti del tabacco e sigarette elettroniche" e nell'art.4 che stabilisce la protezione dagli inganni, dove viene precisato all'alinea 2 che i prodotti "Sono considerati ingannevoli se possono suscitare nei consumatori un'idea sbagliata circa gli effetti sulla salute, i pericoli o le emissioni di tali prodotti".* Condivide il campo d'applicazione della Legge sui prodotti del tabacco e sigarette elettroniche come definito nell'art.3, ritiene però opportuno non fare una distinzione tra le sigarette elettroniche con nicotina e quelle senza nicotina, poiché diversi altri componenti delle e-sigarette presentano potenziali effetti nocivi per la salute. Il CdS è quindi favorevole all'adeguamento proposto concernente la protezione contro il fumo passivo che, fra l'altro, include fra le disposizioni della legge le sigarette elettroniche e i prodotti con tabacco da scaldare. Infine il CdS ritiene pure pertinente l'art. 20 rispetto al divieto di consegna di questi prodotti a minorenni e l'art. 21 concernente l'utilizzo di test d'acquisto a favore della tutela giovanile.

Tuttavia il CdS rileva che le disposizioni previste in questo secondo avamprogetto di legge sono del tutto insufficienti per consentire il raggiungimento degli obiettivi prefissati di protezione della salute pubblica e dagli inganni, in particolare:

- l'autorizzazione commerciale dello Snus, un prodotto del tabacco che crea forte dipendenza e può essere all'origine di gravi danni alla salute, porterà certamente a un ampliamento del mercato del tabacco in Svizzera e a un aumento di alcune patologie specifiche;
- i requisiti relativi alla composizione e alle emissioni dei prodotti del tabacco così come le disposizioni proposte circa le avvertenze, applicabili sia ai prodotti del tabacco e derivati sia alle sigarette elettroniche con o senza nicotina, non permettono un'informazione corretta e completa del potenziale consumatore;
- le limitazioni proposte rispetto alla pubblicità, promozione e sponsorizzazione sono insufficienti e poco efficaci per proteggere i giovani dal tabagismo;
- la rinuncia a misure per combattere il commercio illegale di prodotti del tabacco non permette di disporre di un sistema di tracciabilità indipendente e trasparente ed esclude la Svizzera dalla collaborazione internazionale di dogana e polizia.

Infine il CdS osserva che le disposizioni previste non adempiono ai requisiti minimi della Convenzione quadro dell'OMS per la lotta contro il tabagismo (FCTC), trattato firmato dalla Svizzera nel 2004 ma al quale non ha potuto tuttora aderire allorché al 1.7.2017 vi avevano aderito 180 paesi.

In conclusione **questo secondo avamprogetto non permette di tutelare sufficientemente la salute della popolazione e di proteggerla dagli inganni, motivo per il quale il Consiglio di Stato del Cantone Ticino**

## Legge federale sui prodotti del tabacco e le sigarette elettroniche: procedura di consultazione

respinge l'attuale proposta di LPTab.

Le osservazioni al Rapporto esplicativo vanno lette come ulteriori motivazioni al rigetto della presente proposta di legge e non quale proposta di un'accettazione di una modifica della stessa.

Come riportato in più passaggi nel testo, non si può non rilevare come la percezione della popolazione svizzera in generale e ticinese in particolare in merito alla protezione dal fumo sia più restrittiva della proposta di legge in oggetto, che annuncia di voler tutelare la salute della popolazione. Un referendum sulla stessa potrebbe avere un discreto successo.

Per eliminare singole tabelle nel formulario o aggiungere nuove righe, togliere la protezione attivando i comandi: «Revisione/Proteggi documento/Rimuovi protezione». Vedere le istruzioni allegate.

## Legge federale sui prodotti del tabacco e le sigarette elettroniche: procedura di consultazione

Rapporto esplicativo (senza il capitolo 2 «Commenti ai singoli articoli»)		
Cognome/Ditta	Capitolo n°	Commento/Suggerimento
Consiglio di Stato Ticino	1.1.1	<p><b>Importanza dell'avamprogetto</b></p> <p>Come ben esposto nel rapporto esplicativo concernente l'avamprogetto, la tossicità dei prodotti del tabacco ha un impatto sanitario considerevole. Purtroppo in Svizzera il 25% della popolazione <math>\geq</math> 15 anni (il 18% giornalmente) consuma uno o più prodotti del tabacco, questa situazione rimane invariata da vari anni malgrado l'implementazione di progetti e programmi di prevenzione nei Cantoni.</p> <p>Sebbene questa situazione sia del tutto insoddisfacente, per non dire allarmante, in termini di salute pubblica, questo secondoavamprogetto LPTab esclude varie misure di prevenzione considerate come molto efficaci sulla base di esperienze internazionali, quali ad esempio il divieto totale di pubblicità dei prodotti del tabacco e alternativi, un prezzo molto più elevato o l'introduzione del pacchetto neutro. Si rileva pure che l'attualeavamprogetto non è in linea con i requisiti della Convenzione quadro dell'OMS per la lotta contro il tabagismo. L'assenza di restrizioni in materia di pubblicità, promozione delle vendite e sponsorizzazione così come l'esclusione di misure di prevenzione strutturale mostratesi di comprovata efficacia indebolisce l'insieme degli sforzi messi in atto da tutti gli attori della prevenzione, mitigando in maniera importante l'impatto auspicato.</p>
Consiglio di Stato Ticino	1.1.2	<p><b>Normativa vigente</b></p> <p>In seguito alla revisione totale della Legge sulle derrate alimentari, che ha escluso i prodotti del tabacco dal suo campo d'applicazione, tali prodotti restano soggetti alla vecchia legge (vLDerr 1992) fino a quando non sarà emanata una legge specifica. Inoltre i prodotti del tabacco sono disciplinati dall'Ordinanza sui prodotti del tabacco (OTab 2004). Negli ultimi anni si è assistito alla diffusione di prodotti alternativi come le sigarette elettroniche - considerate al momento come oggetti d'uso - o di nuovi prodotti del tabacco - destinati a essere riscaldati e pubblicizzati in modo ingannevole come prodotti a rischio ridotto - e di nuove modalità di consumo che rendono urgente l'adeguamento della norma vigente.</p>

## Legge federale sui prodotti del tabacco e le sigarette elettroniche: procedura di consultazione

		Inoltre un'armonizzazione a livello federale sarebbe auspicabile, in quanto le normative cantonali in materia di prevenzione del tabagismo sono state rese molto più rigorose negli ultimi anni per quanto concerne la pubblicità e la vendita di prodotti del tabacco a giovani.
Consiglio di Stato Ticino	1.1.3	<p><b>Problemi riscontrati nella normativa vigente</b></p> <p>Il Cantone Ticino condivide i problemi riscontrati nella normativa vigente rispetto al disciplinamento attuale che non tiene conto degli ultimi sviluppi tecnologici, segnatamente dei prodotti alternativi come le sigarette elettroniche (con nicotina vietate in Svizzera) o i nuovi prodotti del tabacco destinati a essere riscaldati (senza disciplinamento per ora). Sostiene pure una maggiore tutela dei giovani a livello nazionale, a sostegno di quanto è in vigore da tempo nel Cantone, in particolare il divieto di vendita ai minori di età inferiore ai 18 anni.</p>
Consiglio di Stato Ticino	1.2	<p><b>Dibattiti parlamentari</b></p> <p>Il Cantone Ticino ha preso atto con rammarico dei dibattiti parlamentari federali sul primo disegno di legge, il cui esito è andato in direzione opposta rispetto al parere espresso dallo scrivente Consiglio. Durante la fase di consultazione del primo avamprogetto il CdS si era dichiarato in favore di una maggiore tutela della salute dei giovani e dei non-fumatori, nonché di un disciplinamento delle sigarette elettroniche senza nicotina paragonabile a quello per i prodotti del tabacco (divieto di vendita a minori, divieto di uso negli spazi pubblici chiusi).</p> <p>Osserviamo che in seguito al mandato formulato dal Parlamento, rinunciando a misure di prevenzione efficaci, il Consiglio federale con questo secondo avamprogetto antepone gli interessi di tipo economico agli interessi di salute pubblica.</p>
Consiglio di Stato Ticino	1.3.1	<p><b>Scopo, campo d'applicazione e principi</b></p> <p>Si condivide lo scopo dell'avamprogetto attuale di proteggere l'essere umano contro gli effetti nocivi del consumo di prodotti del tabacco e prodotti alternativi, in particolare le sigarette elettroniche. A fronte, tuttavia, del disegno di Legge si teme che la formulazione di tale scopo rimanga puramente declamatoria.</p>
Consiglio di Stato Ticino	1.3.2	<p><b>Categorie di prodotti</b></p>

## Legge federale sui prodotti del tabacco e le sigarette elettroniche: procedura di consultazione

		<p>Si condivide la ridefinizione delle varie categorie di prodotti con le seguenti osservazioni:</p> <p><i>Prodotti del tabacco destinati a essere riscaldati</i></p> <p>Visto la recente messa sul mercato di vari dispositivi e prodotti del tabacco destinati a essere riscaldati, non si dispone attualmente di ampi studi scientifici indipendenti circa la nocività di questi prodotti sulla salute umana. Rispetto alle sigarette tradizionali, il consumo di questi prodotti avviene praticamente senza combustione attraverso un processo di riscaldamento e vaporizzazione che dovrebbe ridurre sensibilmente la produzione di sostanze tossiche; per questo motivo l'industria del tabacco pubblicizza questi prodotti come prodotti a rischio ridotto. Tuttavia, forti dell'esperienza negativa negli anni '80 in relazione a sigarette con un filtro "innovativo" (Barclay!) vendute come meno nocive, chiediamo che a titolo precauzionale questi prodotti siano disciplinati come le sigarette tradizionali, rispettando anche il principio sancito della presente Legge riguardo la protezione degli inganni (cfr. art. 4). Infine ricordiamo che, essendo prodotti derivati del tabacco, creano pure loro una dipendenza rapida e intensa alla nicotina.</p> <p><i>Snus</i></p> <p>Per quanto concerne i prodotti del tabacco per uso orale e in particolare lo snus, siamo molto sorpresi della proposta che ne prevede la liberalizzazione allorché: 1) lo snus è tossico, costituisce un fattore di rischio di tumori del tubo digerente e aumenta la mortalità in caso d'incidenti cardiovascolari, 2) il suo commercio è vietato nei Paesi europei (salvo la Svezia) dal 1993 e in Svizzera dal 1995, 3) lo snus non è un prodotto efficace per smettere di fumare. Tutti gli specialisti della prevenzione, Svezia e Norvegia compresi, ai fini di tutela della salute raccomandano di non legalizzare il commercio di snus. Si tratta quindi di una proposta inaccettabile.</p> <p><i>Sigarette elettroniche con o senza nicotina</i></p> <p>Rispetto alle sigarette elettroniche con o senza nicotina e altri dispositivi simili (e-sigari, e-narghilé) nonché i loro prodotti necessari per l'uso, si saluta positivamente il loro disciplinamento nel presente avamprogetto. La qualità di questi prodotti è molto variabile, i liquidi contengono varie sostanze in concentrazioni variabili ed eventualmente anche nicotina. Gli studi disponibili dimostrano che il vapore di questi prodotti può contenere sostanze nocive. I rischi sulla salute in seguito al consumo di sigarette elettroniche sono tuttora poco</p>
--	--	--



## Legge federale sui prodotti del tabacco e le sigarette elettroniche: procedura di consultazione

		<p>conosciuti. I prodotti contenenti nicotina possono indurre un'elevata dipendenza e un'intossicazione acuta in caso di ingestione accidentale di liquido. Infine, anche se le e-sigarette vengono considerate da alcuni esperti come uno strumento potenzialmente in grado di ridurre i rischi per la salute se confrontate alle sigarette tradizionali, si ritiene necessario limitarne l'uso all'attenzione dei consumatori regolari di prodotti del tabacco, assicurando una qualità adeguata e un'informazione corretta rispetto alla loro nocività, alla composizione dei liquidi di ricarica e alla concentrazione in nicotina. Contrariamente a quanto previsto, le e-sigarette senza nicotina dovrebbero essere anch'esse disciplinate dal presente avamprogetto in toto e non solo in alcuni casi ben determinati, al fine di potere garantire un controllo univoco su tutti questi prodotti alternativi.</p> <p><i>Prodotti a base di piante e prodotti a base di cannabis</i></p> <p>Infine, per quanto concerne i prodotti a base di piante, sarebbe opportuno a nostro parere differenziare questi prodotti dai prodotti a base di cannabis contenenti del cannabidiolo (CDB) con un tenore in tetraidrocannabinolo (TCH) inferiore al 1%. In effetti, il consumo di tali prodotti può presentare dei rischi, in particolare rispetto all'idoneità alla guida, in quanto il consumo di cannabis detto "legale" può talvolta causare il superamento del tasso di 1.5 microgrammo di THC per litro di sangue autorizzato per la guida.</p>
Consiglio di Stato Ticino	1.3.3	<p><b>Requisiti dei prodotti e degli imballaggi</b></p> <p>I requisiti relativi alla composizione e alle emissioni dei prodotti del tabacco servono a limitarne, per quanto possibile, gli effetti nocivi. Garantiscono inoltre un'informazione corretta del consumatore. E' quindi incomprensibile che l'attuale avamprogetto abbia abbandonato il sistema basato su un elenco di additivi autorizzati; attualmente l'esistenza di un elenco positivo di additivi ammessi - e che quindi siano autorizzate soltanto le sostanze e quantità massime menzionate espressamente nell'Otab - garantisce un certo obbligo di trasparenza da parte dei produttori. Ricordiamo che gli additivi giocano un ruolo nell'incitazione al consumo e nell'aumento della dipendenza. Riteniamo che i consumatori dei prodotti del tabacco e prodotti alternativi devono essere informati in maniera corretta, completa e trasparente sulla composizione e le emissioni di questi prodotti al fine di poter prendere una decisione informata e consapevole in merito al loro consumo.</p> <p>Il Cantone Ticino chiede quindi il mantenimento della lista positiva degli additivi e il mantenimento del sistema di approvazione, nel caso la presente proposta di Legge sia</p>

## Legge federale sui prodotti del tabacco e le sigarette elettroniche: procedura di consultazione

		confermata.
Consiglio di Stato Ticino	1.3.4	<p><b>Pubblicità</b></p> <p>Già nel 2014 al momento della consultazione del primo avamprogetto della LPTab, il Consiglio di Stato si era espresso a favore di un divieto completo di pubblicità, promozione e sponsorizzazione per i prodotti del tabacco e derivati, comprese le sigarette elettroniche senza nicotina.</p> <p>L'impatto della pubblicità per incitare le persone a consumare e promuovere le vendite non è più da dimostrare. Diversi studi trasversali hanno mostrato una relazione tra l'esposizione alla pubblicità del tabacco e l'inizio del consumo di tabacco e/o lo sviluppo di un tabagismo regolare.</p> <p>L'Osservatorio delle strategie di marketing dell'industria del tabacco ha messo in evidenza che, durante i festival di musica, l'industria del tabacco mira principalmente ai giovani tramite l'organizzazione di concorsi, animazioni e giochi. Un divieto parziale della pubblicità come ora proposto è inefficace per tutelare la salute giovanile.</p> <p>Confermiamo quindi la presa di posizione già espressa nel 2014 del divieto completo di pubblicità, promozione e sponsorizzazione per i prodotti del tabacco e le sigarette elettroniche con e senza nicotina. Quest'opinione è condivisa dal 58.1% della popolazione svizzera (Monitoraggio delle dipendenze 2016). A livello internazionale questa misura, validata da dati probanti, fa parte della Convenzione quadro dell'OMS per la lotta al tabagismo (WHO Framework Convention on Tobacco Control - FCTC (FCTC)).</p>
Consiglio di Stato Ticino	1.3.5	<p><b>Divieto di consegna ai minorenni e test d'acquisto</b></p> <p>Il Cantone Ticino approva il divieto di vendita ai minorenni, che permette di armonizzare a livello nazionale il limite di età per la consegna dei prodotti del tabacco e delle sigarette elettroniche. Come osservato nel rapporto esplicativo, il divieto di consegna dei prodotti del tabacco ai minorenni è una misura di prevenzione riconosciuta a livello internazionale.</p> <p>L'estensione del divieto alle sigarette elettroniche rappresenta un passo ulteriore nella tutela della protezione giovanile ed è sicuramente condivisa dalla popolazione ticinese, in quanto i servizi dell'Amministrazione cantonale ricevono sempre più spesso richieste dei cittadini che vanno in questa direzione.</p>

## Legge federale sui prodotti del tabacco e le sigarette elettroniche: procedura di consultazione

		Salutiamo positivamente l'introduzione dei test d'acquisto, strumento che permetterà di rendere efficace il divieto di vendita dei prodotti del tabacco e delle sigarette elettroniche a minorenni. In una nuova versione di Legge quest'aspetto dovrà essere in ogni caso mantenuto.
Consiglio di Stato Ticino	1.3.6	<p><b>Notifica</b></p> <p>Sosteniamo l'obbligo di notifica dei nuovi prodotti fabbricati a partire da materie prime diverse del tabacco o prodotti riscaldati. La notifica permetterà di vigilare su questi nuovi prodotti e dispositivi e di poter intervenire rapidamente nel caso fossero messi in evidenza effetti tossici diretti o indiretti sulla salute finora sconosciuti.</p> <p>Si chiede inoltre che la notifica avvenga per tempo (sei mesi prima dell'immissione sul mercato nell'UE) per facilitare eventuali provvedimenti e non, come previsto nell'avamprogetto "fino alla vigilia della prima messa a disposizione sul mercato".</p>
Consiglio di Stato Ticino	1.3.7	<p><b>Altri aspetti</b></p> <p>Nella ripartizione dei compiti tra la Confederazione e i Cantoni, il rapporto esplicativo ribadisce che l'Amministrazione federale delle Dogane ha il compito della vigilanza sull'importazione di prodotti del tabacco alle frontiere mentre l'UFSP è incaricato di controllare le notifiche dei prodotti prima dell'immissione sul mercato. Ai Cantoni spetta il compito di controllare i prodotti del tabacco messi a disposizione sul mercato in Svizzera e il rispetto del divieto di consegna a minorenni.</p> <p>Condividiamo il fatto che le misure per la verifica del divieto di vendita siano un compito dei Cantoni, mentre lascia molto perplessi l'esecuzione della Legge in oggetto per quanto concerne la delega ai Cantoni di effettuare, in singoli casi, determinate analisi di laboratorio e prendere la relativa decisione definitiva (artt. 28 e 33). Con questa nuova Legge, i prodotti del tabacco e le sigarette elettroniche verranno esclusi dal campo di applicazione della Legge federale sulle derrate alimentari; di conseguenza diversi aspetti concernenti l'immissione in commercio di prodotti che mettano indiscutibilmente a rischio la salute devono essere affrontati e decisi a livello nazionale. In questo contesto, si chiede di valutare l'istituzione di un laboratorio di referenza a livello federale</p>
Consiglio di Stato Ticino	1.4.2	<p><b>Disciplinamenti respinti</b></p> <p>L'avamprogetto del Consiglio federale non prevede purtroppo misure che permettono di rispondere</p>

## Legge federale sui prodotti del tabacco e le sigarette elettroniche: procedura di consultazione

		<p>alle esigenze internazionali in materia di lotta contro il commercio illegale di prodotti del tabacco. Il protocollo contro il commercio illegale dei prodotti del tabacco del 2012 pretende per principio un sistema di pieno tracciamento e identificazione dei prodotti del tabacco. Il protocollo è il primo accordo addizionale per la Convenzione quadro dell'OMS per la lotta contro il tabagismo. L'UE nella nuova direttiva sui prodotti del tabacco ha recepito i requisiti essenziali del protocollo.</p> <p>Caratteristiche di sicurezza non falsificabili permettono agli enti pubblici, come Dogana e Polizia, di distinguere nell'intera catena di commercializzazione i prodotti veri da quelli contrabbandati o contraffatti e contemporaneamente di verificare se siano state versate le tasse sui tabacchi. Per garantire un procedimento indipendente e trasparente, il controllo sui canali di produzione e commercializzazione deve essere realizzato da organizzazioni terze indipendenti e non dall'industria del tabacco.</p> <p>Anche per la Svizzera un tale sistema di tracciabilità è assolutamente necessario. È vero che attualmente in Svizzera il contrabbando di sigarette e il commercio con tabacchi contraffatti è di interesse trascurabile. In base alla modifica legislativa le tasse sia in Svizzera che all'estero potrebbero modificare la situazione in modo repentino. Il sistema di tracciabilità permette però un affidabile monitoraggio dello sviluppo del commercio illegale, permettendo così di reagire tempestivamente in caso di nuovi sviluppi. Se la Svizzera restasse in disparte creerebbe lacune nella collaborazione internazionale di Dogana e Polizia. La Legge sui prodotti del tabacco offre l'opportunità di bloccare le possibili lacune già in partenza.</p>
Consiglio di Stato Ticino	1.6.1	<p><b>Diritti nei Paesi limitrofi</b></p> <p>Nei Paesi europei negli ultimi due decenni la legislazione sui prodotti del tabacco e sulle sigarette elettroniche si è sviluppata positivamente: la maggioranza dei Paesi europei conosce restrizioni di pubblicità, promozione e sponsorizzazione più avanzate di quelle che il Consiglio federale propone. La Federazione delle leghe europee contro il cancro vede addirittura la Svizzera come il fanalino di coda quanto a pubblicità, promozione e sponsorizzazione (Tobacco Control Scale 2016 in Europe). Almeno due dei quattro Paesi che ci circondano (F, I) conoscono da lungo tempo normative molto più restrittive.</p>
Consiglio di Stato Ticino	1.6.2	<p><b>Diritto europeo</b></p> <p>Negli ultimi anni anche la Comunità Europea ha adottato direttive più severe. A seguito della</p>

## Legge federale sui prodotti del tabacco e le sigarette elettroniche: procedura di consultazione

		<p>direttiva 2014/40/UE sui prodotti del tabacco, entrata in vigore il 19 maggio 2014, il ritardo della Svizzera rispetto agli Stati membri dell'Unione europea ha continuato ad aumentare. Fra l'altro:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• in Svizzera le scritte di avvertimento rimangono più piccole che nell'UE;</li> <li>• le sigarette elettroniche rimangono meno regolamentate che nell'UE;</li> <li>• la vendita di Snus in Svizzera verrebbe ora permessa, mentre nell'UE è vietata su larga scala (ad eccezione della Svezia),</li> <li>• la sponsorizzazione di eventi internazionali è proibita in tutta l'UE.</li> </ul>
<p>Consiglio di Stato Ticino</p>		<p><b>Diritto internazionale: Convenzione OMS sul tabacco</b></p> <p>Le modifiche richieste dal Parlamento non permettono alla Svizzera di adempiere alle esigenze della Convenzione quadro dell'OMS attualmente già ratificata da 181 Stati. La Svizzera è l'unico Paese europeo che non ha ancora ratificato la Convenzione OMS, assieme ad Andorra, Liechtenstein e Monaco. In vista di una ratifica della Convenzione quadro, la Svizzera dovrà rispettare le tre misure minime seguenti:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1) Un divieto globale o delle restrizioni alla pubblicità come pure la promozione e la sponsorizzazione alla radio, alla televisione, nella stampa scritta e, se del caso, in altri mass media come Internet</li> <li>2) L'obbligo da parte dell'industria del tabacco di informare le autorità governative competenti sulle spese che essa dedica alla pubblicità, alla promozione e alla sponsorizzazione non ancora vietate</li> <li>3) Restrizioni nella sponsorizzazione delle manifestazioni o attività internazionali o dei partecipanti a queste manifestazioni o attività.</li> </ol> <p>Il Cantone Ticino aderisce a questi principi e sostiene una (re)introduzione di queste disposizioni nella legge.</p>
		<p><b>Non verranno formulate ulteriori osservazioni sui singoli articoli, ritenuto il rifiuto globale della proposta legislativa in consultazione.</b></p>

Per eliminare singole tabelle nel formulario o aggiungere nuove righe, togliere la protezione attivando i comandi: «Revisione/Proteggi documento/Rimuovi protezione». Vedere le istruzioni allegate.



## Legge federale sui prodotti del tabacco e le sigarette elettroniche: procedura di consultazione

### Rapporto esplicativo capitolo 2 «Commenti ai singoli articoli»

Cognome/Ditta	Art.	Commento/Suggerimento
---------------	------	-----------------------

Per eliminare singole tabelle nel formulario o aggiungere nuove righe, togliere la protezione attivando i comandi: «Revisione/Proteggi documento/Rimuovi protezione». Vedere le istruzioni allegate.

### Avamprogetto della legge federale sui prodotti del tabacco

Cognome/Ditta	Art.	Cpv.	Let.	Commento/Suggerimento
---------------	------	------	------	-----------------------

Per eliminare singole tabelle nel formulario o aggiungere nuove righe, togliere la protezione attivando i comandi: «Revisione/Proteggi documento/Rimuovi protezione». Vedere le istruzioni allegate.

### Conclusione

<input type="checkbox"/>	Approvazione
<input type="checkbox"/>	Richieste di modifica / Riserve
<input type="checkbox"/>	Rielaborazione sostanziale
<input checked="" type="checkbox"/>	Rifiuto

## Stellungnahme von

Beilage

Name / Firma / Organisation : Kanton Uri

Abkürzung der Firma / Organisation : Kanton Uri

Adresse : Klausenstrasse 4, 6460 Altdorf

Kontaktperson : Beat Planzer

Telefon : 041 875 21 57

E-Mail : planzer.beat@ur.ch

Datum :

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.
2. Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen oder neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter "Überprüfen/Dokument schützen/Schutz aufheben" den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.
3. Bitte pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile verwenden.
4. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word-Dokument** bis am **23. März 2018** an folgende E-Mail Adresse: [dm@bag.admin.ch](mailto:dm@bag.admin.ch) und [tabakprodukte@bag.admin.ch](mailto:tabakprodukte@bag.admin.ch).
5. Spalte "Name/Firma" muss nicht ausgefüllt werden.

**Herzlichen Dank für Ihre Mitwirkung!**

## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

Allgemeine Bemerkungen	
Name/Firma	Bemerkung/Anregung
Kanton Uri	Der Kanton Uri begrüsst eine spezifische Gesetzgebung für Tabakprodukte und elektronische Zigaretten auf Bundesebene, um die laufenden Bestrebungen der Kantone im Bereich der Prävention nichtübertragbarer Krankheiten und auch im Bereich der Tabakprävention zu unterstützen. Darüber hinaus kann der Kinder- und Jugendschutz schweizweit einheitlich geregelt werden.
Kanton Uri	<p><b>Tabakwerbung</b></p> <p>Der Kanton Uri hat den in der ursprünglichen Version des Tabakproduktegesetzes (2014) vorgesehenen Einschränkungen bei Werbung, der Verkaufsförderung und des Sponsorings zugestimmt. Er ist daher klar der Meinung, dass die in der nun vorliegenden Version des Tabakproduktegesetzes enthaltenden Bestimmungen zu wenig wirksam sind und in der Umsetzung zu grossen Spielraum offen lassen.</p> <p>Das Gesetz muss verunmöglichen, dass Kinder und Jugendliche weiterhin mit raffinierten Methoden von der Tabakindustrie zum Rauchen animiert werden können. Es soll daher <u>schweizweit ein umfassendes und generelles Verbot für Tabakwerbung</u> gelten (inkl. Plakatwerbung, Inserate, Werbung in Kinos, Verkaufsförderung und Sponsoring). Es soll damit auch verhindert werden, dass die Kantone wieder gezwungen sind, eigene nur kantonale geltende Werbeeinschränkungen für Tabakprodukte zu erlassen.</p> <p>Die grosse Mehrheit der europäischen Länder kennen übrigens bereits heute weitergehendere Einschränkungen der Werbung, Promotion und des Sponsorings als wie sie der Bundesrat im Vorentwurf vorschlägt.</p>
Kanton Uri	<p><b>E-Zigaretten</b></p> <p>Es ist sehr zu begrüssen, dass für E-Zigaretten (mit oder ohne Nikotin) sowohl die Abgabe an unter 18-jährige wie auch der Konsum in geschlossenen, öffentlich zugänglichen Räumen generell verboten werden soll.</p> <p>Aus unserer Sicht sollten aber <u>sämtliche Bestimmungen im TabPG generell für E-Zigaretten gelten (mit oder ohne Nikotin)</u>. Diese Gleichstellung ist wichtig im Hinblick auf die Attraktivität, die E-Zigaretten für Kinder und Jugendliche darstellen könne und auch im Sinne einer einfachen Umsetzung des TabPG. Sämtliche entsprechenden Bestimmungen im Gesetzesentwurf sind daher für beide Kategorien von E-Zigaretten auszugestalten.</p>
Kanton Uri	<p><b>Generelles Verbot von Verkauf über Automaten</b></p> <p>Aus unserer Sicht wäre es auch angebracht, ein <u>generelles Verbot für den Verkauf von Tabakprodukten über Automaten</u> einzuführen. Im Bereich Alkoholverkauf ist dies bereits in den meisten Kantonen umgesetzt und wird allgemein akzeptiert. Für ein Automatenverbot spricht u.a. die Tatsache, dass auch mit den modernsten Systemen nicht verhindert werden kann, dass Kinder und Jugendliche Tabakwaren über Automaten beziehen können.</p>

## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

Kanton Uri	Bewilligungspflicht für Abgabestellen Die Kontrolle zur Einhaltung des Abgabeverbots an Minderjährige ist mit einer Bewilligungspflicht der Abgabestellen einfacher zu bewerkstelligen. Die Vergabe der Bewilligungen soll zudem an einen Beitrag gebunden sein, mit dessen Ertrag die Kontrollen finanziert werden.
------------	--

Erläuternder Bericht (ohne Kapitel 2 "Erläuterungen zu den einzelnen Artikeln")		
Name/Firma	Kapitel-Nr.	Bemerkung/Anregung
Kanton Uri		
Kanton Uri		

Erläuternder Bericht Kapitel 2 "Erläuterungen zu den einzelnen Artikeln"		
Name/Firma	Art.	Bemerkung/Anregung
Kanton Uri		
Kanton Uri		
Kanton Uri		

## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

Entwurf Tabakproduktegesetz				
Name/Firma	Art.	Abs.	Bst.	Bemerkung/Anregung
Kanton Uri				<p>Die Bestimmungen im TabPG sind so umzuformulieren, dass</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a) schweizweit ein umfassendes und generelles Verbot für Tabakwerbung gilt</li> <li>b) E-Zigaretten ohne Nikotin generell gleich behandelt werden wie solche mit Nikotin</li> <li>c) der Verkauf von Tabakprodukten über Automaten verboten ist</li> </ul>
Kanton Uri				
Kanton Uri				
Kanton Uri				

Unser Fazit	
<input type="checkbox"/>	Zustimmung
<input checked="" type="checkbox"/>	Änderungswünsche / Vorbehalte
<input type="checkbox"/>	Grundsätzliche Überarbeitung
<input type="checkbox"/>	Ablehnung

## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

### Avis donné par

Nom / société / organisation : Etat de Vaud

Abréviation de la société / de l'organisation : Conseil d'Etat

Adresse : Place du Château 4, 1014 Lausanne

Personne de référence : DEIS, Secrétariat général

Téléphone : 021 316 60 19

Courriel : info.sgdeis@vd.ch

Date : 29 mars 2018

#### Remarques importantes :

1. Nous vous prions de ne pas modifier le formatage de ce formulaire !
2. Pour effacer des tableaux ou insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision/Protéger un document/Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.
3. Utilisez une ligne par article, alinéa et lettre ou par chapitre du rapport explicatif.
4. Veuillez faire parvenir votre avis au **format Word** d'ici au **23 mars 2018** aux adresses suivantes : [dm@bag.admin.ch](mailto:dm@bag.admin.ch) et [tabakprodukte@bag.admin.ch](mailto:tabakprodukte@bag.admin.ch)
5. Le champ « nom/société » n'est pas obligatoire.

**Nous vous remercions de votre collaboration!**



## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

### Table des matières

Remarques générales _____	3
Rapport explicatif : chap. 2 « Commentaire des dispositions » _____	4
Avant-projet de loi sur les produits du tabac _____	5
Notre conclusion _____	8
Annexe: Guide pour insérer de nouvelles lignes _____	9

## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

Remarques générales	
nom/société	remarque / suggestion :
Conseil d'Etat	Si, sur la base d'études en cours, il était confirmé que les cigarettes électroniques et autres produits alternatifs, à l'instar du tabac chauffé, sont moins nocifs que les produits traditionnels, le Conseil d'Etat pourrait entrer en matière sur l'idée d'une réglementation différenciée selon le profil de risque propre à chaque produit. Celle-ci pourrait notamment prendre la forme d'une base légale visant exclusivement à inciter les consommateurs à se tourner vers des produits de substitution aux produits du tabac moins dommageables pour leur santé. Une telle législation serait acceptable pour autant que cette législation n'affaiblisse pas les mesures relatives à la protection des mineurs et à la fumée passive.
Conseil d'Etat	Le Canton de Vaud salue le fait que plusieurs restrictions proposées dans le premier avant-projet aient été inscrites dans la loi. En effet, comme il l'avait signalé en 2014, réglementer par voie d'ordonnance de telles restrictions contreviendrait au principe de prévisibilité et de sécurité juridique. Néanmoins, il est à noter que certaines dispositions, liées aux dispositions d'exécution du Conseil fédéral (art.31) et à la collaboration internationale (art. 32), demeurent problématiques sous cet angle (voir commentaire des dispositions ci-après).
Conseil d'Etat	Le Gouvernement vaudois salue l'interdiction de la publicité à l'endroit des mineurs. Il constate néanmoins que cette interdiction sera difficile à appliquer lorsque des mineurs participent à des activités récréatives principalement destinées à un public adulte. Le Conseil d'Etat estime dès lors que seule une interdiction totale de la publicité pour la cigarette est efficace.
Conseil d'Etat	Il est étonnant de constater l'absence de mention relative aux produits à base de plantes à faible teneur en THC (moins de 1%). Le Canton de Vaud est d'avis que cette question doit être abordée, au vu de l'actuelle popularité de ce type de produits. Si ceux-ci sont autorisés alors que les produits alternatifs sans nicotine sont interdits au même titre que des produits du tabac standard, le double discours de la Confédération nuit à la prévention des risques liés à ces différents types de produits.
Conseil d'Etat	Enfin, le gouvernement vaudois rappelle que la Convention-cadre de l'OMS pour la lutte antitabac (CCLAT) a été signée par la Suisse en 2004. Si le Conseil fédéral a pour intention de ratifier cette convention, il paraît vraisemblable que d'importantes modifications de la LPTab s'avèreront nécessaires. L'actuel avant-projet ne permettra en effet pas de répondre aux exigences minimales posées par la CCLAT.

Pour effacer des tableaux ou insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Protéger un document / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.

## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

### Rapport explicatif : chap. 2 « Commentaire des dispositions »

nom/société	art.	remarque / suggestion :
Conseil d'Etat	17	Le Conseil d'Etat déplore le fait que le rapport explicatif ne permette pas de comprendre de quelle manière pourraient être mises en oeuvre les restrictions introduites dans ce second avant-projet. L'interdiction de la publicité sur Internet ou dans les lieux de vente, notamment, semble difficilement applicable. Dès lors, le Canton de Vaud doute que le projet soit à même d'atteindre les buts fixés.
Conseil d'Etat	28 et 29	Les commentaires relatifs aux art. 28 "Tâches d'exécution" et 29 "Surveillance et coordination" sont insuffisants quant aux charges que ces dispositions pourraient engendrer pour les cantons. Le Canton de Vaud n'entend pas assumer d'importants coûts supplémentaires en la matière.

Pour effacer des tableaux ou insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Protéger un document / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.

## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

Avant-projet de loi sur les produits du tabac				
nom/société	art.	al.	let.	remarque / suggestion :
Conseil d'Etat	1			Le Conseil d'Etat estime nécessaire de réintroduire l'objectif de réduction de la consommation de produits du tabac qui figurait dans le précédent avant-projet.
Conseil d'Etat	5	1	b	Le terme "ou facilite leur inhalation" est juridiquement indéterminé. Il convient de le circonscrire, celui-ci étant pour l'heure trop abstrait pour permettre une appréciation objective de la situation.
Conseil d'Etat	5	2	b	Afin d'assurer sa cohérence avec l'art. 5 al. 1 let. a, il convient de compléter l'art. 5 al. 2 let. b comme suit : "à l'exception de la nicotine, il ne doit pas présenter de risques immédiats ou inattendus pour la santé, qu'ils soit chauffé ou non".
Conseil d'Etat	11	1	a	Le Conseil d'Etat juge qu'une protection contre la tromperie est d'ores et déjà assurée par la Loi fédérale contre la concurrence déloyale (LCD) et juge dès lors que cette nouvelle interdiction n'est pas nécessaire. En outre, les mentions listées par l'avant-projet constituent des informations légitimes sur les produits du tabac, qui sont utiles aux consommateurs en tant que critères de différenciation.
Conseil d'Etat	11	1	b	De la même manière que l'interdiction prévue à l'al. 1 let. a, empêcher aux fabricants de produits du tabac d'indiquer la teneur en nicotine, en goudron ou en monoxyde de carbone des émissions du produit ne fait pas de sens, dans la mesure où cette modification diminuerait considérablement l'information donnée aux consommateurs.
Conseil d'Etat	18	2		Le Canton de Vaud est d'avis que, tout comme pour les ingrédients interdits, les teneurs maximales, le conditionnement des cigarettes et liquides ou encore les mises en garde sur les emballages des produits du tabac, les mises en garde dans le cadre de la publicité doivent être définies par la loi, et non pas par voie d'ordonnance. Dès lors, il est proposé de modifier l'al. 2 comme suit : "La mise en garde est placée sur l'extrémité inférieure de la surface publicitaire et occupe au minimum 10% de cette surface". La taille et l'emplacement proposés sont en ligne avec ceux pratiqués communément dans la branche.
Conseil d'Etat	19			Si le Conseil d'Etat salue sans réserve l'interdiction légale de la publicité à l'endroit des mineurs, il considère que, pour le reste, les modalités générales de restriction de la publicité doivent demeurer de la compétence des Cantons, mieux à même de procéder à une pesée d'intérêts qui peut différer d'un contexte cantonal à l'autre. En ce sens, il juge l'art.

## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

				19 essentiel.
Conseil d'Etat	20			Le Canton de Vaud est d'avis que cet article correspond à la volonté générale de renforcer les mesures de protection prises à l'encontre des mineurs et qu'il doit être maintenu. Rien ne justifierait que la remise de cigarettes -avec ou sans nicotine- au sein de la famille ou entre amis mineurs ne soit pas interdite. Une telle exception aurait pour effet de créer une brèche importante dans l'interdiction de remise de produits du tabac aux mineurs, en contradiction flagrante avec les buts visés par la loi.
Conseil d'Etat	21	1		Le projet de loi manque de précision s'agissant des autorités chargées de son exécution. À cet égard, la question se pose en particulier de savoir s'il est prévu que les organes cantonaux mentionnés à l'art. 49 al. 1 de la Loi sur les denrées alimentaires (LDAI) seront en charge de dite exécution.
Conseil d'Etat	23	3		Le terme "modification substantielle du produit" paraît trop abstrait. Il convient de le préciser.
Conseil d'Etat	25			Le Canton de Vaud juge cette disposition déraisonnable. Il propose sa suppression.
Conseil d'Etat	31 et 32			Le Conseil d'Etat ne soutient pas les propositions liées aux dispositions d'exécution du Conseil fédéral (art.31) et à la collaboration internationale (art. 32), qu'il juge excessives. Le gouvernement vaudois admet que le Conseil fédéral puisse édicter des dispositions d'exécution d'ordre technique, mais il n'est pas favorable à une délégation de compétence à ce point étendue qu'elle contrevient aux procédures démocratiques traditionnelles. Des dispositions internationales ne doivent pas être déclarées légalement contraignantes par la simple voie d'ordonnance. Leur mise en oeuvre doit se faire par le biais d'une loi adoptée par le Parlement.
Conseil d'Etat	34			Le Canton de Vaud juge cette disposition excessive. Elle doit être reformulée et s'en tenir à ce que prévoit l'art. 24 de la Loi sur les denrées alimentaires (LDAI).
Conseil d'Etat	Ann. 3 (art. 47)			Le Conseil d'Etat considère que la politique fédérale, s'articulant autour de mesures exclusivement restrictives, devrait plutôt favoriser une transition vers des produits de substitution moins nocifs. Le Parlement a exprimé un avis similaire, en demandant que ces produits soient soumis à une réglementation différenciée. Des produits n'ayant pas le même profil de risques et n'engendrant pas de fumée (comme le reconnaît d'ailleurs le rapport explicatif du Conseil fédéral) ne devraient donc pas être soumis à la Loi fédérale du 3 octobre 2008 sur la protection contre le tabagisme passif. Dès lors, il convient d'en extraire les produits du tabac à chauffer ainsi que les cigarettes électroniques avec ou sans nicotine, au sens de l'art. 3 let. c et f LPTab.

## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

--	--	--	--	--

Pour effacer des tableaux ou insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Protéger un document / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.



## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

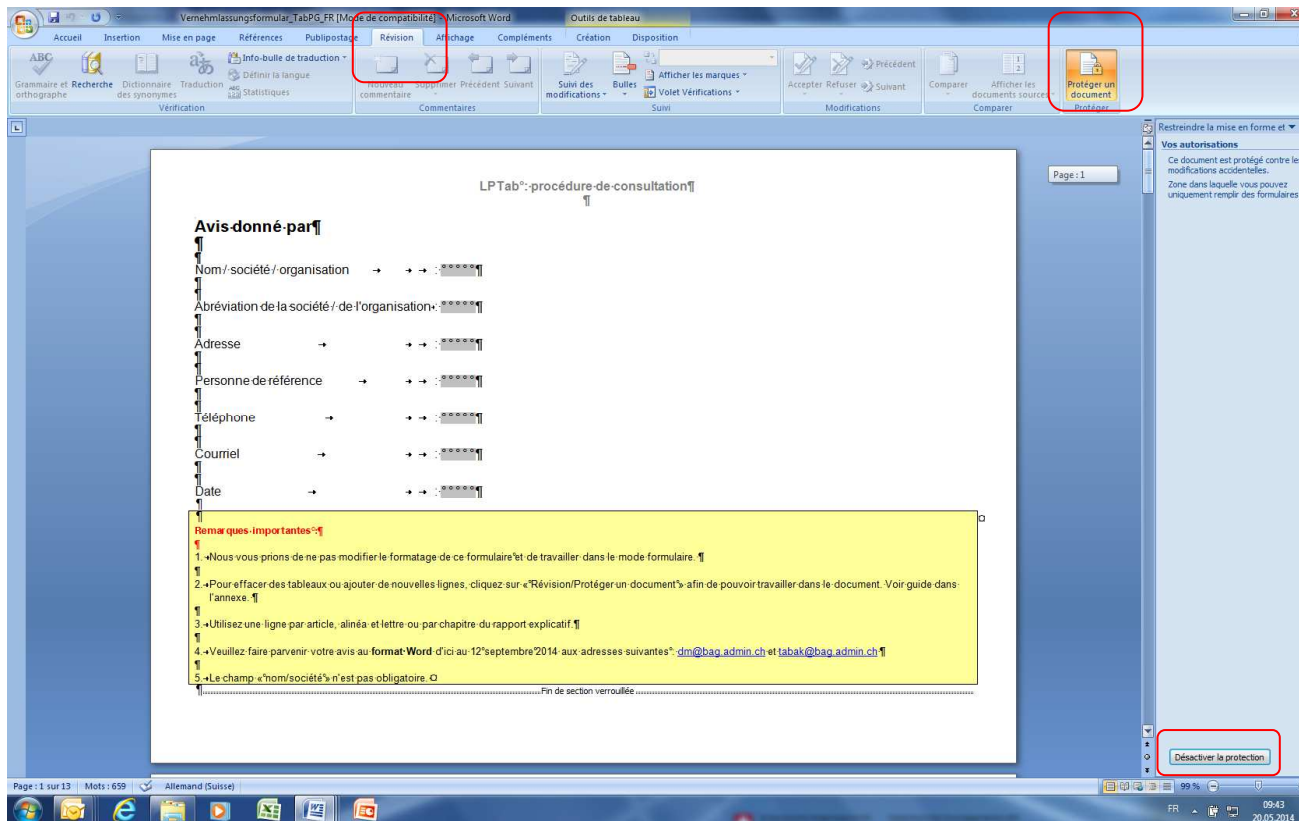
Notre conclusion	
<input type="checkbox"/>	Acceptation
<input checked="" type="checkbox"/>	Propositions de modifications / réserves
<input type="checkbox"/>	Remaniement en profondeur
<input type="checkbox"/>	Refus

# Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

## Annexe: Guide pour insérer de nouvelles lignes

1. Désactiver la protection du document
2. Insérer des lignes avec « Copier – Coller »
3. Réactiver la protection du document

### 1 Désactiver la protection du document



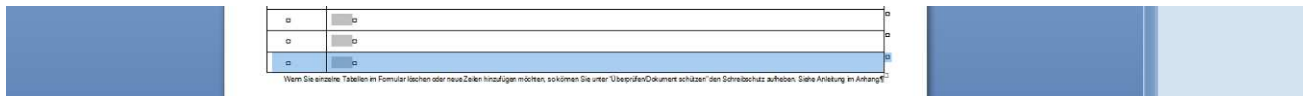
# Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

## 2 Insérer de nouvelles lignes

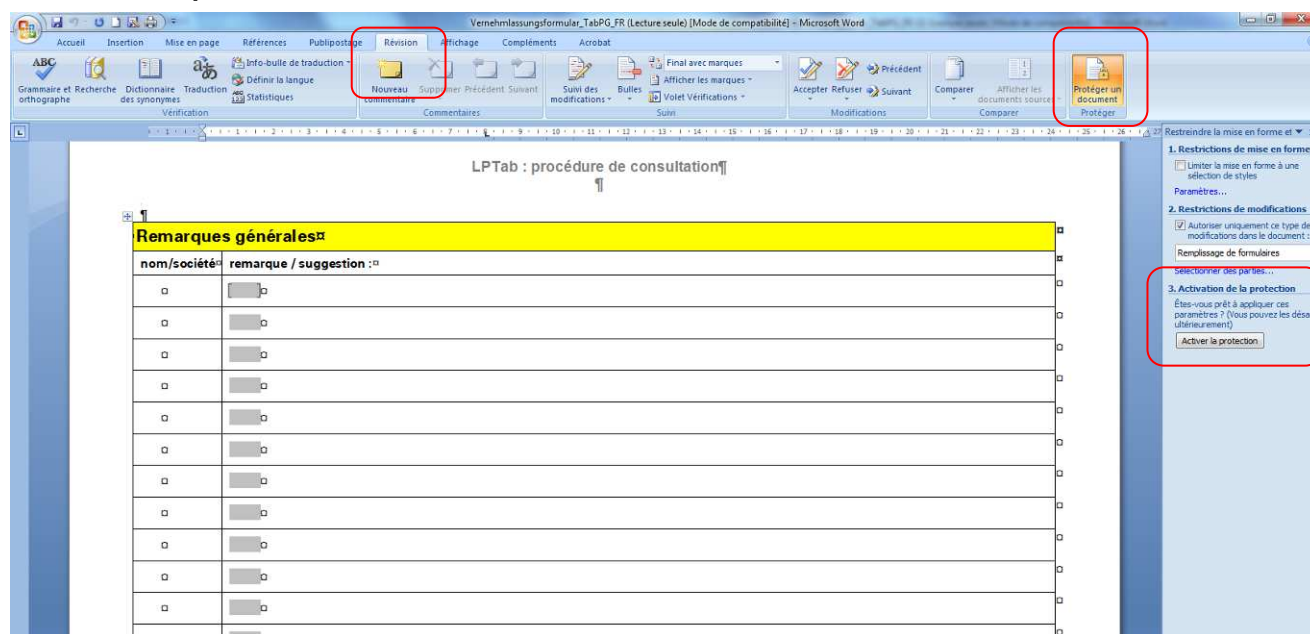
Sélectionner une ligne entière incluant les champs marqués en gris (la ligne sélectionnée devient bleu)

Presser Control-C pour copier

Presser Control-V pour insérer



## 3 Réactiver la protection du document



**CONSEIL D'ETAT**

Château cantonal  
1014 Lausanne

Monsieur le Conseiller fédéral  
Alain Berset  
Chef du Département fédéral de l'intérieur  
Inselgasse 1  
3003 Berne

Réf. : MFP/15023437

Lausanne, le 28 mars 2018

**Consultation fédérale – Loi fédérale sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques (LPTab)**

Monsieur le Conseiller fédéral,

Le Conseil d'Etat vaudois a l'honneur de vous adresser sa prise de position en réponse à la mise en consultation du second avant-projet de Loi fédérale sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques (LPTab).

Préambule

En préambule, le Canton de Vaud tient à rappeler son engagement envers la lutte contre le tabagisme. A ce titre, il a été l'un des pionniers en la matière, en étant notamment le premier canton de Suisse à interdire la vente de tabac aux mineurs (dès le 1er janvier 2006). Il lutte en outre activement contre la fumée passive, autant à l'interne de l'administration qu'à l'externe. Il a ainsi interdit de fumer dans les locaux de l'administration cantonale vaudoise dès le 1er janvier 2007 et la loi sur l'interdiction de fumer dans les lieux publics est entrée en vigueur le 15 septembre 2009. Dès cette date, tout lieu public dans le canton est désormais sans fumée.

En matière de marketing et de publicité, le canton de Vaud a également pris une série de mesures: il interdit depuis le 1er juillet 2007 l'affichage de publicité vantant les mérites des produits du tabac sur le domaine public et sur le domaine privé visible du domaine public.

Enfin, nombre de directives, campagnes d'informations et programmes de lutte contre le tabagisme sont régulièrement mis en place afin de renforcer cet objectif de santé publique.

Avant-projet de loi : remarques générales

En 2014, lors de la procédure de consultation relative au premier avant-projet de LPTab, le Conseil d'Etat avait déjà eu l'occasion de saluer le fait que les produits du tabac fassent l'objet d'une législation propre, séparée de l'actuelle législation sur les denrées alimentaires (LDAI). Ceci ne peut qu'améliorer la prévention contre le tabagisme, notamment vis-à-vis des personnes mineures. En ce sens, l'harmonisation des règles y relatives au niveau national et en particulier l'introduction d'un âge minimum légal de 18 ans pour l'achat de produits du tabac s'inscrit dans le cadre des actions déjà menées par le canton de Vaud, et remporte l'adhésion du Conseil d'Etat.

Le Conseil d'Etat a pris connaissance de l'état actuel des éléments scientifiques à disposition qui traitent des effets sur la santé des cigarettes électroniques et autres dispositifs permettant d'inhaler de la vapeur obtenue par chauffage d'un produit contenant du tabac. Si, sur la base d'études en cours, il était confirmé que les cigarettes électroniques et autres produits alternatifs, à l'instar du tabac chauffé, sont moins nocifs que les produits traditionnels, le Conseil d'Etat pourrait entrer en matière sur l'idée d'une réglementation différenciée selon le profil de risque propre à chaque produit. Celle-ci pourrait notamment prendre la forme d'une base légale visant exclusivement à inciter les consommateurs à se tourner vers des produits de substitution aux produits du tabac moins dommageables pour leur santé. Une telle législation serait acceptable pour autant que cette législation n'affaiblisse pas les mesures relatives à la protection des mineurs et à la fumée passive.

Le Gouvernement vaudois note enfin que la Convention-cadre de l'OMS pour la lutte antitabac (CCLAT) a été signée par la Suisse en 2004. Si le Conseil fédéral a pour objectif de ratifier cette convention, il paraît vraisemblable que des modifications de la LPTab s'avèreront nécessaires. L'actuel avant-projet ne permet en effet pas de répondre aux exigences minimales posées par la CCLAT.

#### Principales remarques sur l'avant-projet de loi

##### *1) Insécurité juridique et manque de prévisibilité pour l'industrie concernée*

Le Conseil d'Etat estime que nombre de restrictions proposées ne peuvent pas être réglementées simplement par voie d'ordonnance. Cela contrevient au principe de prévisibilité et de sécurité du droit. Le gouvernement vaudois rappelle que les restrictions des droits constitutionnels doivent être contenues dans une base légale formelle.

Le Gouvernement vaudois admet que le Conseil fédéral puisse édicter des dispositions d'exécution d'ordre technique. Il n'est en revanche pas favorable à une délégation de compétence dont les contours ne sont pas clairement définis.

Ainsi, les propositions liées aux dispositions d'exécution du Conseil fédéral (art. 31) et à la collaboration internationale (art. 32) sont problématiques. Des dispositions internationales ne doivent pas être déclarées légalement contraignantes par voie réglementaire. Leur mise en œuvre doit être ancrée dans une base légale formelle.

##### *2) Extension des restrictions publicitaires*

Le Canton de Vaud salue l'interdiction de la publicité à l'endroit des mineurs. Il constate néanmoins que cette interdiction sera difficile à appliquer lorsque des mineurs participent à des activités récréatives principalement destinées à un public adulte. Le Conseil d'Etat estime dès lors que seule une interdiction totale de la publicité pour la cigarette est efficace.

##### *3) Exécution et contrôles*

Le Gouvernement vaudois constate que l'avant-projet ne contient aucune disposition déterminant quelles autorités cantonales seront en charge de l'exécution et des contrôles. Les cantons doivent-ils partir du principe que les organes cantonaux

mentionnés à l'art. 49 al. 1 de la Loi sur les denrées alimentaires (LDAI) seront en charge de l'exécution de la LPTab ?

Par ailleurs, le rapport explicatif présente des lacunes en ce qui concerne les charges que les art. 28 "Tâches d'exécution" et 29 "Surveillance et coordination" pourraient engendrer pour les cantons. Le Canton de Vaud considère d'ores et déjà qu'aucun coût supplémentaire ne doit être mis à la charge des cantons.

#### Examen article par article

Vous trouverez en annexe à ce courrier la position du Canton de Vaud, article par article.

#### Conclusion

Au regard de ce qui précède, le Conseil d'Etat vaudois salue la création d'une loi spécifique aux produits du tabac. Il se réjouit de constater que les mesures prises au niveau cantonal en ce qui concerne la prévention envers les mineurs soient également portées au niveau fédéral.

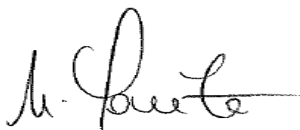
Le Conseil d'Etat entre ainsi en matière sur cet avant-projet de loi, qui va dans la bonne direction, mais regrette qu'il n'aille pas plus loin, notamment dans le sens d'une limitation générale pour ce qui concerne la cigarette dans le domaine de la publicité et du parrainage. A certaines conditions, notamment une moindre nocivité démontrée des produits de substitution, il peut envisager la création d'une réglementation différenciée incitant la transition des consommateurs vers des pratiques moins nocives, sans pour autant alléger les dispositions relatives à la protection des mineurs et à la lutte contre l'exposition à la fumée passive.

En vous remerciant d'avoir donné la possibilité au Conseil d'Etat vaudois de s'exprimer sur cet objet, nous vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'expression de notre haute considération.

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LA PRESIDENTE

LE CHANCELIER



Nuria Gorrite



Vincent Grandjean

#### **Annexe mentionnée**

#### **Copies**

- dm@bag.admin.ch, tabak@bag.admin.ch, SG-DEIS, SG-DSAS, OAE



## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

### Avis donné par

Nom / société / organisation : Etat du Valais

Abréviation de la société / de l'organisation : EtatVS

Adresse : Av. du Midi 7 - 1950 Sion

Personne de référence : Dr Christian Ambord - Médecin cantonal

Téléphone : 027 606 49 00

Courriel : christian.ambord@admin.vs.ch

Date : 26.02.2018

#### Remarques importantes :

1. Nous vous prions de ne pas modifier le formatage de ce formulaire !
2. Pour effacer des tableaux ou insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision/Protéger un document/Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.
3. Utilisez une ligne par article, alinéa et lettre ou par chapitre du rapport explicatif.
4. Veuillez faire parvenir votre avis au **format Word** d'ici au **23 mars 2018** aux adresses suivantes : [dm@bag.admin.ch](mailto:dm@bag.admin.ch) et [tabakprodukte@bag.admin.ch](mailto:tabakprodukte@bag.admin.ch)
5. Le champ « nom/société » n'est pas obligatoire.

**Nous vous remercions de votre collaboration!**

## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

### Table des matières

Remarques générales _____	3
Rapport explicatif ( excepté chap. 2 « Commentaire ») _____	5
Rapport explicatif : chap. 2 « Commentaire » _____	7
Projet de loi sur les produits du tabac _____	8
Notre conclusion _____	21
Annexe: Guide pour insérer de nouvelles lignes _____	Erreur ! Signet non défini.

## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

Remarques générales	
nom/société	remarque / suggestion :
EtatVS	<p>Appréciation générale</p> <p>Du point de vue de la prévention du tabagisme, on ne peut que saluer le fait que les produits du tabac et les cigarettes électroniques soient désormais traités dans une loi distincte. Cependant, la version révisée du projet de loi du Conseil fédéral contient des lacunes importantes. Si l'on veut limiter les dommages causés à la santé et à l'économie, la perte de qualité de vie et les souffrances dues à la consommation de tabac, il est nécessaire d'apporter certaines modifications à l'avant-projet. La loi doit atteindre des standards permettant la ratification de la convention-cadre internationale de l'Organisation mondiale de la santé pour la lutte antitabac.</p>
EtatVS	<p>Publicité, promotion et parrainage</p> <p>Nous estimons que les restrictions en matière de publicité visant exclusivement les mineurs sont insuffisantes et peu efficaces pour la protection des jeunes face au tabagisme. De plus, nous déplorons la suppression des restrictions en matière de parrainage et de promotion pour la même raison.</p>
EtatVS	<p>Produits du tabac à chauffer</p> <p>L'industrie du tabac a mis en vente ces dernières années un nouveau type de produits censés être moins nocifs car le tabac est chauffé et non brûlé. Au vu du peu d'expérience et de recul vis-à-vis des risques liés à la consommation de ce type de produits, nous jugeons que cette catégorie de produits devrait être assimilée aux produits du tabac à fumer s'agissant des mises en garde sur l'emballage des produits.</p>
EtatVS	<p>Snus</p> <p>L'autorisation commerciale du snus, un produit du tabac, conduira certainement à une expansion du marché du tabac en Suisse, ce qui n'est pas souhaitable. Cela affectera principalement les adolescents. Le tabac oral est très addictif, endommage la muqueuse buccale et les substances carcinogènes qu'il contient peuvent provoquer des cancers du pancréas, de la bouche et de l'œsophage. Compte tenu des propositions insuffisantes du Conseil fédéral pour restreindre la publicité, la promotion et le parrainage dans le présent projet, il n'y a aucune raison de lever l'interdiction d'importer et de vendre du snus à des fins commerciales. Une interdiction existe également dans l'Union européenne, sauf en Suède. Une levée de ces restrictions n'est pas à l'ordre du jour dans ces pays.</p>
EtatVS	<p>Consommation de cigarettes électroniques et de produits contenant du tabac chauffé dans les lieux publics et sur les lieux de travail</p> <p>Nous saluons la proposition d'adaptation de la loi fédérale sur la protection contre le tabagisme passif, qui fait entrer dans le champ d'application de</p>

## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

	ladite loi, entre autres, les e-cigarettes et les produits à base de tabac chauffé. En effet, l'état des connaissances ne permet pas d'exclure que les ingrédients contenus dans l'e-cigarette et les produits à base de tabac chauffé représentent un danger pour les tiers. Les e-cigarettes et les produits à base de tabac chauffé ressemblent parfois à s'y méprendre aux cigarettes à base de tabac. Elles donnent l'impression aux enfants ainsi qu'aux jeunes que la dépendance à la nicotine va de soi dans notre société, ce qui est susceptible d'encourager la consommation de ces produits.
--	--

Pour effacer des tableaux ou insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Protéger un document / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.

## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

Rapport explicatif (excepté chap. 2 « Commentaire des dispositions »)		
nom/société	chap. n°	remarque / suggestion :
EtatVS	1.1	<p><b>Situation initiale</b></p> <p>Le Conseil fédéral présente en quelques mots dans l'introduction les problèmes liés aux produits du tabac: ce sont les seuls biens de consommation qui ne peuvent pas être consommés sans risque pour la santé et peuvent rapidement entraîner une forte dépendance. Une autre particularité tient au fait que la moitié des fumeuses et des fumeurs aimeraient cesser de consommer des produits du tabac. Le Conseil fédéral mentionne également que la proportion de consommateurs dans la population n'a pas diminué depuis 2011 et que la consommation de tabac en Suisse cause chaque année 9 500 décès (accidents de la route: 296 victimes). Enfin, il évoque les dégâts économiques (5,6 milliards de francs).</p> <p>Les faits présentés sont cependant ignorés dans les chapitres suivants.</p>
EtatVS	1.3.2	<p><b>Catégories de produits</b></p> <p>Le rapport explicatif stipule que « le produit contenant du tabac est chauffé d'une manière ou d'une autre, en l'absence d'une combustion notable ». Cependant, pour l'heure, seules des données dépendantes de l'industrie du tabac le prétendent. Au contraire, l'étude du Prof Auer (<a href="#">Auer R. and al. 2017. Heat-Not-Burn Tobacco Cigarettes: Smoke by Any Other Name. JAMA Intern Med. 2017 Jul 1;177(7):1050-10521</a>) confirme la présence de composés typiques de la pyrolyse (combustion incomplète) lors de l'utilisation de l'IQOS, un dispositif actuellement en vente en Suisse. De ce fait les auteurs concluent malgré des températures de chauffe plus basses, ce type de produit émet bel et bien de la fumée.</p>
EtatVS	1.3.3	<p><b>Exigences vis-à-vis des produits et de leur emballage</b></p> <p>Selon la proposition du Conseil fédéral il est prévu de renoncer à une liste positive des additifs autorisés et le système d'approbation qui l'accompagne. Il est prévu à la place une liste des ingrédients interdits pour tous les produits et appareils, ainsi qu'une liste des émissions maximales autorisées pour les cigarettes.</p> <p>L'abandon du système comportant une liste des additifs autorisés est justifié dans le rapport explicatif par le fait que l'importance des additifs est faible par rapport à la toxicité globale des produits du tabac, or les additifs jouent un rôle important dans la consommation et l'augmentation de la dépendance chez les êtres humains.</p> <p>Second point, la liste fixant les teneurs maximales admises dans les émissions doit concerner non seulement les cigarettes (tel que le stipule l'annexe 2 de l'avant-projet ainsi que le rapport explicatif) mais également les produits du tabac chauffé.</p>
EtatVS	1.6.1	<p><b>Le droit dans les pays voisins</b></p>

## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

		<p>Ces deux dernières décennies, la législation sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques a connu un développement positif dans les pays européens: dans la grande majorité d'entre eux, il existe des restrictions plus strictes de la publicité, de la promotion et du parrainage que celles proposées par le Conseil fédéral (cf. Tobacco Control Scale 2016 en Europe). Au moins deux de nos quatre pays limitrophes (F, I) sont dotés depuis longtemps de dispositions beaucoup plus sévères.</p>
EtatVS	1.6.2	<p><b>Le droit européen</b></p> <p>Les Etats membres de l'Union Européenne ont également adopté des lignes directrices plus sévères ces dernières années: la directive 2014/40/UE pour les produits du tabac, entrée en vigueur le 19 mai 2014, accentuant le décalage avec la Suisse. Il convient de noter en particulier les points suivants :</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• les avertissements en Suisse restent plus petits que dans l'UE,</li><li>• les cigarettes électroniques sont toujours moins réglementées en Suisse que dans l'UE,</li><li>• la vente de snus serait désormais autorisée en Suisse alors qu'elle est interdite dans l'UE (sauf en Suède),</li><li>• le parrainage d'événements internationaux est interdit dans toute l'UE.</li></ul>
EtatVS	1.6.3	<p><b>Convention-cadre de l'OMS pour la lutte antitabac</b></p> <p>Les propositions faites par le Conseil fédéral dans cet avant-projet ne sont plus compatibles avec la convention-cadre signée par la Suisse en 2004 (dépenses et restrictions publicitaires, parrainage). Les modifications législatives prévues doivent être aménagées de façon à faire tomber tout obstacle à la ratification de la convention.</p>

Pour effacer des tableaux ou insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Protéger un document / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.



## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

### Rapport explicatif : chap. 2 « Commentaire des dispositions »

nom/société	art.	remarque / suggestion :
EtatVS	1	<b>Objectif</b> Le rapport explicatif indique que la loi sur les produits du tabac vise à protéger les personnes contre les effets nocifs de la consommation de ces produits et l'utilisation de cigarettes électroniques. Un certain nombre de mesures sont envisagées à cette fin. Les mesures proposées entraîneront tout au plus une réduction des possibilités de commercialisation qui ne seront perceptibles que de manière marginale: la publicité restant autorisée dans la plupart des publications, au cinéma et sur les lieux de vente.
EtatVS	2	<b>Définitions</b> Le rapport explicatif stipule que les risques pour la santé des produits du tabac à chauffé sont « moindres que ceux des produits à fumer », or aucune étude indépendante solide n'a pu confirmer cette affirmation provenant des seuls fabricants, le terme « potentiellement » a minima devrait être adjoint.
EtatVS	11	<b>Indications interdites</b> En l'absence de données probantes indépendantes, une communication indiquant qu'une sorte de produit est moins nocive qu'une autre ne doit pas être autorisée.
EtatVS		

Pour effacer des tableaux ou insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Protéger un document / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.

## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

Avant-projet de loi sur les produits du tabac				
nom/société	art.	al.	let.	remarque / suggestion :
EtatVS	1			<p><u>Proposition de modification</u></p> <p>La présente loi a pour but:</p> <p>b. <b>de réduire la consommation de produits du tabac.</b> (nouveau)</p> <p>Cela rétablit un objectif de réduction de la consommation de produits du tabac, un impératif de santé publique.</p>
EtatVS	2	1		<p>Les cigarettes électroniques sans nicotine doivent être traitées de la même manière que celles contenant de la nicotine. Pour empêcher les enfants et les adolescents de commencer à consommer des produits du tabac et de nicotine, il ne suffit pas d'appliquer quelques dispositions aux cigarettes électroniques sans nicotine.</p> <p>Même dans l'éventualité où les cigarettes électroniques sans nicotine ne libèrent pratiquement aucune substance dangereuse pour la santé (des séries de données font encore défaut), leur utilisation risque d'encourager les enfants et les adolescents à commencer à consommer du tabac et de la nicotine (imitation de l'action de fumer).</p> <p>Sans l'ajout dans l'alinéa 1, les articles et services qui ne forment pas une unité fonctionnelle avec des produits du tabac mais portent la même marque ou une marque légèrement modifiée que les produits du tabac ne sont pas concernés par les restrictions de la publicité. Cela donne à l'industrie du tabac la possibilité de promouvoir ses produits au moyen d'autres produits que le tabac (par exemple, des vêtements).</p> <p>Cette adaptation concerne le présent article, mais aussi les articles 3, 4, 5, 8, 9, 10, 11, 15, 16, 22, 23, 25, 26, 27, 34 et 42.</p> <p><u>Proposition de modification</u></p> <p>La présente loi s'applique aux produits du tabac et aux cigarettes électroniques avec <b>ou sans</b> nicotine mis à disposition sur le marché ; les dispositions des art. 17 à <b>21</b> s'appliquent également aux objets qui forment une unité fonctionnelle avec les produits du tabac <b>lors de leur consommation ainsi qu'aux objets et aux services qui portent la même marque que le produit du tabac ou une marque similaire.</b></p>
EtatVS	2	2		<p><u>Proposition de modification</u></p> <p>La présente loi ne s'applique pas:</p> <p>a. aux produits du tabac dont le tabac est cultivé par un consommateur pour sa propre consommation ni à ceux que</p>

## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

			<p>le consommateur élabore ou prépare pour sa propre consommation;</p> <p>b. aux liquides pour les cigarettes électroniques avec <b>ou sans</b> nicotine que le consommateur élabore ou prépare pour sa propre consommation;</p> <p>c. aux produits du tabac et aux cigarettes électroniques avec <b>ou sans</b> nicotine que le consommateur importe pour sa propre consommation; l'art. 27 est réservé.</p>
EtatVS	3		<p>Le risque de faiblesses réglementaires et de vides juridiques est inhérent à l'existence de «réglementations différenciées». Il existe un risque que l'industrie développe délibérément de nouveaux produits ne pouvant pas être directement considérés comme un des produits définis.</p> <p>Les nouveaux alinéas 2 et 3 proposés visent à empêcher l'utilisation de vides terminologiques dans la loi. L'alinéa 3 donne au Conseil fédéral la possibilité de réagir rapidement aux évolutions du marché.</p> <p><u>Proposition d'ajout</u></p> <p><sup>2</sup> (nouveau) Sauf indication contraire, les produits du tabac à chauffer, les produits du tabac oral, les produits à fumer à base de plantes et les cigarettes électroniques contenant ou non de la nicotine sont assimilés aux produits du tabac à fumer.</p> <p><sup>3</sup> (nouveau) Le Conseil fédéral peut ranger de nouveaux produits dans la catégorie de l'un des produits visés à l'alinéa 1, lettres a à f.</p>
EtatVS	4	1	<p>La protection contre la tromperie a une signification particulière pour les produits du tabac pour lesquels aucun seuil de non-affectation de la santé ne peut être fixé.</p> <p>Pour que la protection contre la tromperie ne puisse pas être contournée, une interdiction complète du marketing est absolument nécessaire (voir les propositions au chapitre 4).</p> <p><u>Proposition de modification</u></p> <p><sup>1</sup> La présentation, l'étiquetage et l'emballage des produits du tabac et des cigarettes électroniques avec <b>ou sans</b> nicotine, ainsi que la publicité pour ces produits, ne doivent pas tromper le consommateur.</p>
EtatVS	5	1	<p><u>Proposition de modification</u></p> <p><sup>1</sup> Les produits du tabac et les cigarettes électroniques avec <b>ou sans</b> nicotine ne doivent pas contenir d'ingrédient qui (...)</p>

## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

EtatVS	5	2		<p><u>Proposition de modification</u></p> <p><sup>2</sup> Le liquide des cigarettes électroniques avec <b>ou sans</b> nicotine et des produits du tabac à chauffer doit satisfaire aux exigences suivantes (...)</p>
EtatVS	5a			<p>Notre position sur le « snus » découle du cadre juridique prévu par le Parlement et le Conseil fédéral, qui veulent autoriser les mesures de publicité, de parrainage et de vente presque sans restrictions.</p> <p>L'acceptation de nos modifications dans les chapitres 3 (Avertissements) et 4 (Publicité) est un préalable indispensable à un réexamen de notre demande d'« interdiction du snus ».</p> <p><u>Proposition d'ajout</u></p> <p><b>(Nouveau) Interdiction de certains produits du tabac destinés à un usage oral</b></p> <p><b>La mise sur le marché de produits du tabac présentés sous forme de poudre, de granulat fin ou d'une combinaison de ces formes, notamment de produits présentés en sachets portions, en sachets poreux ou sous toute autre forme, et destinés à un usage oral est interdite, sauf pour les produits destinés à être fumés, inhalés ou mâchés.</b></p>
EtatVS	6	1		<p>Une liste exhaustive des ingrédients dangereux pour la santé ne déploiera pas les effets prévus par le législateur, car elle comporte des lacunes et peut être facilement contournée par de nouveaux composés chimiques. L'additif menthol fait en outre défaut dans la liste.</p> <p><u>Proposition de modification</u></p> <p><b>Les ingrédients qui augmentent considérablement la toxicité ou le potentiel de dépendance des produits du tabac et des cigarettes électroniques contenant ou non de la nicotine ou qui facilitent l'inhalation sont interdits.</b></p>
EtatVS	6	2		<p><u>Proposition de modification de l'annexe citée</u></p> <p>La liste fixant les teneurs maximales admises dans les émissions doit concerner non seulement les cigarettes (tel que le stipule l'annexe 2 de l'avant-projet ainsi que le rapport explicatif) mais également les produits du tabac chauffé.</p>
EtatVS	6	3		<p>Certains produits du tabac destinés à l'exportation dans des pays ne faisant pas partie de l'UE contiennent des concentrations de substances nocives plus fortes que celles autorisées par l'ordonnance sur le tabac actuellement en vigueur. Par la disposition proposée, la Suisse cherche à prendre ses responsabilités en matière de santé dans les pays tiers.</p> <p><u>Proposition de modification</u></p>

## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

			<sup>3</sup> (nouveau) Les produits du tabac destinés à l'exportation sont également soumis aux alinéas 1 et 2.
EtatVS	8	1	<p>Remarques pour l'article 8 al. 1 et 2</p> <p>Les volumes maximum de, respectivement, 10 et 2 ml correspondent aux directives données par l'UE aux producteurs.</p> <p>Les cigarettes électroniques sans nicotine doivent être traitées de la même manière que celles contenant de la nicotine. Cette égalité de traitement est importante pour ce qui concerne l'attractivité des cigarettes électroniques aux yeux des enfants et des adolescents. C'est pourquoi nous proposons la précision correspondante (voir aussi l'article 2).</p> <p><u>Proposition de modification</u></p> <p>Le volume des flacons de recharge avec <b>ou sans</b> nicotine ne doit pas dépasser <b>10</b> millilitres.</p>
EtatVS	8	2	<p><u>Proposition de modification</u></p> <p>Les réservoirs des cigarettes électroniques jetables avec <b>ou sans</b> nicotine et les cartouches à usage unique avec <b>ou sans</b> nicotine ne doivent pas dépasser <b>2</b> millilitres.</p>
EtatVS	9	1	<p><u>Proposition de modification</u></p> <p>Lors de la remise au consommateur, tout emballage de produits du tabac ou de cigarettes électroniques avec <b>ou sans</b> nicotine doit porter les indications suivantes (...)</p>
EtatVS	10	1	<p><u>Proposition de modification</u></p> <p>La dénomination spécifique des produits du tabac et des cigarettes électroniques avec <b>ou sans</b> nicotine doit correspondre à la nature, au genre, à la sorte ou aux propriétés du produit.</p>
EtatVS	11	1	<p><u>Proposition de modification</u></p> <p>Sont interdites sur l'emballage de produits du tabac <b>et des cigarettes électroniques avec ou sans nicotine</b> ou sur le produit lui-même les mentions suivantes (...)</p>
EtatVS	11	2	<p><u>Proposition de modification</u></p> <p>Est interdite sur l'emballage ou sur le produit toute mention attribuant aux produits du tabac ou aux cigarettes électroniques avec <b>ou sans</b> nicotine des propriétés curatives, lénitives ou préventives.</p>
EtatVS	11a		<p>Chaque année, des milliards de cigarettes sont passées en contrebande dans le monde entier. Dès 1999, selon la Banque mondiale, environ 30% des cigarettes exportées à l'étranger sont arrivés sur les marchés en tant qu'articles</p>

## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

			<p>de contrebande. En 2012, l'UE a estimé que la contrebande de cigarettes faisait perdre à l'UE et aux Etats membres plus de 10 milliards d'euros par an en recettes douanières. A cela s'ajoutent les pertes d'impôts et de TVA sur le tabac. Etant donné que les produits du tabac sont vendus sans taxes sur le marché noir, ils sont bon marché. C'est une incitation pour les jeunes à acheter des cigarettes. Le commerce illégal de cigarettes renforce ainsi l'épidémie de tabagisme. C'est en même temps une affaire extrêmement rentable, dont les profits financent souvent des activités criminelles transfrontalières.</p> <p>La proposition de loi omet les mesures de lutte contre le commerce illicite des produits du tabac grâce à l'introduction d'un système de traçabilité sans faille, comme la nouvelle directive européenne le prévoit. Le contrôle des modes de production et de distribution doit être effectué par des organisations tierces indépendantes et non pas par l'industrie du tabac elle-même afin de garantir une procédure indépendante et transparente.</p> <p>Il est important que la Suisse prenne également à ce niveau les mesures juridiques qui s'imposent pour lutter contre le commerce illégal.</p> <p>(Voir aussi la motion 17.4232 « Emoluments de licence pour la vente de tabac »)</p> <p><u>Proposition d'ajout</u></p> <p><b>(nouveau) Traçabilité, licence</b></p> <p><sup>1</sup> Les producteurs veillent à ce que tous les paquets de produits du tabac ainsi que de cigarettes électroniques contenant ou non de la nicotine commercialisés en Suisse soit dotés d'un signe distinctif individuel;</p> <p><sup>2</sup> Les détails concernant ce signe distinctif individuel et la participation à la procédure d'octroi d'une licence pour la traçabilité sont réglés par le Conseil fédéral.</p>
EtatVS	12	2	<p><u>Commentaires concernant les articles 12 - 14</u></p> <p>L'introduction d'un conditionnement neutre des produits du tabac tel que l'autorise également la nouvelle directive européenne sur les produits du tabac aux pays membres de l'UE est une solution idéale en matière de politique de prévention. Les produits du tabac constituent également les supports publicitaires les plus fréquents.</p> <p>Des modifications des avertissements s'imposent en tout cas. Nous rejetons la distinction proposée par le Conseil fédéral entre les produits du tabac à fumer et d'autres produits pour ce qui concerne la taille des avertissements pour les raisons suivantes:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Les produits visés à l'art. 3, let. b à f, ne sont pas plus sains que les produits du tabac à fumer, mais tout au plus moins nocifs (ce qui n'a pas encore été définitivement confirmé pour la plupart d'entre eux);</li> <li>2. Tous ces produits exercent une certaine attractivité sur les enfants et les adolescents, si bien que leur</li> </ol>



## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

			<p>consommation peut finalement conduire les enfants aux produits du tabac.</p> <p>En cas d'abandon de l'emballage neutre, il faudrait au moins que les avertissements illustrés soient imprimés dans la moitié supérieure des deux côtés larges des paquets et occupent plus d'espace, au moins 80%. Cela correspond à la recommandation de l'OMS (la directive de l'UE fixe 65%).</p> <p><i>Par ailleurs, la couleur de base Pantone 448 C est celle choisie pour les emballages neutres. Outre les avertissements et les informations sur le contenu, seuls le nom de la marque et celui du produit sont autorisés à figurer sur le paquet dans une police standard.</i></p> <p><u>Proposition de modification</u></p> <p><b>Le Conseil fédéral décide</b> des textes, photographies et informations que doivent porter les emballages selon l'alinéa 1, let. c.</p>
EtatVS	13		<p><u>Proposition de modification</u></p> <p>Chaque paquet doit porter les avertissements suivants lorsqu'il est remis aux consommateurs:</p> <p>a. pour les produits du tabac à chauffer, à sniffer et oral: « Ces produits du tabac nuisent à votre santé et vous rendent très dépendant »; <b>un avertissement combiné est en outre requis en vertu de l'article 12, alinéa 1, lettre c);</b></p> <p>b. pour les produits à fumer à base de plantes: «Fumer ce produit nuit à votre santé»; de plus, une mise en garde combinée au sens de l'art. 12, al. 1, let. c doit figurer sur l'emballage;</p> <p>c. pour les cigarettes électroniques contenant de la nicotine: « Ce produit nuit à votre santé et vous rend très dépendant »; <b>un avertissement combiné est en outre requis en vertu de l'article 12, alinéa 1, lettre c);</b></p>
EtatVS	14		<p><u>Proposition de modification</u></p> <p><sup>1</sup> L'avertissement visé à l'article 12, alinéa 1, lettre a, doit être apposé sur la partie inférieure de l'une des faces latérales de l'emballage.</p> <p><sup>2</sup> L'avertissement visé à l'article 12, alinéa 1, lettre b doit être apposé sur la partie inférieure de l'une des faces latérales de l'emballage.</p> <p><sup>3</sup> (nouveau) Les avertissements visés à l'article 13 doivent chacun être apposés sur la partie inférieure des deux faces latérales de l'emballage.</p> <p><sup>4</sup> L'avertissement combiné visé à l'article 12, alinéa 1, lettre c doit couvrir, cadre exclu, 65% de la face avant et du dos du paquet; l'alinéa 5 demeure réservé</p>

## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

			<p><sup>5</sup> Pour les emballages destinés aux produits autres que les cigarettes dont la surface la plus visible dépasse 75 cm<sup>2</sup>, la superficie des mises en garde doit être d'au moins 50 cm<sup>2</sup> pour chaque face. (...)</p>
EtatVS	15		<p><u>Proposition de modification</u></p> <p>Les flacons de recharge et les cartouches contenant un liquide avec <b>ou sans</b> nicotine doivent être (...)</p>
EtatVS	16	1	<p><u>Proposition de modification</u></p> <p>Tout emballage de cigarette électronique avec <b>ou sans</b> nicotine et de produit du tabac à chauffer doit contenir une notice d'information portant les indications suivantes (...)</p>
EtatVS	17	1	<p>L'article 17, alinéa 1 doit être complété de telle sorte que l'extension de la marque (brand stretching) soit incontestablement empêchée.</p> <p>Nous restons fermes concernant l'exigence d'une interdiction complète des mesures de publicité et de promotion. Les restrictions partielles de la publicité n'entraînent pas une diminution de la publicité et de la promotion pour les produits du tabac et à fumer, mais un déplacement des mesures de marketing concernées. Toute exception affaiblit et sape donc le réel objectif des restrictions de la publicité.</p> <p>Toute forme de publicité pour les produits du tabac devrait être interdite. Cela rendrait en principe superflu toute liste des supports publicitaires et des emplacements.</p> <p>(Voir aussi les motions 17.4187 « Prévention du tabagisme. Mieux protéger les enfants et les adolescents », 17.4150 « Consommation de tabac. Protection des enfants et des jeunes », 17.4180 « Interdiction de la publicité pour le tabac dans les points de vente » et 17.4268 « Protéger les enfants et les adolescents de la publicité pour le tabac dans les médias classiques et numériques »).</p> <p><u>Proposition de modification</u></p> <p><sup>1</sup> La publicité pour les produits du tabac et les cigarettes électroniques avec ou sans nicotine, pour les objets qui forment une unité fonctionnelle avec un produit du tabac <b>ainsi que pour les articles et services portant le même nom de marque ou une marque similaire</b> est interdite <b>lorsqu'elle s'adresse spécialement aux mineurs, notamment:</b></p> <p><b>a. sur le matériel scolaire;</b></p> <p><b>b. sur les jouets;</b></p> <p><b>c. sur les supports publicitaires remis aux mineurs;</b></p> <p><b>d. dans les journaux, revues ou autres publications destinés principalement aux mineurs;</b></p>

## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

				e. dans les lieux fréquentés principalement par des mineurs et lors de manifestations auxquelles participent principalement des mineurs.
EtatVS	17	2		<p>Proposition de modification</p> <p><sup>2</sup> Elle est également interdite:</p> <p>a. dans les journaux, revues ou autres publications gratuites accessibles aux mineurs;</p> <p>b. sur Internet, à l'exception:</p> <p>1. des sites payants ne s'adressant pas spécialement aux mineurs, et</p> <p>2. des sites dont l'accès est réservé aux adultes;</p> <p>c. dans les lieux de vente, lorsque la publicité est disposée:</p> <p>1. à proximité des bonbons, chewing-gums ou friandises,</p> <p>2. en dessous de 1,2 m.</p> <p><sup>2</sup> (nouveau) Les produits du tabac et les cigarettes électroniques ne doivent pas</p> <p>a. être visibles en dehors du point de vente,</p> <p>b. être exposés ouvertement ni faire l'objet d'une publicité sur le point de vente.</p>
EtatVS	17a			<p>On peut raisonnablement estimer que, en Suisse, les services de marketing des multinationales du tabac investissent beaucoup d'argent dans les opérations de discount du style 3 pour 2, associées à des activités sur les points de vente ainsi que dans les bars et les discothèques. Aux Etats-Unis, ces opérations représentent désormais l'essentiel des activités de marketing pour le tabac. (Source Federal Trade Commission, Cigarette Report pour 2011, publié en 2013)</p> <p>Ces actions sapent la politique des prix, qui vise à réduire l'attrait de l'achat de produits du tabac. Les obstacles à l'achat sont ainsi réduits, surtout pour les jeunes qui se trouvent souvent encore en phase expérimentale et fument seulement de temps en temps, ce qui favorise le passage à une consommation régulière.</p> <p>La modification proposée permet d'empêcher d'autres mesures de marketing de l'industrie du tabac s'adressant en particulier à un public jeune.</p> <p>Proposition de modification</p> <p><b>(nouveau) Promotion des ventes</b></p> <p>Interdiction de la promotion des ventes pour les produits du tabac et les cigarettes électroniques contenant ou non de la nicotine, ainsi que pour les articles qui forment une unité fonctionnelle avec un des produits cités lorsque celle-ci</p>

## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

				<p>repose sur:</p> <p>a. la remise gratuite ;</p> <p>b. des réductions de prix ou ;</p> <p>c. la remise de cadeaux ou de prix.</p>
EtatVS	17b			<p>La présence de l'industrie du tabac à des événements s'adressant aux jeunes (par ex. les festivals en plein air) reste encore très forte. Cela vaut aussi pour des événements de prestige comme que le Montreux Jazz Festival, qui s'adresse à un public plus âgé. Il s'agit certainement aussi d'influencer l'ambiance en vue des futurs débats sur le marketing pour le tabac.</p> <p>Le sponsor espère obtenir ainsi un transfert d'image. L'industrie du tabac cherche à s'approprier les valeurs véhiculées par les événements culturels. Elle y parvient à la fois en tant que sponsor d'évènements qui attirent un jeune public et d'évènements destinés à un public plus âgé. C'est aussi l'occasion pour elle de nouer un contact personnel avec ces groupes cibles</p> <p>L'interdiction du parrainage est une mesure importante pour réduire les incitations à entrer dans la dépendance au tabac. Mais le parrainage du tabac façonne également l'image sociale des produits du tabac. Grâce à ce type de mesure, l'industrie du tabac se positionne comme un acteur irremplaçable, par ex. dans le domaine culturel. Cela crée des dépendances qui entravent la réduction de la consommation de produits du tabac pourtant nécessaire du point de vue sanitaire et économique. Son activité de donatrice confère à l'industrie du tabac une influence sur les institutions et les organisations de la vie publique et influe donc indirectement sur la politique. Les multinationales du tabac essaient par ce biais de minimiser les questions liées à la maladie et à la mort et de redorer leur image</p> <p>Le parrainage doit donc être globalement interdit.</p> <p><u>Proposition d'ajout</u></p> <p><b>(nouveau) Parrainage</b></p> <p><b>Le parrainage, y compris les dons et les aides, destinés à des événements et activités de tiers est interdit.</b></p>
EtatVS	17	1	a et b	<p><u>Dans le cas ou notre proposition d'interdire de manière générale la publicité pour les produits du tabac et les cigarettes électroniques avec ou sans nicotine, pour les objets qui forment une unité fonctionnelle avec un produit du tabac ainsi que pour les articles et services portant le même nom de marque ou une marque similaire (cf. art 17 al.1) :</u></p> <p>Nous saluons l'interdiction de la publicité sur le matériel scolaire et sur les jouets dans un objectif de protection de l'enfance et de la jeunesse. En effet, ces produits sont clairement destinés à l'usage des enfants et des mineurs.</p>

## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

EtatVS	17	1	d	<p><u>Dans le cas ou notre proposition d'interdire de manière générale la publicité pour les produits du tabac et les cigarettes électroniques avec ou sans nicotine, pour les objets qui forment une unité fonctionnelle avec un produit du tabac ainsi que pour les articles et services portant le même nom de marque ou une marque similaire (cf. art 17 al.1) :</u></p> <p>Cette disposition est trop restrictive. Dans la réalité, les jeunes sont amenés à lire des magazines qui ne leur sont pas a priori principalement destinés. Prenons exemple des magazines <i>people</i> ou des revues spécialisées en matière de jeux vidéo.</p> <p><u>Proposition de modification</u></p> <p><b>Supprimer « destinés principalement aux mineurs » et maintenir :</b></p> <p>d. dans les journaux, revues ou autres publications ;</p>
EtatVS	17	1	e	<p><u>Dans le cas ou notre proposition d'interdire de manière générale la publicité pour les produits du tabac et les cigarettes électroniques avec ou sans nicotine, pour les objets qui forment une unité fonctionnelle avec un produit du tabac ainsi que pour les articles et services portant le même nom de marque ou une marque similaire (cf. art 17 al.1) :</u></p> <p>Il conviendrait de supprimer le terme <i>principalement</i> car de nombreux mineurs sont touchés par la publicité même s'ils ne sont pas majoritaires dans une manifestation. Prenons exemple du festival de musique de Nyon (Paléo), de nombreux mineurs sont exposés à la publicité du tabac bien qu'ils ne représentent pas la majorité du public.</p> <p><u>Proposition de modification</u></p> <p><b>Supprimer le terme <i>principalement</i> :</b></p> <p>e. dans les lieux fréquentés par des mineur-e-s et lors de manifestations auxquelles participent des mineur-e-s.</p>
EtatVS	17	2	c	<p><u>Dans le cas ou notre proposition d'interdire de manière générale la publicité pour les produits du tabac et les cigarettes électroniques avec ou sans nicotine, pour les objets qui forment une unité fonctionnelle avec un produit du tabac ainsi que pour les articles et services portant le même nom de marque ou une marque similaire (cf. art 17 al.1) :</u></p> <p>Le canton du Valais approuve l'interdiction de disposer de la publicité à proximité des bonbons, chewing-gums ou friandises car il a été prouvé que la proximité de la publicité avec les confiseries attire le regard des enfants et adolescents et peut induire l'idée que le tabac est un bien de consommation inoffensif qui procure du plaisir (Canvascini, 2014). Cependant, cette disposition est insuffisante pour la protection des mineur-e-s car les jeunes auront toujours un accès aux présentations visuelles des produits du tabac malgré un déplacement des affiches publicitaires.</p>

## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

			<p><u>Proposition de modification</u></p> <p>Supprimer les points 1 et 2 et maintenir la restriction de l'interdiction générale dans les lieux de vente</p> <p>c. dans les lieux de vente.</p>
EtatVS	19		L'Article 19 est primordial, pour laisser aux cantons la compétence de réglementer davantage.
EtatVS	20		Nous saluons l'interdiction de vente aux mineurs
EtatVS	21		Nous saluons l'introduction des achats test afin de s'assurer de la bonne application de l'interdiction de vente aux mineurs
EtatVS	22	1	<p><u>Proposition de modification</u></p> <p>Quiconque met à disposition sur le marché des produits du tabac ou des cigarettes électroniques avec <b>ou sans</b> nicotine est tenu au devoir d'autocontrôle en ce qui concerne le respect des exigences de la présente loi.</p>
EtatVS	23	1	<p><u>Proposition de modification</u></p> <p><sup>1</sup>Quiconque fabrique ou importe des produits du tabac à chauffer, des produits à fumer à base de plantes ou des cigarettes électroniques avec <b>ou sans</b> nicotine doit les notifier à l'Office fédéral de la santé publique (OFSP) dans un but de surveillance du marché, au plus tard lorsque le produit est prêt à être mis sur le marché.</p>
EtatVS	24		Nous préconisons que la notification pour les produits du tabac indique aussi l'absence d'effet psychotrope.
EtatVS	25	1	<p><u>Proposition de modification</u></p> <p><sup>1</sup>Quiconque fabrique ou importe des produits du tabac ou des cigarettes électroniques avec <b>ou sans</b> nicotine doit déclarer à l'OFSP la composition des produits qu'il met à disposition sur le marché. Pour les cigarettes, il doit en outre déclarer les émissions.</p>
EtatVS	25a		<p>La proposition de publier les montants globaux pour chaque catégorie de dépenses donne un aperçu des mesures de marketing prises par l'industrie du tabac. Il serait ainsi possible d'identifier plus rapidement les éventuelles failles dans la législation et de prendre plus facilement les mesures appropriées. Moins l'industrie du tabac peut apparaître directement avec ses produits, plus elle va chercher à améliorer son image dans la société et ainsi, indirectement, celle de ses produits grâce à des dons et des aides.</p> <p><u>Proposition d'ajout</u></p>



## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

				<p><b>(nouveau) Déclaration des dépenses pour la publicité, les dons et autres contributions</b></p> <p>Quiconque fabrique ou importe des produits du tabac ou des cigarettes électroniques avec ou sans nicotine doit déclarer annuellement à l'OFSP le montant de ses dépenses pour la publicité, les dons et autres contributions liés à ces produits en Suisse.</p>
EtatVS	26	1		<p><u>Proposition de modification</u></p> <p>Quiconque constate que des produits du tabac ou des cigarettes électroniques avec <b>ou sans</b> nicotine qu'il a mis à disposition sur le marché sont nocifs au sens de l'art. 5, doit prendre toutes les mesures nécessaires pour qu'il en résulte le moins de dommages possibles pour le consommateur, notamment en retirant ou en rappelant les produits.</p>
EtatVS	27			<p><u>Proposition de modification</u></p> <p>Le Conseil fédéral peut limiter la quantité de produits du tabac ou de cigarettes électroniques avec <b>ou sans</b> nicotine qu'un consommateur a le droit d'importer pour sa propre consommation, afin d'empêcher leur importation à des fins commerciales.</p>
EtatVS	28	2		<p><u>Proposition de modification</u></p> <p>Elle surveille l'importation des produits du tabac et des cigarettes électroniques avec <b>ou sans</b> nicotine.</p>
EtatVS	30			<p>Nous saluons l'introduction de la collecte d'information scientifique par la Confédération afin de favoriser la recherche indépendante sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques.</p>
EtatVS	34	1		<p><u>Proposition de modification</u></p> <p>Les autorités fédérales et cantonales compétentes informent le public des risques pour la santé, connus ou soupçonnés, que présentent les produits du tabac et les cigarettes électroniques avec <b>ou sans</b> nicotine.</p>
EtatVS	34	3		<p>La désinformation pratiquée par l'industrie du tabac consiste régulièrement à minimiser les conséquences de la consommation de tabac. Le complément proposé permettrait expressément aux autorités et aux organisations et institutions proches des autorités d'informer le public sur ladite désinformation ou de soutenir les mesures de tiers allant dans ce sens.</p> <p><u>Proposition de modification</u></p> <p>Elles informent notamment le public des connaissances scientifiques d'intérêt général en matière de protection de la santé en lien avec les produits du tabac ou les cigarettes électroniques avec <b>ou sans</b> nicotine et de prévention des maladies causées par la consommation de ces produits et <b>la désinformation consistant à minimiser les conséquences</b></p>

## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

				néfastes sur la santé de la consommation de produits du tabac.
EtatVS	42	1		<p><u>Proposition de modification</u></p> <p>Est puni d'une peine privative de liberté de trois ans au plus ou d'une peine pécuniaire quiconque, intentionnellement, met à disposition sur le marché des produits du tabac ou des cigarettes électroniques avec ou sans nicotine contenant un ingrédient qui, lors de leur emploi usuel, présente un risque immédiat ou inattendu pour la santé (art. 5, al. 1).</p>
EtatVS	43	1		<p>Le montant maximum proposé pour l'amende nous semble faible, compte tenu des enjeux économiques en jeu. De plus, la récidive devrait induire une modalité de sanction encore plus sévère.</p> <p><u>Proposition de modification</u></p> <p><sup>1</sup>Est puni d'une amende de 100 000 francs au plus quiconque, intentionnellement :</p>
EtatVS	48			<p>Il n'y a aucune raison pour que les producteurs aient la possibilité de constituer des stocks importants en vertu de l'ancien droit, stocks qui peuvent ensuite être vendus pendant des années. Un délai de transition d'un an suffit pour vendre les stocks existants.</p> <p><u>Proposition de modification</u></p> <p>En vertu de la législation antérieure, les produits du tabac destinés à être mis sur le marché et dont l'étiquetage n'est pas conforme aux articles 9 à 14, peuvent encore être importés et, fabriqués et vendus aux consommateurs durant un an après l'entrée en vigueur de la présente loi.</p>
EtatVS	Ann. 1			Supprimer l'annexe 1 (cf. art. 6)

Pour effacer des tableaux ou insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Protéger un document / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.

## Loi sur les produits du tabac et les cigarettes électroniques: procédure de consultation

Notre conclusion	
<input type="checkbox"/>	Acceptation
<input type="checkbox"/>	Propositions de modifications / réserves
<input checked="" type="checkbox"/>	Remaniement en profondeur
<input type="checkbox"/>	Refus

Regierungsrat, Postfach 156, 6301 Zug

**Nur per E-Mail**

Bundesamt für Gesundheit BAG  
Schwarzenburgstrasse 157  
3003 Bern

Zug, 6. März 2018 hs

**Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten (TabPG)  
Vernehmlassung**

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 8. Dezember 2017 lud das Eidgenössische Departement des Innern die Kantone ein, zum Vorentwurf des Bundesgesetzes über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten (TabPG). Gerne äussern wir uns zu dieser Vorlage.

Die Vernehmlassungsantwort des Kantons Zug entnehmen Sie bitte dem beiliegenden Antwortformular.

Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse  
Regierungsrat des Kantons Zug



Manuela Weichelt-Picard  
Frau Landammann



Tobias Moser  
Landschreiber

Beilage: Antwortformular

Kopie inkl. Beilage an:

- dm@bag.admin.ch (Beilage als Word-Dokument)
- tabakprodukte@bag.admin.ch (Beilage als Word-Dokument)
- Eidgenössische Parlamentarier des Kantons Zug (PDF)
- Volkswirtschaftsdirektion (info.vds@zg.ch, PDF)
- Amt für Gesundheit (gesund@zg.ch, PDF)
- Gesundheitsdirektion (info.gd@zg.ch; PDF)

## Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : Kanton Zug

Abkürzung der Firma / Organisation : ZG

Adresse : Gesundheitsdirektion, Neugasse 2, Postfach 455, 6301 Zug

Kontaktperson : Martin Pfister, Regierungsrat

Telefon : 041 728 35 01

E-Mail : martin.pfister.rr@zg.ch

Datum : 28.02.2018

### Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.
2. Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen oder neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter können Sie unter "Überprüfen/Dokument schützen/Schutz aufheben" den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.
3. Bitte pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile verwenden.
4. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word-Dokument** bis am **23. März 2018** an folgende E-Mail Adresse: [dm@bag.admin.ch](mailto:dm@bag.admin.ch) und [tabakprodukte@bag.admin.ch](mailto:tabakprodukte@bag.admin.ch).
5. Spalte "Name/Firma" muss nicht ausgefüllt werden.

**Herzlichen Dank für Ihre Mitwirkung!**

# Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

## Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Bemerkungen	3
Erläuternder Bericht (ohne Kapitel 2 "Erläuterungen zu den einzelnen Artikeln")	4
Erläuternder Bericht Kapitel 2 "Erläuterungen zu den einzelnen Artikeln"	4
Entwurf Tabakproduktegesetz (Änderungen sind gelb markiert)	5
Unser Fazit	12



## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

Allgemeine Bemerkungen	
Name/Firma	Bemerkung/Anregung
ZG	<p><b>Allgemeine Würdigung</b></p> <p>Der Kanton Zug begrüsst, dass Tabakprodukte und elektronische Zigaretten in einem eigenständigen Gesetz geregelt werden und der Kinder- und Jugendschutz verstärkt wird.</p>
	<p><b>Begriffsdefinition: Tabakprodukt</b></p> <p>Nicht konsequent umgesetzt ist der Einbezug der definierten pflanzlichen Rauchprodukte (Art. 3 Bst. e). Da es sich per Definition um Produkte <i>ohne Tabak</i> handelt, sollten sie im Gesetz auch so behandelt und nicht mittels einer irreführenden Definition in Artikel 3 Buchstabe a ebenfalls zu den Tabakprodukten subsumiert werden.</p> <p>Auch wenn die konsequente zusätzliche Aufzählung des Begriffs «pflanzliches Rauchprodukt» neben dem Begriff «Tabakprodukt» mehr Text zur Folge hat, lässt sich damit eine unnötige sprachliche Widersprüchlichkeit vermeiden. Der Kanton Zug schlägt daher überall die zusätzliche Nennung des Begriffs «pflanzliches Rauchprodukt» vor, wo dieses nebst dem Begriff «Tabakprodukt» mitgemeint ist.</p>
	<p><b>Nikotinhaltigen und Nikotinfreie elektronische Zigaretten (E-Zigaretten) sollen vom Geltungsbereich erfasst werden</b></p> <p>E-Zigaretten ohne Nikotin sollen gleich behandelt werden wie solche mit Nikotin. Um den Einstieg von Kindern und Jugendlichen in den Tabak- und Nikotinkonsum zu verhindern, reicht es nicht, wenn lediglich einige wenige Bestimmungen auch auf E-Zigaretten ohne Nikotin angewendet werden. Selbst wenn E-Zigaretten für Nichtraucherinnen und Nichtraucher kaum gesundheitlich bedenkliche Stoffe freisetzen sollten (Datenreihen fehlen hierzu noch), besteht die Gefahr, dass deren Gebrauch die Schwelle zum Einstieg in den Tabak- und Nikotinkonsum von Kindern und Jugendlichen fördert (Nachahmung rauchähnliche Handlung).</p> <p>Der Kanton Zug begrüsst die vorgeschlagene Anpassung im Bundesgesetz zum Schutz vor Passivrauchen, wonach unter anderem auch E-Zigaretten und Produkte mit erhitztem Tabak unter die Bestimmungen des Gesetzes fallen. Eine Gefährdung von Dritten durch Inhaltsstoffe von E-Zigaretten und Produkte mit erhitztem Tabak ist nach aktuellem Wissensstand nicht auszuschliessen. E-Zigaretten und Produkte mit erhitztem Tabak sehen den Tabakzigaretten zum Verwechseln ähnlich. Die Bestimmungen für die nikotinhaltigen E-Zigaretten sollen deshalb auch für die nikotinfreien E-Zigaretten gelten, um den Vollzug zu vereinfachen.</p> <p>Der Begriff «nikotinhaltige elektronische Zigaretten» soll deshalb durch «nikotinhaltige und nikotinfreie elektronische Zigaretten» oder «elektronische Zigaretten» ersetzt werden.</p> <p>Wird dieser Antrag nicht umgesetzt, muss zur Begriffsdefinition im Artikel 3 Buchstaben a die nikotinhaltigen E-Zigaretten hinzugefügt werden.</p>

## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

	Somit genügt im Gesetz die Bezeichnung «Tabakprodukt» wo nach aktueller Definition Tabakprodukte und nikotinhalte E-Zigaretten gemeint sind.
	<p><b>Legalisierung von alternativen Tabakprodukten</b></p> <p>Grundsätzlich erachtet der Kanton Zug die angestrebte Legalisierung von alternativen Tabakprodukten als zeitgemässen Schritt in die richtige Richtung. Wie vorgesehen muss bei diesen Produkten jedoch der notwendige Jugend- und Gesundheitsschutz angemessen berücksichtigt werden.</p>
	<p><b>Ersetzung der Positivliste für Zusatzstoffe</b></p> <p>Der Kanton Zug bezweifelt, dass die angestrebte Ersetzung der Positivliste für Zusatzstoffe, die für die Herstellung von Tabakprodukten verwendet werden dürfen, mit einer Liste der verbotenen Zutaten die gewünschte Wirkung erzielen wird. Zumal bei einer Verbotsliste eine abschliessende präzise Aufzählung vorhanden sein muss, da ansonsten sämtliche nicht aufgeführten Substanzen als zugelassen angeschaut werden müssten.</p>
	<p><b>Werbung, Promotion und Sponsoring</b></p> <p>Der Kanton Zug macht mit dem Plakatwerbeverbot für Tabakwaren gute Erfahrungen. Kinder und Jugendliche werden mit raffinierten Methoden von der Tabakindustrie zum Rauchen animiert. Deshalb ist ein umfassendes Werbe-, Promotions- und Sponsoringverbot für Tabakprodukte und E-Zigaretten notwendig, insbesondere ein Verbot der Werbung am Verkaufsort und der Verkaufsförderung durch Rabatte. Heute macht die Werbung am Verkaufsort rund die Hälfte der Vermarktungsmassnahmen der Tabakindustrie aus. Wichtig ist, dass dieses Verbot ebenso für E-Zigaretten ohne Nikotin und die anderen im Gesetz aufgeführten Produkte gilt. Die Verkaufsförderung anhand von Preisermässigungen richtet sich besonders an Jugendliche, die sich oft sehr preisbewusst verhalten und Aktionen im Stil von 3 für 2 attraktiv finden. Deshalb sind diese zu verbieten.</p>

### Erläuternder Bericht (ohne Kapitel 2 "Erläuterungen zu den einzelnen Artikeln")

Name/Firma	Kapitel-Nr.	Bemerkung/Anregung

### Erläuternder Bericht Kapitel 2 "Erläuterungen zu den einzelnen Artikeln"

Name/Firma	Art.	Bemerkung/Anregung

## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

Entwurf Tabakproduktegesetz				
Name/Firma	Art.	Abs.	Bst.	Bemerkung/Anregung
ZG	1			<p><u>Änderungsantrag</u> (Änderungen sind fettgedruckt)</p> <p>Mit diesem Gesetz soll</p> <p><b>a.</b> der Mensch vor den schädlichen Auswirkungen des Konsums von Tabakprodukten und elektronischen Zigaretten geschützt werden;</p> <p><b>b. der Konsum von Tabakprodukten verringert werden.</b></p> <p><u>Begründung</u></p> <p>Das Ziel, den Tabakkonsum zu verringern, fehlt.</p>
ZG	2	1		<p><u>Änderungsantrag</u></p> <p>Dieses Gesetz gilt für Tabakprodukte und nikotinhaltige <b>oder nikotinfreie</b> elektronische Zigaretten, die auf dem Markt bereitgestellt werden; die Bestimmungen in den Artikeln 17–19 gelten auch für Gegenstände, die eine funktionale Einheit mit einem Tabakprodukt bilden <b>und für Gegenstände und Dienstleistungen, die dieselbe oder eine ähnliche Marke wie das Tabakprodukt bzw. die nikotinhaltige oder nikotinfreie elektronische Zigarette tragen.</b></p> <p><u>Begründung</u></p> <p>Ohne den Zusatz in Absatz 1 sind Gegenstände und Dienstleistungen, die keine funktionelle Einheit mit Tabakprodukten bilden, aber dieselbe oder eine leicht geänderte Marke wie Tabakprodukte tragen, von den Werbeeinschränkungen nicht betroffen. Damit wird der Tabakindustrie die Gelegenheit gegeben, ihre Tabakprodukte mit Nichttabakprodukten zu fördern (z.B. Kleider).</p>



## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

ZG	2	2	<p><u>Änderungsantrag</u></p> <p>Dieses Gesetz gilt nicht für:</p> <p>a. Tabakprodukte, deren Tabak die Konsumentinnen und Konsumenten für den Eigengebrauch selber anbauen oder die sie für den Eigengebrauch selber herstellen oder verarbeiten;</p> <p><b>b. (streichen)</b></p> <p>c. Tabakprodukte und nikotinhaltige <b>oder nikotinfreie</b> elektronische Zigaretten, welche die Konsumentinnen und Konsumenten für den Eigengebrauch einführen; vorbehalten bleibt Artikel 27.</p> <p><u>Begründung</u></p> <p>Buchstabe b in Absatz 2 ist eine Einladung das Gesetz zu umgehen, indem Substanzen, welche gemischt verboten wären, separat vertrieben werden (so z.B. geschehen bei der Einführung der Alkopop-Sondersteuer, wo Getränk und Alkohol an der Bar anschliessend separat gereicht wurden).</p>
ZG	3		<p><u>Ergänzungsantrag</u></p> <p>...</p> <p><sup>2</sup> <b>(neu) Falls nicht anders erwähnt, sind Tabakprodukte zum Erhitzen, Tabakprodukte zum oralen Gebrauch, pflanzliche Rauchprodukte sowie nikotinhaltige und nikotinfreie elektronische Zigaretten, Tabakprodukten zum Rauchen gleichgestellt.</b></p> <p><sup>3</sup> <b>(neu) Der Bundesrat kann neue Produkte einem der Produkte nach Absatz 1 Buchstabe a - f zuordnen.</b></p> <p><u>Begründung</u></p> <p>Es besteht die Gefahr, dass von der Industrie bewusst neue Produkte entwickelt werden, welche nicht direkt einem der definierten Produkte zugeordnet werden können.</p> <p>Die vorgeschlagenen neuen Absätze 2 und 3 sollen verhindern, dass Begriff-Lücken im Gesetz ausgenutzt werden können. Der Absatz 3 gibt dem Bundesrat die Möglichkeit, schnell auf Entwicklungen im Markt zu reagieren.</p>

## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

ZG	5	1	a	<p><u>Änderungsantrag</u></p> <p>a. bei ihrem <b>üblichen bestimmungsgemässen</b> Gebrauch die Gesundheit unmittelbar oder in unerwarteter Weise gefährden;</p> <p><u>Begründung</u></p> <p>Der Begriff «üblicher» Gebrauch ist nicht klar genug und kann sehr weitgehend sein. In der Sache geht es wohl um den Gebrauch, der für ein Produkt vom Hersteller vorgesehen ist.</p>
ZG	5	1	b	<p>Unklar ist, wann im konkreten Fall ein signifikantes Mass erreicht ist: hier bedarf es spätestens in der Verordnung aus Rechtssicherheitsgründen einen genau definierten Grenzwert, ab wann dieses Mass erreicht ist.</p>
ZG	6	2		<p><u>Änderungsantrag</u></p> <p><sup>2</sup>Die Höchstmenge der Zutaten, die in Tabakprodukten verwendet werden dürfen, sowie die Höchstmenge der Emissionen <b>und Toxizität</b> dieser Produkte sind in Anhang 2 aufgeführt.</p> <p><u>Begründung</u></p> <p>Aus sprachlicher Sicht drängt sich die Ergänzung «und Toxizität» auf, da es bei der Toxizität einer Substanz nicht um eine Höchstmenge der Emissionen eines Produkt geht, sondern um die Erhöhung der toxischen Wirkung der beigefügten Zutaten.</p>
ZG	8	1		<p><u>Änderungsantrag</u></p> <p>Die Behälter (mit nikotinhalte <b>oder nikotinfreie</b> Nachfüllflüssigkeiten) dürfen ein Volumen von höchstens <b>10 ml</b> haben.</p> <p><u>Begründung</u></p> <p>Die Höchstvolumina von 10 resp. 2 ml entsprechen den Vorgaben der EU an die Produzenten.</p>
ZG	8	2		<p><u>Änderungsantrag</u></p> <p>Die Kartuschen von nikotinhalte <b>oder nikotinfreie</b> elektronischen Einwegzigaretten und Einwegkartuschen mit Nikotin dürfen ein Volumen von höchstens <b>2 ml</b> haben.</p>

## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

				<p><u>Begründung</u></p> <p>Siehe Artikel 8 Absatz 1.</p>
ZG	9	1	c	<p>Bei Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe c «das Produktionsland, sofern dieses nicht aus der Angabe nach <i>Buchstabe c</i> ersichtlich ist;» ist genauer zu bezeichnen, zu welchem Artikel bzw. zu welchem Gesetzes «Buchstabe c» gehört.</p> <p>Der Text muss zwecks Klarstellung mit der Nennung des Gesetzes ergänzt werden.</p>
ZG	9			<p>Die ungleiche Behandlung von Tabakprodukten zum Rauchen mit nikotinhaltigen Nachfüllflüssigkeiten bezüglich der Angaben auf der Verpackung ist zu überdenken.</p> <p>Es ist nicht ersichtlich, warum der Nikotingehalt gemäss Artikel 9 Absatz 2 nur auf der Verpackung von nikotinhaltigen Nachfüllflüssigkeiten ausgewiesen werden soll und nicht bei allen Tabakprodukten. Eine solche ungleiche Handhabung ist sachlich nicht nachvollziehbar und lässt sich auch nicht mit dem simplen Hinweis in der Botschaft zu Artikel 9 Absatz 2 (S. 43), dass damit europäisches Recht nachvollzogen würde, plausibel erklären. Eine diesbezügliche Gleichbehandlung der Tabakprodukte mit den nikotinhaltigen Nachfüllflüssigkeiten wäre aus Sicht des Kantons Zug sachlich gerechtfertigt. Eine einheitliche Handhabung wäre sicherlich auch im Sinne einer besseren Orientierungsmöglichkeit für die Konsumentinnen und Konsumenten.</p>
ZG	12	2		<p><u>Änderungsantrag</u></p> <p><b>Der Bundesrat legt fest, welche Texte und Informationen nach Absatz 1 Buchstabe c die Verpackungen tragen müssen.</b></p>
ZG	13			<p><u>Änderungsantrag</u></p> <p>Jede Verpackung muss bei der Abgabe an die Konsumentinnen und Konsumenten die folgenden Warnhinweise tragen:</p> <p>a. für die Tabakprodukte zum Erhitzen, zum Schnupfen, zum oralen Gebrauch: «Dieses Tabakprodukt schädigt Ihre Gesundheit und macht stark abhängig»; <b>zusätzlich ist ein kombinierter Warnhinweis nach Artikel 12 Absatz 1 Buchstabe c notwendig;</b></p> <p>b. für die pflanzlichen Rauchprodukte: «Das Rauchen dieses Produkts schädigt Ihre Gesundheit»; zusätzlich ist ein kombinierter Warnhinweis nach Artikel 12 Absatz 1 Buchstabe c notwendig;</p> <p>c. für die nikotinhaltigen elektronischen Zigaretten: <b>«Dieses Produkt schädigt Ihre Gesundheit und macht stark</b></p>



## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

			abhängig»; zusätzlich ist ein kombinierter Warnhinweis nach Artikel 12 Absatz 1 Buchstabe c notwendig;
ZG	17		<p><u>Änderungsantrag</u></p> <p><sup>1</sup> Werbung für Tabakprodukte und für nikotinhaltige oder nikotinfreie elektronische Zigaretten sowie für Gegenstände, die eine funktionale Einheit mit einem Tabakprodukt bilden <b>und für Gegenstände und Dienstleistungen, die dieselbe oder eine ähnliche Marke wie das Tabakprodukt tragen, ist verboten.</b></p> <p><sup>2</sup> <b>(neu) Tabakprodukte und E-Zigaretten dürfen von</b></p> <ol style="list-style-type: none"> <li><b>a. ausserhalb des Verkaufsortes nicht sichtbar sein,</b></li> <li><b>b. am Verkaufsort weder offen aufgelegt noch beworben werden.</b></li> </ol> <p><u>Ergänzungsantrag</u></p> <p><b>(neu) Verkaufsförderung</b></p> <p><b>Die Förderung des Verkaufs von Tabakprodukten und nikotinhaltigen oder nikotinfreien elektrischen Zigaretten sowie von Gegenständen, die eine funktionelle Einheit mit einem genannten Produkt bilden, ist verboten, wenn sie geschieht:</b></p> <ol style="list-style-type: none"> <li><b>a. durch unentgeltliche Abgabe;</b></li> <li><b>b. durch Preisnachlässe, oder;</b></li> <li><b>c. durch die Abgabe von Geschenken oder Preisen.</b></li> </ol> <p><b>(neu) Sponsoring</b></p> <p><b>Sponsoring inklusive Spenden und Zuwendungen an Veranstaltungen und Tätigkeiten Dritter sind untersagt.</b></p> <p><u>Begründung</u></p> <p>Artikel 17 Absatz 1 ist so zu ergänzen, dass auch das Brandstrecking (Markentransfer) zweifelsfrei verhindert wird.</p> <p>Der Kanton Zug begrüsst ein umfassendes Verbot von Werbe- und Promotionsmassnahmen. Partielle Werbebeschränkungen führen nicht zu einer Abnahme der Werbung und Promotion von Tabak- und Rauchprodukten, sondern zu einer Verschiebung der entsprechenden Vermarktungsmassnahmen. Entsprechend schwächt jede Ausnahme das</p>

## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

			<p>eigentliche Ziel der Werbebeschränkungen. Ein Verbot jeder Art der Werbung für Tabakprodukte macht eine Aufzählung der Ausgestaltung, Werbeträger und Orte überflüssig</p> <p>Mit begründeter Wahrscheinlichkeit investieren die Marketingabteilungen der Tabakunternehmen in der Schweiz viel Geld in Discount-Aktionen – Stil 3 für 2 - verbunden mit Aktivitäten am Verkaufsort und in Bars und Discos. In den USA machen Discount Aktionen inzwischen den Hauptanteil an Tabakmarketingaktivitäten aus (Quelle Federal Trade Commission, Cigarette Report, for 2011, erschienen 2013).</p> <p>Mit der vorgeschlagenen Änderung sollen weitere Marktbearbeitungsmassnahmen der Tabakindustrie, die sich insbesondere an ein jugendliches Publikum richten, verhindert werden.</p> <p>Nach wie vor ist der Auftritt der Tabakbranche an Jugendanlässen (z.B. Open air Festivals) sehr stark. Sie markieren aber auch Präsenz an Prestigeanlässen, wie z.B. das Montreux-Jazz-Festival, die ein älteres Publikum ansprechen. Dabei spielt sicher das Einstimmen auf künftige Auseinandersetzungen hinsichtlich Tabakmarketing eine Rolle.</p> <p>Der Sponsor erhofft sich von seinem Engagement einen Imagetransfer. Die Tabakindustrie will sich die Werte, die Kulturanlässe liefern, zu Eigen machen. Das gelingt ihr sowohl als Sponsor von Anlässen, die ein junges Publikum anziehen als auch bei Anlässen für ein älteres Publikum. Gleichzeitig ergibt sich an diesen Anlässen die Möglichkeit, mit der Zielgruppe in einen persönlichen Kontakt zu treten.</p> <p>Um die Anreize zum Einstieg in die Tabakabhängigkeit zu vermindern, ist ein Sponsoringverbot eine bedeutende Massnahme. Tabaksponsoring prägt aber auch das gesellschaftliche Bild von Tabakprodukten. Mittels Sponsoringmassnahmen positioniert sich die Tabakindustrie als unersetzlicher Akteur z.B. im Kulturbereich. So werden Abhängigkeiten geschaffen, die für eine aus gesundheitlicher und volkswirtschaftlicher Sicht notwendige Reduktion des Konsums von Tabakprodukten hinderlich ist. Die Vergabetätigkeit verschafft der Tabakindustrie Einfluss auf Institutionen und Organisationen des öffentlichen Lebens und beeinflusst damit indirekt die Politik. Mit der Spendentätigkeit versuchen Tabakkonzerne das Geschäft mit Krankheit und Tod zu verharmlosen und ihr Image aufzupolieren</p> <p>Sponsoring ist deshalb generell zu verbieten.</p>
ZG	23	4	<p><u>Änderungsantrag</u></p> <p><sup>4</sup> Der Bundesrat legt <b>die Wesentlichkeit der Änderung</b> und die Modalitäten der Meldung fest.</p> <p>Zwecks Klarstellung im Text, wann eine Änderung eines Produkts als wesentlich anzuschauen ist, ist der Begriff der Wesentlichkeit durch den Bundesrat auf Verordnungsweg weiter auszuführen.</p>

## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

ZG	34	3	<p><u>Änderungsantrag</u></p> <p>Sie informieren die Öffentlichkeit insbesondere über wissenschaftliche Erkenntnisse von allgemeinem Interesse im Bereich des Gesundheitsschutzes im Zusammenhang mit Tabakprodukten und nikotinhaltige <b>oder nikotinfreie</b> elektronischen Zigaretten und der Prävention der durch den Konsum dieser Produkte verursachten Krankheiten <b>und über Fehlinformationen, die die gesundheitlichen Folgen des Konsums verharmlosen.</b></p> <p><u>Begründung</u></p> <p>Durch Fehlinformationen der Tabakindustrie werden die Konsequenzen des Tabakkonsums immer wieder verharmlost. Mit der vorgeschlagenen Ergänzung soll es auch Behörden und Behörden nahestehenden Organisationen und Institutionen ausdrücklich erlaubt sein, über solche irreführende Fehlinformation zu informieren oder entsprechende Massnahmen von Dritten zu unterstützen.</p>
ZG	40		<p><u>Änderungsantrag</u></p> <p><b>Der Bund und Kantone tragen in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich trägt</b> die Kosten für den Vollzug dieses Gesetzes.</p> <p><u>Begründung</u></p> <p>Nach Ansicht des Kantons Zug besteht eine Verpflichtung des Bundes, die bei den Kantonen anfallenden Kosten, die sich durch den Vollzug der vorgegebenen Aufgaben ergeben, vollständig zu übernehmen. Der momentane Titel von Artikel 40, der von einer Kostenteilung spricht, ist irreführend, zumal der Vollzug gemäss Artikel 33 sowie die Massnahmenvorschriften von Artikel 29, die der Bund den Kantonen machen kann, primär bei den Kantonen zu liegen kommen. Eine dementsprechende primäre Kostentragungspflicht durch den Bund ist gerechtfertigt, zumal es gemäss Artikel 31, Artikel 32 und Artikel 35 wiederum die zuständigen Bundesbehörden sind, welche zulasten der Kantone weitere Kontrollverfahren regeln und Vorgaben aus der internationalen Zusammenarbeit aufbürden können.</p>
ZG	48		<p><u>Änderungsantrag</u></p> <p>Tabakprodukte, die zur Bereitstellung auf dem Markt bestimmt sind und deren Kennzeichnung Artikel 9–14 nicht entspricht, dürfen noch während eines Jahres ab Inkrafttreten dieses Gesetzes nach bisherigem Recht <b>eingeführt, hergestellt und an Konsumentinnen und Konsumenten abgegeben</b> werden.</p> <p><u>Begründung</u></p> <p>Diese Übergangsfrist gibt den Produzenten die Möglichkeit, grosse Lagerbestände nach altem Recht zu produzieren,</p>

## Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten: Vernehmlassungsverfahren

				welche anschliessend über Jahre verkauft werden können. Der Verkauf soll deshalb ebenfalls nur noch ein Jahr nach Inkrafttreten des Gesetzes erlaubt sein.
ZG	Anhang 1			Es ist zu prüfen, ob die angestrebte Ersetzung der Positivliste für Zusatzstoffe, die für die Herstellung von Tabakprodukten verwendet werden dürfen, mit einer Liste der verbotenen Zutaten die gewünschte Wirkung erzielen wird. Zumal bei einer Verbotsliste eine abschliessende präzise Aufzählung vorhanden sein muss, da ansonsten sämtliche nicht aufgeführten Substanzen als zugelassen angeschaut werden müssten.

Unser Fazit	
<input checked="" type="checkbox"/>	Zustimmung
<input checked="" type="checkbox"/>	Änderungswünsche / Vorbehalte
<input type="checkbox"/>	Grundsätzliche Überarbeitung
<input type="checkbox"/>	Ablehnung



Eidgenössisches Departement des Innern  
3003 Bern

14. März 2018 (RRB Nr. 245/2018)

**Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten  
(Vernehmlassung)**

Sehr geehrter Herr Bundespräsident

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme zum Vorentwurf des Bundesgesetzes über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten (TabPG) und äussern uns wie folgt:

**A. Allgemeine Bemerkungen**

Wir begrüssen den Erlass eines Tabakproduktegesetzes und damit die Schaffung einer schweizweit einheitlichen Gesetzgebung für Tabakprodukte und elektronische Zigaretten (E-Zigaretten). Die Kantone werden dadurch in ihren vielfältigen Bestrebungen im Bereich der Tabakprävention unterstützt. Insbesondere die Gleichsetzung von E-Zigaretten mit den Tabakprodukten sowie die einheitliche Regelung des Kinder- und Jugendschutzes werten wir positiv. Wir bedauern allerdings, dass die Verringerung des Tabakkonsums nicht mehr Eingang in den Zweckartikel des Gesetzes gefunden hat; Tabak ist die wichtigste vermeidbare Ursache von nicht übertragbaren Krankheiten.

**B. Geltungsbereich - nikotinfreie E-Zigaretten**

Gemäss Art. 2 Abs. 1 sollen lediglich die Bestimmungen in den Art. 17–21 (Werbung, Abgabe an Minderjährige und Testkäufe) auch für nikotinfreie E-Zigaretten gelten. Wir beantragen, den Geltungsbereich des ganzen Gesetzes auf nikotinfreie Zigaretten auszudehnen, die sonst weiterhin als Gebrauchsgegenstände unter die Lebensmittelgesetzgebung fallen. Eine Unterscheidung zwischen nikotinhaltigen und nikotinfreien Produkten ist wenig zweckmässig: (1) Die geforderte Gleichbehandlung ist wichtig im Hinblick auf die Attraktivität von E-Zigaretten bei Kindern und Jugendlichen. Denn der Konsum von E-Zigaretten

kann den Einstieg in andere tabakhaltige oder nikotinhaltige Produkte begünstigen bzw. erleichtern. (2) Die gesundheitlichen Auswirkungen von E-Zigaretten sind heute noch weitgehend unerforscht. Dies gilt auch deshalb, weil mit E-Zigaretten nicht nur Nikotin, sondern auch andere gefährliche Substanzen (z. B. Hanf mit Cannabidiol [CBD]) verdampft werden können. (3) Es ist nicht sinnvoll, E-Zigaretten in zwei verschiedenen Gesetzen zu regeln (nikotinhaltige im TabPG und nikotinfreie im LMG), für deren Vollzug auf Bundesebene zwei verschiedene Bundesämter zuständig sind. Hinzu kommt, dass nikotinfreie E-Zigaretten nicht zwingend die Anforderungen des Lebensmittelrechts an die Sicherheit (Art. 15 LMG) zu erfüllen vermögen.

### **C. Begriffe**

In Art. 23 Abs. 2 wird der Begriff «Inverkehrbringen» definiert. Diese Definition ist in Art. 3 («Begriffe») unter einem eigenen Buchstaben einzufügen.

### **D. Snus**

Neben den nikotinhaltigen E-Zigaretten sollen – aufgrund des Rückweisungsauftrags des Parlaments – auch Tabakprodukte zum oralen Gebrauch (insbesondere Snus) legalisiert werden. Die gewerbsmässige Zulassung von Snus wird zu einer Ausdehnung des Tabakmarktes führen, wobei in erster Linie Jugendliche betroffen sein werden. Mundtabak macht stark abhängig und schädigt die Mundschleimhaut. Die enthaltenen krebserzeugenden Stoffe können zu Bauchspeicheldrüsen-, Mundhöhlen- und Speiseröhrenkrebs führen. Wegen der negativen gesundheitlichen Auswirkungen, der sich daraus ergebenden langen Suchtkarrieren sowie der damit nicht umgesetzten Forderung eines besseren Schutzes jugendlicher Konsumentinnen und Konsumenten ist es nicht nachvollziehbar, warum das Verbot der gewerbsmässigen Einfuhr und Abgabe von Snus aufgehoben werden soll. Ausser in Schweden besteht in der gesamten EU ein entsprechendes Verbot, wobei dessen Aufhebung dort nicht zur Diskussion steht.

### **E. Verbotene Zutaten und Höchstmengen**

Die gesundheitlichen Auswirkungen des Konsums von E-Zigaretten sind derzeit noch nicht abschliessend bekannt. Erwiesen ist hingegen, dass der Dampf von E-Zigaretten giftige Stoffe enthält. Deshalb sollen Höchstmengen solcher Stoffe nicht nur für Tabakprodukte festgelegt werden, sondern auch für Liquide für (nikotinhaltige und nikotinfreie) E-Zigaretten und deren Dampf. Aus toxikologischer Sicht ist der in der EU festgelegte Höchstwert zu übernehmen (Art. 20 Abs. 3 Bst. b der Richtlinie 2014/40/EU für Tabakerzeugnisse). Die Anhänge 1 und 2, welche die verbotenen Zutaten und Höchstmengen der Zutaten und der Emissionen enthalten, sind sehr technisch. Der sehr innovative Tabak- und Tabakproduktemarkt könnte es erfordern, dass die Regelungen des Anhangs schon bald wieder angepasst werden müssen. Deshalb beantragen wir, die Regelungen dieser Anhänge im Verordnungsrecht aufzunehmen.



## **F. Verpackungen**

Im Gegensatz zur Regelung in der EU, wo Behälter mit nikotinhaltigen Flüssigkeiten ein maximales Volumen von 10ml und Kartuschen von 2ml haben dürfen, sollen in der Schweiz maximale Volumen von 100 ml (Behälter) bzw. 10 ml (Kartuschen) erlaubt sein (Art. 8). Diese vorgeschlagenen Mengen sind gesundheitsgefährdend und deshalb abzulehnen. Die Höchstmengen sind denjenigen der EU anzupassen.

## **G. Warnhinweise**

In Art. 12 Abs. 1 fehlt eine Warnung, die auf die Schädlichkeit des Tabakrauchs für die Umgebung hinweist (vgl. Art. 12 Tabakverordnung).

In Art. 12 Abs. 2 soll der Bundesrat ermächtigt werden, bestimmte Tabakprodukte zum Rauchen von der Verpflichtung zur Tragung eines bestimmten Warnhinweises («Tabakrauch enthält über 70 Stoffe, die erwiesenermassen krebserregend sind») auszunehmen. Dafür sind keine Gründe ersichtlich – auch nicht in den Erwägungen. Auf diese Rechtssetzungsdelegation soll deshalb verzichtet werden.

## **H. Produktinformationen für E-Zigaretten**

Verpackungen von E-Zigaretten und deren Nachfüllbehälter sowie von Tabakprodukten zum Erhitzen müssen gemäss Vorentwurf keine Liste sämtlicher Inhaltsstoffe enthalten (Art. 16). Konsumentinnen und Konsumenten können sich somit vor dem unmittelbaren Kauf eines solchen Produkts nicht über deren Inhaltsstoffe informieren. Diese Informationslücke wird durch die Meldung der Zusammensetzung des Produkts vor dem Inverkehrbringen an das BAG nicht gefüllt. Sowohl bei E-Zigaretten als auch bei Tabakprodukten zum Erhitzen handelt es sich um Gemische mehrerer Stoffe, die für die Konsumentinnen und Konsumenten vor dem Kauf vor Ort klar erkennbar sein müssen. Diese Anforderung ist entsprechend zu ergänzen (vgl. auch Art. 20 Abs. 4 Bst. b der RL 2014/40/EU).

## **I. Werbung und Sponsoring**

Wir begrüssen das Werbeverbot für Tabakprodukte und für nikotinhaltige und nikotinfreie E-Zigaretten sowie für Gegenstände, die eine funktionale Einheit mit einem Tabakprodukt bilden, wenn sie sich besonders an Minderjährige richtet (Art. 17 Abs. 1). Dies ist der bisherigen Regelung in der Tabakverordnung nachgebildet.

Werbeverbote in Gratiszeitungen, im Internet und an Verkaufsstellen gehen jedoch zu weit. Anstelle solcher Verbote regen wir an – wie im Gesundheitsgesetz des Kantons Zürich vorgesehen und in der Praxis bewährt –, das Werbeverbot an das Kriterium der Wahrnehmbarkeit zu knüpfen. Was weiträumig wahrnehmbar ist, erreicht ein grosses Publikum und ist ein entsprechend attraktives Werbemedium, was ein Verbot rechtfertigt. Im übrigen begrüssen wir, dass die Kantone nach wie vor die Möglichkeit haben sollen, strengere Werbevorschriften einzuführen (Art. 19).

Da Sponsoring und Werbung eng miteinander verknüpft sind und mancherorts eine Unterscheidung schwierig ist, sollten die für die Werbung festgelegten Verbote auch für das Sponsoring gelten.

## **J. Abgabeverbot an Minderjährige**

Im Sinne des Jugendschutzes unterstützen wir ein national einheitliches Abgabeverbot von Tabakprodukten und E-Zigaretten an Minderjährige.

Wir möchten darauf hinweisen, dass dieses Verbot nicht ohne Weiteres umgesetzt werden kann, da auch mit modernsten Systemen nicht verhindert werden kann, dass Kinder und Jugendliche Tabakwaren über Automaten beziehen. Die Hemmschwelle, eine verbotene Abgabe an einem Automaten zu umgehen, ist viel kleiner als im persönlichen Kontakt mit einer Verkäuferin oder einem Verkäufer.

Gemäss dem Gesetzestext soll die Abgabe von Tabakprodukten und von E-Zigaretten an Minderjährige verboten und unter Strafe gestellt werden (Art. 20 Abs. 1 und 43 Abs. 1 Bst. e). In den Erläuterungen wird dazu ausgeführt, dass die Abgabe innerhalb einer Familie und unter minderjährigen Freundinnen und Freunden nicht unter das Verbot falle. Insofern machen hier die Erläuterungen eine Unterscheidung, die so nicht aus dem Gesetz hervorgeht. Diese mangelnde Übereinstimmung zwischen Gesetzestext und Erwägungen ist zu klären.

## **K. Vollzug**

Der Entwurf sieht in Art. 33 vor, dass die Kantone Ausführungsbestimmungen für den kantonalen Vollzug zu erlassen und diese den Bundesbehörden zur Kenntnis zu bringen haben. Zudem sollen sie den Vollzug untereinander koordinieren. Der Bund wiederum koordiniert gemäss Art. 29 die Vollzugsmassnahmen ebenfalls und kann den Kantonen im Hinblick auf einen einheitlichen Vollzug bestimmte Massnahmen vorschreiben. Eine solche Zuständigkeitsordnung führt zu Unsicherheiten über Inhalt der Aufgaben und in der Folge über die Verantwortlichkeit ihrer Erfüllung. Insbesondere ist unklar, inwieweit und mit welchem Ziel der Vollzug unter den Kantonen bzw. durch den Bund koordiniert werden soll. Falls es überhaupt eine Koordination braucht, ist die Kompetenz entweder dem Bund oder den Kantonen zuzuweisen. Die Vorgaben des Bundes über den Vollzug des Gesetzes passen auch nicht zum föderalen Aufbau der Schweiz und zur allgemeinen Vollzugskompetenz der Kantone. Wir beantragen, Art. 29 Abs. 2 wegzulassen. Sollte er beibehalten werden, sind die Vorgaben des Bundes wie auch die Informationspflichten der Kantone auf ein Mindestmass zu beschränken.

Problematisch ist die Vorschrift, wonach der Bund im Einzelfall bestimmte Laboranalysen und den diesbezüglichen abschliessenden Entscheid dem betreffenden Kanton übertragen kann (Art. 28 Abs. 2 und Art. 33 Abs. 2). Solche Laboranalysen der im Vorentwurf umschriebenen Produkte sind teilweise aufwendig. Die Kantone haben weder die Mittel noch das Fachwissen, sie durchzuführen. Diese beiden Abschnitte sind wegzulassen. Ersatzweise ist die Wendung «betreffender Kanton» durch «für die entsprechenden Untersuchungen akkreditiertes Labor» zu ersetzen.

Schliesslich regelt Art. 38 Abs. 1, dass die zuständigen Behörden von Bund und Kanton untereinander Daten austauschen können. In Abs. 2 und den Erwägungen (S. 59) wird indessen von einer Pflicht zum Datenaustausch ausgegangen. Dieser Widerspruch ist aufzulösen.



## **L. Bundesgesetz zum Schutz vor Passivrauchen**

Wir unterstützen die Ausweitung des Rauchverbots in allen öffentlich zugänglichen Räumen auf E-Zigaretten und Tabakprodukte zum Erhitzen. Damit wird insbesondere der Konsum von nikotinhaltigen wie auch nikotinfreien E-Zigaretten einheitlich geregelt, was den Vollzug erleichtert.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Bundespräsident, die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:

Die Staatsschreiberin:

Markus Kägi

Dr. Kathrin Arioli

